

IMIS-BEITRÄGE

Heft 44/2013

Herausgeber:
Vorstand des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Geschäftsführend:
Jochen Oltmer

Wissenschaftlicher Beirat:
Leo Lucassen, Werner Schiffauer, Thomas Straubhaar,
Dietrich Thränhardt, Andreas Wimmer

Redaktion:
Jutta Tiemeyer

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
D-49069 Osnabrück
Tel.: ++49 (0)541 969 4384
Fax: ++49 (0)541 969 4380
E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de
Internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

Gefördert durch die Robert Bosch Stiftung

Eingesandte Manuskripte prüfen vom Wissenschaftlichen Beirat
und vom Vorstand des IMIS benannte Gutachter

Dezember 2013
Herstellung: STEINBACHER DRUCK GmbH, Osnabrück
ISBN 978-3-9803401-4-4
ISSN 0949-4723

THEMENHEFT

Migration und Umwelt

herausgegeben von

Carsten Felgentreff und Martin Geiger

Inhalt

Carsten Felgentreff und Martin Geiger

Einleitung: Klima und Umwelt als Determinanten räumlicher Mobilität? 7

Philipp Aufenvenne und Carsten Felgentreff

Umweltmigranten und Klimaflüchtlinge –
zweifelhafte Kategorien in der aktuellen Debatte 19

Kerstin Schmidt-Verkerk

Klimawandel und Migration: ein konzeptioneller
und methodologischer Ansatz am Beispiel Mexikos..... 45

Clemens Romankiewicz und Martin Doevenspeck

Migration und Umwelt im westafrikanischen Sahel:
methodische Überlegungen 81

Jeanette Schade

Klimabedingte Migration:
auch Klimapolitik verursacht Entwurzelung und Vertreibung..... 97

ANHANG

Jens Gründler

Bericht zur Tagung ›Migrationsregime vor Ort –
Lokale Migrationsregime‹, IMIS/Osnabrück, 1./2.10.2013..... 141

Die Autorinnen und Autoren 147

Carsten Felgentreff und Martin Geiger

Einleitung: Klima und Umwelt als Determinanten räumlicher Mobilität?

Die politische, mediale und wissenschaftliche Debatte um Umwelt-/Klimamigranten und -flüchtlinge hat Fahrt aufgenommen. Dabei fehlt es allerdings an anerkannten Definitionen und an adäquater Terminologie, das Problemverständnis ist diffus, der Nexus von Klimawandel und Migration ebenso umstritten wie die Abgrenzung zu anderen Formen von Migration und Flucht. Klimawandel und Umweltveränderungen werden dabei manchmal analytisch unterschieden und getrennt behandelt, häufig jedoch erscheinen sie weitgehend synonym und austauschbar. Die Zahlen vergangener, gegenwärtiger und zukünftig zu erwartender klimabedingter oder -induzierter Migranten schwanken zwischen astronomischen Größenordnungen und Null. Manche Beobachter erkennen einen Trend, demzufolge zunehmend auch freiwillige Migration und Mobilität in den Blick gerät, während die Debatte anfangs fast nur auf unfreiwillige Wanderungen – also Flucht und Vertreibung – abhob.¹ Und so, wie über das Phänomen selbst, seine Qualität und Quantität, kein Einvernehmen herrscht, ist keinerlei Konsens in Sicht, wie mit dem Problem umzugehen ist, welche politischen Instrumente zu seiner Bearbeitung geeignet oder notwendig sind.

Unumstritten ist, dass Umweltdegradation zu Migration und ebenso Migration zu Umweltveränderungen führen kann: Wenn Menschen in großer Zahl in Flüchtlingslager ziehen und die lokalen Ressourcen strapazieren, wenn Anwohner havariierter Kernkraftwerke dauerhaft evakuiert werden, dann sind Kausalbeziehungen zwischen diesen beiden Klassen von Variablen nicht von der Hand zu weisen. Doch kann man daraus ebenfalls schlussfolgern, dass beides – Migration und Umwelt – mechanisch miteinander verbunden ist, dass starre Korrelationen bestehen, die stets gleichgerichtet sind? Schließlich können Menschen auch anders auf Veränderungen ihrer Umwelt reagieren als mit Migration, das heißt der (temporären) Aufgabe ihres bisherigen Wohnortes und der Ansiedlung an einem neuen Ort. Umwelt und Klima determinieren auch nicht die Richtung dieser Wanderungsbewe-

1 Bettina Müller/Marianne Haase/Axel Kreienbrink/Susanne Schmid, Klimamigration. Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion (Working Paper 45 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge), Nürnberg 2012.

gungen, die Dauer dieser Wohnortverlagerungen oder die bei Migrationsbewegungen überwundene Distanz. Anhand unzähliger Beispiele ließe sich nachweisen, dass Migration aus ökologisch vergleichsweise intakten in ökologisch prekäre Regionen eher die Regel als eine Ausnahme ist, man denke an den weltweiten Trend zur Urbanisierung und das Wachsen der Megastädte. Viele prosperierende Städte liegen am Meer, ein Umzug dorthin könnte angesichts des prognostizierten Meeresspiegelanstiegs verheerende Folgen haben – und dennoch handelt es sich um ein globales, täglich stattfindendes Massenphänomen.² Selbst sehr einfache Modelle von Migration erkennen in der Regel an, dass menschliche Wanderungsbewegungen nicht nur aufgrund sogenannter ›Push-Faktoren‹ stattfinden, sondern auch ›Pull-Faktoren‹ wirksam sind. Weitgehend akzeptiert ist auch die Auffassung, dass es noch mehr und völlig anders gelagerte Wanderungsgründe geben kann, die jenseits mechanistisch-ökonomischer Theoretisierungsmodelle liegen. Die Wanderungsentscheidungen zugrundeliegenden Ursachen und Motive umfassen in aller Regel wesentlich mehr und wirkmächtigere Faktoren als Umwelt und Klima.³

Doch derartige Aussagen zum Verhältnis von Klima, Umwelt, Migration und Flucht sind hochgradig umstritten. Konstatiert werden kann ein wachsendes Interesse, Umwelt und Klima als unabhängige Variable zu denken, Migration (oder gar Flucht) als abhängige Variable, also als Folge. Hier hat ein Perspektivwechsel stattgefunden, denn bis in die 1990er Jahre hat in der Literatur über Migration die Thematisierung der umgekehrten Wirkrichtung überwogen, also Umweltveränderungen durch Migranten. Wie bereits damals stellt sich aus Sicht der Migrationsforschung die Frage, ob Migration nicht vielmehr eine unabhängige Variable im Beziehungsfeld Umwelt und Migration ist.⁴

Ein neues Schlagwort und immer höhere Zahlen von Betroffenen

Seitdem Essam El-Hinnawi 1985 in einem Report für das UN Environmental Programme in Nairobi auf ›Umweltflucht‹ hingewiesen und diese zu einem Problem erhoben hat, erlebt das Thema eine gewisse Konjunktur. Selbstver-

2 Foresight, Migration and Global Environmental Change, Final Project Report, London 2011, S. 13.

3 Stephen Castles, Concluding Remarks on the Climate Change-Migration Nexus, in: Étienne Piguet/Antoine Pécoud/Paul de Guchteneire (Hg.), Migration and Climate Change, Cambridge 2011, S. 415–427.

4 Graeme Hugo, Environmental Concerns and International Migration, in: International Migration Review, 30. 1996, H. 1, S. 105–131; ders., Migration, Development and Environment. Draft Paper for Research Workshop on Migration and the Environment: Developing a Global Research Agenda, München, 16.-18.4.2008.

ständig ist der Gedanke, dass Umwelt und Klima menschliches Verhalten determiniert oder zumindest beeinflusst, viel älter, doch bis zu diesem Zeitpunkt kam die Debatte ohne das Schlagwort ›Umweltflüchtling‹ aus. Sie kann sich seither zudem auf eine quasi-amtliche Definition des ›Umweltflüchtlings‹ stützen.⁵

Bereits drei Jahre später operationalisierte Jodi Jacobson vom World Watch Institute 1988 die noch junge Definition; für sie waren Umweltflüchtlinge »Menschen, die wegen Umweltveränderungen fliehen.«⁶ Ihre Kalkulationen ergaben, dass es bereits in den 1980er Jahren (vor allem in der Sahelzone) 10 Millionen Umweltflüchtlinge gegeben habe – sodass es sich seit dieser Feststellung also bei deren Existenz nicht mehr um ein hypothetisches Phänomen in einer möglichen, fernen Zukunft handelt, sondern um eine gegebene Tatsache. Mit dem Hinweis, dass massenhafte Wanderungs- respektive Fluchtbewegungen im Zuge des befürchteten Klimawandels noch erheblich zunehmen würden, verlieh Jacobson den bis dato geltenden abstrakten Modellen und Szenarien der Klimaforschung eine Konkretisierung mit ›menschlichem Antlitz‹. Dieses erwies (und erweist) sich in Medien und Öffentlichkeit als unmittelbar anschlussfähig; es verknüpft beide Diskurse, den zu Klimaveränderungen sowie den zu Umweltzerstörung in einer Weise miteinander, die Flucht und Entwurzelung als logische (wenn nicht zwingende) Folgen nahelegt.⁷ Die mediale Berichterstattung streift mittlerweile bei wohl jeder sogenannten Naturkatastrophe irgendwann auch die Frage, ob die Zerstörungen nicht auch Hinweis auf den Klimawandel sind.

-
- 5 Essam El-Hinnawi, *Environmental Refugees*. Nairobi 1985, S. 4: »Menschen, die aufgrund einer deutlichen Umweltveränderung [...], die ihre Existenz gefährdete und/oder ihre Lebensqualität ernsthaft beeinträchtigte, gezwungen wurden, ihre traditionellen Lebensräume vorübergehend oder dauerhaft zu verlassen«. Dt. Übersetzung zitiert nach Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), *Sicherheitsrisiko Klimawandel – Welt im Wandel*, Berlin 2008, S. 126. Es ist bezeichnend, dass El-Hinnawi nicht für eine mit Flucht oder Migration befasste UN-Organisation geschrieben hat, sondern für das mit Umwelt und Umweltschutz befasste Environmental Programme. Offenbar hat El-Hinnawi auch niemals öffentlich dementiert, dass es damals weniger um das Schicksal von Menschen ging als vielmehr um das Anliegen des Umweltschutzes. Siehe zur Kritik und Rezeptionsgeschichte auch James Morrissey, *Rethinking the ›Debate on Environmental Refugees‹: from ›Maximalists and Minimalists‹ to ›Proponents and Critics‹*, in: *Journal of Political Ecology*, 19. 2012, S. 36–49, besonders S. 37 und 41.
- 6 Jodi Jacobson, *Environmental Refugees: a Yardstick of Habitability* (WorldWatch Paper 86), Washington, DC 1988, S. 6. Im Original heißt es »...people fleeing from environmental decline«.
- 7 Siehe den Beitrag von Philip Aufenvenne und Carsten Felgentreff in diesem Band sowie James Morrissey, *Rethinking the ›Debate on Environmental Refugees‹*, S. 36 und François Gemenne, *How they became the Human Face of Climate Change. Research and Policy Interactions in the Birth of the ›Environmental Migration‹ Concept*, in: Piguët/Pécoud/Guchteneire (Hg.), *Migration and Climate Change*, S. 225–259.

Die von einigen (wenigen) Autoren immer höher angesetzten »guesstimates«⁸ über die Zahl gegenwärtiger und zukünftiger Umwelt- und/oder Klimaflüchtlinge erlangten in der Folge durch den Oxforder Biologen Norman Myers den Status wissenschaftlicher Wahrheit, indem er solche Zahlen in renommierten, referierten Fachzeitschriften veröffentlichte.⁹ Verschiedene Beobachter mutmaßen, dass derartige zutiefst besorgniserregende Prognosen auch deshalb kommuniziert (und sogar gezielt produziert) werden, um mediale Aufmerksamkeiten und politischen Handlungsdruck zu erzeugen.¹⁰ Dabei können ganz unterschiedliche Motivlagen gegeben sein: Der Umwelt verpflichtete Aktivisten und Organisationen können damit auf die Dringlichkeit ihres Anliegens, den Schutz der Umwelt und des Klimas, hinweisen. Humanitäre Organisationen erkennen hier humanitäre Notlagen. Und jene Fraktionen in Gesellschaft und Politik, denen Sicherheit und Ordnung am Herzen liegen, fürchten drohende Sicherheitsprobleme, sei es in Gestalt von Konflikten in den betroffenen Staaten, sei es als Ansturm auf die ›Wohlstandsinsel‹ Europa. Für internationale Foren und Organisationen ergibt sich ein neues politisches Handlungsfeld, ein Politikfeld, das eng an die souveränitätssensiblen Themen Migration und Asyl anknüpft, die Souveränität von Staaten aber nicht bestreitet – dennoch aber die Notwendigkeit untermauern hilft, dass internationale Institutionen in diesem Zwischenbereich Kapazitäten erwerben und mit Aussicht auf Erfolg Geltungsmacht beanspruchen können.¹¹

8 Vikram Odedra Kolmannskog, *Future Floods of Refugees: A Comment on Climate Change, Conflict and Forced Migration*, Oslo 2008.

9 Um nur eine von zahlreichen Veröffentlichungen aus der Zeit zwischen 1988 und 2005 dieses Autors zu nennen: Norman Myers, *Environmental Refugees in a Globally Warmed World*, in: *BioScience*, 43. 1993, S. 752–761.

10 Siehe u.a. Müller u.a., *Klimamigration*, S. 55; James Morrissey, *Rethinking the ›Debate on Environmental Refugees‹*, S. 41; Calcum T.M. Nicholson, *Is the ›Environmental Migration‹ Nexus an Analytically Meaningful Subject for Research?* Paper presented at the ESF-UniBi-ZiF research conference on ›Environmental Change and Migration: From Vulnerabilities to Capabilities‹, Bad Salzflun, 5.-9.12.2010, hg.v. COMCAD, Universität Bielefeld (COMCAD Arbeitspapiere – Working Papers; Series on Environmental Degradation and Migration, 104), Bielefeld 2011, S. 8–10; Stephen Castles, *Environmental Change and Forced Migration: Making Sense of the Debate* (UNHCR Working Paper 70), Genf 2002, S. 6.

11 Ganz ähnlich verhält es sich in Bezug auf einen anderen, vermeintlich logisch und untrennbar-mechanistisch verknüpften Zusammenhang, dem Nexus zwischen Wandlungsvorgängen und Entwicklung. Auch die intensive Diskussion einschließlich Problematisierung dieses Wechselgefüges hat unter dem Label ›Migration und Entwicklung‹ (Migration and Development) ein neues Betätigungsfeld von Experten und Akademikern bzw. ein Politikfeld auf nationaler und internationaler Ebene hervorgebracht. Siehe dazu Martin Geiger/Malte Steinbrink, *Migration und Entwicklung: Merging Fields in Geography*, in: dies. (Hg.), *Migration und Entwicklung*.

Dabei sind die verschiedenen in diesbezüglichen Debatten erkennbaren Denkfiguren nicht einfach und widerspruchsfrei zur Deckung zu bringen: So erscheinen die Betroffenen so vulnerabel und unflexibel, dass sie ihrer sich verändernden Umwelt nichts anderes entgegenzusetzen haben als Flucht. Gleichzeitig sind sie aber so gestaltungswillig und mächtig, dass ihnen zuge-
traut wird, ganze Staaten ins Wanken zu bringen. Allen weltanschaulichen, politischen und logischen Differenzen innerhalb des weiten Spektrums von Besorgten zum Trotz – die Figur des Umwelt- oder Klimaflüchtlings vermag Allianzen und Koalitionen zu schaffen, deren kleinster gemeinsamer Nenner lauten könnte: ›Lasst uns Umwelt und Klima so schützen, dass sie nicht fliehen müssen!‹ Abschottung gegen Flüchtlinge und Migranten kann so mit humanitären Motiven untermauert und argumentativ gestützt werden, es sei besser ›dort‹ zu helfen (als sie ›hier‹ aufzunehmen), das hilft den Betroffenen (und lässt die Probleme dort). So gesehen sind die in die Hunderte von Millionen gehenden Zahlen von heutigen oder zukünftigen Umweltflüchtlings ausgesprochen *politische* Zahlen.¹² Die gesamte Debatte ist hochgradig politisch aufgeladen bzw. politisch motiviert, gerade auch im Kontext der ›Versichertheitlichung‹ des Themas Umwelt- oder Klimaflucht.¹³ Man könnte sie als überpolitisiert und skandalisierend bezeichnen.

Konzeptionelle Hintergründe des Nexus von Umwelt und Migration

Ob das so gewünscht und beabsichtigt ist oder nicht: Jede Befassung mit Migration (die eben nicht Sesshaftigkeit bedeutet) operiert mit Unterscheidungen, etwa der von freiwilliger versus erzwungener Migration, von Migrant versus Flüchtling, von Flüchtling im Sinne der Genfer Menschenrechtskonvention von 1951 versus Binnenvertriebenem, von Bildungs- versus Arbeitsmigrant etc.¹⁴ Wenn die Rede ist von ›Umweltmigration‹, von ›um-

Geographische Perspektiven (IMIS Beiträge, H. 42), Osnabrück 2011, S. 7–36, <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdffiles/imis42.pdf> (15.11.2013).

- 12 Oli Brown, The Numbers Game, in: Forced Migration Review, 31. 2008, S. 8f.; François Gemenne, Why the Numbers don't Add Up: A Review of Estimates and Predictions of People Displaced by Environmental Changes, in: Global Environmental Change, 21. 2011, S. 41–49.
- 13 Siehe dazu James Morrissey, Environmental Change and Forced Migration. A State of the Art Review (Background Paper), Oxford 2009, besonders S. 8–10, 14; Aufenvenne/Felgentreff in diesem Band; François Gemenne, Why the Numbers don't Add Up; Stephen Castles, Afterword: What Now? Climate-Induced Displacement after Copenhagen, in: Jane McAdam (Hg.), Climate Change and Displacement. Multi-disciplinary Perspectives, Oxford 2010, S. 239–246, besonders S. 240–243.
- 14 Anthony H. Richmond, Sociological Theories of International Migration: The Case of Refugees, in: Current Sociology, 36. 1988, H. 2, S. 7–25; Richard Black, Environ-

weltbedingter Migration«, ›Umweltflucht« und ›Klimaflüchtlingen«, dann implizieren diese Begriffe mehrererlei: a) Es gibt genau diese empirischen Phänomene, diese sind b) als solche identifizierbar und c) von anderen Kategorien von Migration und Flucht abgrenzbar. Alle drei Behauptungen erscheinen vielen plausibel, doch steht der Beweis ihrer Gültigkeit noch aus. Es gibt keine anerkannte Definition der zur Rede stehenden Kategorie von Migranten oder Flüchtlingen, es besteht kein Einvernehmen, woran man sie erkennt und wie sie von anderen (unfreiwilligen oder freiwilligen) Migranten unterscheidbar wären.¹⁵

Die Verwendung der Begrifflichkeiten Umwelt-/Klimamigrant oder -flüchtling¹⁶ stellt vielmehr einen mehr oder weniger gut begründ- und nachvollziehbaren ›Labelling-Prozess« dar, der in dieser Weise – aber eben auch ganz anders – erfolgen kann. Gerade dann, wenn die mit verbrieften Rechten verbundene Zugehörigkeit zu einer bestimmten, privilegierten Kategorie von Flüchtlingen¹⁷ festgestellt werden soll, geschieht dies in zeitaufwendigen Einzelfallprüfungen, die sich nicht auf simple Selbst- oder Fremdetikettierung etwa als ›politisch Verfolgter« verlässt. Dazu bedarf es relativ klarer, nachvollziehbarer Kriterien, und solange diese nicht existieren und anerkannt werden, wird es schwierig bleiben, die Zielgruppe spezifischer Politiken für Umweltmigranten und Klimaflüchtlinge zu definieren.

Das einfache Wirkungsmodell ›Umwelt macht Migration«, mit dem immer wieder beeindruckende Zahlen von umweltbedingt Flüchtenden erzeugt werden, hat in akademischen Kreisen vergleichsweise wenige aktive Fürsprecher. Es abstrahiert von der Komplexität von Wanderungsentscheidungen, blendet Handlungsalternativen (von den als ›Flüchtlingen« bezeichneten und damit gewissermaßen als ›Objekten« aufgefassten Individuen) aus und privilegiert stark vereinfachend Umwelt und/oder Klima gegenüber anderen Faktoren, die das Wanderungsgeschehen beeinflussen – so bereits in den frü-

mental Refugees: Myth or Reality? (New Issues in Refugee Research Working Paper 34), Genf 2001.

15 Asian Development Bank, Addressing Climate Change and Migration in Asia and the Pacific. Final Report, Mandaluyong City 2012, S. 30; Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2002, S. 120–122.

16 Inzwischen sind noch viele weitere Derivate dieser Komposita hinzugekommen, u.a. ›climate evacuee«, ›climigration« und ›climate change refugee«. Für eine instruktive und auch chronologische Einordnung der unübersichtlich gewordenen Terminologie siehe etwa Müller u.a., Klimamigration, S. 25. Demnach sind jene Komposita, die auf Klima (statt auf Umwelt) verweisen, erst in der Mitte der letzten Dekade aufgekommen; stets meinen sie unfreiwillige Migration, wohingegen ›ecomigration« oder ›environmental migrant« auch größere Grade von Freiwilligkeit zulassen.

17 Roger Zetter, More Labels, Fewer Refugees: Remaking the Refugee Label in an Era of Globalization, in: Refugee Studies, 20. 2007, H. 2, S. 172–192.

hen 1990er Jahren die Kritik etwa von Astri Suhrke.¹⁸ Autoren, die von komplex(er) Verursachung von Migration ausgehen, alternative Anpassungsstrategien als Handlungsalternativen zu Migration akzeptieren und damit die Starrheit der Wirkungsbeziehung zwischen den Variablenklassen Umwelt/Klima und Migration/Flucht lockern, rubriziert Suhrke unter der Kategorie ›minimalist school‹. Doch auch die Vertreter dieser Schule erkennen die Existenz einer (möglichen?) kausalen Verbindung besagter Variablenklassen im Grundsatz an. In diese Rubrik gehören wohl die meisten Wissenschaftler, die sich zum Themenfeld geäußert haben. Auch aus ihrer Sicht gibt es ein Wirkungsgefüge zwischen beiden Variablenklassen, wird die Existenz eines Nexus zwischen beiden Variablenklassen angenommen bzw. postuliert. Wie aber ist er beschaffen?

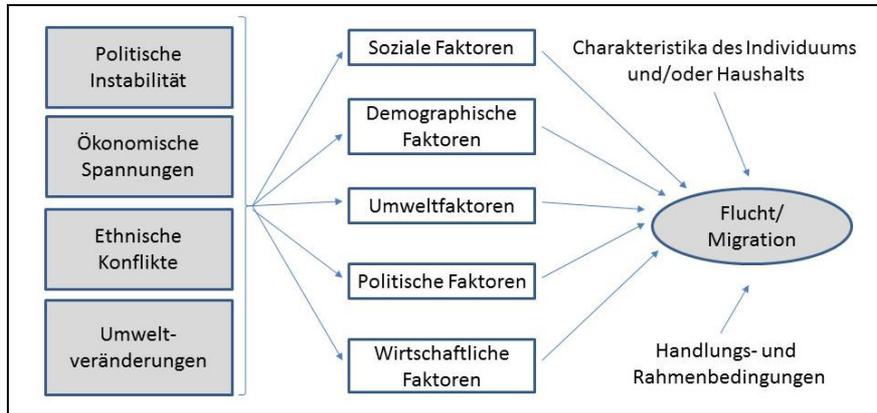
Mittlerweile haben sich mehrere hochkarätige Forschungsverbände des Themenfeldes angenommen, in Deutschland etwa die United Nations University in Bonn und das Team um Thomas Faist an der Universität Bielefeld. Gleichmaßen empirisch als auch theoretisch besonders ambitioniert gilt das britische ›Foresight‹-Projekt, das im vorliegenden Band durch den Beitrag von Kerstin Schmidt-Verkerk repräsentiert ist. Das in diesem Projektzusammenhang erarbeitete bzw. zugrunde gelegte Modell von Migration sieht mehrere den Wanderungsentschluss beeinflussende Bündel von Faktoren: soziale, demographische, umweltbezogene, politische und ökonomische.¹⁹ Sämtliche dieser Faktoren können durch Umweltveränderungen beeinflusst werden, während sie die Entscheidung zu wandern oder zu bleiben beeinflussen, die darüber hinaus noch von der persönlichen Situation und den jeweiligen Handlungsbedingungen geprägt werden. Kombiniert man dieses Modell mit der aus dem Jahre 1993 stammenden Feststellung des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), dass die Fluchtbewegungen im Globalen Süden vier ›root causes‹ haben²⁰, dann ergibt sich folgendes Schema der Antriebskräfte von Migration, wie sie in der Debatte um Umwelt- und Klimamigration thematisiert werden. Zu den blinden Flecken

18 Astri Suhrke, *Environmental Degradation and Population Flows*, in: *Journal of International Affairs*, 47. 1994, H. 2, S. 473–496.

19 Siehe etwa Richard Black/Dominic Kniveton/Kerstin Schmidt-Verkerk, *Migration and Climate Change: Towards an Integrated Assessment of Sensitivity*, in: *Environmental Planning*, 43. 2011, S. 431–450; Richard Black/Stephen R.G. Bennett/Sandy M. Thomas/John R. Beddington, *Comment: Migration as Adaptation. Mobility can bring Opportunities for Coping with Environmental Change*, in: *Nature*, 478. 2011, S. 447–449; Foresight, *Migration and Global Environmental Change*, Final Project Report, London 2011.

20 UNHCR, *The State of the World's Refugees: The Challenge of Protection*. United Nations High Commissioner for Refugees, Genf 1993. Zur Kritik siehe Steve Loneragan, *The Role of Environmental Degradation in Population Displacement*, in: *Environmental Change and Security Project Report*, 1998, Nr. 4, S. 5–15.

Schaubild 1: Antriebskräfte von Migration (>drivers of migration<) in der Debatte über Umwelt- und Klimamigration und -flucht



Quelle: eigener Entwurf, basierend auf Kerstin Schmidt-Verkerk (in diesem Band); Foresight, Migration and Global Environmental Change, Final Project Report, London 2011, S. 12; Richard Black/Stephen R.G. Bennett/Sandy M. Thomas/John R. Beddington, Comment: Migration as Adaptation. Mobility can bring Opportunities for Coping with Environmental Change, in: Nature, 478. 2011, S. 447–449, besonders S. 448; sowie UNHCR, The State of the World's Refugees: The Challenge of Protection. United Nations High Commissioner for Refugees, Genf 1993.

dieser Lesart des Migrationsgeschehens gehören Angebote und erhoffte oder wahrgenommene Chancen am Zielort, die sogenannten ›Pull-Faktoren‹, die unberücksichtigt bleiben (siehe Schaubild 1).

Ohne an dieser Stelle auf die vielfältigen Operationalisierungsprobleme der einzelnen, in Schaubild 1 angeführten Triebkräfte (>drivers<) von Migration einzugehen: Das der Graphik zugrundeliegende Modell lässt zu, dass zwischen Umwelt²¹ und dem Entschluss für oder gegen Migration direkte Wirkungszusammenhänge bestehen können – besonders dann, »wenn es sich etwa um ungewollte Reaktionen auf oft nicht einmal wahrgenommene Umweltfaktoren und Umweltereignisse handelt«. ²² Sicher würde die Rede von Umwelt und Klima im Zusammenhang mit Migration an Überzeugungskraft gewinnen, wenn konkret benannt würde, was jeweils *genau* als Ursache oder Faktor oder Grund gemeint ist. Doch Determinismen drohen fraglich zu werden, wenn man sie explizit macht.

21 Beide Begriffe, Umwelt wie Klima, sind inhaltlich recht unbestimmt bzw. meinen in Fachsprachen anderes als in der Alltagssprache, siehe dazu Aufenvenne/Felgentreff in diesem Heft.

22 Gerhard Hard, Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung, Berlin/New York 1973, S. 213.

Mitunter erscheint der Einfluss von Umweltbeobachtern besonders dominant, wenn etwa die eben noch am Flussufer stehende Hütte mit dem Hochwasser fortgeschwemmt wird, vielleicht gar mitsamt der kleinen Parzelle – und Flucht dem Beobachter als vernünftigerweise zu erwartendes, als normales Verhalten erscheint.²³ In der Regel aber ist Umwelt oder Klima eben nur ein Teilaspekt, einer von vielen Faktoren, die im Wanderungsgeschehen eine Rolle spielen können. Weil Migration und ihre Verursachung komplex sind, wird es – wenn überhaupt – nur selten gelingen, ›Umweltmigranten‹ zu identifizieren, für die Umwelt tatsächlich der *einzigste, ausschließliche* Wanderungsgrund gewesen ist.²⁴ Und dabei sind die einer Umwelt zugerechneten Aspekte meist noch in gesellschaftlich (entscheidungs-)relevante Kategorien zu übersetzen, etwa in Kosten oder akute Gefahr für Leib und Leben: Es übersteigt die finanziellen und technischen Möglichkeiten des Besitzers der fortgeschwemmten Hütte (und wahrscheinlich auch den institutionellen Rahmen des übergeordneten Gemeinwesens), ein modernes, einzugsgebietweites Hochwasserschutzkonzept wie in den Niederlanden zu implementieren und als Ersatz für die fortgeschwemmte Hütte ein hochwassersicheres Gebäude aus Beton auf hohen Stelzen zu errichten. So gesehen gäbe es zumindest theoretisch Alternativen zur (als alternativlos angesehenen) Flucht bzw. Migration, aus einer solchen Perspektive hat man es eher mit Armuts- als mit Umweltproblemen zu tun, mit Entwicklungsunterschieden geschuldeten Bedingungen, die aber mitnichten ›natürlich‹ oder ›umweltbedingt‹ sind, sondern sozial hergestellt.

Solche Einwände und Argumente veranschaulichen, dass Umweltmigration und Klimaflucht (wie wohl sämtliche Facetten von Mensch-Umwelt-Beziehungen) sehr unterschiedlich beobachtet, eingeordnet und bezeichnet werden können – und werden.

Die feste Überzeugung, dass das Problemfeld nicht allein in Konventionen (was akzeptieren wir als Umweltflucht?) begründet ist, dass die kritische Befassung damit sinnvoll und mehr als nur akademisch reizvoll ist, dass es lohnt, verschiedene Ansätze und konzeptionelle Annäherungen zur Kenntnis zu nehmen und Blicke auch in die Niederungen der Empirie zu werfen, hat die Herausgeber bewogen, eine kleine Gastvortragsreihe am Geographischen Institut der Universität Osnabrück zu organisieren. Nach vielfältigen Umstellungen und Überarbeitungen ist daraus das vorliegende Themenheft ›Migration und Umwelt‹ der IMIS-Beiträge hervorgegangen. Als Herausgeber danken wir allen Beteiligten, den Autorinnen und Autoren und ganz besonders Jochen Olmer als federführendem Herausgeber und Jutta Tiemeyer als Redakteurin für ihre tatkräftige und umsichtige Unterstützung.

23 Ebd., S. 212–216.

24 Foresight, Migration and Global Environmental Change, 2011, S. 8.

Zu den Beiträgen

Der erste Beitrag von **Philipp Aufenvenne** und **Carsten Felgentreff** setzt sich konzeptionell und empirisch mit dem Narrativ des Zusammenhangs von Klima, Umwelt und Migration auseinander. Die Autoren richten den Fokus auf die begrifflichen und konzeptionellen Voraussetzungen, die dem gängigen Verständnis von Umwelt-/Klimamigration/-flucht zugrunde liegen. Sie hinterfragen die divergierenden Begriffsverständnisse und die daraus jeweils abgeleiteten (vermeintlich exakten) Betroffenenzahlen. Empirisch gehen sie der Frage nach, in welchen Debatten die Figuren des Umweltmigranten und Klimaflüchtlings anzutreffen sind und in welchen sozialen Kontexten ein Nexus von physisch-materieller Welt und Migration hergestellt und bedeutsam wird. Ohne die Sinnhaftigkeit der Idee von umwelt- und klimabedingter Migration vollständig abzulehnen, argumentieren die Autoren, dass das Konzept wegen seiner fehlenden analytischen Trennschärfe für akademische Zwecke unbefriedigend ist.

Ebenfalls stark konzeptionell argumentiert **Kerstin Schmidt-Verkerk**, die sich vor allem auf die Debatte über *klimawandelbedingte* Migration bezieht. Zumeist wird argumentiert, dass Klimawandel zu Umweltveränderungen führt (und besonders zukünftig noch führen wird), die dann im jeweils spezifischen lokalen oder regionalen Kontext räumliche Mobilität induzieren. Ein umfassender Literaturüberblick über diesbezügliche Studien zeigt, dass die Ergebnisse diverser Fallstudien – eben wegen jener einzelfall-spezifischen Rahmenbedingungen – schwerlich vergleichbar sind. Um verallgemeinerbare Aussagen zu ermöglichen, wird für die empirische Untersuchung ein integrierter Ansatz entwickelt und begründet, der offen ist für unterschiedliche Formen von Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Migration und dabei der Komplexität von Wanderungsentscheidungen Rechnung trägt. Entlang dieses Ansatzes erhobene Feldforschungsdaten aus Mexiko veranschaulichen die Vielschichtigkeit von Beeinflussungen des Migrationsgeschehens auch durch die angenommenen Veränderungen des Klimas. Im Ergebnis legt die Autorin damit ein auch empirisch gut begründetes Plädoyer für differenzierte Betrachtungen vor: Einfache Antworten verbieten sich angesichts widerstreitender Trends im Niederschlagsregime, bei zu erwartenden Ernteverlusten, sich ändernden Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte, kapitalintensiven Investitionen in die Entsendung von Haushaltsangehörigen in die USA und anderem.

Die beiden folgenden Beiträge weisen speziell nach Afrika. **Clemens Romankiewicz** und **Martin Doevenspeck** haben umfassende konzeptionelle Bedenken angesichts der Art und Weise, wie die komplexen Beziehungen zwischen Umwelt, Klima und Migration empirisch bearbeitet werden. In kritischer Vertrautheit mit der Debatte im Allgemeinen und den bisher vorlie-

genden empirischen Studien zum Nexus von Klima, Umwelt und Migration im Besonderen entwickeln die Autoren ein Forschungsdesign für eigene empirische Untersuchungen in Mali und Senegal. Ein Problem dabei ist die Frage, wie man in Befragungen den Zusammenhang von Klima, Umwelt, deren Veränderungen und Beziehungen zu Migration thematisieren kann, ohne den Befragten Kausalbeziehungen nahelegen? Ein solcher von den Gesprächspartnern an diversen Orten selbst angesprochener Zusammenhang ist das Kompensieren von der Ernte abträglichen Mustern der Niederschlagsverteilung durch temporäre Arbeitskräftemigration einzelner Haushaltsangehöriger – wobei saisonale Wanderungen schon seit langer Zeit zum (viel breiteren) Repertoire von Anpassungsmaßnahmen gehören. Auch hier stellt sich heraus: Nicht nur das Niederschlagsregime ist (aus der Beobachterperspektive der Betroffenen) komplexer als jährliche oder monatliche Durchschnittswerte dies suggerieren, auch das Spektrum der Umgangsweisen und Bewältigungsmechanismen ist enorm breit und beinhaltet diverse Alternativen zu Migration.

Auch **Jeanette Schade** hat in Afrika empirisch gearbeitet, ihr Vorhaben verfolgt jedoch eine andere Stoßrichtung. Nicht Umweltveränderung oder Klimawandel selbst und damit assoziierte Auswirkungen auf Migration in Kenia sind ihr primärer Untersuchungsgegenstand, sondern die Folgen, die im Namen von Reduktion von Emissionen sowie Anpassung an den Klimawandel vor Ort implementierte Maßnahmen auf die Lebensumstände der lokalen Bevölkerung haben. Zwar bereiten im Tana-Delta auch Symptome des Klimawandels Probleme, mehr jedoch die Folgen einer Klimapolitik, die den Anbau von Energiepflanzen wie Jatropha und Zuckerrohr zur Erzeugung von Ethanol in großem Maßstab forciert. Die Gefahr, dass Klimapolitik zu Vertreibungen führt, ist durchaus real, mindestens 22 Länder vor allem im Globalen Süden planen Umsiedlungen in ihren nationalen Anpassungsprogrammen. Mit diesem Hinweis auf ein bisher wenig diskutiertes, sich aber immer deutlicher abzeichnendes Problem massiver Tragweite, nämlich ungewollte, unfreiwillige Migration bzw. Vertreibung als politisch gewollte ›Anpassung an den Klimawandel‹, schließt die Autorin eine Lücke in der deutschsprachigen Literatur.

Philipp Aufenvenne und Carsten Felgentreff

Umweltmigranten und Klimaflüchtlinge – zweifelhafte Kategorien in der aktuellen Debatte

Seit einigen Jahren wird zunehmend davor gewarnt, dass Umweltveränderungen und Klimawandel immer mehr Menschen dazu bewegen werden, ihre Heimat zu verlassen: sei es als Flucht, sei es freiwillig. Solchen Warnrufen wird selten widersprochen, zumindest nicht in den Medien und in politischen Debatten.

Wer sich hingegen genauer mit den Berichten von umweltbedingter Flucht und Migration befasst, kann bemerkenswerte Beobachtungen anstellen. So fällt auf, dass die Betroffenen ausschließlich in peripheren Weltgegenden leben, in Regionen, die auf vielfältige Weise recht umfassend benachteiligt sind. Der typische Umwelt- oder Klimaflüchtling lebt etwa am Rand der Wüsten Afrikas oder in den Küstenniederungen von Bangladesch. Die Sorgen um die Folgen des steigenden Meeresspiegels gelten in dieser Debatte nicht den Immobilienbesitzern auf Sylt oder den Bewohnern von überflutungsgefährdeten Lagen im Stadtgebiet von Hamburg (wo der Wasserspiegel ja ebenfalls steigen müsste). Weiterhin fällt auf, dass Umwelt und Klima wohl nur für Arme und für unsere Arbeitsmärkte kaum Qualifizierte als Flucht- und Abwanderungsgrund angenommen werden: Es geht um Pflanzer oder um Nomaden, die ihre Lebensgrundlagen verlieren, nicht jedoch um Bankdirektoren, Hochschullehrer und Ingenieure. Große Distanzen zwischen ›uns‹ und ›hier‹ auf der einen Seite und den Umweltmigranten und Klimaflüchtlingen auf der anderen Seite scheinen konstitutiv für dieses Narrativ: Die Distanz hat eine erkennbare räumliche Dimensionen (das Problem manifestiert sich wohl stets in der Ferne, meist in Entwicklungsländern, sieht man von Ausnahmen wie New Orleans und Venedig ab, die für manche ebenfalls potentielle Umsiedlungskandidaten sind¹), die häufig mit einer beträchtlichen sozialen Distanz einhergeht, die sich in ganz anderen Lebensweisen zeigt.

1 Vgl. etwa Mark Fischetti, Wenn New Orleans versinkt, in: Spektrum der Wissenschaft, 1. 2002, S. 75–82.

Noch scheint keiner dieser neuen Art von Migranten und Flüchtlingen hier in Deutschland angekommen zu sein, doch die entsprechenden Meldungen in unseren Medien legen die Befürchtung nahe, dass ihre Not sie früher oder später auch nach Deutschland treiben könnte, zumal dann, wenn das Voranschreiten von Umweltzerstörung und Klimawandel nicht gestoppt wird. So werden die in den Medien kursierenden Schätzungen von hundert Millionen von Klimaflüchtlingen in der Mitte unseres Jahrhunderts durchaus als Schreckensszenario gezeichnet. Wer wollte es den Lesern verdenken, wenn sie sich vor unkontrollierter, massenhafter Zuwanderung ängstigen, denn wohin sonst als in die westliche Welt sollen die Klimaflüchtlinge ziehen, wenn die Lebensgrundlagen in Afrika und Asien aufgrund des Klimawandels endgültig zerstört sein werden?²

Anliegen dieses Aufsatzes ist es, auf einige Fragwürdigkeiten und Unklarheiten solcher und ähnlicher – zwar irgendwie plausibler aber doch stark vereinfachender – Narrative zum Zusammenhang von Klimawandel, Umwelt und Migration hinzuweisen. Dazu sollen anhand von Beispielen zunächst die grundlegenden konzeptionellen Probleme und spezifischen blinden Flecke herausgearbeitet werden, die sich aus einer Verknüpfung von freiwilliger oder erzwungener räumlicher Mobilität von Menschen einerseits und Umwelt oder Klima (als unabhängige Variable) andererseits ergeben. Wie zu zeigen sein wird, gibt es unterschiedliche Begriffsverständnisse und weit auseinanderliegende Auffassungen über die Zahl der Betroffenen. Daran schließen sich weitere beobachtungstheoretisch inspirierte, zum Teil empirisch untermalte Überlegungen darüber an, in welchen Diskursen man den Figuren Klima-/Umweltflüchtling/-migrant begegnet, in welchen sozialen Kontexten ein Nexus von physisch-materieller Welt und Migration überhaupt produziert wird. Diese Überlegungen leiten schließlich direkt zu der Frage nach dem instrumentellen Nutzen bzw. der Funktion der Erzählung von umweltbedingter Migration über. Die Schwierig- und Fragwürdigkeiten der Unterscheidung von Migration und Flucht werden hier nicht vertiefend thematisiert werden können; sie ergeben sich prinzipiell für sämtliche Formen räumlicher Bevölkerungsmobilität und nicht nur für jene, die in irgendeiner Weise durch Umwelt oder Klima motiviert gedacht werden.³ Ebenso mag es zunächst irritieren und als zu pauschal erscheinen, wenn wir Umwelt

2 Vgl. Reiner Grundmann, Climate Change and Migration, Beitrag auf dem Blog Die Klimazwiebel vom 6.6.2011, S. 1, <http://klimazwiebel.blogspot.com/2011/06/climate-change-and-migration.html> (14.3.2012).

3 Zu den konzeptionellen Schwierigkeiten der Unterscheidung von Flüchtlingen und Migrant*innen im Kontext umweltbedingter räumlicher Bevölkerungsmobilität siehe Graeme Hugo, Environmental Concerns and International Migration, in: *International Migration Review*, 30. 1996, H. 1, S. 105–131, besonders S. 106–113.

und Klima im Folgenden weitgehend synonym verwenden. Wir meinen, dass eine Unterscheidung zwischen Umwelt und Klima für die folgenden Überlegungen nicht notwendig ist, zumal in diesbezüglichen Debatten zwischen beiden Begriffen nur selten differenziert wird.

Mit dieser Darstellung und Kritik einiger uns zentral erscheinenden Aspekte der Debatte soll keineswegs in Abrede gestellt werden, dass sich verändernde Lebensgrundlagen (auch materieller und klimatischer Art) Einfluss haben können auf die Entscheidung zu bleiben oder zu gehen. Wirkmächtiger als die Lebensgrundlagen *an und für sich* sind meist aber die *gesellschaftliche Wahrnehmung* und *kommunikative Thematisierung* dieser Lebensgrundlagen. Wenn Anwohner des havarierten Atomkraftwerks Fukushima *sich dazu entscheiden*, ihre verstrahlte Heimat zu verlassen, dann ist das mitunter ebenso naheliegend und folgerichtig wie die Suche nach neuen Wanderrouten der Hirten im Sahel, deren Weideland trocken gefallen oder durch Übernutzung nicht mehr ergiebig genug ist. Man kann beides durchaus als Beispiele umweltbedingter Migration, ja sogar umweltbedingter Flucht bezeichnen, nämlich dann, wenn der Stellenwert umweltbezogener Faktoren im Wanderungsverhalten dem Sprecher dominant erscheint. Dies zu beurteilen ist jedoch weniger trivial als von vielen angenommen. So hängt die Beurteilung davon ab, was man unter *umweltbedingt* überhaupt verstehen möchte. Die Kategorisierung bestimmter Faktoren als *migrationsrelevante Umweltfaktoren* ist dabei niemals objektiv, oft auch interessegeleitet und stets vom Beobachtungsstandpunkt abhängig. Die *Umweltfaktoren* müssen ja von anderen Faktoren unterschieden, begrifflich bestimmt und dann zu einem Migrationsgeschehen in Beziehung gesetzt werden. Wie bei jedem Wahrnehmen oder Erkennen handelt es sich hierbei – seien es auch noch so plausible Verknüpfungen von Klima bzw. Umwelt und Migration – doch stets ›nur‹ um (kontingente) Konstruktionsleistungen eines Beobachters. Und diese Konstruktionsleistungen können in verschiedenen Sphären der Gesellschaft ganz unterschiedlich ausfallen: ›die Wissenschaft‹ fokussiert anders und auf anderes als ›die Massenmedien‹, ›die Politik‹ wiederum anders und auf anderes als ›Soziale Bewegungen‹. Es geht im vorliegenden Aufsatz also, um es nochmals zu betonen, keineswegs um eine grundsätzliche Ablehnung oder Verneinung der Sinnhaftigkeit der Idee umwelt- bzw. klimabedingter Migration. Vielmehr geht es uns um eine Kritik der analytischen Tiefen- und Trennschärfe des Konzepts, das aus akademischer Sicht aufgrund seines beschränkten Auflösungsvermögens analytisch unbefriedigend bleibt.

1 Unklare Begriffskomposita: zur Problematik des Umwelt- und Klimabegriffs

Eine erste Sichtung der einschlägigen – quantitativ kaum noch überblickbaren – Literatur zum Zusammenhang von Natur-, Klima- oder Umweltveränderungen und menschlichen Migrationsbewegungen genügt, um festzustellen, dass es diesem populären Arbeitsfeld noch immer an einer reflektierten Explikation ihrer Signifikanten fehlt. Allein die enorme Bandbreite der in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten kursierenden Zahlen verdeutlicht das Fehlen einer einheitlichen oder zumindest anschlussfähigen Begriffsbestimmung. Dieses ›definitorische Defizit‹ wurde bereits früh zum Hauptargument einer fundamentalen Kritik am Konzept umwelt- oder klimabedingter Migration.⁴

Die Kritik kapriziert sich zumeist darauf, dass es nur dann sinnvoll sei, von Umweltmigranten oder -flüchtlingen zu sprechen, wenn Umweltveränderungen eindeutig als Hauptursache für Migrationsbewegungen feststünden, was in der Regel aufgrund der enormen Vielschichtigkeit der Motivlagen von Migranten nicht möglich sei. Sämtliche Definitionsversuche, die sich auf derart plakative Ursache-Wirkungszusammenhänge beschränkten, scheiterten daher stets an der empirischen Realität. So sehr dieser Kritik auch zuzustimmen ist, aus sozialwissenschaftlicher Sicht befriedigend ist sie nicht. Zu sehr bleibt die Kritik selbst einem naturalistischen Verständnis von Umwelt verhaftet. Denn Umwelt scheint nur auf den ersten Blick ein einfacher Begriff zu sein: Im einfachsten Sinne wäre Umwelt all das, was sich um etwas herum befindet. Ohne ein Verständnis von Umwelt kann das, was sich innen befindet, nicht definiert werden. Etwas eleganter formuliert:

»Ohne einen Begriff von Umwelt hat man nie denken können. Das ist nichts als eine Tautologie. Denn Denken besteht ja wesentlich darin, dass man etwas von dem, was um es herum ist, unterscheidet.«⁵

Allerdings – und hier hört die Einfachheit schon auf – kommt es immer ganz darauf an, was sich aus welcher Perspektive innen befindet, wenn man Aussagen darüber treffen möchte, was das Außen, die Umwelt sein soll. Ganz in diesem Sinne legte der Biologe Jakob von Uexküll bei seiner ursprünglichen Bestimmung des wissenschaftlichen Umweltbegriffs großen Wert darauf,

4 Exemplarisch hierfür: Richard Black, *Environmental Refugees: Myth or Reality?* New Issues in Refugee Research, Working Paper No. 34, Genf 2001, sowie François Gemenne, *Why the Numbers Don't Add up. A Review of Estimates and Predictions of People Displaced by Environmental Change*, in: *Global Environmental Change*, 21. 2011, S. 541–549.

5 Ludwig Trepl, *Zur Geschichte des Umweltbegriffs*, in: *Naturwissenschaften*, 79. 1992, S. 386–392, hier S. 386.

dass jedes Lebewesen seine eigene Umwelt konstruiert und man daher nur vom Plural, also von Umwelten, sprechen könne.⁶ Umwelt war also nicht als ein schlichter substanzieller Sammelbegriff gedacht, sondern als etwas Relationales (bei Uexküll Subjektbezogenes). Eine ›Umwelt an sich‹ kann es in diesem Sinne nicht geben. Dieses relationale sowie auf einen wahrnehmenden und beobachtenden Organismus bezogene Verständnis von Umwelt deckt sich kaum mit der Verwendung des Begriffs, wie sie dem Schlagwort ›Umweltmigrant‹ zu Grunde liegt.

In den Debatten über Umweltmigranten wird hingegen das Explanans ›Umwelt‹ zumeist mit verräumlichten materiellen und physisch-biotischen Aspekten gleichgesetzt. Diese physisch-materielle Außenwelt oder ›natürliche Umwelt‹ gilt als mit naturwissenschaftlichen Mitteln objektiv beschreibbar. Zustände oder Veränderungen dieser ›natürlichen Umwelt‹ fungieren dann als Determinanten zur Erklärung von menschlichen Migrationsbewegungen. Einem solchen Verständnis nach erfolgt Migration unmittelbar als Reaktion auf ganz konkrete, messbare Umweltveränderungen. Aktuell firmiert dieser Ansatz zumeist unter dem Schlagwort ›Klimaflucht‹ oder ›klimabedingte Migration‹. Dabei wird, einmal abgesehen von der Diskussion um Meeresspiegelanstieg und Migration oder Flucht angesichts häufiger werdender meteorologischer Extremereignisse und damit verbundener sogenannter Naturkatastrophen⁷, nicht davon ausgegangen, dass die messbaren oder prognostizierten Veränderungen bestimmter Klimaparameter wie durchschnittliche Niederschlagssummen oder Durchschnittstemperaturen im Jahresverlauf unmittelbar Migrationsbewegungen hervorrufen, sondern nur im Zusammenspiel mit anderen ökologischen Parametern der physisch-materiellen Außenwelt Wirksamkeit erlangen (etwa in Gestalt von Desertifikationsprozessen). Eine Trennung der Begrifflichkeiten ›Klima‹- und ›Umweltflucht‹ erscheint aus dieser Perspektive wenig sinnvoll. Auch wenn der Klimabegriff enger gefasst wird, führt er immer zum Umweltbegriff zurück. Es wird daher im Folgenden nicht zwischen Literatur zu klima- und zu umweltbedingter Migration unterschieden.⁸

6 Jakob von Uexküll, *Umwelt und Innenwelt der Tiere*, Berlin 1921.

7 Elizabeth Ferris, *Making Sense of Climate Change, Natural Disasters, and Displacement: A Work in Progress*. Calcutta Research Group Winter Course 14 Dec 2007, http://www.pacificdisaster.net/pdnadmin/data/original/CRG_2007_cc_displacement.pdf (13.3.2011).

8 Eine Zusammenführung der Begriffe Umwelt und Klima leistet Gerhard Hard, Herders »Klima«. Zu einigen »geographischen« Denkmotiven in Herders Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit, in: Detlef Haberland (Hg.), *Geographia Spiritualis*. Festschrift für Hanno Beck, Frankfurt a.M. 1993, S. 87–107.

Exemplarisch definiert der Biologe Norman Myers Umweltmigranten als

*»people who can no longer gain a secure livelihood in their homelands because of drought, soil erosion, desertification, deforestation and other environmental problems«.*⁹

Ein in dieser Art gestricktes lineares Modell mag ausreichend sein, um räumliche Dynamiken biologischer, nicht-menschlicher Populationen zu erklären, es versagt jedoch bei der Übertragung auf humane Migrationsbewegungen.¹⁰ Die Kritik stellt im Wesentlichen auf zwei Punkte ab: Zum einen wird hervorgehoben, dass menschliche Migrationsbewegungen nur in den wenigsten Fällen monokausal erklärt werden könnten und daher neben Veränderungen in der physisch-materiellen Außenwelt auch stets soziale, politische, ökonomische und demographische Faktoren mitberücksichtigt werden müssten. Zum anderen wird auf die widersprüchlichen Ergebnisse bereits durchgeführter empirischer Regionalstudien verwiesen. Die Empirie zeige nämlich keinerlei regelhafte positive Zusammenhänge. Zwar schienen Veränderungen in der natürlichen Umwelt durchaus für Migrationsbewegungen von Relevanz zu sein, eine eindeutige Richtung ließe sich jedoch nicht erkennen. Die Literatur bezeuge eine enorme Bandbreite an möglichen Zusammenhängen, alles sei beobachtet worden – von einer zunehmenden bis rückläufigen Emigration aus, gar bis hin zu Immigration in Regionen mit zunehmenden ökologischen Problemen.¹¹

9 Norman Myers, *Environmental Refugees: A Growing Phenomenon of the 21st Century*, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society B*, 357. 2002, S. 609–613, hier S. 609.

10 Die der Übertragung auf Migration von Menschen, also auf gesellschaftliche Sachverhalte, innewohnende unzulässige Vereinfachung ist unter anderen kritisiert worden von Black, *Environmental Refugees*; Richard E. Bilborrow, *Rural Poverty, Migration, and the Environment in Developing Countries: Three Case Studies* (Policy Research Working Papers), Washington 1992; Gunvor Jónsson, *The Environmental Factor in Migration Dynamics – A Review of African Case Studies* (Oxford International Migration Institute Working Paper 21), Oxford 2010. Weitere Kritikpunkte an der Methodik Myers bei der Schätzung der Zahlen zukünftiger Migranten finden sich – im Namen der International Organization for Migration – bei Oli Brown, *Migration and Climate Change* (IOM Migration Research Series No. 31), Genf 2008.

11 Ganz zu schweigen von dem Nuancenreichtum der beobachteten Migrationsmuster sowohl hinsichtlich sozioökonomischer Ausstattung, Geschlecht sowie Alter der Migranten als auch hinsichtlich Reichweite und Dauer der Migrationsbewegungen. Gute Überblicke über die Ergebnisse verschiedenster Regionalstudien bieten: James Morrissey, *Environmental Change and Forced Migration. A State of the Art Review* (RSC Background Paper), Oxford 2009, und Etienne Piguet/Antoine Pécout/Paul de Guchteneire, *Migration and Climate Change: An Overview*, in: *Refugee Survey Quarterly*, 30. 2011, S. 1–23.

Aufgrund dieser empirischen Aporie, die letzten Endes auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, physisch-materielle Faktoren von anderen migrationsrelevanten Faktoren zu extrahieren, plädieren manche Autoren dafür, den Umweltbegriff weiter zu fassen. So stellten jüngst die Autoren des transdisziplinär angelegten Forschungsprojektes Foresight – Migration and Global Environmental Change¹² um den Geographen Richard Black mehrfach heraus, dass physisch-materielle Faktoren nicht als solche, sondern nur im Zusammenspiel mit zahlreichen sozioökonomischen Faktoren Erklärungskraft besäßen und der Umweltbegriff daher stets all diese Faktoren berücksichtigen müsse.¹³ Damit rutscht der Umweltbegriff zwar wieder näher an seine ursprüngliche, von Uexküll geprägte Bedeutung heran, wonach Umwelt keineswegs auf die physisch-materielle Außenwelt begrenzt ist. Doch gewinnt er so als Explanans keineswegs an Schärfe. Umwelt wird hier zu einem substanziellen Catch-all-Begriff, unter den einfach sämtliche irgendwie migrationsrelevanten Aspekte subsumiert werden. Eine Klassifizierung verschiedener Ursachen von Migration ist dann nicht mehr möglich. Denn nach solch umfassendem Begriffsverständnis migriert jeder Migrant zwangsläufig aus ›Umweltgründen‹. Eine eigenständige Kategorie ›Umweltmigrant‹ oder ›Umweltflüchtling‹ wäre schlicht redundant. Unterscheiden lassen sich verschiedene Formen von Migration demnach nicht mehr nach ursächlich dominierenden, sondern nur nach dem je spezifischen Zusammenspiel der einzelnen migrationsrelevanten Faktoren.¹⁴

Ein weiteres Problem sowohl des erweiterten als auch des auf die physisch-materielle Außenwelt beschränkten Umweltverständnisses ist die objektivistische Beschreibung der als relevant gedachten Erklärgrößen. Viele Autoren scheinen nicht nur davon auszugehen, dass sie die ursächlichen Faktoren exakt so konzipieren und beschreiben wie sie wirklich sind, sondern wie sie auch von den Handelnden vor Ort aufgefasst werden. Spätestens mit dem disziplinübergreifenden Aufkommen der Umweltwahrnehmungsforschung (environmental perception and behavior)¹⁵ in den 1960er Jahren ist

12 Einen Überblick über Ziele, Struktur und Projekte des Programms bietet die offizielle Homepage: <http://www.bis.gov.uk/foresight/our-work/projects/published-projects/global-migration> (14.3.2012). Ergebnisse des Projekts sind in zahlreichen Publikationen veröffentlicht, umfassend: Foresight, Migration and Global Environmental Change, Final Project Report, London 2011.

13 Siehe dazu exemplarisch den Beitrag von Kerstin Schmidt-Verkerk in diesem Band sowie: Richard Black u.a., Migration as Adaptation, in: *Nature*, 478. 2011, S. 447–449, und ders. u.a., The Effect of Environmental Change on Human Migration, in: *Global Environmental Change*, 21. 2011, S. 3–11.

14 Zu Ende gedacht laufen diese Ideen letztlich auf eine rein idiographische Migrationsforschung hinaus.

15 Eine kurze Einführung in das Forschungsfeld bietet: Gerhard Hard, *Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung*, Berlin 1973, S. 200–225, und dazu kri-

diese Substanzialisierung allerdings nicht mehr selbstverständlich. Die Idee, dass sich Individuen, Gruppen oder Institutionen nicht unmittelbar an einer physisch-materiellen und sozioökonomischen ›Wirklichkeit‹ orientieren (genauer: sich nicht orientieren können), sondern an sprachlich und symbolisch vermittelten Wirklichkeiten, sprich an wahrgenommenen und sozial konstruierten Umwelten, ist seither ein Gemeinplatz der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung. Entsprechend findet sich auch in der Literatur eine enorme Zahl an Arbeiten, in denen Migrationsentscheidungen nicht mehr in Bezug auf eine physisch-materielle Umwelt als solche interpretiert werden, sondern in Bezug auf subjektive Wahrnehmungen verschiedener Umweltfaktoren.

Das Gros dieser Arbeiten kommt zu der Feststellung, dass die von außen häufig als potentielle oder sogar faktische Umweltmigranten bezeichneten Personen sich selbst keinesfalls als solche einstufen. Ökologische oder klimatische Faktoren spielen für die eigenen Migrationspläne oder -entscheidungen zumeist keine Rolle.¹⁶ Aber auch dieser an der Wahrnehmung des einzelnen Individuums ansetzende (wie auch immer jeweils operationalisierte) Umweltbegriff ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht nicht unproblematisch. Zunächst ist zu bemerken, dass auch die ›subjektiv wahrgenommene Umwelt‹ nicht unbedingt als Stimulus, sondern vielmehr als eine aspekthafte Deutung von Handlungs- bzw. Kommunikationssituationen verstanden werden sollte. Die – meist in qualitativen Befragungen – erhobenen Umweltwahrnehmungen sind im Allgemeinen auf die Interaktionssituation ›Befragung durch einen Wissenschaftler‹ bezogen. Der Befragte konstruiert mitunter ad hoc jene ›subjektive Umweltwahrnehmung‹, von der er meint, dass sie für den fragenden Forscher relevant sein könnte. Bei solchen situationsbezogenen Umweltinterpretationen kommen dann keineswegs lediglich die

tisch-resümierend: ders., Humangeographie, in: Lenelis Kruse/Carl Friedrich Graumann (Hg.), Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen, München 1990, S. 56–63.

- 16 Exemplarisch sei hier auf zwei Studien verwiesen, die im Pazifikstaat Tuvalu durchgeführt wurden. Tuvalu gilt gemeinhin als das ›erste Opfer‹ des Klimawandels. In den Medien wird regelmäßig kolportiert, nahezu die gesamte Staatsbevölkerung würde aufgrund von Meeresspiegelanstieg und Grundwasserversalzungen zu Klimaflüchtlingen werden. Kritisch hierzu: Natasha Mann, Racism, the Environment, and Persecution: Environmental Refugees in Tuvalu, Theses and Dissertations, Paper 534, Toronto, Ryerson University 2009, <http://digitalcommons.ryerson.ca/dissertations/534> (13.3.2012). In der Selbstwahrnehmung der Tuvaluaner stellen ökologische Probleme aber kaum migrationsrelevante Faktoren dar: Colette Mortreux/Jon Barnett, Climate Change, Migration and Adaptation in Funafuti, Tuvalu, in: Global Environmental Change, 19. 2009, S. 105–112; Shawn Shen/François Gemenne, Contrasted Views on Environmental Change and Migration: The Case of Tuvaluan Migration to New Zealand, in: International Migration, 49. 2011, S. 225–242.

über subjektive Wahrnehmung vermittelten physisch-materiellen Umweltfaktoren zur Geltung, sondern in erster Linie kommunikativ zirkulierende Umweltbilder oder -semantiken. Auch die ›subjektiven Umweltwahrnehmungen‹ sind also zumeist nur Kondensate von sozial anschlussfähigen und standardisierten Kommunikationen über Umwelt, die in der Gesellschaft, also beispielsweise von Wissenschaft, Massenmedien, Politik oder NGOs produziert und stabilisiert werden.

Wie bereits dieser kurze Abriss der verschiedenen Perspektiven verdeutlicht, ist die Vieldeutigkeit des Umweltbegriffs immens. Es scheint, als habe der Begriff Umwelt den Status eines leeren Signifikanten längst erreicht. Bei genauerem Hinsehen erzeugt der Verweis auf Umwelt als wesentlicher Faktor zur (sozialwissenschaftlichen) Erklärung von Migrationsentscheidungen mehr Fragen als Antworten. Vor allem all jene Ansätze, die versuchen, den Umweltbegriff jenseits gesellschaftlicher Bedeutungshorizonte in der physisch-materiellen Außenwelt dingfest zu machen, überlasten sich mit den daraus resultierenden epistemologischen und methodischen Problemen selbst.¹⁷

Eine rein sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema ›umwelt- oder klimabedingte Migration‹, die versucht, die kurz skizzierten Probleme des Umweltbegriffs zu umgehen, müsste sich von einem physisch-materiellen Begriffsverständnis lösen. Im Forschungsfokus stünde dann nicht mehr die Frage nach dem Kausal- oder besser Wirkverhältnis von Umwelt und Migration. Stattdessen könnte beispielsweise stärker als bisher auf andere Fragen fokussiert werden, zum Beispiel: In welchen sozialen Zusammenhängen werden mithilfe welcher Unterscheidungen welche Narrative des Zusammenhangs von physisch-materieller Welt und Migration produziert? Mit welchen Funktionen und für welche Adressaten? In welchen gesellschaftlichen Kontexten sind welche Narrative anschlussfähig und welche nicht? Zur Beantwortung solcher Fragen müssten die Begrifflichkeiten Umweltmigration und Klimaflucht dann aus der Perspektive der ihnen zugrundeliegenden Unterscheidungen in den Blick genommen und schließlich unter dem Aspekt ihrer empirischen Verwendung untersucht werden.

17 Neben anderen bemüht sich Koko Warner von der United Nations University in Bonn um empirische Nachweise der Wirkrichtung von Umweltveränderung auf Migration. Zu den diesbezüglichen Forschungsproblemen gehören die folgenden Fragen: »How to establish whether the environmental signal is discernible in migration patterns? [...] How to show that migration would have had a different quality or would not have occurred in the absence of environmental change?« Koko Warner, Environmental Change and Migration: Methodological Considerations from Ground-breaking Global Survey, in: Population and Environment, 33. 2011, H. 1, S. 3–27, hier S. 6.

2 Wo die Begriffe florieren: Beobachtungen zum Diskurs über Umwelt- und Klimaflucht

Die Schwerpunktsetzung auf die empirische Verwendung der Begrifflichkeiten Umwelt- und Klimaflucht setzt einen Wechsel der Beobachtungsebenen voraus. Beobachtungstheoretisch formuliert, muss von einer Beobachtung erster auf die Beobachtung zweiter Ordnung umgestellt werden. Während die oben dargestellten Beobachtungen erster Ordnung auf der ›Was-Ebene‹ operieren, also die Frage: ›Was ist Umwelt und welchen Einfluss hat sie auf Migrationsentscheidungen?‹ in den Mittelpunkt rücken, operiert die Beobachtung zweiter Ordnung auf der ›Wie-Ebene‹. Indem beobachtet wird, wie und mit welchen Folgen im Schema der Beobachtung erster Ordnung die Begriffe Umwelt, Klima und Migration angewendet und verknüpft werden, macht die Beobachtung zweiter Ordnung die Beobachtung erster Ordnung zu ihrem Gegenstand.¹⁸

Nähert man sich dem Thema nun aus dieser Perspektive, erscheint es zunächst sinnvoll, die Kommunikationszusammenhänge zu explizieren, in denen die Begriffe Umwelt- oder Klimaflucht überhaupt mobilisiert werden. Als erstes grobes Schema der Differenzierung bietet sich an, zwischen wissenschaftlichen, politischen und massenmedialen Kommunikationszusammenhängen zu unterscheiden. Betrachtet man zunächst den originär wissenschaftlichen Diskurs, fällt auf, dass es sich keineswegs um ein neues Thema handelt. Unter dem Paradigma des Geo- bzw. Klimadeterminismus wurden bereits in den ersten systematischen migrationstheoretischen Abhandlungen Klima- und andere physisch-materielle Umweltfaktoren als die primären Triebkräfte für Migrationsbewegungen angesehen. So hob beispielsweise der als Pionier der systematischen Migrationsforschung geltende Ernst Georg Ravenstein stets die Bedeutung klimatischer Faktoren hervor.¹⁹ Erst im Zuge einer weiteren Verselbständigung der Sozialwissenschaften im Laufe des

18 Die hier kurz skizzierten Überlegungen zum Beobachtungsbegriff fußen auf einer von Niklas Luhmann ausgearbeiteten allgemeinen Theorie der Beobachtung. Einführend dazu: Georg Kneer/Armin Nassehi, Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, München 2000, S. 95–110. Ein Beispiel für eine ausgearbeitete Anwendung der Beobachtungstheorie bietet für den Kulturbegriff: Andreas Pott, Kulturgeographie beobachtet. Probleme und Potentiale der geographischen Betrachtung von Kultur, in: Erdkunde, 59. 2005, S. 89–101, und für den Raumbegriff: Marc Redepenning, Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken, Leipzig 2006.

19 Ernst Georg Ravenstein, The Laws of Migration, in: Journal of the Royal Statistical Society, 48. 1885, S. 167–185. Als klassisch-geographische Beispiele können gelten: Ellen Churchill Semple, Influences of Geographic Environment: On the Basis of Ratzel's System of Anthropogeography, New York 1911, und Ellsworth Huntington, The Human Habitat, New York 1927.

20. Jahrhunderts verloren solche geo- und klimadeterministischen Migrationstheorien kontinuierlich an Bedeutung. Die Idee eines direkten kausalen Zusammenhangs zwischen Klima bzw. natürlicher Umwelt und Migration galt in der sich entwickelnden sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zunehmend als eine einfältige, schablonenhafte Sicht der Welt. Sowohl in neueren soziologischen²⁰ und wirtschaftswissenschaftlichen²¹ als auch in geographischen²² Kerntexten zur Migration sucht man Referenzen auf das Klima oder andere Aspekte der physisch-materiellen Außenwelt vergebens. Entsprechend dominieren auch heute in der sozialwissenschaftlichen Diskussion kritische, die Komplexität und die Eigenlogik sozialer Prozesse betonende Stimmen. Allein die Debatte über das Kontinuum (oder: Spannungsfeld) von freiwilliger bis hin zu erzwungener räumlicher Bevölkerungsmobilität füllt ganze Bibliotheken. Betrachtet man cursorisch einmal lediglich die thematisch einschlägigen Publikationen in sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften²³, so fällt – wenn auch in aller Vereinfachung – auf, dass das Thema umwelt- oder klimabedingte Migration hier äußerst zurückhaltend behandelt wird. Ein Großteil der Veröffentlichungen steht den Begriffen Umwelt- und Klimaflucht kritisch oder zumindest stark relativierend gegenüber. Zur Illustration sei hier eine kurze Zusammenfassung des Grundtenors aus den Veröffentlichungen der sieben laut Journal Impact Factor (JIF) bedeutendsten geographischen Fachzeitschriften mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt gegeben.²⁴

-
- 20 Einen Überblick über die vielfältigen soziologischen Migrationstheorien bietet: Petrus Han, *Soziologie der Migration*, Stuttgart 2005.
 - 21 Prototypisch hier die neoklassische Migrationstheorie: Everett S. Lee, *A Theory of Migration*, in: *Demography*, 3. 1966, S. 47–57.
 - 22 Exemplarisch kann hier auf die überwiegend quantitativen Arbeiten des sogenannten ›Spatial Approach‹ verwiesen werden, etwa Gunnar Olsson, *Distance and Human Interaction. A Migration Study*, in: *Geografika Annaler, Series B, Human Geography*, 47. 1965, S. 3–43.
 - 23 Mit wissenschaftlichen Fachzeitschriften werden hier regelmäßig erscheinende, meist disziplingebundene Fachzeitschriften gemeint, die sich explizit an ein wissenschaftliches Publikum richten und die über ein unabhängiges wissenschaftliches Begutachtungssystem (peer review) verfügen.
 - 24 Die cursorische Datenerhebung beruht auf einer Recherche mithilfe der Literaturdatenbank GEOBASE. Berücksichtigt wurden ausschließlich die englischsprachigen Fachzeitschriften *Progress in Human Geography*, *Transactions of the Institute of British Geographers*, *Annals of the Association of American Geographers*, *The Geographical Journal*, *Geoforum*, *Antipode* sowie *The Professional Geographer*. In die Analyse eingegangen sind Veröffentlichungen von Januar 1994 bis Januar 2012. Gesucht wurde über Schlagwörter und Volltextsuche anhand der (zum Teil trunkeierten) Begriffe *environmental refugees*; *environmental migrant*; *environmental change & migration*; *climate migrant*; *climate refugees*; *climate change & migration*. Die Beschränkung auf geographische Zeitschriften ist vor allem dem fachlichen Hinter-

In der Zeit von Januar 1994 bis Januar 2012 wurden in diesen Zeitschriften zehn Artikel publiziert, die sich explizit mit dem Zusammenhang von Umwelt- oder Klimafaktoren und Migration befassen. Lediglich in einer Veröffentlichung wird der Begriff ›Umweltflüchtling‹ zustimmend und ohne ergänzende oder relativierende Erläuterungen verwendet. In den übrigen neun Artikeln hingegen wird gegen einen unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen Umwelt- oder Klimafaktoren und Migration argumentiert. Wie der Blick in diese anglophonen (human-)geographischen Fachzeitschriften zeigt: Die enorme öffentliche Aufmerksamkeit, die dem Konzept der ›Umweltflucht‹ in den letzten Jahren zuteil wurde, scheint zumindest im rein (geographisch-) akademischen Diskurs kaum Resonanz zu erzeugen.

Anders sieht es aus, wenn man sich von dieser fachlichen und institutionellen Engführung löst und neben dem rein akademischen (primär innerdisziplinären) auch den transdisziplinären Diskurs in den Blick nimmt. In Anlehnung an Achim Daschkeit ist hiermit ein Diskurs gemeint, der über das Wissenschaftssystem hinaus einen direkten Bezug zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen herstellt. Forschungsthemen und Fragestellungen sind dabei wissenschaftsextern relevant und an gesellschaftlichen Problemlagen ausgerichtet. Besonders häufig wird zudem das Globalproblem der ›ökologischen Krise‹ für die Begründung der Notwendigkeit von transdisziplinären Projekten mobilisiert. Vielschichtige Phänomene (wie prototypisch der Klimawandel und seine Folgen) lassen sich – so die gängige Argumentation – nur noch in der Zusammenschau verschiedener Perspektiven erfolgversprechend bearbeiten. Neben natur- und sozialwissenschaftlichen Experten treten daher in transdisziplinären Diskursen sowohl politische Entscheidungsträger als auch öffentlich wirkende gesellschaftliche Gruppen als Akteure in Erscheinung.²⁵ Um einen groben – allerdings keineswegs wertend gemeinten – Vergleich der innerdisziplinären und transdisziplinären Kommunikationszusammenhänge zu ermöglichen, sollen nun auch sechs besonders bedeutende transdisziplinäre Zeitschriften²⁶ hinsichtlich ihrer Beiträge zum Thema um-

grund der Autoren geschuldet. Auch wenn Migrationsthemen nicht im Mittelpunkt sozialgeographischer Forschung stehen, wird diese Beschränkung auch dadurch gestützt, dass sich die Geographie ihrem klassischen Selbstverständnis nach als die Disziplin zum Mensch- bzw. Gesellschaft-Umwelt-Verhältnis versteht.

25 Achim Daschkeit, *Umweltforschung in der Geographie – Beiträge zur »innerdisziplinären Interdisziplinarität«*, Dissertation Universität Kiel, 2000.

26 Als transdisziplinäre Zeitschriften werden hier regelmäßig erscheinende Periodika meist ohne disziplinären Anschluss bezeichnet, die sich laut Selbstbeschreibung explizit nicht nur an Fachwissenschaftler, sondern ebenfalls an wissenschaftsinteressierte Laien und politische Entscheidungsträger richten. Auch hier beruht die Datenerhebung auf einer Recherche mithilfe der Literaturliteraturdatenbank GEOBASE. Berücksichtigt wurden die sechs englischsprachigen Zeitschriften *Global Environmental Change*, *Population and Environment*, *Refugee Survey Quarterly*, *Climatic*

welt- oder klimabedingte Migration betrachtet werden.²⁷ Es zeigt sich hier, dass dem Thema eine weitaus größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im oben genannten Zeitraum erschienen in den sechs ausgewählten Periodika 38 thematisch einschlägige Beiträge. In 22 Artikeln wird explizit von einem direkten kausalen Zusammenhang zwischen Umwelt- oder Klimaveränderungen und Migration ausgegangen. Entsprechend werden die Kategorien ›Umwelt‹- oder ›Klimaflüchtling‹ in diesen Artikeln zustimmend verwendet und zumeist auch deren Zahl zu bestimmen versucht. In 16 Beiträgen werden diese Kategorien hingegen kritisch behandelt und auf die Vielschichtigkeit und wechselseitige Abhängigkeit migrationsrelevanter Faktoren hingewiesen. Auffällig ist, dass Autoren solcher kritischen bis ablehnenden Beiträge gleichermaßen in transdisziplinären wie in fachwissenschaftlichen Zeitschriften publizierten – wohingegen jene Autoren, die das Konzept der umweltbedingten Migration zustimmend verwenden, nur in den transdisziplinären Periodika veröffentlicht haben. Bei diesen Autoren handelt es sich zu etwa gleichen Anteilen um Naturwissenschaftler, um universitär angebundene Sozialwissenschaftler wie um in außeruniversitären Forschungseinrichtungen beheimatete Autoren. Besonders Letztere scheinen ihre Publikationen schwerpunktmäßig an den Anforderungen transdisziplinärer Kommunikationszusammenhänge auszurichten.²⁸ Es ist also vor allem dieser diskursive Überschneidungsbereich von politisch orientierter sowie relevanter

Change, Disasters and Ambio: A Journal of the Human Environment. Da die Zeitschrift *Population and Environment* bei GEOBASE nicht vorgehalten wird, erfolgte die Recherche in diesem Fall über die verlagseigene Homepage. Suchzeitraum und Suchbegriffe wurden beibehalten.

- 27 Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass Zeitschriftenpublikationen im transdisziplinären Kommunikationszusammenhang im Vergleich zur klassischen, disziplingebundenen Wissenschaft eine weniger bedeutende Rolle spielen. Besonders wichtige Formen der Kommunikation sind hier vor allem Gutachten, Stellungnahmen sowie andere Veröffentlichungen wissenschaftlicher Beiräte oder Arbeitskreise. Des Weiteren soll die hier getroffene Unterscheidung von akademischen/fachwissenschaftlichen versus transdisziplinären Kommunikationszusammenhängen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Publikationen in transdisziplinären Zeitschriften zu einem großen Teil aus der Feder von disziplingebundenen Universitätswissenschaftlern stammen und die Kommunikationszusammenhänge daher keineswegs streng getrennt werden können. Die kleine Datenerhebung und die Unterscheidung zwischen disziplinär und transdisziplinär erfüllt hier lediglich eine heuristische Funktion.
- 28 Zur Rolle »epistemischer communities« bei der konsensualen Deutung von Klimawandel siehe etwa Willy Viehöver, Die Politisierung des globalen Klimawandels und die Konstitution des transnationalen Klimaregimes, in: Matthias Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden 2011, S. 671–691. Mitunter werden die Akteure des IPCC als eine solche epistemische Gemeinschaft interpretiert, siehe dazu: Mike Hulme/Martin Mahony, *Climate Change: What Do We Know about the IPCC?*, in: *Progress in Human Geography*, 34. 2010, H. 5, S. 705–718.

Tabelle 1: Ausgewählte Schätzungen und Prognosen zum weltweiten Umfang umweltbedingter Migration

Quelle	Schätzungen zur Zahl der »Umweltflüchtlinge«*	Prognosen künftiger »Umweltflüchtlinge«
Global Humanitarian Forum 2009: The Anatomy of a Silent Crisis, Genf, S. 48f.	26 Mio. »Klimaflüchtlinge«	72 Mio. »Klimaflüchtlinge« bis 2030
Environmental Justice Foundation (EJF) 2009: No Place Like Home. Where Next for Climate Refugees, London, S. 4.		200 Mio. »Umweltflüchtlinge«, davon 150 Mio. »Klimaflüchtlinge« bis 2050
United Nations University, Institute for Environment and Human Security 2007: Control, Adapt or Flee. How To Face Environmental Migration? Bonn, S. 15–18.	10 Mio. »Umweltflüchtlinge«	50 Mio. »Umweltflüchtlinge« bis 2010; 200 Mio. »Umweltflüchtlinge« bis 2050
Friends of the Earth 2007: A Citizen's Guide to Climate Refugees, Amsterdam, S. 8.		200 Mio. »Klimaflüchtlinge« bis 2050
Greenpeace 2007: Klimaflüchtlinge. Die verheugnete Katastrophe, Hamburg, S. 1f., 27.	20 Mio. »Klimaflüchtlinge«	150–200 Mio. »Klimaflüchtlinge« im Laufe der nächsten 30 Jahre
Nicholas Stern 2007: The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge, S. 128–130.		150–200 Mio. »Klimaflüchtlinge« bis 2050
Christian Aid 2007: Human Tide: The Real Migration Crisis, London, S. 5f.	25 Mio. »Umweltflüchtlinge«	50 Mio. »Umwelt-« und 250 Mio. »Klimaflüchtlinge« bis 2050; hinzu kämen noch 645 Mio. Menschen, die durch Entwicklungsprojekte wie Staudämme vertrieben würden
United Nations 2005: Millennium Ecosystem Assessment Report, Washington.	20 Mio. »Umweltflüchtlinge«	50 Mio. »Umweltflüchtlinge« bis 2050
United Nations High Commissioner on Refugees (UNHCR) 2002: Environmental Migrants and Refugees. Refugees No. 127, Genf, S. 12.	24 Mio. »Umweltflüchtlinge«	
International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies: World Disaster Report 2001, Focus on recovery, Genf, S. 11.	25 Mio. »Umweltflüchtlinge«	
WorldWatch Institute 1988: Environmental Refugees: A Yardstick of Habitability, Washington, S. 38	10 Mio. »Umweltflüchtlinge«	
United Nations Environmental Program (UNEP) 1985: Environmental Refugees, Nairobi, S. 8.	30 Mio. Flüchtlinge, davon seien viele »Umweltflüchtlinge«	

* bezogen auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Quelle: eigene Zusammenstellung.

Wissenschaft einerseits und von auf wissenschaftliche Expertisen angewiesener Politik andererseits, in welchem die Debatte um Umweltmigranten und Klimaflüchtlinge ohne kritisches Hinterfragen floriert.

Diese transdisziplinäre Debatte kann als ein typisches Beispiel für das, was die beiden Wissenschaftstheoretiker Jerome Ravetz und Silvio Funtowicz »post-normal science« nennen, aufgefasst werden.²⁹ Eine postnormale Situation ist dann gegeben, wenn wissenschaftliche Aussagen aufgrund methodologischer oder epistemischer Probleme unsicher bleiben müssen, aber dennoch von erheblicher praktischer Bedeutung für die Ausformulierung von Politik und Entscheidungen sind. In einem solchen Fall wird Wissenschaft immer stärker von der Verwendbarkeit der möglichen Aussagen in außerakademischen Kontexten bestimmt. Nicht mehr die Wissenschaftlichkeit, also beispielsweise die methodische Qualität oder die Eingebundenheit in disziplinäre Theoriezusammenhänge steht im Zentrum, sondern die Nützlichkeit.³⁰ Die enorme Karriere, die das Konzept der umwelt- oder klimabedingten Migration – ungeachtet aller kritischen akademischen Schriften – vor allem im letzten Jahrzehnt erfahren hat, ist wohl maßgeblich auf diesen postnormalen Charakter des Forschungsthemas zurückzuführen. Dabei ist neben der transdisziplinären Verschränkung des politischen und wissenschaftlichen Diskurses die alltagsweltliche Plausibilität der aufgestellten Thesen und deren mediale Inszenierung wirksam. Da es in erster Linie um die soziale Akzeptanz von Aussagen und nicht zuvorderst um deren Richtigkeit geht, werden Wissensansprüche nicht mehr nur von »ausgewiesenen« Migrationsforschern erhoben, sondern auch von allerlei anderen Experten, die unter Umständen (z.B. als Mitarbeiter einzelner Unterorganisationen der Vereinten Nationen oder Vertreter von Menschenrechts-, Umweltschutz- oder »Sicherheits«-NGOs) weiteren Interessen verpflichtet sind. Vor diesem Hintergrund überrascht die prominente Stellung kaum, die das Konzept der umweltbedingten Migration in internationalen Organisationen wie UNEP oder der United Nations University (UNU) sowie den global agierenden NGOs einnehmen konnte.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über einige thematisch einschlägige Publikationen internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen und die darin formulierten Schätzungen und Prognosen hinsichtlich der quantitativen Bedeutung des Phänomens Umweltflucht in Gegenwart und Zukunft. Obwohl die in der Tabelle aufgeführten Publikationen uneinheitliche Definitionen von Umwelt-/Klimaflüchtlingen/-migranten zugrunde le-

29 Silvio O. Funtowicz/Jerome R. Ravetz, Science for the Post-normal Age, in: Futures, 25. 1993, H. 7, S. 739–755.

30 Zum Thema Klimaforschung als Postnormale Wissenschaft siehe: Hans von Storch, Klimaforschung und Politikberatung, in: Leviathan, 37. 2009, H. 2, S. 305–317.

gen, fällt ein gewisses Maß an Übereinstimmung auf, das darauf hindeutet, dass man sich wohl auf dieselben Quellen bezieht. In der Tat haben nur wenige Autoren versucht, selbst Schätzungen des quantitativen Umfangs des Phänomens in der Gegenwart und für die Zukunft auszuarbeiten und zu begründen. Prominenteste Quelle sind die Arbeiten von Norman Myers von der Oxford University.³¹ Er hat seine Zahlen in anerkannten (peer-reviewed) Journalen und im Rahmen einer OECD-Tagung (13th Economic Forum) im Mai 2005 in Prag publik gemacht. In der schriftlichen Fassung des Prager Vortrags heißt es:

»As far back as 1995 (latest date for a comprehensive assessment), these environmental refugees totalled at least 25 million people, compared with 27 million traditional refugees (people fleeing political oppression, religious persecution and ethnic troubles). The environmental refugees total could well double between 1995 and 2010. Moreover, it could increase steadily for a good while thereafter as growing numbers of impoverished people press ever harder on over-loaded environments. When global warming takes hold, there could be as many as 200 million people overtaken by disruptions of monsoon systems and other rainfall regimes, by droughts of unprecedented severity and duration, and by sea-level rise and coastal flooding.«³²

Diese Zahlen klingen eindrucksvoll, vor allem die Ausblicke in die Zukunft. 200 Millionen Klimaflüchtlinge im Jahr 2050 würde bedeuten, dass dann etwa jeder 45. Weltbürger ein durch den Klimawandel Vertriebener sein wird. Die gemäß Tabelle 1 geschätzten 20 bis 30 Millionen umweltbedingten Migranten und Flüchtlinge derzeit sind insofern bemerkenswert, als das UN Department of Economic and Social Affairs (UNESA) die Zahl sämtlicher Flüchtlinge weltweit mit fast 16,5 Millionen Menschen angibt, die Zahl sämtlicher Migranten mit etwa 214 Millionen Menschen (Zahlen für die Mitte des Jahres 2010).³³ Selbstverständlich legt die UNESA hierbei andere (enge, je-

31 Die Angaben von Myers dürften Grundlage der meisten in Tabelle 1 aufgeführten Veröffentlichungen sein, insbesondere gilt diese Vermutung für United Nations 2005, Christian Aid 2007, Stern 2007, Friends of the Earth 2007, United Nations University - Institute for Environment and Human Security 2007, United Nations Environmental Programme (UNEP) 2008, Environmental Justice Foundation (EJF) 2009 sowie Global Humanitarian Forum 2009.

32 Norman Myers, Environmental Refugees, An Emergent Security Issue, 13. Economic Forum, Prague, OSCE, May 2005, S. 1, <http://www.osce.org/eea/14851> (12.3.2012). Hierbei bezieht sich Myers auf Norman Myers/Jennifer Kent, Environmental Exodus: An Emergent Crisis in the Global Arena, The Climate Institute, Washington, DC 1995, sowie auf Norman Myers, Environmental Refugees: Our Latest Understanding, in: Philosophical Transactions of the Royal Society B (Biological Sciences), 356. 2001, S. 16.1-16.5.

33 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009). Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision (United Nations

doch transparente und nachvollziehbare) Operationalisierungen der Begriffe Flüchtling und Migrant zugrunde, doch zeigt die Gegenüberstellung der Zahlen, dass schon heute jeder zehnte Migrant (gemäß UNESA-Definition) ein Umweltmigrant (gemäß des Verständnisses von Norman Myers) sein müsste.

Die in Tabelle 1 wiedergegebenen Zahlen beruhen auf Schätzungen, die sich auf recht vage Operationalisierungen stützen. Dazu gehört eine sehr weit gefasste Definition von Klimaflüchtlingen (»climate refugees«). Diese sind für Myers – wie bereits weiter oben zitiert:

»These are people who can no longer gain a secure livelihood in their homelands because of drought, soil erosion, desertification, deforestation and other environmental problems, together with associated problems of population pressures and profound poverty. In their desperation, these people feel they have no alternative but to seek sanctuary elsewhere, however hazardous the attempt. Not all of them have fled their countries, many being internally displaced. But all have abandoned their homelands on a semi-permanent if not permanent basis, with little hope of a foreseeable return.«³⁴

Es geht also um Menschen, die ihre Lebensgrundlage schwinden sehen, weil sich die Umweltbedingungen in ihrer Heimat verschlechtern, was – im Zusammenspiel mit anderen Problemen wie Armut und Bevölkerungsdruck – zur Flucht bewege. Das kann dann zu Binnenwanderung wie zu grenzüberschreitender Migration führen, für nur kurze Zeit oder dauerhaft. So rechnet Myers die 1,3 Millionen Haitianer, die das Land verlassen haben, zu seiner Kategorie »environmental refugee«, weil der ihre Abwanderung dominierende Faktor der Umweltsituation zuzurechnen sei. Dabei nennt der Autor explizit Armut, Unterernährung, niedrige Lebenserwartung, fehlende Verdienstmöglichkeiten, politische Unterdrückung, überstrapazierte Ressourcen wie Böden, Wasser, Vegetation und Bewaldung usw.³⁵ – also Faktoren, die durchaus hinreichen würden, den massenhaften Exodus allein mit sozial hergestellten Tatsachen und ohne Rückgriff auf ›Umwelt‹ zu erklären.

Dieses Konzept des Umweltflüchtlings sowie die Art und Weise, wie die Zahlen ermittelt wurden, sind Gegenstand umfangreicher Kritik. So reiche es nicht aus, die Zahl der Einwohner in ökologisch kritischen Landstrichen aufzusummieren und diese dann sämtlich zu zukünftigen Umweltflüchtlingen zu erklären. Gewiss gibt es gute Gründe, vor Umweltdegradati-

database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2008), <http://esa.un.org/migration/p2k0data.asp> (13.3.2012).

34 Norman Myers, Environmental Refugees, An Emergent Security Issue, S. 1.

35 Ders., Environmental Refugees: A Growing Phenomenon of the 21st Century, in: Philosophical Transactions of the Royal Society B (Biological Sciences), 357. 2002, S. 609–613, hier S. 610.

on und allen Formen übermäßiger Ressourcennutzung zu warnen, doch wer kann wissen, wie viele Menschen dereinst in welcher Weise davon betroffen sein werden, wie sie reagieren, wer bleibt, wer flieht, wie weit ihre Flucht oder Migration reichen, werden Staatsgrenzen überquert, bleiben die Betroffenen im Staat, im Nachbarland oder werden sie reichere Erdteile erreichen? Ebenso wäre denkbar, dass sich Handlungs- und Nutzungsmuster ändern, die befürchteten Umweltprobleme möglicherweise nicht oder später oder abgeschwächt auftreten. Weiterhin wurde mehrfach kritisiert, dass mit solchen Operationalisierungen von ›environmental refugees‹ der Flüchtlingsbegriff in unzulässiger Weise aufgeweicht werde, schließlich ist der Status anerkannter Flüchtlinge aufgrund der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 sowie dem Zusatzprotokoll von 1967 mit einforderbaren Rechten verknüpft.³⁶

Norman Myers hatte Vorgänger. Bereits 1985 legte Essam El-Hinnawi im Namen des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (und nicht, wie man beim Thema Flüchtlinge vielleicht erwarten würde, einer mit Flüchtlingen befassten Organisation) eine Studie vor, in der von damals 30 Millionen Flüchtlingen weltweit ausgegangen wird. Viele von ihnen seien Umweltflüchtlinge, die definiert werden als

›those people who have been forced to leave their traditional habitat, temporarily or permanently, because of a marked environmental disruption (natural and/or triggered by people) that jeopardized their existence and/or seriously affected the quality of their life. By ›environmental disruption‹ in this definition is meant any

36 Siehe Steffen Angenendt, Klimaflüchtlinge – ein neues Sicherheitsrisiko?, in: ders./Susanne Dröge/Jörn Richert (Hg.), Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen, Reaktionen und Handlungsmöglichkeiten. Internationale Politik und Sicherheit 65, Baden-Baden 2011, S. 177–194, hier S. 179; Gemeine, Why the Numbers Don't Add up; Black, Environmental Refugees; Oli Brown, Migration and Climate Change (IOM Migration Research Series 31), Genf 2008, S. 11f.; Diana Hummel/Martin Doevenspeck, Research on Climate, Environment and Migration, in: dies. (Hg.), Climate Change, Environment and Migration in the Sahel. Selected Issues with a Focus on Senegal and Mali (micle working paper no. 1), Frankfurt a.M. 2012, S. 8–19. Zur Ableitung von Rechten von Umwelt- bzw. Klima-›Flüchtlingen‹ siehe auch Karen Elizabeth McNamara, Conceptualizing Discourses on Environmental Refugees at the United Nations, in: Population and Environment, 29. 2007, H. 1, S. 12–24. Nachdem Fabrice G. Renaud u.a. mit ihrer vielbeachteten Studie Control, Adapt or Flee: How to Face Environmental Migration?, Bonn 2007 nicht unerheblich zur Etablierung des Begriffs ›refugee‹ in der Debatte um Umwelt und Migration beigetragen hatten, hat sich dieses Team 2011 entschlossen, den politischen Flüchtlingsbegriff nicht mehr in der Debatte um umweltinduzierte Migration zu verwenden, siehe Fabrice G. Renaud/Olivia Dun, Koko Warner/Janos Bogardi: A Decision Framework for Environmentally Induced Migration, in: International Migration, 49. 2011, S. e5–e29, hier S. e24.

*physical, chemical, and/or biological changes in the ecosystem (or resource base) that render it, temporarily or permanently, unsuitable to support human life.*³⁷

Demnach steht hier ausschließlich Flucht zur Debatte, doch wird nicht unterschieden, ob dauerhaft oder vorübergehend, ob kleinräumig oder grenzüberschreitend, ob es sich etwa um Evakuierung angesichts eines unmittelbar bevorstehenden Vulkanausbruchs handelt oder um schleichende Degradationserscheinungen, aus denen dann Ressourcenverknappung und schließlich Land-Stadt-Migration resultiert.

Jodi Jacobson bemühte sich um eine empirische Konkretisierung dieser Zahl. In ihrer 1988 vom WorldWatch Institute (Washington, DC)³⁸ publizierten Studie definiert sie Umweltflüchtlinge als »people fleeing from environmental decline«. ³⁹ Hier lautet die Schätzung der Zahl der Umweltflüchtlinge 10 Millionen, wobei die Autorin diese in einzelnen Problemregionen identifiziert, mehrheitlich in Afrika südlich der Sahara. Demzufolge hätten Umweltflüchtlinge bereits damals das größte Kontingent aller Flüchtlinge weltweit gebildet.⁴⁰

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass Kritik und Ablehnung eines solch alltagsnahen, analytisch aber unbefriedigenden und empirisch eigentlich nicht fassbaren Phänomens umwelt- oder klimabedingter Migration oder Flucht auch von manch einflussreicher Organisation geteilt wird. Verwiesen werden soll hier nur auf die International Organization for Migration (IOM)⁴¹ sowie auf das IPCC. Beide Organisationen halten die Verschärfung von Umweltproblemen offensichtlich für unausweichlich, und beide gehen davon aus, dass dies mit vermehrter räumlicher Bevölkerungsmobilität einhergeht, dass es also durchaus einen (mehr oder weniger engen) Zusammenhang geben könnte. Beide wagen jedoch keine Prognosen und bleiben, was den zahlenmäßigen Umfang angeht, unbestimmt. Im Assessment Report des IPCC von 2007 verzichtet die Working Group II explizit auf die Nennung von Zahlen zum Phänomen »umweltbedingter Migration«, und zwar mit folgender Begründung:

37 Essam El-Hinnawi, *Environmental Refugees*, Nairobi 1985. Das Zitat der Definition stammt von S. 4, zitiert nach Diane C. Bates, *Environmental Refugees? Classifying Human Migrations Caused by Environmental Change*, in: *Population and Environment*, 23. 2002, H. 5, S. 465–477, hier S. 466.

38 In diesem Think Tank scheint das Schlagwort »environmental refugee« in den 1970er Jahren geboren worden zu sein, zumindest ist sein Ursprung mit damaligen Schriften von Lester Brown assoziiert. Siehe Black, *Environmental Refugees*, S. 2.

39 Jacobson, *Environmental Refugees*, S. 6, zitiert nach Gemenne, *Why Numbers Don't Add up*, S. 2.

40 Morrissey, *Environmental Change and Forced Migration*, S. 3.

41 Brown, *Migration and Climate Change*.

»Estimates of the number of people who may become environmental migrants are, at best, guesswork since (a) migrations in areas impacted by climate change are not one-way and permanent, but multi-directional and often temporary or episodic; (b) the reasons for migration are often multiple and complex, and do not relate straightforwardly to climate variability and change; (c) in many cases migration is a longstanding response to seasonal variability in environmental conditions, it also represents a strategy to accumulate wealth or to seek a route out of poverty, a strategy with benefits for both the receiving and original country or region; (d) there are few reliable censuses or surveys in any key parts of the world on which to base such estimates (e.g., Africa); and (e) there is a lack of agreement on what an environmental migrant is anyway.«⁴²

Im ersten Assessment Report des IPCC von 1990 wurde ebenfalls auf konkrete Zahlenangaben zu klimabedingter Migration verzichtet, doch entschieden auf den herausragenden Stellenwert des Phänomens für die Zukunft hingewiesen: »Migration and resettlement may be the most threatening short-term effects of climate change on human settlements.«⁴³

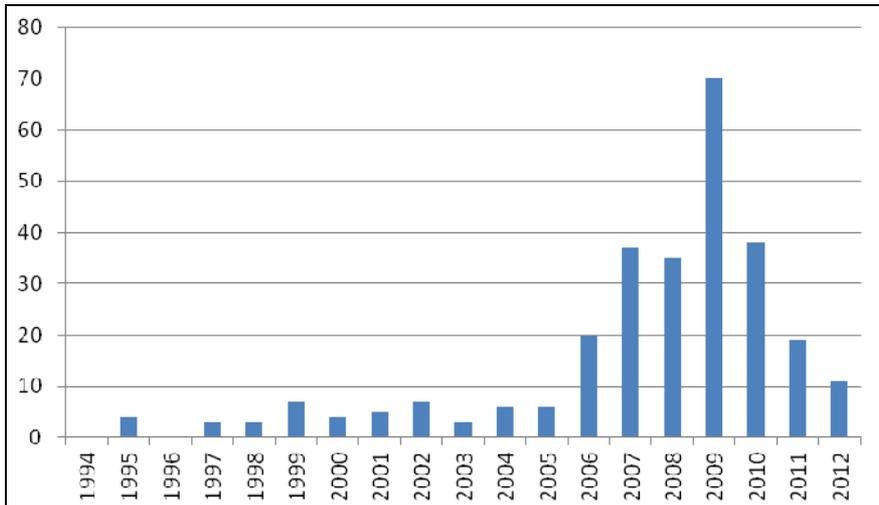
Definitorische und andere konzeptionelle Schwierigkeiten mit der Idee des Umwelt-/Klimaflüchtlings/-migranten sind nicht nur politiknahen Reports, sondern auch den Massenmedien eher fremd. Schaubild 1 zeigt den quantitativen Umfang der Berichterstattung zum Thema umwelt- und klimabedingter Flucht in ausgewählten deutschen Printmedien. Die Darstellung beruht auf der Auswertung der Archive von fünf großen deutschen Tageszeitungen und drei Wochenzeitschriften für den Zeitraum 1994–2012. Bei der Zusammenstellung wurde die Anzahl der von den Suchmaschinen gefundenen Artikel gezählt, in denen die Worte ›Umweltflüchtling(e)‹, ›Klimaflüchtling(e)‹, ›Umweltflucht‹, ›Klimaflucht‹ oder ›Umweltmigration‹ vorkommen, ohne Berücksichtigung ihrer genauen inhaltlichen Schwerpunktsetzung. Erfasst wurden sowohl Print- als auch Online-Ausgaben. Auch wenn man bei der Bewertung des in Schaubild 1 dargestellten Sachverhaltes in Rechnung stellt, dass die Zunahme von Nennungen zum Teil auch auf die Einführung von Online-Ausgaben in Ergänzung zu den Printausgaben der erfassten Medien zurückzuführen ist und dass bei den Onlinearchiven die älteren Zeitschriftenjahrgänge zum Teil nur unvollständig erschlossen sind, lässt sich doch eine eindeutige Entwicklung erkennen.

Offenbar hatte das Thema im Jahr 2009 einen Boom erlebt, seither wird es wieder seltener verhandelt. Der Verdacht liegt nahe, dass die Medienberichterstattung dem Rhythmus der großen Klimakonferenzen folgt und sich

42 IPCC, Working Group II, Climate Change 2007. Impacts, Adaptation and Vulnerability, Cambridge 2007, S. 365.

43 IPCC, Climate Change: The IPCC Impacts Assessment: Report prepared by Working Group II, Canberra 1990, S. 5–9.

Schaubild 1: Anzahl der Artikel zum Thema Umwelt- und Klimaflucht in ausgewählten Printmedien Deutschlands 1994 bis 2011



Spiegel, Zeit und Focus als Wochenmagazine, Süddeutsche Zeitung, Welt, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung und taz als Tageszeitungen; Quelle: eigene Erhebung.

bei der Erörterung von Qualität und Quantität des Problems Klimaflucht auf die in Tabelle 1 aufgelisteten Reports beruft. In der zunehmenden medialen Aufmerksamkeit, die dem Thema Klimaflucht von 2005 bis 2009 zuteil wurde, spiegelt sich auch der gesamtgesellschaftliche Diskursverlauf zur Klimadebatte wider, wie er 2007 in einem kurzen Beitrag für die Zeitschrift GAIA von Heike Egner skizziert worden ist.⁴⁴ Den Auftakt für diesen – im Rahmen der üblichen Aufmerksamkeitspanne der Massenmedien erstaunlichlangen – Medienhype bildete laut Egner die Untersuchung des britischen Ökonomen und Politikberaters Sir Nicholas Stern über die wirtschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels aus dem Jahr 2006.⁴⁵ Sterns Aussage, dass die globale Erwärmung erhebliche negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben werde, machte das Problemfeld Klimawandel ›berechenbar‹ und damit nicht nur an wissenschaftliche, sondern auch an politische und ökonomische Diskurse anschlussfähiger. Der Klimawandel ist mithin nicht mehr lediglich ein Problem, das zuvorderst die Menschen in den ärmeren Weltgegenden des

44 Heike Egner, Überraschender Zufall oder gelungene Kommunikation: Wie kam der Klimawandel in die aktuelle Debatte, in: GAIA, 16. 2007, H. 4, S. 250–254.

45 Nicholas Stern, The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2006.

globalen Südens betrifft, sondern ein ganz konkretes handlungsabhängiges Risiko ›für uns‹. Gelingt es uns nicht, die durchschnittliche Erhöhung der Welttemperatur unter 2°C zu halten, so drohen nicht nur ein Einbruch der weltweiten Wirtschaftsleistung, sondern auch massenhafte Fluchtbewegungen in Richtung der westlichen Industriestaaten. Mit dieser – bemerkenswerten wie fragwürdigen – Verschiebung der Perspektive stehen nicht mehr die mitunter prekären Lebensverhältnisse in den Herkunftsregionen der potentiellen Migranten im Fokus des Interesses, sondern die etwaigen Folgen für das politische und ökonomische Wohlergehen in den westlichen Industriestaaten; der moralische Appell richtet sich offensichtlich an die Bewohner der potenziellen Zielregionen der befürchteten Migration.

Auf der Grundlage der durch den Stern-Report erhöhten gesamtgesellschaftlichen Erregung erfolgte von Februar bis April 2007 die zeitlich gesplittete Veröffentlichung des mehrbändigen vierten Sachstandberichts des IPCC, wodurch die mediale Aufmerksamkeit weiter hochgehalten werden konnte. Im Januar 2009 fand dann der Klimagipfel von Kopenhagen statt, über den in der Presse ausführlich berichtet wurde.⁴⁶

Der Klimawandel hat diesen Risikokonstruktionen zufolge also einerseits ökonomische Folgen. Andererseits veranschaulicht das Thema Klimafucht eindrucksvoll, dass mit der Darstellung von Einwanderung als Risiko (Ressourcenknappheit, Kriminalität, Extremismus etc.) auch Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit mit dem Klimadiskurs verknüpft sind. Den Medien gelang es so, dem Thema eine umfassendere und gleichzeitig jeden betreffende Bedeutung zu verleihen: In Afrika müssen die Menschen fliehen, wo sollen sie hinziehen, wenn nicht zu uns? Mehr als Klimakurven, statistische Darstellungen von Durchschnittstemperaturen und Wetterextremen, Fotos von schmelzenden Gletschern und sogar mehr noch als Fotos einsamer Eisbären ist die Figur des Klimaflüchtlings geeignet, dem Thema Evidenz und Dringlichkeit zu verleihen.

3 Zum instrumentellen Nutzen der Rede von umweltbedingter Migration: Sensibilisierung durch Alarmierung?

Des Öfteren wurde der Verdacht geäußert, dass Arbeiten über umweltbedingte Flucht instrumentelle Funktionen erfüllen. So wird den frühen Schriften von El-Hinnawi und Jacobson nachgesagt, dass beide mit Verweis auf er-

46 Zur Wirkung der Medienberichterstattung über den Klimawandel auf die Politik siehe auch: Angela Oels/Anabela Carvalho, Wer hat Angst vor »Klimaflüchtlingen«? Wie die mediale und politische Konstruktion des Klimawandels den politischen Handlungsspielraum strukturiert, in: Irene Neverla/Mike S. Schäfer (Hg.), Das Medien-Klima. Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung, Wiesbaden 2012, S. 253–276.

zwungene Migration auf gravierende und wachsende Umweltprobleme hätten aufmerksam machen wollen.⁴⁷ Jacobsons Hinweis, dass die wenigsten Staaten Umweltdegradation als legitimen Grund für grenzüberschreitende Flucht oder Migration akzeptierten, dass weder Regierungen noch der UNHCR diesbezügliche Daten erheben oder sammeln, war damals so zutreffend wie heute.⁴⁸

Jodi Jacobson gelang mit ihrer Studie für das WorldWatch Institute die Verknüpfung zweier bis dahin isolierter Diskurse, den über Umweltveränderung und Flucht bzw. Migration mit dem über anthropogene Klimaveränderung. Was bis dahin vor allem von Klimawissenschaftlern anhand globaler Modelle eher theoretisch diskutiert wurde, war nun, wenn schon nicht direkt empirisch greifbar, so doch zumindest überaus plausibel, anschaulich und vorstellbar geworden.⁴⁹ Im ersten Impact Assessment Report des IPCC von 1990 heißt es dann mit explizitem Verweis auf Jacobson:

»Environmental refugees«, people displaced by degradation of land, flooding or drought, are becoming a much larger factor in many developing countries [...]. Even a modest rise in global sea-levels could produce tens of millions of such refugees. Population movements from blighted agricultural regions could result in areas where crop productivity may be cut by prolonged drought or temperature stress on vulnerable crops.«⁵⁰

So stark und alltagsnah vereinfacht ist der Zusammenhang leicht nachvollziehbar – und leicht kommunizierbar:

»We know that climate change will redraw our coastlines, alter where we can grow food, move where and when we can find water, and expose us to fiercer storms or more severe droughts. We know that on current predictions the ›carrying capacity‹ of large parts of the world – the ability of different ecosystems to provide food, water and shelter for human populations – will be compromised by climate change. Intuitively we know that climate migration is likely to be a serious issue in future. We just don't know how serious. And it is hard to persuade policymakers of its importance without concrete (or at least more sophisticated) figures.«⁵¹

Im Zusammenhang mit der Absicht der politischen Mobilisierung ist das Zitat von Jean Lambert (Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament)

47 Gemeine, Why Numbers Don't Add up, S. 2; El-Hinnawi, Environmental Refugees; Jodi Jacobson, Environmental Refugees: A Yardstick of Habitability. World-Watch Paper 86, WorldWatch Institute, Washington, DC 1988.

48 Jacobson, Environmental Refugees, S. 6, zit. nach Graeme Hugo, Environmental Concerns and International Migration, S. 111.

49 Morrissey, Environmental Change and Forced Migration, S. 3.

50 IPCC, Climate Change: The IPCC Impact Assessment, S. 5-10.

51 Oli Brown, The Numbers Game, in: Forced Migration Review, 31. 2008, S. 8f., hier S. 9.

von 2002 erhellend, das in der Greenpeace-Studie ›Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe‹ wiedergegeben wird:

»By recognising environmental refugees you recognise the problem. By recognising the problem you start on the road to accepting responsibility and implementing solutions.«⁵²

Die Broschüre, aus der das Original-Zitat stammt, nimmt Bezug auf den Gipfel in Johannesburg 2002; es soll aufgerüttelt und Problembewusstsein geschaffen werden – unterlegt mit Fotos aus äthiopischen Flüchtlingslagern und von Hochwasser-Betroffenen in Wertheim am Main. Für solche – politischen – Botschaften bedarf es keiner differenzierten Betrachtung des Unterschieds von Klima und Umwelt, von Flucht und Migration, sondern es genügt, wenn mit eindrucksvollen Schätzungen aufgewartet werden kann. All dies legt verschiedene weitergehende Überlegungen nahe, etwa dass Klimaschutz (so betrachtet) zugleich Selbstschutz sein könne (weil die Flüchtlinge dann nicht nach Europa einwandern müssen...), dass der Schutz der Grenzen überdacht werden müsse, etc.: Die Themen Umweltveränderung, Flucht/Migration und der Friede in Europa sind plötzlich stimmig miteinander verknüpft. Entsprechend wird im Diskurs über Umwelt und (erweiterte) Sicherheit immer wieder auf Klimaflucht rekurriert. Der Hinweis auf steigende politische Instabilitäten als Folge von Klimawandel, Umweltdegradation und zunehmende Migrationsbewegungen dient hier als Argument, klassische Aspekte der nationalen Sicherheitspolitik nicht zu vernachlässigen.⁵³

Es geht anscheinend also weder lediglich um die Aufwertung einzelner Politikbereiche wie Umweltschutz oder Sicherheit noch um schlichtes ›Awareness-Rising‹, sondern um die Universalisierung eines Diskurses: Umweltschutz ist Sicherheitspolitik ist Wirtschaftspolitik etc. Nicht selten ist damit direkt eine Primatthese verbunden, die sich zumindest implizit als Kritik einer vielperspektivischen, funktional differenzierten Gesellschaft verstehen lässt.

52 Dieses Zitat hat eine interessante ›Zitiergeschichte‹: In Cord Jakobeit/Chris Methmann, Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe, Hamburg 2007, S. 26 (http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/klimafluechtlinge_endv.PDF; 30.5.2012) wird als Herkunft auf Friends of the Earth, A Citizen's Guide to Climate Refugees, Fitzroy o.J. verwiesen, wo es auf S. 10 zu finden ist (dort allerdings mit unzutreffender Herkunftsangabe). Das Original wurde 2002 von Jean Lambert im Namen von The Greens/European Free Alliance veröffentlicht als Refugees and the Environment. The forgotten Element of Sustainability, London/Brussels, 2002, http://www.jeanlambertmep.org.uk/DocumentStore/0206Ref_Env_Rep.pdf; 31.5.2012.

53 Vgl. dazu: Betsy Hartmann, Rethinking Climate Refugees and Climate Conflict: Rhetoric, Reality and the Politics of Policy Discourse, in: Journal of International Development, 22. 2010, S. 233–246 und Gaim Kibreab, Environmental Causes and Impact of Refugee Movements: A Critique of the Current Debate, in: Disasters, 21. 1997, H. 1, S. 20–38.

4 Fazit und Ausblick

Die Zusammenhänge zwischen Umwelt- und Klimaveränderungen und der Art und Weise, wie die Gesellschaft und wie Individuen sich damit arrangieren, ist zweifellos vielschichtig und komplex – und dabei wohl allenfalls in seltenen Ausnahmefällen in dem Sinne determiniert, den die Begriffe Umweltmigrant und Klimaflüchtling nahelegen. Wie schwierig, ja eigentlich unmöglich es ist, Umweltmigration empirisch zu identifizieren, zeigen die divergierenden Zahlenangaben nicht nur über zu erwartende, sondern auch über gegenwärtige Umwelt- und Klimaflüchtlinge. Dabei wirft nicht nur der qualitative Nachweis der Umweltbedingtheit von Mobilität (wahrscheinlich unlösbare) Probleme auf, sondern auch die quantitative Erfassung der Betroffenen. Angesichts des weiten Repertoires von Mobilitätsformen können Prognosen eigentlich nicht mehr als vage Schätzungen sein, denn Menschen können über kurze und über weite Strecken migrieren, also kleinräumig wie grenzüberschreitend, in verschiedene Richtungen und dies kurz- oder auch langfristig; zudem können Migranten durch andere Zuwanderer ersetzt werden, denn ökologische Krisengebiete sind unter Umständen attraktive Ziele.

Im transdisziplinären Kontext ihrer Verwendung erfüllen die Schlagworte Umweltmigrant und Klimaflüchtling – ungeachtet ihres Mangels an empirischer Stichhaltigkeit – Sensibilisierungs- und Alarmierungsfunktionen. Es handelt sich um hochgradig politische Begriffe, mit denen ein moralischer Appell verbunden ist. Adressat des Appells ist die westliche Welt, die medienkompatibel und alltagstauglich aufgerüttelt und zum Handeln ermahnt wird.

Dennoch ist der Ruf nach einem robusten und empirisch belastbaren Begriffsverständnis keineswegs nur eine rein »akademische« Forderung. Dies betrifft nicht zuletzt die Unterscheidung zwischen Flüchtling und Migrant, zwischen Zwangslage und Freiwilligkeit⁵⁴ und in ähnlicher Weise auch das Problem der Erfassung solcher Flüchtlinge.⁵⁵ Verwiesen sei auf aktuelle Debatten um die Anerkennung von Klima- bzw. Umweltveränderungen als Fluchtgrund – was mit bestimmten Rechtsansprüchen verbunden sein wird,

54 Es fehlt nicht an Vorschlägen für Typologien von Migranten und Flüchtlingen, auch nicht im Kontext umweltbedingter Mobilität. Siehe etwa Black, *Environmental Refugees*, oder Renaud u.a., *Control, Adapt or Flee*, S. 29 mit den Kategorien »Environmentally motivated migrants« vs. »Environmentally forced migrants« vs. »Environmentally refugees.«

55 Die Migrationsforschung ist reich an Zeugnissen, die die Probleme der Erfassung von Flüchtlingen, zumal von Binnenflüchtlingen, belegen. Siehe etwa Jeff Crisp, *Who Has Counted the Refugees? UNHCR and the Politics of Numbers*. *New Issues in Refugee Research*, Working Paper no. 12, Genf 1999; mit Blick auf Umweltflüchtlinge siehe Bates, *Environmental Refugees?*.

die über die moralische Anerkennung hinausgehen.⁵⁶ Längst nicht jeder Geflohene ist ein anerkannter Flüchtling mit verbrieften Rechten, der Status des politisch Verfolgten etwa ist in den meisten Staaten in aufwändigen Einzelfallprüfungen nachzuweisen und an die Erfüllung eng umrissener Kriterien geknüpft. Als solche akzeptierte Kriterien, die einen Umwelt- von anderen Flüchtlingen klar unterscheidbar machten und ihm deshalb (womöglich eines Tages verbrieft) Rechtsansprüche garantierten, sind nicht erkennbar.

Unabhängig vom Grad der Freiwilligkeit wäre also erforderlich, das Motiv Umwelt- oder Klimaveränderung von anderen Erklärungsmodi von Migration zu isolieren. Welche Probleme sich dabei entfalten, ist bereits hinreichend dargelegt worden; es handelt sich um mehr als nur messtheoretische Schwierigkeiten, die durch zusätzliche oder andere Daten behoben werden könnten. Somit ist nicht ausgeschlossen, dass auch zukünftig Erklärungsansätze dominieren, die mit Kategorien wie Armut und Verfolgung, Marginalisierung und Exklusion, Korruption und Macht, Staatsversagen und ›bad governance‹, vorenthaltenen Partizipations- und Bildungschancen, Unterdrückung und fehlender Verteilungsgerechtigkeit, unangepassten Wirtschaftsweisen und anderem operieren.

Vielleicht geht es bei der Idee des Klima-/Umweltflüchtlings/-migranten ja aber auch um etwas ganz anderes, nämlich um eine Neuverhandlung der Kriterien, anhand derer in unserer Gesellschaft zwischen abzuwehrenden und aufzunehmenden Zuwanderern unterschieden wird. Dabei mehren sich die Fürsprecher, die schwindende Lebensgrundlagen im Zusammenhang mit Umweltdegradation (gerade im Gefolge von Klimaveränderungen, die dem Lebenswandel des globalen Nordens zugerechnet werden) als ernstzunehmenden und akzeptablen Auslöser von Migration betrachten. Insofern könnte die Rede vom Klimaflüchtling mehr über die Abwehrbereitschaft des Sprechers als über Zwangslage und Motivation des Fliehenden aussagen, doch wenn diese Debatte die Not der Betroffenen ins Blickfeld rückt und Ursachenbekämpfung aktiv befördert, dann wären dies Konsequenzen, die wir entschieden begrüßen.

56 Angenendt, Klimaflüchtlinge, S. 178f.

Kerstin Schmidt-Verkerk

Klimawandel und Migration: ein konzeptioneller und methodologischer Ansatz am Beispiel Mexikos

Der potenzielle Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration hat in den vergangenen zehn Jahren mehr und mehr das Interesse von Wissenschaftlern, NGOs, der Politik und der Öffentlichkeit geweckt. Dabei wird häufig davor gewarnt, dass infolge des Klimawandels die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört werden, und dass diese Menschen dadurch zur internationalen Migration gezwungen sein werden. Obwohl keine empirischen Ergebnisse vorliegen, die diese Prognosen bestätigen, werden Szenarien einer großen Anzahl von ›Klimaflüchtlingen‹ in den Medien wiederholt, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder aufgegriffen. Lange Zeit konzentrierte sich das Interesse am Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration auf den prognostizierten Anstieg des Migrationsvolumens, besonders aus Regionen, für die eine Verstärkung bereits bestehender Umweltprobleme vorausgesagt wurde. Ein viel zitiertes Beispiel ist der prognostizierte Anstieg von Migration aus dem Sahel aufgrund von längeren Dürreperioden.

Parallel dazu wurden einige Fallstudien durchgeführt, die den Zusammenhang zwischen Migration und lokalen Umweltproblemen, die durch Klimawandel voraussichtlich verstärkt werden, untersuchten. Diese Studien leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie den potenziellen Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und Migration in einer spezifischen Region beleuchten und indem sie zeigen, dass dieser Zusammenhang weder linear noch notwendigerweise positiv ist, wovon im öffentlichen Diskurs ausgegangen wird. Aufgrund ihres kontextspezifischen Forschungsdesigns sind die Ergebnisse dieser Studien jedoch schwer auf andere Regionen übertragbar. Außerdem beschäftigen sich diese Forschungen meist mit den lokalen Auswirkungen von Umweltproblemen, die durch Klimawandel verstärkt werden könnten, lassen jedoch außer Acht, dass Klimawandel ein komplexes Phänomen ist, das auch indirekt durch seine globalen Folgen Auswirkungen auf Migrationsbewegungen haben kann. So wird z.B. erwartet, dass Klima-

wandel sich negativ auf die weltweiten Nahrungsmittelpreise auswirken könnte.¹

Erst in letzter Zeit wurde dem Mangel an einem überzeugenden Forschungsdesign, das dazu beitragen könnte, ein besseres Verständnis für den immer wieder postulierten Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zu entwickeln, Beachtung geschenkt.² Ein solches Forschungsdesign sollte der Komplexität von Migrationsentscheidungen, von Klimawandel und des zur Rede stehenden Zusammenhangs zwischen den beiden Phänomenen Rechnung tragen. In den folgenden Abschnitten wird argumentiert, dass ein neuer konzeptioneller und methodologischer Ansatz nötig ist, der weder auf übermäßig vereinfachten universellen Aussagen basiert noch ausschließlich die lokalen Folgen des Klimawandels untersucht. Aufbauend auf einem Überblick über den theoretischen und empirischen Forschungsstand folgen eine Analyse bisher verwendeter Forschungsdesigns und eine Kritik an bestehenden konzeptionellen und methodologischen Ansätzen zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration. Anknüpfend an diese Kritik wird ein alternativer Ansatz vorgestellt, der die Vielschichtigkeit der zu erwartenden Folgen des Klimawandels, die Komplexität von Migrationsentscheidungen und die verschiedenen Formen des potenziellen Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration berücksichtigt. Im letzten Abschnitt werden die praktische Anwendung dieses Ansatzes am Beispiel von Mexiko sowie einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt.

1 Forschungsstand

Die folgenden Abschnitte beleuchten das theoretische und empirische Interesse am potenziellen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration.

1.1 Theoretisches Interesse

Das wissenschaftliche und politische Interesse an einem möglichen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration hat in den letzten zehn Jahren stark zugenommen, insbesondere nach der Veröffentlichung des vierten Sachstandsberichts des IPCC im Jahre 2007. Dieser Bericht erwähnt, dass Klimawandel das Potenzial habe, Migrationsbewegungen zu beeinflussen.³

1 Molly E. Brown/Christopher C. Funk, Food Security under Climate Change, in: Science, 319. 2008, H. 5863, S. 580f.; David B. Lobell u.a., Prioritizing Climate Change Adaptation Needs for Food Security, in: ebd., S. 607-610.

2 Richard Black/Dominic Kniveton/Kerstin Schmidt-Verkerk, Migration and Climate Change: Towards an Integrated Assessment of Sensitivity, in: Environment and Planning A, 43. 2011, H. 2, S. 431-450.

3 Martin Parry u.a. (Hg.), Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge 2007.

Obwohl dort keine genauen Angaben über die Form und die Dimension des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration gemacht werden, wurden in den letzten Jahren verschiedene Berichte veröffentlicht, die vor einer rapiden Zunahme von Migrationsbewegungen aufgrund von Klimaphänomenen oder sich verändernden Umweltfaktoren warnen.⁴ Diese Berichte basieren auf fast 20 Jahre alten Prognosen und Schätzungen ohne solide wissenschaftliche Grundlage. Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hatte Norman Myers 200 Millionen ›Umweltflüchtlinge‹ bis zum Jahre 2050 vorausgesagt.⁵ Diese Prognose basierte auf Schätzungen der Bevölkerungszahlen in Regionen, die voraussichtlich von den negativen Konsequenzen zukünftigen Umweltwandels betroffen sein werden. Es wurde vorausgesetzt, dass alle Einwohner dieser betroffenen Regionen permanent und über weite Distanzen migrieren werden.

Dabei wurde außer Acht gelassen, dass Migration nur eine von verschiedenen möglichen Antworten auf sich verändernde Umweltbedingungen ist. Abhängig vom Grad der Veränderungen ist es zum Beispiel denkbar, dass Kleinbauern ihre Produktion diversifizieren, dass Menschen in nahegelegenen Städten Arbeit suchen oder selbst hergestellte Produkte oder Dienstleistungen anbieten, um landwirtschaftliche Produktionsausfälle infolge sich verändernder klimatischer Bedingungen zu kompensieren. Außerdem ignorieren Prognosen zukünftiger Migrationsbewegungen aufgrund von Umweltveränderungen die Komplexität von Entscheidungen für oder gegen Migration, die Faktoren auf der Makroebene, wie den Mangel an Arbeitsplätzen, in Betracht ziehen. Migrationsentscheidungen basieren außerdem zu einem großen Teil auf persönlichen Vorlieben, Erfahrungen und dem Zugang zu Migrationsnetzwerken. Die Multikausalität von Migrationsentscheidungen wird seit geraumer Zeit in der Migrationsforschung allgemein anerkannt.⁶ Außerdem besteht ein wissenschaftlicher Konsens, dass Mangel an Migrationserfahrung und fehlender Zugang zu Netzwerken die Entschei-

4 Nicholas Stern, *The Economics of Climate Change. The Stern Review*, Cambridge 2006; Cord Jakobeit/Chris Methmann, *Klimaflüchtlinge – Die verleugnete Katastrophe*, Greenpeace, Hamburg 2007; Christian Aid, *Human Tide: The Real Migration Crisis. A Christian Aid Report*, London 2007; Environmental Justice Foundation, *No Place Like Home – Where Next for Environmental Refugees*, London 2008.

5 Norman Myers/Jennifer Kent, *Environmental Exodus, An Emergent Crisis in the Global Arena*, Washington 1995.

6 Mary M. Kritz/Lin L. Lim/Hania Zlotnik (Hg.), *International Migration Systems: A Global Approach*, Oxford 1992; Stephen Castles/Mark J. Miller, *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World*, Basingstoke 1993; Paul Boyle/Keith Halfacree/Vaughan Robinson, *Exploring Contemporary Migration*, Harlow 1998; William Wood, *Ecomigration: Linkages between Environmental Change and Migration*, in: Aristide R. Zolberg/Peter Benda (Hg.), *Global Migrants, Global Refugees: Problems and Solutions*, New York 2001.

derung für Migration erschwert.⁷ Fehlender Zugang zu finanziellen Ressourcen macht Migration (besonders über längere Distanzen und die Überquerung von Staatsgrenzen) für viele Haushalte unmöglich. Aus diesen Gründen ist es unwahrscheinlich, dass alle Bewohner einer von zukünftigen negativen Umweltveränderungen betroffenen Region migrieren werden, und es ist noch unwahrscheinlicher, dass alle zukünftigen von Umweltveränderungen teilweise mitverursachten Migrationsbewegungen international sein und über längere Distanzen stattfinden werden.

Trotz dieser bereits in den 1990er Jahren geäußerten profunden Kritik aufgrund von methodologischen und konzeptionellen Schwächen an der Prognose der Anzahl zukünftiger ›Umweltflüchtlinge‹⁸ blieb die Zahl von 200 Millionen Personen, die durch die Folgen von Umweltwandel zur Migration gezwungen werden würden, bis heute im akademischen und politischen Diskurs präsent. In den vergangenen zehn Jahren, parallel zum zunehmenden wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Interesse am Klimawandel, wurde jedoch der Begriff ›Umweltflüchtling‹ mehr und mehr durch den Begriff des ›Klimaflüchtlings‹ ersetzt. Die Annahmen, auf denen aktuelle Schätzungen der Zahl der ›Klimaflüchtlinge‹ beruhen, sind identisch mit jenen, auf denen bereits in den 1990er Jahren die Schätzung der Zahl von zukünftigen Umweltflüchtlingen beruhte.

Bis vor Kurzem beschränkte sich das Interesse an einem möglichen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration größtenteils auf den erwarteten Anstieg des weltweiten Migrationsvolumens, und es konzentrierte sich besonders auf Migration aus den ökonomisch schwächeren Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in die Länder Europas, nach Australien und in die USA. In den meisten Berichten lag der Nachdruck auf der Klassifizierung von Migration als zukünftige negative Folge von Klimawandel, als letztem Ausweg, wenn alle anderen Adaptationsmechanismen versagt haben werden. Der international beachtete Bericht der Stern-Kommission über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels aus dem Jahre 2006 spricht z.B. von einem »risk of displacement or migration« für viele Menschen weltweit

7 Douglas Massey u.a., Theories of International Migration: A Review and Appraisal, in: *Population and Development Review*, 19. 1993, H. 3, S. 431–466.

8 JoAnn McGregor, Refugees and the Environment, in: Richard Black/Vaughan Robinson (Hg.), *Geography and Refugees: Patterns and Processes of Change*, London 1993; Astrid Suhrke, *Environmental Degradation and Population Flows*, in: *Journal of International Affairs*, 47. 1994, S. 473–496; Gaim Kibreab, *Environmental Causes and Impact of Refugee Movements: A Critique of the Current Debate*, in: *Disasters*, 21. 1997, H. 1, S. 20–38; Richard Black, *Refugees, Environment and Development*, Harlow 1998; ders., *Environmental Refugees: Myth or Reality?* (UNHCR Working Paper 34), Genf 2001.

als Konsequenz des Klimawandels.⁹ Dieser negative Tenor findet sich in vielen weiteren Veröffentlichungen internationaler Organisationen aus dem vergangenen Jahrzehnt.¹⁰

Erst in den letzten Jahren wurde in einigen Veröffentlichungen eine etwas differenziertere Sichtweise erkennbar, die ein Interesse an den komplexen Zusammenhängen der beiden Phänomene Klimawandel und Migration erkennen lässt.¹¹ Auch erkennen einige Autoren inzwischen das Potenzial von Migration als Adaptationsmechanismus an und argumentieren, dass Migration in vielen Fällen nicht als problematisch angesehen werden sollte, sondern im Gegenteil zur Lösung der Probleme, die durch Klimawandel verursacht werden, beitragen kann.¹² Ein historisches Beispiel für Migration als Anpassungsstrategie an prekäre Umweltbedingungen findet sich in Subsahara-Afrika. Dort wird zirkuläre Migration, häufig zu urbanen Zielen in der Region, seit Generationen als eine Form der Anpassung während Dürreperioden praktiziert. Rain¹³ und Brown¹⁴ beschreiben zyklische Migrationsprozesse aus von Dürre betroffenen ländlichen Gegenden in nahe gelegene Ballungsräume. Dieses Phänomen, welches als »eating the dry season« bekannt ist, wird schon seit Generationen beobachtet und ist daher kein neues Phänomen, das ausschließlich den Folgen des Klimawandels zugeschrieben werden kann.

In den vorangegangenen Abschnitten wurde gezeigt, dass das wissenschaftliche und politische Interesse an einem möglichen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Umwelt und Migration seit Jahrzehnten besteht und in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Langsam zeichnet sich eine

-
- 9 Nicholas Herbert Stern, *Stern Review: The Economics of Climate Change*, London 2006.
 - 10 Action Aid International, *Unjust Waters: Climate Change, Flooding and the Protection of Poor Urban Communities: Experiences from Six African Cities*, London 2007; Christian Aid, *Human Tide: The Real Migration Crisis. A Christian Aid Report*; Molly Conisbee/Andrew Simms, *Environmental Refugees: The Case for Recognition*, London 2003.
 - 11 Lori M. Hunter, *Migration and Environmental Hazards*, in: *Population and Environment*, 26. 2005, H. 4, S. 273–302; Cecilia Tacoli, *Moving to Adapt to Climate Change. Reflect and Act (Working Paper Series, International Institute for Environment and Development)*, London 2010; Black/Kniveton/Schmidt-Verkerk, *Migration and Climate Change; Foresight, Migration and Global Environmental Change, Final Project Report. The Government Office for Science*, London 2011.
 - 12 Cecilia Tacoli, *Crisis or Adaptation? Migration and Climate Change in a Context of High Mobility*, in: *Environment and Urbanization*, 21. 2009, S. 513–525; Foresight, *Migration and Global Environmental Change*.
 - 13 David Rain, *Eaters of the Dry Season*, Oxford 1999.
 - 14 Oli Brown, *Climate Change and Forced Migration: Observations, Projections and Implications. Human Development Report Research Paper, United Nations Development Programme* 2007.

Entwicklung zugunsten eines Interesses an der Komplexität des Zusammenhangs der beiden Phänomene ab. Trotzdem setzt sich der Diskurs, der Migration als eine negative und unabdingbare Konsequenz des Klimawandels darstellt und von einem linearen und direkten Zusammenhang ausgeht, weiterhin fort. Schätzungen über die Anzahl von zukünftigen ›Klimaflüchtlingen‹ werden unternommen und es wird versucht ›Klimaflüchtlinge‹ zu definieren. Dies hat bisher zu keinem konkreten Ergebnis geführt.¹⁵

Die Anzahl an wissenschaftlichen Studien, die den potenziellen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration empirisch untersuchen, hat ebenfalls während des vergangenen Jahrzehnts stark zugenommen. Obwohl solche Studien bis dato zu keinem allgemeingültigen Ergebnis gekommen sind, weisen sie darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration sehr komplex ist, und dass zu erwarten steht, dass verschiedene Formen der Migration in unterschiedlicher Weise durch klimatische Faktoren beeinflusst werden. Im folgenden Abschnitt werden die bisherigen empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zusammengefasst.

1.2 Empirische Ergebnisse

Empirische Studien haben sich bisher mit den Auswirkungen so unterschiedlicher klimabedingter Phänomene wie Dürren, Überschwemmungen und Wirbelstürmen auf Migrationsentscheidungen befasst. Mehrere Studien weisen darauf hin, dass langsam fortschreitende und plötzlich auftretende klimabedingte Faktoren unterschiedliche Auswirkungen auf Migrationsverhalten haben. In einer Langzeitstudie in El Salvador zeigt Halliday¹⁶, dass Migration in die USA als Folge einer Abnahme der landwirtschaftlichen Produktivität (wie dem Verlust einer Ernte und von Vieh) ansteigt, nach dem schweren Erdbeben im Jahr 2001 hingegen abnahm. Nach heutigem Kenntnisstand sind Erdbeben keine Folge des Klimawandels, und der Verlust von Ernte und Vieh wird nicht unbedingt von einem Mangel an Niederschlag ausgelöst. Was hier jedoch wichtig ist, ist die Unterscheidung zwischen einem relativ langsam eintretenden negativen Ereignis, z.B. dem Verlust einer Ernte, und einer plötzlichen Katastrophe, die die Existenzgrundlage vieler Menschen innerhalb von wenigen Minuten zerstört. Klimawandel wird voraussichtlich die Stärke und Häufigkeit von sowohl langsam einsetzenden Ereignissen (wie z.B. Dürren) als auch von relativ schnell auftretenden Ereignissen (wie Wirbelstürmen und Überschwemmungen) verändern. Die Er-

15 Olivia Dun/François Gemenne, Defining ›Environmental Migration‹, in: *Forced Migration Review*, 31. 2008, S. 10; Oli Brown, *The Numbers Game*, in: ebd., S. 8f.

16 Timothy J. Halliday, Migration, Risk, and Liquidity Constraints in El Salvador, in: *Economic Development and Cultural Change*, 54. 2006, H. 4, S. 893-925.

gebnisse von Hallydays Studie lassen daher den Schluss zu, dass diese verschiedenen Folgen des Klimawandels unterschiedliche Auswirkungen auf Migrationsbewegungen haben werden.

Das wohl bekannteste zeitgenössische Beispiel für den Nexus von Dürre und Migration ist die Sahelzone, wo die Mehrzahl der Studien über den Zusammenhang zwischen klimabedingten Stressfaktoren und Migration durchgeführt wurden. Die oben bereits erwähnte historische Bedeutung von Migration als einer Anpassungsstrategie an klimabedingte Stressfaktoren ist in diesem Kontext wichtig.¹⁷ Eine der ersten Studien, die dem Zusammenhang zwischen Migration und Dürre in der Sahelzone galten, ist Findleys¹⁸ Untersuchung der Migration aus ländlichen Gebieten in nahe gelegene Städte während der Dürre von 1983 bis 1985 in Mali. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Studie ist, dass Migration über weitere Distanzen – vor allem Migration der männlichen Haushaltsmitglieder nach Frankreich – in Zeiten der Dürre abnimmt. Dies erklärt Findley dadurch, dass Nahrungsmittelknappheit zu erhöhten Nahrungsmittelpreisen führt, wodurch viele Familien ihr gesamtes Geld zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ausgeben müssen und keine Ressourcen zur Finanzierung von Migrationsprojekten übrig bleiben. Gleichzeitig erhöht sich das Migrationsvolumen über kurze Entfernungen zu größeren Agglomerationen, weil Frauen und Kinder häufig das Haus verlassen, um durch Arbeit in der Stadt zum Haushaltseinkommen beizutragen und auf diese Weise Verluste aufgrund von Ernteaussfällen auszugleichen.

Unter vergleichbaren Bedingungen der Dürre in der Sahelzone in den 1980er Jahren analysieren Ezra und Kiros¹⁹ die Abwanderung aus ländlichen und von Dürre bedrohten Gebieten Äthiopiens. Fast 80 Prozent der Menschen migrierten in andere ländliche Gebiete. Die Autoren geben nicht an, ob diese Migranten internationale Grenzen überquerten oder nicht, jedoch ist es nicht wahrscheinlich, dass sie weite Strecken zurücklegten, da das Ziel von Migration über größere Distanzen in der Regel eine größere Agglomeration ist. Entgegen ihren Erwartungen fanden Ezra und Kiros, dass nur sehr wenige der Befragten die Auswirkungen der Dürre als Grund für ihre Migration nannten. Der meistgenannte Grund für Migration war die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes nach einer Eheschließung. Die Analyse ihrer Umfragedaten ergab jedoch, dass (neben Alter und Geschlecht) die Verfügbar-

17 Rain, Eaters of the Dry Season; Brown, Climate Change and Forced Migration.

18 Sally E. Findley, Does Drought Increase Migration? A Study of Migration from Rural Mali during the 1983–1985 Drought, in: *International Migration Review*, 28, 1994, H. 3, S. 539–553.

19 Markos Ezra/Gebre-Egziabher Kiros, Rural Out-Migration in the Drought Prone Areas of Ethiopia: A Multilevel Analysis, in: *International Migration Review*, 35, 2001, H. 3, S. 749–771.

keit von Nahrungsmitteln Migrationsverhalten bestimmt. Hirten im nördlichen Sudan, deren Lebensunterhalt durch die Dürre in den 1980er Jahren stark beeinträchtigt wurde, werden auch von Haug²⁰ als ›Umweltflüchtlinge‹ bezeichnet. Haug erkennt jedoch auch an, dass Mobilität und verschiedene Arten von Migration immer Teil des Lebens der Hawaweer ausmachten. Außerdem migrierten nicht alle, sondern einige entschieden sich, ihr Dorf nicht zu verlassen und andere konnten aus Mangel an Ressourcen nicht migrieren. Haug betont daher, dass die Folgen der Dürre weitreichende Konsequenzen für den Lebensunterhalt der Hawaweer hatten, dass aber Entscheidungen für oder gegen Migration weitgehend von der sozioökonomischen Situation der Betroffenen abhängen.

Meze-Hausken²¹ weist darauf hin, dass Dürren allein keine Migration verursachen. In ihrer Studie im Norden Äthiopiens, wo sie mehr als 100 Landwirte befragte, fand sie heraus, dass die Bewohner der Region von einer Vielzahl von Anpassungsmechanismen Gebrauch machen, um die Folgen von klimatischen Extremereignissen abzumildern. Henry u.a.²² untersuchten die Wirkung sich verändernder Niederschlagsmuster auf Migrationsverhalten in Burkina Faso. Sie fanden keinen Zusammenhang zwischen veränderten Niederschlagsmustern und Migration, wenn sie nicht zwischen verschiedenen Arten von Migration hinsichtlich Dauer und Ziel unterschieden. Individuelle Merkmale von Menschen (wie Bildungsstand, Beruf und Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe) schienen entscheidendere Faktoren für oder gegen Migration zu sein. Eine Unterteilung der Ergebnisse in verschiedene Migrationsformen zeigte jedoch, dass Menschen in Gebieten mit wenig Niederschlag eher über kurze Entfernungen migrieren als Migranten aus weniger trockenen Gebieten. Eine wichtige Schlussfolgerung der Studie ist, dass Migration über längere Zeiträume und längere Distanzen weniger mit Veränderungen der Umweltbedingungen korreliert als Migration über kürzere Zeiträume und Distanzen. Diese Ergebnisse werden teilweise von Gray und Mueller²³ bestätigt, die die Auswirkungen von Umweltfaktoren auf Migration in Äthiopien untersuchten. Sie fanden heraus, dass während Dürren mehr männliche Haushaltsmitglieder auf der Suche nach Arbeit

20 Ruth Haug, Forced Migration, Processes of Return and Livelihood Construction among Pastoralists in Northern Sudan, in: *Disasters*, 26. 2002, H. 1, S. 70–84.

21 Elisabeth Meze-Hausken, Migration Caused by Climate Change: How Vulnerable are People in Dryland Areas?, in: *Mitigation and Adaptation Strategies for Global Change*, 5. 2004, H. 4, S. 379–406.

22 Sabine Henry/Bruno Schoumaker/Cris Beauchemin, The Impact of Rainfall on the First Out-Migration: A Multi-level Event-History Analysis in Burkina Faso, in: *Population and Environment*, 25. 2004, H. 5, S. 423–460.

23 Clark Gray/Valerie Mueller, Drought and Population Mobility in Rural Ethiopia, in: *World Development*, 40. 2012, H. 1, S. 134–145.

migrieren, insbesondere in Haushalten ohne Landbesitz. Auf der anderen Seite nahm die Mobilität von Frauen während Dürrezeiten ab. Die Autoren schlussfolgern, dass in Zeiten der Not, ausgelöst durch Dürren, keine Ressourcen für Eheschließungen oder für die Bildung neuer Haushalte zur Verfügung stehen. Viele Frauen migrieren nach ihrer Hochzeit in die Nähe der Familie des Ehemannes. Gray und Mueller schließen daraus, dass Dürre unter bestimmten Umständen die Mobilität von Menschen erhöhen kann. Nichtsdestotrotz bleibt der Zugang zu Migration aufgrund der notwendigen Ressourcen, um sie zu finanzieren, nur für einige Mitglieder der Gesellschaft möglich. Dies gilt auch im Kontext der verschlechterten Lebensbedingungen als Folge von Dürre.

Das Forschungsprojekt ›Environmental Change and Forced Migration Scenarios‹ (EACH-FOR) wurde durch das 6. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission finanziert und von 2007 bis 2009 durchgeführt. Es umfasste 23 Fallstudien weltweit, mit dem Ziel, empirische Daten über den Zusammenhang zwischen Umweltwandel und Migration zu sammeln und auszuwerten. Drei der 23 Fallstudien beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Dürre und Migration in Afrika und kommen zum Teil zu widersprüchlichen Ergebnissen. Afifi fasst das Ergebnis seiner Studie in Niger wie folgt zusammen: »Es ist offensichtlich, dass Umweltzerstörung einen erheblichen Einfluss auf Migrationsmuster in Niger hat.«²⁴ Bleibaum²⁵ kommt in ihrer Studie im Senegal auch zu dem Schluss, dass die meisten Migranten, die sie interviewte, gezwungen wurden, aufgrund von Umweltbedingungen, Armut und dem Mangel an institutioneller Unterstützung zu migrieren. Van der Geest²⁶ jedoch zieht komplexere Schlüsse aus den Ergebnissen seiner Studie in Ghana. Er untersuchte die Ursachen von Nord-Süd-Migration innerhalb des Landes und stellte fest, dass viele Migranten in den Interviews ungünstige Umweltbedingungen als Ursache für ihre Migrationsentscheidung nannten. Jedoch zeigte eine Analyse der Daten, dass während der Dürre in der Sahelzone in den 1970er und 1980er Jahren weniger Nord-Süd-Migration stattfand und stattdessen mehr Migranten aus dem Süden in den Norden des Landes zurückkehrten. Dennoch zeigt die gleiche Studie in Gegenden, in de-

24 Tamer Afifi, Niger Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009, S. 26 (eigene Übersetzung).

25 Frauke Bleibaum, Senegal Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

26 Kees van der Geest, Ghana Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

nen natürliche Ressourcen (vor allem Niederschlag) knapper sind, eine höhere Bereitschaft zu migrieren.²⁷

Eine weitere Studie im Kontext des EACH-FOR Projektes in Spanien zeigt, dass die wirtschaftliche Lage einer Region von größerer Bedeutung für Migrationsverhalten zu sein scheint als die regionalen Umweltbedingungen. Die Gegend um Almería wies in den 1960er Jahren eine der höchsten Abwanderungsquoten Spaniens auf, als Folge der zunehmenden Dürren in Kombination mit fehlenden Arbeitsplätzen, Armut und wirtschaftlicher Unterentwicklung der Region. Aufgrund von Investitionen, EU-Subventionen, der Entwicklung von Technologien zur Wassergewinnung und des Zugangs zu neuen Märkten für die Agrarprodukte aus der Region verwandelte Almería sich in eine Region, die Migranten anzieht.²⁸

Zwei Studien, die den Zusammenhang zwischen abnehmendem Niederschlag und internationaler Migration in Mexiko untersuchten, zeigen widersprüchliche Ergebnisse. Munshi²⁹ fand einen negativen Zusammenhang zwischen Niederschlagsmenge und Migration im Südwesten Mexikos, weil mehr Menschen in die USA gehen, wenn abnehmende Niederschläge ihre Ernten gefährden. Jedoch zeigte eine Analyse der Migrations- und Niederschlagsdaten in Zacatecas und Durango eine positive Beziehung zwischen Niederschlag und Migration in den beiden Staaten, was darauf hindeutet, dass die Anzahl der Migranten, die in die USA gehen, in Zeiten der Trockenheit sinkt.³⁰

Die Auswirkungen tropischer Wirbelstürme auf Migrationsverhalten scheinen ebenfalls stark vom sozio-ökonomischen Kontext vor und nach der Katastrophe abzuhängen. Paul³¹ untersuchte die Auswirkungen eines Tornados auf das Migrationsverhalten in zwei Dorfgemeinschaften im zentralen Norden Bangladeschs. In seiner Studie kombinierte er Sekundärdaten und Statistiken mit den Ergebnissen einer eigenen Umfrage in der Bevölkerung und aus Interviews mit lokalen Behörden und NGOs. Das wichtigste Ergebnis seiner Studie ist, dass der Tornado im Jahre 2004 nicht zu mehr Migration

27 Jill Jäger/Johannes Frühmann/Sigrid Grünberger/Andras Vag, EACH-FOR Environmental Change and Forced Migration Scenarios – Synthesis Report, EACH-FOR 2009.

28 Alfons Fermin, Spain Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS), 2009.

29 Kaivan Munshi, Networks in the Modern Economy: Mexican Migrants in the U.S. Labor Market, in: Quarterly Journal of Economics, 118. 2003, H. 2, S. 549–599.

30 Dominic Kniveton/Kerstin Schmidt-Verkerk/Christopher Smith/Richard Black, Climate Change and Migration: Improving Methodologies to Estimate Flows (IOM Migration Research Series Paper 33), Genf 2008.

31 Bimal Kanti Paul, Evidence against Disaster-Induced Migration: The 2004 Tornado in North-Central Bangladesh, in: Disasters, 29. 2005, H. 4, S. 370–385.

in den betroffenen Dörfern geführt hat und dass es generell keinen Zusammenhang zwischen dem Tornado und Migrationsverhalten gibt. Er erklärt dies mit der Effizienz der Katastrophenhilfe nach dem Sturm, die weite Teile der Bevölkerung schnell erreichte.

Eine frühere Studie von Smith und McCarty aus dem Jahre 1996³² befasste sich mit den demographischen Folgen des Hurrikans Andrew, der 1994 weite Teile von Florida zerstörte. Smith und McCarty befragten Bewohner aus dem Süden und Norden von Dade County über ihre eigenen Reaktionen auf den Hurrikan und die ihrer Nachbarn. Sie fanden heraus, dass Menschen, die im wohlhabenderen südlichen Teil des Bezirks lebten, in viel größerer Zahl migrierten als Menschen aus dem nördlichen, ärmeren Teil. Die Frage, ob dies daran lag, dass der Süden stärker betroffen war oder dass sich Menschen aus dem Süden Migration eher leisten konnten, bleibt in der Studie unbeantwortet. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass durch den Hurrikan verursachte Migration häufig von kurzer Dauer war, dass jedoch auch einige Bewohner der Region permanent migrierten.

Einige neuere Studien untersuchen die Folgen des Hurrikans Katrina, der im September 2005 weite Teile der US-Bundesstaaten Alabama, Mississippi und Louisiana traf und Teile der Stadt New Orleans zerstörte. Die meisten dieser Studien befassen sich mit den Veränderungen in der demographischen Entwicklung nach dem Hurrikan und mit der Frage, ob und wann die Bewohner in ihre Stadtviertel und Dörfer zurückkehrten.³³ Nur wenige Studien beschäftigen sich mit Migrationsmustern nach dem Hurrikan. Landry u.a.³⁴ stellen fest, dass während der Evakuierung von New Orleans 70.000 Menschen blieben, manche davon freiwillig, aber die meisten gezwungenermaßen, da sie keinen Weg fanden, die Stadt zu verlassen. Es scheint, dass vor allem die ärmeren, schwarzen Bewohner der Stadt nicht an der Evakuierung teilnahmen. Gemeinne³⁵ schlägt vor, die Auswirkungen des Hurrikans Katrina im Kontext der sozialen Verwundbarkeit der Bevölkerung

32 Stanley K. Smith/Christopher McCarty, Demographic Effects of Natural Disasters: A Case Study of Hurricane Andrew, in: *Demography*, 33. 1996, H. 2, S. 265-275.

33 James R. Elliott/Jeremy Pais, Race, Class, and Hurricane Katrina: Social Differences in Human Responses to Disaster, in: *Social Science Research*, 35. 2006, S. 295-321; William W. Falk/Matthew O. Hunt/Larry L. Hunt, Hurricane Katrina and New Orleanians' Sense of Place - Return and Reconstitution or »Gone with the Wind«?, in: *Du Bois Review*, 3. 2006, H. 1, S. 115-128; Craig E. Landry/Okmyung Bin/Paul Hindsley/John C. Whitehead/Kenneth Wilson, Going Home: Evacuation-Migration Decisions of Hurricane Katrina Survivors, in: *Southern Economic Journal*, 74. 2007, H. 2, S. 326-343.

34 Landry u.a., Going Home: Evacuation-Migration Decisions.

35 François Gemeinne, What's in a Name: Social Vulnerabilities and the Refugee Controversy in the Wake of Hurricane Katrina, in: Tamer Afifi/Jill Jäger (Hg.), *Environment, Forced Migration and Social Vulnerability*, Heidelberg 2010, S. 29-41.

von New Orleans, die es bereits vor der Katastrophe gab, zu analysieren. Er betont die starke soziale Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten der Stadt und weist darauf hin, dass der Hurrikan einige Segmente stärker traf als andere. Die am stärksten betroffenen Teile der Stadt waren häufig auch diejenigen, aus denen viele Menschen nicht evakuiert wurden. Diejenigen, die die Stadt verlassen konnten, hatten später häufig keine ausreichenden Ressourcen, um zurückzukehren und ihre Häuser wieder aufzubauen.

Auch im Kontext des EACH-FOR Projektes wurden einige Studien über die Auswirkungen von Hurrikänen auf Migration durchgeführt. Alscher³⁶ zeigt in seiner Studie auf der Insel Hispaniola die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Unterschiede für die Vulnerabilität der Menschen in Bezug auf Wirbelstürme. Er erläutert, dass zum Beispiel Hurrikan Jeanne im Jahr 2004 3.000 Todesfälle in Haiti verursachte, jedoch nur 19 in der Dominikanischen Republik.

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, einem der ärmsten Bundesstaaten des Landes, identifiziert Alscher³⁷ Hurrikane als Auslöser für Migration, da sie bestehende Probleme in der Landwirtschaft verschärfen.

Obwohl in den oben genannten Strategiepapieren verschiedener Organisationen³⁸ und in den Medien der starke Zusammenhang zwischen Überschwemmungen tief liegender Deltas und Migration betont wird, gibt es wenige empirische Belege dafür. Das EACH-FOR-Projekt umfasst Studien über die Auswirkungen von Überschwemmungen auf Migration in Bangladesch, Vietnam, Tadschikistan, Mosambik, Argentinien und Ecuador, die in diesem Abschnitt betrachtet werden. In ihrer Studie in Bangladesch zeigt Poncelet³⁹, dass viele Menschen für ihren Lebensunterhalt vom Fluss abhängig sind und folglich gelernt haben, mit dem Hochwasser zu leben. Dies spiegelt wider, was oben beschriebene Studien über Dürre im Sahel zeigten. Dennoch argumentiert Poncelet, dass der Klimawandel Häufigkeit und Intensität von Hochwasser erhöht. Zwei ihrer wichtigsten Erkenntnisse sind, dass Migrati-

36 Stefan Alscher, *Hispaniola Island Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project*. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

37 Ders., *Mexico Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project*. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

38 Jakobeit/Methmann, *Klimaflüchtlinge*; Christian Aid, *Human Tide: The Real Migration Crisis*. A Christian Aid Report; Action Aid International, *Unjust Waters: Climate Change, Flooding and the Protection of Poor Urban Communities: Experiences from Six African Cities*; Environmental Justice Foundation, 2008. *No Place Like Home – Where Next for Environmental Refugees*.

39 Alice Poncelet, *Bangladesh Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project*. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

onsmuster im Zusammenhang mit Überschwemmungen komplex sind und dass Menschen Migration als Anpassungsstrategie nutzen. Jedoch können einige vom Hochwasser betroffene Menschen aus wirtschaftlichen Gründen nicht migrieren, andere migrieren und finden an den Zielorten, wo viele Migranten auf Arbeitssuche sind, keine Einkommensquelle.

In Vietnam analysiert Dun⁴⁰ die Auswirkungen von Überschwemmungen auf Migrationsverhalten. Sie erklärt, dass die regelmäßige Überflutung des Mekong-Deltas seinen Bewohnern fruchtbaren Boden liefere, sodass 40 Prozent der Anbauflächen Vietnams in diesem als Reisschüssel bekannten Bereich konzentriert sind. In den vergangenen Jahren sind jedoch stärkere und im Jahresverlauf anders verteilte Überschwemmungen für die Menschen in der Deltaregion zu einem Problem geworden. Dun fand mehrere Formen von Migration als Reaktion auf diese veränderten Muster von Hochwasserereignissen. Manche migrierten während der Zeit des Hochwassers und kehrten danach zurück. Andere Reisbauern, deren Ackerland von den zu starken Überschwemmungen zerstört wurde, mussten ihr Land aufgeben und die Region verlassen. Darüber hinaus ist die Umsiedlung der Menschen aus vom Hochwasser gefährdeten Gebieten Teil der Flutmanagementstrategie der Regierung.

Stal⁴¹ untersuchte die Auswirkungen von Überschwemmungen, tropischen Wirbelstürmen und Dürren auf Migration in Mosambik. Demnach hatten zwei tropische Wirbelstürme in den Jahren 2000 und 2007 wenig Einfluss auf Migration, weil es der Mehrheit der betroffenen Bevölkerung gelang, ihre Häuser nach dem Sturm wieder aufzubauen. Im Gegensatz dazu führten Überschwemmungen im Sambesital zu starker Migration, weil nicht nur Häuser, sondern auch Ackerland zerstört wurde und dies die Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubte. In ihren Studien in Argentinien⁴² und Ecuador⁴³ zeigten die Autoren unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich der Auswirkungen von Überschwemmungen auf Migration in den beiden Ländern. In

40 Olivia Dun, Vietnam Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

41 Marc Stal, Mozambique Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

42 Marcelino Irianni/Maria C. García/Guillermo Á. Velázquez/Ana M. Fernández Equiza/Oscar Álvarez Gila, Argentina Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

43 Oscar Álvarez Gila/Virginia López de Maturana Diéguez/Ana Ugalde Zaratiegui, Ecuador Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

Argentinien identifizierten sie wirtschaftliche Gründe als die wichtigsten Ursachen von Migration und fanden im Allgemeinen keinen Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren und Migrationsverhalten, weder für internationale noch für interne Bewegungen. Migration über kurze Strecken wurde zu einem gewissen Grad durch Umweltbedingungen beeinflusst. In Ecuador jedoch fanden sie heraus, dass Migration eine wichtige Anpassungsstrategie an häufiger auftretende Überschwemmungen ist. Außerdem zeigten sie, dass das El-Niño-Ereignis von 1997/98, das starke Überschwemmungen in den Küstenregionen verursachte und gleichzeitig mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Region eintrat, zu mehr Migration nach Europa, vor allem nach Spanien, führte.

Während durch Überschwemmungen hervorgerufene Katastrophen oft mit tief liegenden Deltas oder Flusstälern assoziiert werden, sind Überschwemmungen in den Bergregionen auch ein wichtiger ökologischer Stressfaktor. Khakimov und Mahmadbekov⁴⁴ jedoch fanden in Tadschikistan, dass Überschwemmungen der Bergregion nicht zu mehr Migration führten. Außerhalb des Kontextes des EACH-FOR Projektes stellten Hörmann u.a.⁴⁵ in einer Studie über Arbeitsmigration in der Hindukusch-Himalaya-Region fest, dass Dürren und Überschwemmungen starke Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. Da Landwirtschaft in dieser Region die Basis zur Absicherung der Ernährung ist, führten Rückgänge in der landwirtschaftlichen Produktivität zu mehr Abwanderung aus der Region.

Wie diese Zusammenfassung der Ergebnisse existierender Studien über den potenziellen Nexus zwischen klimabedingten Umweltveränderungen und Migration gezeigt hat, scheint dieser Zusammenhang komplex und abhängig von lokalen Gegebenheiten. Obwohl basierend auf den Ergebnissen dieser Fallstudien keine allgemeingültige Schlussfolgerung möglich ist, zeigen sich doch einige Muster. Mehrere Studien haben gezeigt, dass verschiedene klimabedingte Umweltereignisse wie Dürren, Hurrikane und Überschwemmungen verschiedene Auswirkungen auf das Migrationsverhalten von betroffenen Personen haben. Außerdem scheinen diese Ereignisse verschiedene Formen von Migration auf unterschiedliche Weise zu beeinflussen. Die Ergebnisse der oben beschriebenen Fallstudien weisen darauf hin, dass Binnenmigration und Migrationsbewegungen über kürzere Distanzen stär-

44 P. Khakimov/M. Mahmadbekov, Tajikistan Case Study Report for the Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Project. Bonn, United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) 2009.

45 Brigitte Hoermann/Soumyadeep Banerjee/Michael Kollmair, Labour Migration for Development in the Western Hindu-Kush Himalayas: Understanding a Livelihood Strategy in the Context of Socioeconomic and Environmental Change, Kathmandu, International Centre for Mountain Development 2010.

ker von Umweltfaktoren beeinflusst zu werden scheinen als internationale Migration und Migration über größere Distanzen.

Einige Studien in Afrika zeigten außerdem, dass das Volumen internationaler Migration während und nach einer Dürre abnahm, da die Lebenshaltungskosten stiegen und viele Familien kein Geld mehr für internationale Migrationsprojekte hatten. Ebenfalls muss zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der betroffenen Bevölkerung unterschieden werden. Einige Menschen migrieren, häufig über kurze Strecken, aufgrund der Verschlechterung von Umweltbedingungen, andere können bzw. wollen nicht migrieren, weil oder obwohl sich ihre ökonomische Situation verschlechtert hat.

2 Konzeptioneller und methodologischer Ansatz zur Erfassung des Zusammenhangs von Umwelt und Migration

Wie die oben zusammengefassten Fallstudien zeigen, muss ein konzeptioneller und methodologischer Ansatz zur Erforschung des potenziellen Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration dessen Komplexität berücksichtigen. Lokale Begebenheiten, der Zugang zu alternativen und vom Klima unabhängigen Einkommensformen, individuelle Präferenzen und sozio-ökonomische Unterschiede in der Bevölkerung scheinen einen großen Einfluss darauf zu haben, ob und in welcher Form von Umweltproblemen betroffene Menschen migrieren. Im Folgenden werden bestehende konzeptionelle und methodologische Ansätze zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration kritisch analysiert. Danach wird ein alternativer Ansatz vorgestellt. Dieser Ansatz basiert auf der Annahme, dass Klimawandel die meisten Elemente, die in Migrationsentscheidungen einfließen, mehr oder weniger stark beeinflussen wird. Deshalb beginnt dieser Ansatz mit einer Analyse von Elementen, die Teil des Entscheidungsprozesses für oder gegen verschiedene Formen von Migration sind. In einem zweiten Schritt werden diese Elemente daraufhin untersucht, wie sie von den zukünftigen Folgen des Klimawandels auf lokaler und globaler Ebene beeinflusst werden könnten. In Anlehnung an das Prinzip einer Risikomatrix wird eine Matrix erstellt, die diejenigen Faktoren herausarbeitet, die starken Einfluss auf Migrationsentscheidungen haben und von denen zu erwarten ist, dass sie weitreichend von den Folgen des Klimawandels beeinflusst werden.

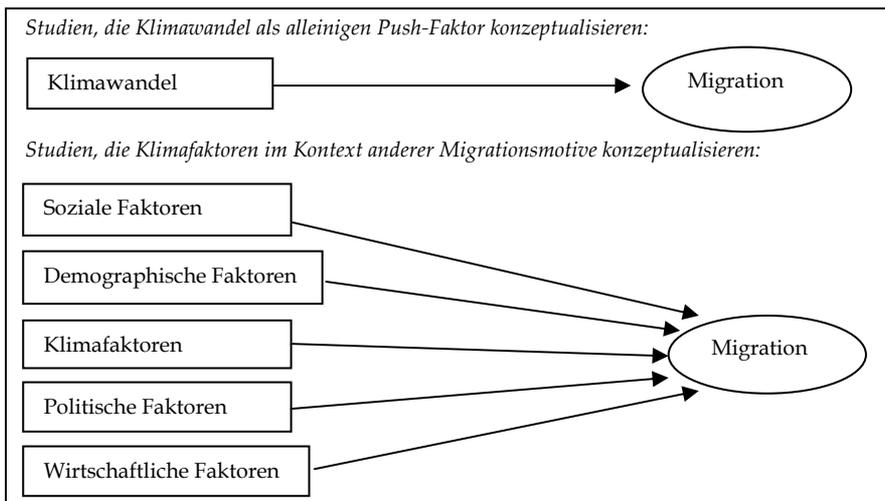
2.1 Existierende Ansätze

Bestehende konzeptionelle Ansätze gehen entweder von einem positiven und linearen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration aus oder verstehen Klimawandel als einen Faktor unter vielen, der Migrations-

verhalten beeinflusst. Jónsson⁴⁶ teilt diese Studien in zwei Kategorien ein: 1) Studien, die Klimawandel als alleinigen Push-Faktor konzeptualisieren (push factor type studies) und 2) Studien, die Klimafaktoren im Kontext anderer Migrationsmotive konzeptualisieren (studies on multi-level contextual drivers).

Die erste Kategorie von Studien setzt einen positiven und linearen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration voraus und ignoriert die Komplexität und Multikausalität von Migrationsentscheidungen für oder gegen unterschiedliche Formen von Migration sowie die Tatsache, dass Migration nur eine von vielen möglichen Antworten auf klimabedingte Umweltveränderungen ist. Der methodologische Ansatz dieser Studien basiert häufig auf der statistischen Analyse des Zusammenhangs von Klimaphänomenen und Migration. Die Korrelation von z.B. Niederschlagsmengen und der Anzahl von Migranten in einer definierten Region soll zeigen, ob Migration in Zeiten von prekären Umweltbedingungen, wie während einer

Schaubild 1: Konzeptionelle Ansätze - Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration



Quelle: Eigene Abbildung basierend auf Jónssons Unterscheidung konzeptioneller Ansätze zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration, vorgestellt in Gunvor Jónsson, *The Environmental Factor in Migration Dynamics - A Review of African Case Studies*, Oxford 2010.

46 Gunvor Jónsson, *The Environmental Factor in Migration Dynamics - A Review of African Case Studies* (International Migration Institute, University of Oxford, Working Paper 21), Oxford 2010.

Dürre oder nach einer Überschwemmung, zugenommen hat. Daher zielen diese Studien meist auf Prognosen der zukünftigen Anzahl von Migranten unter veränderten Klimabedingungen ab. Obwohl diese Studien auf relativ einfache Weise einen schnellen Überblick über die Migrationssituation nach oder während eines extremen Umweltereignisses bieten (vorausgesetzt Migrations- und Niederschlagsdaten sind vorhanden), sind sie ungeeignet, den komplexen Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren und Migration zu analysieren.

Studien, die Klimafaktoren im Kontext anderer Migrationsmotive konzeptualisieren, beschäftigen sich hingegen mit der Analyse dieses Zusammenhangs, oft basiert auf empirischen Daten aus den betroffenen Gebieten. In diese Kategorie gehören Fallstudien, die die Auswirkungen lokaler Klimaphänomene auf Migrationsbewegungen analysieren. Im Gegensatz zu der erstgenannten Gruppe von Studien ermöglichen lokale Fallstudien ein besseres Verständnis des komplexen Zusammenhangs zwischen klimabedingten Veränderungen der Umwelt und Migration. Sie zeigen, dass Migrationsentscheidungen auf vielen sozialen, ökonomischen, kulturellen und individuellen Faktoren basieren und dass Migration viele Formen hat. Außerdem wird in den Fallstudien deutlich, dass Migration nur eine unter vielen möglichen Antworten auf klimabedingte Veränderungen der Lebensumstände ist.

Das größte methodologische Problem dieser lokalen Fallstudien ist die Trennung zwischen klimabedingten Umweltfaktoren und anderen Faktoren, die Migrationsbewegungen beeinflussen. Faktoren, die in Migrationsentscheidungen einfließen, sind miteinander verknüpft und beeinflussen sich oft gegenseitig. Am Beispiel Mexikos hat sich außerdem gezeigt, dass Familien von Migranten und zurückgekehrte Migranten Umweltprobleme wie Dürre nicht als Gründe für ihre Migration erkannten. Sie gaben an, dass sie aus ökonomischen Gründen migrieren und zunehmende Ernteausfälle ihr Leben immer schwieriger machen. Ernteausfälle werden in Mexiko jedoch zum großen Teil durch Dürren verursacht, wodurch fehlender Niederschlag indirekt einen Einfluss auf Migrationsverhalten hat. Es ist daher in vielen Fällen methodologisch schwierig, aus empirischen Daten Umweltfaktoren als Ursachen für Migration herauszuarbeiten.⁴⁷

2.2 Ein alternativer Ansatz

Die vorangegangenen Abschnitte haben gezeigt, dass bestehende Ansätze zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration konzeptionell und methodisch fehlerhaft sind. Im Folgenden soll ein al-

47 Kerstin Schmidt-Verkerk, »Buscando la vida« - How do Perceptions of Increasingly Dry Weather Affect Migratory Behaviour in Zacatecas, Mexico?, in: Afifi/Jäger (Hg.), Environment, Forced Migration and Social Vulnerability, S. 99-115.

ternativer konzeptioneller und methodologischer Ansatz vorgestellt werden, der solche Probleme berücksichtigt und zu überwinden versucht. Dieser Ansatz unterstreicht die Komplexität des Klimawandels und die Unsicherheit von Prognosen zukünftiger Klimaveränderungen sowie das Vorhandensein verschiedener Klimamodelle. Es ist zu erwarten, dass Klimawandel die Lebensgrundlage vieler Menschen direkt und indirekt auf lokaler und auf globaler Ebene beeinflussen wird. Auf lokaler Ebene werden voraussichtlich Veränderungen von Niederschlags- und Temperaturmustern die landwirtschaftliche Produktion beeinflussen und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen gefährden. Außerdem wird vorausgesagt, dass häufigere und stärkere Wirbelstürme und Überschwemmungen Häuser und Ackerland vieler Menschen zerstören könnten.⁴⁸ Auf globaler Ebene ist zu erwarten, dass Klimawandel Einfluss auf Nahrungsmittelpreise haben wird, wodurch die Gefahr besteht, dass arme Haushalte sich nicht genügend Lebensmittel mehr leisten können.⁴⁹ Es ist zudem möglich, dass durch Veränderungen des Klimas einige Ziele von Migranten unattraktiv werden, da sich die landwirtschaftlichen Bedingungen dort ebenfalls verschlechtern und als Folge davon weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Studien über die Auswirkungen von lokalen Umweltproblemen auf Migrationsbewegungen lassen daher nur bedingt Schlüsse auf Veränderungen dieser Migrationsbewegungen unter dem Einfluss von zukünftigem Klimawandel zu, da sie die potenziellen indirekten und globalen Folgen des Klimawandels nicht berücksichtigen.

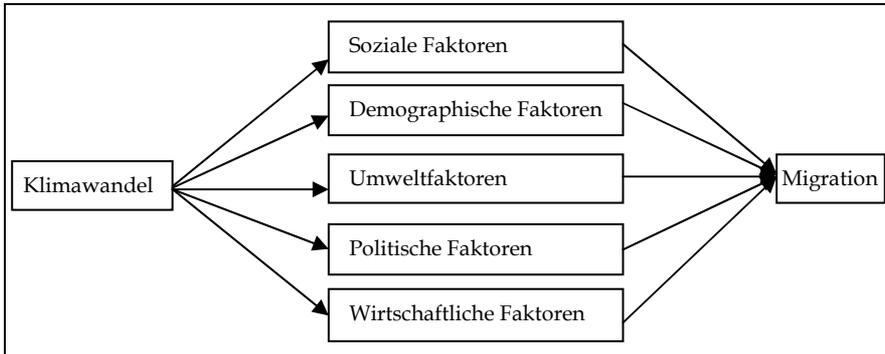
Der hier vorgestellte Ansatz geht – wie die meisten der oben zusammengefassten Fallstudien – davon aus, dass Migrationsentscheidungen komplex und multikausal sind, Migration viele Formen hat und nur eine von vielen möglichen Antworten auf klimatische Veränderungen ist. Im Gegensatz zu bestehenden empirischen Untersuchungen beginnt der Ansatz methodologisch mit der Analyse von Migrationsentscheidungen und identifiziert die Faktoren, die zu Entscheidungen für oder gegen Migration führen. Gleichzeitig werden alternative Strategien identifiziert, von denen Menschen als Antwort auf Umweltveränderungen Gebrauch machen. Basierend auf diesen empirischen Daten werden die Faktoren, die in Migrationsentscheidungen berücksichtigt werden, daraufhin untersucht, wie sie voraussichtlich von den Folgen des Klimawandels auf globaler und lokaler Ebene beeinflusst werden.

Schaubild 2 stellt ein vereinfachtes Schema dieses Ansatzes dar, das jedoch die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Faktoren nicht erfasst, die auf Migrationsentscheidungen einwirken. Außerdem machen Men-

48 Parry u.a. (Hg.), Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.

49 Brown/Funk, Food Security Under Climate Change; Lobell u.a., Prioritizing Climate Change Adaptation Needs for Food Security in 2030.

Schaubild 2: Konzeptionelles Modell – Klimawandel und Migration



Quelle: Eigener Entwurf.

schen häufig von einer Kombination von Strategien als Antwort auf Stressfaktoren, die ihren Lebensunterhalt beeinflussen, Gebrauch. So ist es möglich, dass Menschen Vieh verkaufen oder einen Kredit aufnehmen und mithilfe eines Teils des so erhaltenen Geldes migrieren oder aber auch sesshaft bleiben und z.B. ein Geschäft eröffnen. Aus Schaubild 2 geht ebenfalls nicht hervor, dass auch individuelle Vorlieben und Erfahrungen an Entscheidungen für oder gegen Migration beteiligt sind. Dennoch illustriert das Schaubild den wichtigsten Punkt dieses alternativen konzeptionellen Ansatzes, nämlich dass die Beziehung zwischen Klimawandel und Migration nicht linear ist und auch nicht unbedingt positiv und gleichgerichtet. Außerdem sind Klimafaktoren kein Element in Migrationsentscheidungen, die von anderen Faktoren, die Migration bestimmen, getrennt werden können. Es ist zu erwarten, dass Klimawandel die Faktoren, die in Migrationsentscheidungen eine Rolle spielen, auf unterschiedliche Art und Weise und in unterschiedlicher Stärke beeinflussen wird.

Aufbauend auf dieser Überlegung sollte den Faktoren, die bei Migrationsentscheidungen eine wichtige Rolle spielen und die voraussichtlich stark von den zukünftigen Folgen von Klimawandel betroffen sein werden, erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Es ist zu erwarten, dass diese Faktoren, wenn der Klimawandel sie beeinflusst, zu einer weitreichenden Veränderung im Migrationsverhalten führen werden. Um diesen Gedanken zu konkretisieren, wurde eine Risikomatrix adaptiert. Eine klassische Risikomatrix misst, meist auf einer Skala von 1-5, die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses und

- ebenfalls auf einer Skala von 1-5 - die Stärke der Auswirkungen dieses Ereignisses.⁵⁰

Zur Analyse des Einflusses von Klimawandel auf verschiedene Formen von Migration wurde diese Matrix adaptiert, und alle empirisch gefundenen Faktoren, die in Migrationsentscheidungen involviert sind, wurden anhand der Matrix analysiert. Die X-Achse der Matrix misst dabei das Gewicht des Faktors für Migrationsentscheidungen, die Y-Achse der Matrix den Grad der Sensitivität gegenüber klimatischen Veränderungen. Faktoren, dessen Produkt der beiden Achsen im schwarz unterlegten Bereich der Matrix liegt, verdienen erhöhte Aufmerksamkeit, da sie voraussichtlich entscheidende Elemente für die zukünftige Entwicklung von Migration unter dem Einfluss von Klimawandel sein werden. Um dieses abstrakte Konzept zu illustrieren, werden im folgenden Abschnitt einige Ergebnisse am Beispiel Mexikos vorgestellt.

Schaubild 3: Matrix: Einfluss von Klimawandel auf Migrationsentscheidungen

Sensitivität gegenüber klimatischen Veränderungen (Skala 1-5)	5	10	15	20	25
	4	8	12	16	20
	3	6	9	12	15
	2	4	6	8	10
	1	2	3	4	5
	Wichtigkeit für Migrationsentscheidungen (Skala 1-5)				

Quelle: Eigener Entwurf

3 Das Beispiel Mexiko

Wie die oben zusammengefassten Ergebnisse einer Vielzahl von Einzelstudien gezeigt haben, wurden die meisten empirischen Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration in der Sahelzone durchgeführt und beschäftigten sich vorrangig mit den Auswirkungen von Dürre auf Migration. Ein weiteres Beispiel für die Auswirkungen von Klimawandel auf Migration ist der potenzielle Nexus zwischen Migration und Überschwemmungen in Flussdeltas und Küstenregionen, wie z.B. in Bangladesch.

50 Warrick J. Fletcher, The Application of Qualitative Risk Assessment Methodology to Prioritize Issues for Fisheries Management, in: ICES Journal of Marine Science, 62. 2005, S. 1576-1587.

Mexiko ist aufgrund seiner verschiedenen klimatischen Bedingungen ein instruktives Beispiel. Dürren treten vor allem im nördlichen Teil und im Zentrum von Mexiko auf, während die Küstenregionen und die südlichen und südöstlichen Bundesstaaten Tabasco, Veracruz, Chiapas und Oaxaca besonders anfällig für Überschwemmungen und Wirbelstürme sind. Darüber hinaus weisen die unterschiedlichen Regionen Mexikos verschiedene Migrationsmuster auf. Während internationale Migration (vorwiegend in die USA) in den klassischen Herkunftsstaaten im mittleren Westen des Landes seit Generationen zum Leben vieler Menschen gehört, gewann sie in den südlichen und südöstlichen Staaten erst in den 1990er Jahren an Volumen. Tabelle 1 zeigt für ausgewählte Jahre in absoluten Zahlen die Entwicklung des Migrationsvolumens aus Zacatecas, einem traditionellen Migrationsstaat, und aus Veracruz, wo die Emigration in die USA erst in jüngerer Zeit vermehrt praktiziert wird.

Tabelle 1: Migration aus Zacatecas und Veracruz in die USA (in 1.000)

	1995	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Zacatecas	25,5	20,4	16,0	12,0	18,7	17,8	17,8	19,7	24,4	22,3	24,2
Veracruz	5,6	15,0	9,0	8,3	22,7	31,6	31,1	41,8	61,1	80,4	56,2

Quelle: Daten aufbereitet von ›El Colegio de la Frontera Norte‹ basierend auf der Langzeitstudie ›Encuesta sobre Migración en la Frontera Norte de México‹. SEGOB: INAMI and CONAPO, STPS, SRE und El Colegio de la Frontera Norte.

Binnenmigration, oft saisonal und zyklisch, ist ebenfalls ein weitverbreitetes Phänomen in vielen Teilen des Landes. Mexiko bietet somit die Möglichkeit, die potenziellen direkten Auswirkungen unterschiedlicher Klimaphänomene auf verschiedene Migrationsformen innerhalb eines Landes zu analysieren. Obwohl, besonders in einem Land von der Größe von Mexiko, die sozioökonomische, kulturelle und politische Situation von Region zu Region variiert, so ist doch zu erwarten, dass die Lebensbedingungen zwischen den Regionen ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Staaten in unterschiedlichen Teilen der Welt. Die folgenden Abschnitte stellen die Regionen, in denen die Daten für die hier vorgestellte Studie erhoben wurden, kurz vor.

3.1 Setting

Die Feldforschung fand zwischen Januar 2008 und März 2009 in Zacatecas und Veracruz statt, zwei mexikanischen Bundesstaaten mit je spezifischen Migrationsmustern und unterschiedlichen klimatischen Bedingungen. In beiden Staaten wurden jeweils zwei Dorfgemeinschaften ausgewählt, in denen verschiedene Formen von Migration eine Rolle spielen und die von Umweltfaktoren wie Dürre (in Zacatecas) sowie Überschwemmungen und

Hurrikane (in Veracruz) betroffen sind. Der Bundesstaat Zacatecas mit der gleichnamigen Hauptstadt liegt im nördlichen Zentrum von Mexiko, rund 500 km nördlich von Mexiko-Stadt und 1.400 km südlich der Grenze zwischen dem Bundesstaat Sonora und den USA, die viele Migranten aus Zacatecas überqueren.

Während die Bevölkerungsdichte für ganz Mexiko 57 Einwohner pro km² beträgt, ist diese in Zacatecas mit nur 20 Einwohnern pro km² relativ gering.⁵¹ Weite Teile von Zacatecas sind ländliche Gebiete mit kleinen Dörfern, die politisch in 58 Gemeinden aufgeteilt sind. Die Bevölkerung von Zacatecas hängt zu einem großen Teil von der Landwirtschaft ab, wobei sowohl Subsistenzwirtschaft als auch kommerzielle Landwirtschaft praktiziert werden. Laut Zensusdaten aus dem Jahr 2010 sind 5,8 Prozent der Einwohner von Zacatecas arbeitslos.⁵² Darüber hinaus gibt es ohnehin nur in der Zeit von März bis November Arbeit in der Landwirtschaft, da die Felder im Winter nicht bewirtschaftet werden. Fehlendes Einkommen in den anderen Monaten und der Mangel an sozialen Leistungen führt zu saisonaler Binnenmigration in Regionen, in denen ganzjährig Landwirtschaft betrieben wird.

Auf der Suche nach geeigneten Dörfern für die Feldforschung wurden verschiedene Regionen in Zacatecas besucht. Dabei zeigte sich die ausgeprägte Heterogenität der Region in Bezug auf Migrationsmuster, aber auch in Bezug auf den Grad von Dürren und Trockenheit. Im trockeneren Norden des Bundesstaates sind Ackerbau und Viehzucht nur sehr begrenzt möglich und andere Einkommensquellen gibt es kaum, weshalb sich nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung internationale Migration leisten kann. Seit 2004 zieht die Region um Mazapil sogar Migranten an, da durch die Eröffnung einer Mine neue Arbeitsplätze geschaffen wurden – obwohl die infrastrukturelle Entwicklung dieser schnellen Bevölkerungszunahme nicht gerecht werden konnte.

Eines der beiden Dörfer, in denen die Feldforschung stattfand, Laguna Seca in der Gemeinde Pánuco, befindet sich in einer Zone mit geringer internationaler Migration. Die Feldforschung zeigte, dass nur wenige Dorfbewohner Kontakt zu internationalen Migrationsnetzwerken haben und dass sich historisch keine Dorfkultur entwickelt hat, in der internationale Migration eine Rolle spielt. Internationale Migration wird im Gegenteil als gefährlich und nicht wünschenswert betrachtet. Laguna Seca zeigt jedoch hohe saisonale Binnenmigrationsraten. Laut Volkszählung des lokalen Gesundheitszentrums lebten 2007 die insgesamt 1.008 Einwohner in 347 Haushalten. Davon waren 502 männlich und 611 jünger als 30 Jahre.

51 Instituto Nacional de Estadística y Geografía (INEGI), Censo general de población y vivienda 2010. <http://www.inegi.org.mx>

52 Ebd.

Das zweite Dorf, El Tigre (bestehend aus den Teilen El Tigre, El Nuevo Tigre and Ojo de Agua del Tigre) blickt auf eine Geschichte von internationaler Migration seit den 1950er Jahren zurück, als die ersten Migranten im Rahmen des Gastarbeiterprogramms ›Programa Bracero‹ zwischen Mexiko und den USA das Dorf verließen.⁵³ Heute ist der Großteil der internationalen Migration aus El Tigre undokumentiert und konzentriert sich auf Chicago im US-Bundesstaat Illinois, wo die meisten Familien Kontakt zu Migrationsnetzwerken haben. Aufgrund verschärfter Grenzkontrollen und wegen des Drogenkrieges im Norden Mexikos wurden Grenzübertritte undokumentierter Migranten in den letzten Jahrzehnten gefährlicher und teurer.⁵⁴ Deshalb bleiben Migranten, die die USA erreichen konnten, im Allgemeinen für einige Jahre dort und pendeln seltener zwischen Mexiko und den USA hin und her, wie es lange der Fall war. Binnenmigration wird von vielen Menschen in El Tigre aufgrund der niedrigen Löhne in Mexiko und der Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung als nicht lohnenswert erachtet.

Daten der Volkszählung des Gesundheitszentrums in El Tigre zeigen, dass 2006 in El Tigre 1.039 Einwohner in 298 Haushalten, in El Nuevo Tigre 89 Bewohner in 27 Haushalten und in Ojo de Agua del Tigre 37 Bewohner in 9 Haushalten lebten. Von diesen insgesamt 1.165 Einwohnern waren 377 jünger als 30 und 344 männlich. Die Bevölkerung ist also im Durchschnitt älter und der Anteil von Frauen höher als in Laguna Seca. Diese demographischen Daten weisen auf eine hohe Migrationsrate hin. Da internationale Migranten aus Zacatecas im Allgemeinen männlich und jünger als 30 Jahre sind und da – wie eigene empirische Daten zeigen – Binnenmigration in El Tigre selten vorkommt, ist es wahrscheinlich, dass die meisten dieser Migranten in die USA gehen.

Der Bundesstaat Veracruz erstreckt sich über mehr als 1.000 km entlang der Küste des Golfs von Mexiko. Mit 71.820 km² handelt es sich um einen für Mexiko mittelgroßen Bundesstaat. Veracruz ist politisch in 212 Gemeinden aufgeteilt und weist eine ungleiche Bevölkerungsverteilung auf mit mehr und größeren Agglomerationen als Zacatecas. Die höchste Konzentration der Bevölkerung findet sich in der Hauptstadt Xalapa, in Boca del Rio, den Hafenstädten Veracruz und Coatzacoalcos sowie in Minatitlán und Poza Rica. Diese Städte sind ebenfalls das Ziel vieler Binnenmigranten aus ländlichen Gebieten in Veracruz. Veracruz verfügt über eine Vielzahl von Ressourcen, und die meisten Arbeitsplätze finden sich in Frachthäfen und Ölraffinerien, jedoch auch in der Tourismusbranche sowie in Landwirtschaft und Fischerei.⁵⁵

53 George J. Sánchez, *Becoming Mexican American: Ethnicity, Culture and Identity in Chicano Los Angeles 1900–1945*, Oxford 1993.

54 Gordon H. Hanson, *Illegal Migration from Mexico to the United States*, in: *Journal of Economic Literature*, 44. 2006, H. 4, S. 869–924.

55 INEGI, *Censo general de población y vivienda 2010*.

Die Bevölkerung von Veracruz wuchs von 6,2 Millionen im Jahr 1990 auf 6,7 Millionen im Jahr 1995, 6,9 Millionen im Jahr 2000, 7,1 Millionen im Jahr 2005 und schließlich 7,6 Millionen im Jahr 2010.⁵⁶ Während die Wachstumsrate der Bevölkerung zwischen 1995 und 2005 sank, zeigt sie einen enormen Anstieg zwischen 2005 und 2010. Eine mögliche Erklärung für diese demographische Entwicklung ist die Zunahme internationaler Migration in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, gefolgt von Rückwanderungen während und nach der Finanzkrise zum Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Der Anteil von Migranten aus Veracruz am gesamten mexikanischen Migrationsvolumen stieg zwischen 1992 und 2000 von weniger als einem Prozent auf fünf Prozent.⁵⁷

Hurrikane und Überschwemmungen, die Veracruz besonders schwer in den Jahren 2005 und 2007, aber auch 2008, 2009 und 2010 trafen, sorgten scheinbar nicht für starke Abwanderungen aus Veracruz. Einwanderung aus dem angrenzenden Bundesstaat Tabasco, der von den gleichen Überschwemmungen und Hurrikanen betroffen war, könnte für einen Teil des starken Bevölkerungswachstums verantwortlich sein, jedoch zeigt sich ebenfalls ein Bevölkerungswachstum in Tabasco zwischen 2005 und 2010.⁵⁸ Der negative Effekt der internationalen Wirtschaftskrise auf Arbeitsplätze außerhalb von Veracruz, mit dem Potenzial, Emigration zu bremsen und Rückmigration zu fördern, scheint in diesem Fall stärker zu sein als die Wirkung lokaler Umweltfaktoren auf bestehende Migrationsmuster.

Del Rey Poveda⁵⁹ beschreibt eine Veränderung des Migrationsverhaltens in Veracruz Anfang der 1990er Jahre, verursacht durch eine Kombination von Faktoren wie Wirtschaftskrise und Landreform in Mexiko, die negativen Folgen von NAFTA auf die mexikanische Landwirtschaft sowie die neue neoliberale Politik, die eine Kürzung von Subventionen für landwirtschaftliche Produkte zur Folge hatte. Um Zugang zu internationaler Migration zu bekommen, nutzten die Menschen in Veracruz bestehende Migrationsnetzwerke der klassischen Migrationsstaaten wie Zacatecas, Michoacán und Jalisco, basierend auf individuellen Kontakten mit Migranten aus diesen Staaten, entweder in Veracruz oder während eines Aufenthaltes in anderen Regionen Mexikos.⁶⁰ Aktuelle Migrationsmuster in Veracruz sind daher

56 Ebd.

57 Alejandro I. Canales, Mexican Labour Migration to the United States in the Age of Globalization, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 29. 2003, H. 4, S. 741-761.

58 INEGI, Censo general de población y vivienda 2010.

59 Alberto del Rey Poveda, Determinants and Consequences of Internal and International Migration: The Case of Rural Populations in the South of Veracruz, Mexico, in: *Demographic Research*, 16. 2007, S. 287-314.

60 Mario Pérez Monterosas, Las redes sociales de la migración emergente de Veracruz a los Estados Unidos, in: *Migraciones Internacionales*, 2. 2003, H. 1, S. 136-160.

heterogen innerhalb der Dörfer, und man findet – anders als in z.B. El Tigre, wo fast alle Migranten nach Chicago gehen – innerhalb desselben Dorfes Migration zu verschiedenen Zielen in den USA, in die Grenzregion sowie in Städte oder ländliche Gebiete Mexikos.

Für die Feldforschung wurden zwei Dörfer ausgewählt, in denen Migration eine wichtige Rolle zur Sicherung des Lebensunterhaltes spielt und die in den vergangenen zehn Jahren von mindestens einem Hurrikan und einem Hochwasser betroffen waren. Cascajal del Río liegt in der Gemeinde Acayucan im Süden von Veracruz. Kurz vor Beginn der Feldforschung im September überschwemmte der Fluss San Juan die Region um Cascajal del Río, die umliegenden Felder und die Zugangsstraße. Außerdem wurde das Dorf 2005 durch den Hurrikan Stan getroffen. Daten des lokalen Gesundheitszentrums aus dem Jahr 2007 zeigen, dass von den insgesamt 1.438 Einwohnern 892 älter als 30 und 422 jünger als 15 Jahre waren. Der Anteil der Bevölkerung zwischen 15 und 30 Jahren ist somit niedrig. Viele junge Männer und Frauen haben in den letzten Jahren das Dorf verlassen, nachdem sie die Schule beendet hatten.

Nuevo Renacimiento in der Gemeinde Gutiérrez Zamora an der Mündung des Flusses Tecolutla liegt im nördlichen Teil von Veracruz. Nach einer Flut im Jahre 1999 wurden Bewohner von sieben Dörfern nach Nuevo Renacimiento umgesiedelt, wo die Regierung den Opfern der Flut ein kleines Stück Land und ein Haus zur Verfügung stellte. 2007 wurde Nuevo Renacimiento innerhalb von zwei Monaten von den beiden Hurrikanen Dean und Lorenzo getroffen. Migrationsmuster in Cascajal del Río sind denen von Nuevo Renacimiento sehr ähnlich. Auch dort migrieren viele junge Leute in die USA sowie in andere Teile Mexikos.

Während der Feldforschung, erst in Zacatecas, danach in Veracruz, wurden in jedem Dorf etwa 40–50 Interviews geführt, um herauszufinden, worauf Migrationsentscheidungen basieren. Die in den Interviews gewonnenen Informationen wurden durch Interviews mit Mitarbeitern des Gesundheitszentrums, Lehrern, lokalen Historikern und Wissenschaftlern ergänzt. In jedem Dorf fanden ebenfalls drei bis fünf biographische Interviews mit älteren Dorfbewohnern statt, um historische Zusammenhänge zu verstehen. Teilnehmende Beobachtung und der mehrmonatige Aufenthalt in einem Haushalt in jedem Dorf waren wichtige Elemente während der Forschung, um einen Einblick in lokale Lebensbedingungen zu bekommen. Die folgenden Abschnitte fassen zusammen, worauf Migrationsentscheidungen in Mexiko beruhen und zeigen, wie diese Entscheidungen von den zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels beeinflusst werden könnten.

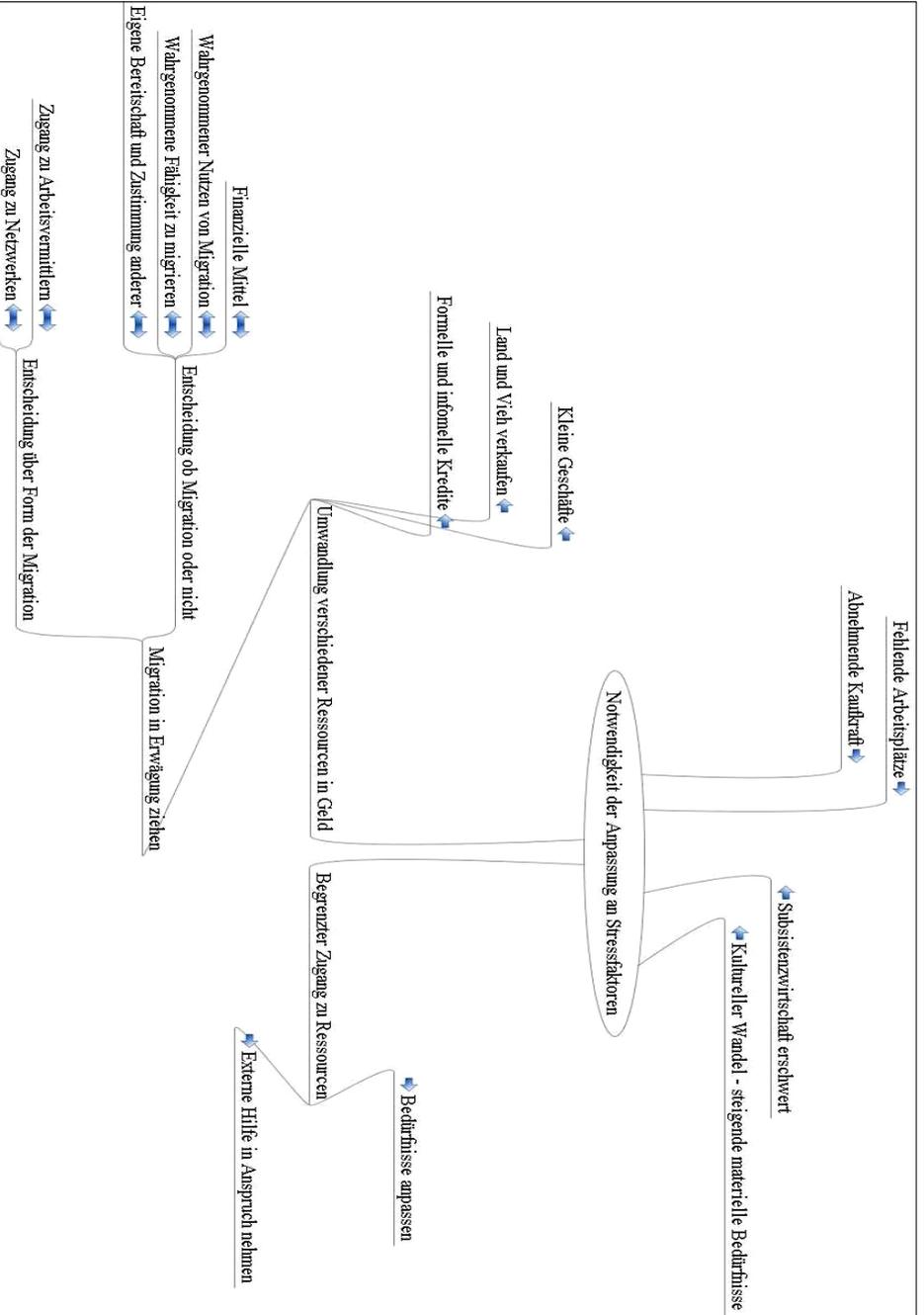
3.2 Ergebnisse

In Schaubild 4 werden in Form einer Mind Map die wichtigsten Elemente, die Migrationsentscheidungen in den vier untersuchten Dörfern in Zacatecas und Veracruz beeinflussen, und die wichtigsten alternativen Strategien zur Absicherung des Lebensunterhaltes der Dorfbewohner dargestellt. Das Schaubild basiert auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchung in den vier Dörfern und fasst die Antworten der Informanten in Kategorien zusammen. Es zeigt die Komplexität von Migrationsentscheidungen und stellt dar, welche Faktoren auf der Makro-, Meso- und Mikroebene Migrationsverhalten beeinflussen. Auf der Makroebene lassen sich vier Faktoren ausmachen: Mangel an Arbeitsplätzen, abnehmende Kaufkraft aufgrund von steigenden Preisen und stagnierenden oder sinkenden Löhnen, schwierigere landwirtschaftliche Bedingungen sowie kultureller Wandel, der zu einem stärker konsumorientierten Lebensstil und zu mehr materiellen Wünschen führt. Diese Faktoren wurden von den meisten Informanten in den vier Dörfern, in denen die Feldforschung stattfand, als Probleme identifiziert, obwohl ihr Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in verschiedenen Dörfern, aber auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen des gleichen Dorfes, unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann. Zum Beispiel ist die abnehmende Produktivität der Landwirtschaft für Familien, deren Haushaltseinkommen zum größten Teil durch Subsistenzwirtschaft bestritten wird, problematischer als für Familien, die ihr Einkommen aus verschiedenen Quellen erwirtschaften. Außerdem konnte nicht vermieden werden, dass sich die Kategorien zu einem gewissen Maße überschneiden oder sich gegenseitig kausal beeinflussen. So haben beispielsweise Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt Folgen für das Lohnniveau und damit für die Kaufkraft der Arbeitnehmer.

Verschiedene Formen von Migration, allein oder in Kombination mit einer der oben genannten Strategien, werden auch genutzt, um negativen Einflüssen auf der Makroebene zu begegnen. Wie oben bereits ausführlich beschrieben, weisen die vier Dörfer, in denen die Feldforschung stattfand, unterschiedliche Migrationsmuster auf. Insgesamt wurde legale und illegale internationale Migration, zumeist in die USA, legal jedoch auch nach Kanada, sowie intra- und interregionale Abwanderung in Städte und auch in andere ländliche Regionen Mexikos beobachtet. Ob Menschen aus den untersuchten Dörfern migrieren und welche Form von Migration sie wählen, hängt zum großen Teil von Faktoren auf der Meso- und der Mikroebene ab.

Zugang zu Netzwerken ist zum Beispiel für illegale Migration in die USA unabdingbar und für Binnenmigration von Vorteil. Zugang zu Arbeitsvermittlern aus den USA, hauptsächlich jedoch aus Kanada, ist eine Voraus-

Schaubild 4 (Folgeseite): Migrationsentscheidungen in Mexiko – Darstellung basierend auf empirischen Daten; Quelle: eigener Entwurf.



setzung, um legal international migrieren zu können. Auf der Mikroebene ist vor allem der Zugang zu finanziellen Ressourcen wichtig, besonders um international migrieren zu können. Wie oben erwähnt, sind informelle Kredite bei Verwandten eine oft gewählte Möglichkeit, um internationale Migrationsprojekte zu finanzieren.

Die individuelle Wahrnehmung des Nutzens von Migration ist ebenfalls ein wichtiger Faktor, der Migrationsentscheidungen beeinflusst. Wie bereits erwähnt, wird in Dörfern mit hohen internationalen Migrationsraten, wie z.B. El Tigre in Zacatecas, Binnenmigration kein großer Vorteil beigemessen, da die Opportunitätskosten hoch und die Löhne im Vergleich zu den USA gering sind. Andererseits spielt in Dörfern, in denen nur wenige Menschen international migrieren, wie z.B. Laguna Seca (ebenfalls in Zacatecas), die Wahrnehmung der eigenen Fähigkeiten eine große Rolle. Viele Dorfbewohner trauen sich nicht zu, die Grenze zu überqueren und im Ausland allein zurechtzukommen. Daher empfinden einige von ihnen internationale Migration als bedrohlich. Das Gefühl der Verantwortung gegenüber Familienangehörigen, die nicht oder nur schwer migrieren können (wie Kinder und ältere Verwandte), hält einige Dorfbewohner davon ab zu migrieren. Einige wollen ihr Dorf nicht verlassen, während andere dies gerne tun würden. Diese individuellen Präferenzen werden dadurch verstärkt, dass in einigen Dörfern Migration von der Dorfgemeinschaft akzeptiert, in anderen jedoch als negativ angesehen wird. Beispielsweise ist es in Zacatecas in den untersuchten Dörfern sozial inakzeptabel, dass Frauen migrieren, weshalb dies seltener vorkommt. Dahingegen migrieren in Veracruz sowohl junge Frauen als auch Männer und dies wird, zumindest in den untersuchten Dörfern, von der Dorfgemeinschaft akzeptiert.

Schaubild 4 veranschaulicht, wie Migrationsentscheidungen in Mexiko für oder gegen verschiedene Formen von Migration und in verschiedenen regionalen, ökonomischen und sozio-kulturellen Zusammenhängen getroffen werden. Das Zusammenspiel von Faktoren auf der Makro-, der Meso- und der Mikroebene bestimmt, wie diese Migrationsentscheidungen ausfallen. Für den zweiten Schritt der Analyse des potenziellen Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Migration sind nun zwei Elemente von Belang: Zunächst ist es wichtig zu analysieren, wie stark diese Faktoren, die Einfluss auf Migrationsentscheidungen haben, von den heutigen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden. Dabei ist zu beachten, dass die Folgen des Klimawandels sowohl auf der lokalen als auch auf der regionalen und der globalen Ebene spürbar sind und in Zukunft verstärkt spürbar sein werden, insbesondere für vulnerable Teile der Bevölkerung. Auf der anderen Seite ist es wichtig, das Ausmaß, in dem die oben genannten Faktoren auf der Makro-, Meso- und Mikroebene in Entscheidungen für oder gegen verschiedene Formen von Migration einfließen, zu analysieren.

Die in Schaubild 3 gezeigte und im Text darunter erläuterte Matrix ist ein Werkzeug, um für die oben beschriebenen Faktoren, die Migrationsverhalten beeinflussen, deren Gewicht für Migrationsentscheidungen und deren Sensitivität im Hinblick auf klimatische Veränderungen gegenüberzustellen. Tabelle 2 listet alle Faktoren auf, die während der Feldforschung genannt wurden und die in Schaubild 4 in Kategorien zusammengefasst sind. In der ersten Spalte zeigt die Tabelle das Ausmaß der Sensitivität für jeden einzelnen Faktor im Hinblick auf klimatische Veränderungen auf einer Skala von 1-5. Die weiteren Spalten zeigen für jeden einzelnen Faktor das Gewicht für Migrationsentscheidungen, ebenfalls auf einer Skala von 1-5, sowie das Produkt dieser beiden Parameter. Unterschieden werden die Angaben für die während der Feldforschung identifizierten vier Formen von Migration (illegale internationale Migration, legale internationale Migration, Binnenmigration in urbane Gegenden und Binnenmigration in rurale Zielgebiete).

Wie bei allen Risikomatrizen und den Schlussfolgerungen, die aus ihren Ergebnissen gezogen werden, besteht hier selbstverständlich die Gefahr der Subjektivität bei der Zuordnung der Werte für die Kategorien – trotz sorgfältiger Analyse aller Interviews und der durch teilnehmende Beobachtung gewonnenen Einsichten. Für die Interpretation der Ergebnisse sind die exakten absoluten numerischen Werte der Produkte der jeweiligen Parameter auch weniger interessant. Von weitaus größerem Interesse ist (auch in Hinblick auf die Adaptation an den Klimawandel in Mexiko) die Frage, welche für Migrationsentscheidungen wichtigen Faktoren am stärksten durch Klimawandel beeinflusst werden. In Tabelle 2 sind diese Faktoren hervorgehoben durch weiße Schrift auf schwarzem Hintergrund. Wie sich diese Faktoren unter dem Einfluss der Folgen des Klimawandels verändern und wie sie aller Voraussicht nach dabei die verschiedenen Formen von Migration beeinflussen könnten, wird in den folgenden Abschnitten erläutert.

Tabelle 2 zeigt, dass illegale Migration in die USA am stärksten durch die Auswirkungen des Klimawandels auf Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung am Wohnort der potenziellen Migranten, durch steigende Lebenshaltungskosten und durch Veränderungen des Zugangs zu finanziellen Ressourcen beeinflusst werden wird. Fehlende Arbeitsplätze und dadurch fehlendes Einkommen, in Verbindung mit steigenden Lebenshaltungskosten, führen zu dem Wunsch dorthin zu migrieren, wo es Arbeitsplätze gibt, die gut genug bezahlt werden, um sich selbst (und häufig auch die zu Hause gebliebenen Familienmitglieder und Verwandten) ernähren zu können. Da das Lohnniveau in den USA wesentlich höher ist als in Mexiko, sind die USA das häufig gewählte Ziel von Migranten, die die Lebenshaltungskosten ihrer Familie mit Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu decken versuchen.

Tabelle 2: Klimasensitivität verschiedener Migrationsformen in Mexiko

	Grad der Klimasensitivität	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: illegale internationale Migration	Gesamtergebnis: Illegale internationale Migration	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Legale internationale Migration	Gesamtergebnis: Legale internationale Migration	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Binnenmigration in Städte	Gesamtergebnis: Binnenmigration in Städte	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Binnenmigration aufs Land	Gesamtergebnis: Binnenmigration aufs Land
Variabilität Temperaturen und Niederschlag	sehr hoch (5)	niedrig (2)	10	niedrig (2)	10	hoch (4)	20	sehr hoch (5)	25
Extremereignisse	hoch (4)	niedrig (2)	8	niedrig (2)	8	hoch (4)	16	sehr hoch (5)	20
Boden weniger fruchtbar	mittel (3)	niedrig (2)	6	niedrig (2)	6	hoch (4)	12	sehr hoch (5)	15
Niedrige Preise für Ernten	sehr niedrig (1)	niedrig (2)	2	niedrig (2)	2	hoch (4)	4	sehr hoch (5)	5
Hohe Preise für Saatgut, Dünger, Bewässerung	sehr niedrig (1)	niedrig (2)	2	niedrig (2)	2	hoch (4)	4	sehr hoch (5)	5
Mangel an Industrien, Dienstleistern am Wohnort	mittel (3)	sehr hoch (5)	15	sehr hoch (5)	15	hoch (4)	12	hoch (4)	12
Mangelnde Infrastruktur	niedrig (2)	mittel (3)	6	mittel (3)	6	mittel (3)	6	mittel (3)	6
Mangel an formeller Bildung	niedrig (2)	sehr niedrig (1)	2	sehr niedrig (1)	2	mittel (3)	6	sehr niedrig (1)	2
Saisonale Arbeitsplätze Landwirtschaft	sehr hoch (5)	niedrig (2)	10	sehr hoch (5)	25	hoch (4)	20	sehr hoch (5)	25
Sinkende Löhne	niedrig (2)	sehr hoch (5)	10	sehr hoch (5)	10	mittel (3)	6	niedrig (2)	4
Steigende Preise für Konsumgüter	hoch (4)	hoch (4)	16	sehr hoch (5)	20	sehr hoch (5)	20	sehr hoch (5)	20
Kultureller Wandel	sehr niedrig (1)	sehr hoch (5)	5	sehr niedrig (1)	1	mittel (3)	3	sehr niedrig (1)	1
Mangelnde Bereitschaft zur Arbeit für wenig Lohn	sehr niedrig (1)	sehr hoch (5)	5	sehr niedrig (1)	1	sehr niedrig (1)	1	sehr niedrig (1)	1

	Grad der Klimasensitivität	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: illegale internationale Migration	Gesamtergebnis: Illegale internationale Migration	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Legale internationale Migration	Gesamtergebnis: Legale internationale Migration	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Binnenmigration in Städte	Gesamtergebnis: Binnenmigration in Städte	Grad der Wichtigkeit für Migrationsentscheidung: Binnenmigration aufs Land	Gesamtergebnis: Binnenmigration aufs Land
Zunehmende materielle Wünsche	sehr niedrig (1)	sehr hoch (5)	5	niedrig (2)	2	sehr niedrig (1)	1	sehr niedrig (1)	1
Zugang zu Netzwerken	niedrig (2)	sehr hoch (5)	10	mittel (3)	6	mittel (3)	6	mittel (3)	6
Zugang zu Arbeitsvermittlern	niedrig (2)	sehr niedrig (1)	2	sehr hoch (5)	10	niedrig (2)	4	mittel (3)	6
Finanzielle Mittel	mittel (3)	sehr hoch (5)	15	sehr hoch (5)	15	mittel (3)	9	niedrig (2)	6
Eigene Wahrnehmung, Wille, Akzeptanz von Migration	niedrig (2)	sehr hoch (5)	10	mittel (3)	6	hoch (4)	8	mittel (3)	6
Alternative Strategien	mittel (3)	sehr niedrig (1)	3	sehr niedrig (1)	3	mittel (3)	9	sehr hoch (5)	15

Quelle: Eigener Entwurf, basierend auf empirischen Daten

Klimawandel könnte in einigen Orten Mexikos die Anzahl der Arbeitsplätze weiter reduzieren. Ein Beispiel ist Zacatecas, wo Dürren in den letzten Jahren für große Teile der Bevölkerung den Zugang zu Trinkwasser erschwert haben. Die wenigen dort ansässigen Fabriken decken ihren Wasserbedarf mit Grundwasser, das sie aus großer Tiefe fördern, was besonders im Kontext des zurückgehenden Niederschlagsvolumens in der Region nicht nachhaltig ist. Steigende Preise für Lebensmittel hatten bereits während der weltweiten Nahrungsmittelkrise 2007/2008 die Lebenssituation vieler Menschen in Zacatecas und Veracruz erschwert und den Wunsch nach Arbeit in den USA erhöht. Da die Kosten für den illegalen Grenzübergang nach Aussage ehemaliger Migranten zur Zeit der Feldforschung zwischen 3.000 und 4.000 US-Dollar betragen und Migranten am Zielort ihren Lebensunterhalt sichern müssen, werden Migrationsprojekte entweder mit Ersparnissen oder häufig auch mithilfe von Krediten von Verwandten der zukünftigen Migranten finanziert. In Zeiten knapper finanzieller Ressourcen wird es für die Familien potenzieller Migranten immer schwieriger werden, grenzüberschreitende Migration zu finanzieren. Vor dem Hintergrund des Rückgangs von Erwerbsmöglichkeiten ist zu erwarten, dass in vielen Regionen Mexikos der

Wunsch international zu migrieren noch wachsen wird, während künftig immer weniger Familien solche Migrationsprojekte finanzieren können.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass – zusammen mit wirtschaftlichen Entwicklungen – Klimawandel in den USA die Anzahl von Erwerbsmöglichkeiten für Migranten beeinflussen wird, zumal in der Landwirtschaft. Unabhängig von den Folgen des Klimawandels spielen die Grenzpolitik der USA sowie der Konflikt zwischen dem mexikanischen Staat und mehreren Drogenbanden im Norden Mexikos, die illegale Grenzüberquerungen in den letzten Jahren immer gefährlicher und schwieriger werden ließen, eine wichtige Rolle in Entscheidungen für oder gegen illegale Migration in die USA.

Wie Tabelle 2 zeigt, sind ähnliche Entwicklungen für legale internationale Migration zu erwarten. Auch hier hat das Zusammenspiel zwischen fehlenden Arbeitsplätzen und steigenden Preisen einen großen Anteil an Migrationsentscheidungen. Anders als für illegale internationale Migration sind Fluktuationen im Angebot von Beschäftigung in der Landwirtschaft ein wichtiger Faktor in Entscheidungen für oder gegen legale Migration nach Kanada oder in die USA. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Tatsache, dass in den untersuchten Gegenden Mexikos Jobvermittler für Migrantenjobs in der Landwirtschaft häufiger dort anzutreffen sind, wo Tagelöhner in der Landwirtschaft arbeiten. Es liegt nahe, dass Arbeitsvermittler hoffen, die geeignetsten Bewerber für die Feldarbeit in Kanada und in den USA unter Personen mit Arbeitserfahrung in der Landwirtschaft in Mexiko zu finden.

Die obersten fünf Zeilen in Tabelle 2 zeigen, dass Faktoren, die am stärksten mit lokalen Veränderungen klimatischer Muster und mit sinkenden Erträgen aus der Landwirtschaft assoziiert werden, kaum Einfluss auf Entscheidungen für oder gegen internationale Migration haben. Diese Faktoren beinhalten Veränderungen von Niederschlagsmengen und Temperaturen, extreme Naturereignisse wie Hagel, die Fruchtbarkeit des Bodens sowie niedrige Erträge für landwirtschaftliche Produkte und hohe Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Saatgut. Diese lokalen Folgen des Klimawandels wurden von Feng u.a.⁶¹, Sánchez u.a.⁶² und Nawrotzki u.a.⁶³ für einen

61 Shuaizhang Feng/Alan B. Krueger/Michael Oppenheimer, Linkages among Climate Change, Crop Yields and Mexico-US Cross-border Migration, in: Proceedings of the National Academy of Science, 107. 2010, H. 32, S. 14257-14262.

62 Ignacio Sánchez Cohen/Úrsula Oswald Spring/Gabriel Díaz Padilla/Julian Cerano Paredes/Marco A. Inzunza Ibarra/Rutilo López López/José Villanueva Díaz, Forced Migration, Climate Change, Mitigation and Adaptive Policies in Mexico: Some Functional Relationships, in: International Migration, 51. 2013, H. 4, S. 53-72.

63 Raphael J. Nawrotzki/Fernando Riosmena/Lori M. Hunter, Do Rainfall Deficits Predict U.S.-Bound Migration from Rural Mexico? Evidence from the Mexican Census, in: Population Research and Policy Review, 32. 2013, S. 129-158.

Anstieg des Volumens internationaler Migration aus Mexiko verantwortlich gemacht. Die in Tabelle 2 präsentierten Daten widersprechen der Schlussfolgerung dieser Autoren, dass ein durch Niederschlagsmangel verursachter Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität zu mehr internationaler Migration aus Mexiko in die USA führt. Die Daten in Tabelle 2 zeigen jedoch, dass – zusammen mit einem Mangel an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und steigenden Lebenshaltungskosten – zu erwartende lokale Auswirkungen des Klimawandels starken Einfluss auf die Binnenmigration in Mexiko haben, gleichgültig ob zu ruralen oder zu urbanen Zielen.

Mehrere Umstände erklären dieses Phänomen. Wie die Feldforschung erbrachte, sind die meisten internationalen Migranten zwischen 15 und 30 Jahren alt. Menschen dieser Altersgruppe sind in allen vier untersuchten Dörfern in den meisten Fällen noch nicht im Besitz von Land, da die Parzellen noch von den Eltern bewirtschaftet und erst nach deren Ableben an die Kinder vererbt werden. Daher gehören internationale Migranten und Subsistenzwirtschaft betreibende Landbesitzer im Allgemeinen nicht der gleichen Gruppe von Personen an. Deshalb haben Schwankungen im Ertrag aus der Landwirtschaft wenig Einfluss auf das Haushaltseinkommen potenzieller Migranten, die häufig schon eigene Familien gegründet haben und nicht mehr vom Haushalt der Eltern abhängen. Ein dauerhafter Rückgang landwirtschaftlicher Erträge erhöht sicherlich den Druck auf potenzielle Migranten, zusätzlich zu ihrer eigenen Familie auch ihre Eltern und/oder andere Verwandte zu ernähren, jedoch besteht kein direkter Zusammenhang zwischen landwirtschaftlichen Erträgen und Migration. Daher sind klimabedingte Veränderungen landwirtschaftlicher Bedingungen auch kein wichtiger Faktor in Entscheidungen für oder gegen internationale Migration.

Wie Tabelle 2 zeigt, unterliegt Binnenmigration in rurale und in urbane Zielregionen innerhalb Mexikos anderen Bedingungskonstellationen. Binnenmigration ist in Mexiko häufig zeitlich begrenzt, oft migrieren ganze Familien oder Teile von Familien. In vielen Fällen gehen sie zur Erntesaison in einen anderen Bundesstaat, um Arbeit in der Landwirtschaft zu suchen, oder sie verlassen ihr Dorf, um in Zeiten, in denen es keine Arbeit in der Landwirtschaft gibt, in der Stadt Arbeit zu suchen. Laguna Seca in Zacatecas ist ein Beispiel für ein Dorf, in dem sich kaum ein Haushalt internationale Migration leisten kann und wo internationale Migration als negativ und gefährlich angesehen wird. Viele der Dorfbewohner betreiben Subsistenzwirtschaft und/oder arbeiten in der kommerziellen Landwirtschaft. Deshalb betreffen Veränderungen der landwirtschaftlichen Produktivität hier viele Haushalte, auch solche von jungen Familien. Häufig migrieren einzelne Mitglieder dieser Haushalte für einige Monate, um in anderen Regionen Mexikos zu arbeiten.

4 Fazit

Wie die Ergebnisse aus Mexiko zeigen, ist der potenzielle Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration komplex, nicht linear und auch nicht immer positiv. Bisher angewandte Methoden zur Erforschung des möglichen Nexus zwischen Klimawandel und Migration berücksichtigen diese Komplexität häufig nicht oder es werden einzelne Fallstudien beleuchtet, die selten verallgemeinerbar sind. Der hier gewählte alternative Ansatz beginnt mit der Analyse bestehender Migrationsformen und mit den Elementen, die in Entscheidungen für oder gegen verschiedene Formen von Migration von Bedeutung sind. Diese Faktoren auf der Mikro-, Meso- und Makroebene, die Migrationsverhalten beeinflussen, werden dann in einem zweiten Schritt hinsichtlich zweier Aspekte analysiert. Der erste Aspekt ist die Empfindlichkeit der einzelnen Faktoren gegenüber den lokalen und globalen Folgen von Klimawandel. Auf einer Skala von 1–5 (schwach bis stark) wird der Grad festgelegt, zu dem zu erwarten ist, dass die einzelnen Faktoren von den lokalen und globalen Folgen des Klimawandels beeinflusst werden. Der zweite Aspekt bezieht sich auf das Gewicht des jeweiligen Faktors für Migrationsentscheidungen. Dabei wird zwischen verschiedenen Formen von Migration unterschieden. Auch hier wird auf einer Skala von 1–5 bewertet, wie wichtig die jeweiligen Faktoren für Entscheidungen für oder gegen verschiedene Migrationsformen sind. Faktoren, die auf beiden Skalen hoch bewertet werden, sollten besondere Aufmerksamkeit erfahren. Denn es steht zu erwarten, dass sie – beeinflusst durch die lokalen und globalen Folgen des Klimawandels – die stärksten Veränderungen der aktuellen Migrationsmuster bewirken werden.

Für das Beispiel Mexiko wurde zwischen illegaler und legaler internationaler Migration sowie zwischen Binnenmigration in rurale und in urbane Regionen Mexikos unterschieden. Dabei zeigte sich, dass lokale Folgen des Klimawandels (wie Veränderungen von Niederschlags- und Temperaturmustern, die Verluste der Ernte nach sich ziehen) Auswirkungen auf Entscheidungen für oder gegen Migration innerhalb Mexikos haben. In Entscheidungen für oder gegen internationale Migration spielen Verluste von Ernten jedoch kaum eine Rolle. Der wichtigste Faktor hier ist der Rückgang des Angebots an Arbeitsplätzen in der Nähe des Wohnortes, die (in Kombination mit steigenden Lebenshaltungskosten) schwindende Möglichkeiten zur Folge haben, den Lebensunterhalt zu verdienen. Weniger Einkommensquellen und steigende Kosten führen somit zu einem größeren Wunsch und zu einer gesteigerten Notwendigkeit, international zu migrieren. Paradoxerweise führt gleichzeitig der – durch die Folgen des Klimawandels möglicherweise verschärfte – Mangel an finanziellen Ressourcen dazu, dass weniger Menschen werden migrieren können.

Man kann daraus schließen, dass der Klimawandel in Mexiko unter Umständen zu mehr Binnenmigration führen wird, wenn Menschen versuchen, ihre Einkommensausfälle in der Landwirtschaft durch Lohnarbeit in anderen Teilen Mexikos auszugleichen. Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass Klimawandel zu mehr internationaler Migration führen wird oder gar Menschen durch den Verlust ihrer Ernteerträge zu internationaler Migration gezwungen sein werden. Vielmehr steht zu befürchten, dass bei fortschreitendem Rückgang lokaler Optionen der Einkommenssicherung immer weniger Menschen in Mexiko in der Lage sein werden, ihren Lebensunterhalt durch internationale Migration absichern zu können.

Clemens Romankiewicz und Martin Doevenspeck

Migration und Umwelt im westafrikanischen Sahel: methodische Überlegungen

Wie für viele andere Weltregionen wird auch für den als globaler Brennpunkt von Umweltdegradation und Desertifikation wahrgenommenen westafrikanischen Sahel¹ vor massiven Migrationsbewegungen aufgrund klimabedingter Umweltveränderungen gewarnt.² Diese Befürchtungen basieren auf dem seit den 1980er Jahren etablierten Narrativ umweltbedingter Zwangsmigration, ein für Migrationsbewegungen in Afrika wirkmächtiges Interpretationsschema. »Das Migrationspotenzial Afrikas dürfte aus ökologischer Sicht steigen, weil durch voranschreitenden Klimawandel, wachsenden Bevölkerungsdruck auf natürliche Ressourcen (Wasser, Boden) und fehlende ökologische Nachhaltigkeitspolitik extreme Wetterphänomene und Wassermangel sowie die Degradation der Böden zunehmen werden. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region.«³ Mit dieser Hervorhebung des umweltbedingten Zwangscharakters von Wanderungen reproduziert auch das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Bilder von »Überbevölkerung« und sedentaristische Vorstellungen von Migration.⁴ Das Amt übergeht so-

-
- 1 Serigne Tacko Kandji/Louis Verchot/Jens Mackensen, *Climate Change and Variability in the Sahel Region: Impacts and Adaptation Strategies in the Agricultural Sector*, Nairobi 2006.
 - 2 Thomas Hammer, *Desertification and Migration. A Political Ecology of Environmental Migration in West Africa*, in: Jon D. Unruh/Maarten S. Krol/Nurit Kliot (Hg.), *Environmental Change and Its Implications for Population Migration*, Dordrecht 2004, S. 231–246; Michel Boko u.a., *Africa*, in: Martin L. Parry u.a. (Hg.), *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*, Cambridge 2007, S. 433–467.
 - 3 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika*, Nürnberg 2010, S. 10.
 - 4 Julia Verne/Martin Doevenspeck, *Bitte dableiben! Sedentarismus als Konstante in der Migrationsforschung in Afrika*, in: Martin Geiger/Malte Steinbrink (Hg.), *Migration und Entwicklung aus geographischer Perspektive (IMIS-Beiträge, H. 42)*, Osnabrück 2012, S. 61–94.

wohl abweichende Interpretationen von Auswirkungen des Klimawandels auf Umweltbedingungen⁵ und Migration in Afrika⁶ als auch differenzierte Analysen des Wanderungsgeschehens auf dem Kontinent.⁷

Einem statischen Push-Pull-Schema verhaftete vereinfachende Annahmen von (klimabedingten) Umweltveränderungen als Ursache für Migration wurden von zahlreichen Autoren als theoretisch nicht fundiert und empirisch nicht evident kritisiert.⁸ Abgesehen von Fluchtbewegungen infolge von natürlichen oder anthropogen bedingten Extremereignissen scheint es analytisch kaum möglich, eine Migrationsbewegung als hauptsächlich umweltbedingt zu bezeichnen. »There is agreement today that natural factors are not the sole cause of migration in themselves and that the economic, social and political situation of the zone under threat can, depending on the case, increase or decrease the flow of migrants.«⁹ In der Debatte lassen sich drei wesentliche Linien der Kritik identifizieren:

1. Terminologische Unklarheiten: Trotz unterschiedlicher Definitionsversuche sind die verwendeten Begriffe sehr vage, wodurch eine analytische Operationalisierung schwierig bleibt (siehe auch den Beitrag von Aufenvenne und Felgentreff in diesem Band). Ob ›ökologische Migration‹, ›Umweltmigration‹, ›umweltbedingt motivierte‹ oder ›umweltinduzierte Migration‹ – Versuche, eine weniger differenzierte Terminologie zu nutzen, stellen angesichts der in der empirischen Beobachtung fließenden

-
- 5 Lennart Olsson/Lars Eklundh/Jonas Ardö, A Recent Greening of the Sahel – Trends, Patterns and Potential Causes, in: *Journal of Arid Environment*, 63. 2005, S. 556–566.
 - 6 Gunvor Jónsson, The Environmental Factor in Migration Dynamics – A Review of African Case Studies (International Migration Institute Working Papers 21), Oxford 2010.
 - 7 Oliver Bakewell/Hein de Haas, African Migrations: Continuities, Discontinuities and Recent Transformations, in: Patrick Chabal/Ulf Engel/Leo de Haan (Hg.), *African Alternatives*, Leiden 2007, S. 95–118.
 - 8 Arjan de Haan/Karen Brock/Ngolo Coulibaly, Migration, Livelihoods and Institutions: Contrasting Patterns of Migration in Mali, in: *Journal of Development Studies*, 38. 2002, S. 37–58; Sally E. Findley, Does Drought Increase Migration? A Study of Migration from Rural Mali during the 1983–85 Drought, in: *International Migration Review*, 28. 1994, S. 539–553; Kees van der Geest/Anton Vrieling/Ton Dietz, Migration and Environment in Ghana: A Cross-District Analysis of Human Mobility and Vegetation Dynamics, in: *Environment and Urbanization*, 22. 2010, S. 107–124; Stephen Castles, Concluding Remarks on the Climate Change-Migration Nexus, in: Étienne Piguet/Antoine Pécoud/Paul de Guchteneire (Hg.), *Migration and Climate Change*, Cambridge 2011, S. 415–427; Martin Doevenspeck, The Thin Line Between Choice and Flight: Environment and Migration in Rural Benin, in: *International Migration*, 49. 2011, S. 50–68.
 - 9 Etienne Piguet, Climate Change and Forced Migration. New Issues in Refugee Research, Research Paper No. 153, Genf 2008, S. 3.

Übergänge zwischen Unterscheidungsmerkmalen wie Motivation und Zwang keine überzeugende Lösung für konzeptionelle Probleme dar.

2. Analytische Defizite: Aufbruchsentscheidungen liegen immer vielfältige, komplex miteinander verwobene Motivlagen zugrunde. Es mag banal erscheinen, auf diese Motivbündel hinzuweisen, aber die Debatte um Klima und Migration zeigt eindrücklich, dass in diesem stark politisierten Themenfeld grundlegende Erkenntnisse der Migrationsforschung schlichtweg ausgeblendet werden. Auch von der in ihrer Gesamtheit überschaubaren Migrationstheorie scheint die Debatte schon lange abgekoppelt zu sein.
3. Politische Instrumentalisierung: Es ist erstaunlich, dass ein analytisch so wenig tragfähiges Konzept wie das der Umwelt- bzw. Klimamigration in den Agenden einflussreicher und diskursbestimmender internationaler Organisationen wie z.B. UNEP, IPCC, UNU und IOM¹⁰ so prominent vertreten ist. Für zukünftige Migrationsforschung im Rahmen der Forschung zum Klimawandel wäre es daher interessant, den Aspekt der Versicherheitlichung von Migration stärker zu beachten und diesen Diskurs selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen, um die interne Logik des Agenda-Settings in internationalen Organisationen, aber auch in NGOs und der Forschungsförderung zu rekonstruieren.

Der vorliegende Beitrag möchte in der hier kurz skizzierten Debatte einen bislang kaum beachteten, aber mit den offenen konzeptionellen Fragen untrennbar verbundenen Aspekt ansprechen und methodische Überlegungen in den Mittelpunkt rücken. Wie lassen sich die komplexen Beziehungen zwischen Umwelt, Klima und Migration erforschen? Welche Fragen können wem, wo, wann, warum und wie gestellt werden, um der Differenziertheit des Phänomens gerecht zu werden? Was sind Stärken und Schwächen des von multivariater Statistik bis ethnographischen Ansätzen reichenden methodischen Spektrums? Wie könnte ein synthetisierender methodischer Ansatz in der konkreten empirischen Forschung aussehen? Diese Fragen sind angesichts der allseits bemängelten empirischen Evidenz des Schlagwortes von der Umweltmigration in mindestens zweifacher Hinsicht relevant. Erstens gibt es im Verhältnis zu den zahlreichen akademischen Einlassungen zum Thema relativ wenige konkrete empirische Studien und zweitens bleibt das methodische Vorgehen in diesen Studien meist weitgehend unreflektiert. Der Beitrag gibt daher zunächst einen Überblick über bestehende methodische Ausrichtungen im Forschungsfeld Klima, Umwelt und Migration, leitet daraus einen eigenen Ansatz ab und skizziert erste Ergebnisse dieses in einem Forschungsprojekt in Mali und Senegal verfolgten Ansatzes.

10 United Nations Environment Programme (UNEP); Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC); United Nations University (UNU); International Organization for Migration (IOM)

1 Methodische Ansätze in der Forschung zu Migration, Umwelt und Klima

Trotz der offensichtlichen inhaltlichen, terminologischen und theoretischen Unzulänglichkeiten des Konzeptes der klima- bzw. umweltbedingten Migration bleibt es politisch weiter relevant und ausgesprochen nützlich für die Einwerbung von Mitteln zur Forschungsförderung. In ihrem Beitrag für den vorliegenden Band haben Philipp Aufenvenne und Carsten Felgentreff in diesem Zusammenhang auf einen »postnormalen Charakter« des Forschungsthemas hingewiesen. Hinsichtlich der empirischen Operationalisierung der mittlerweile zahlreichen Forschungsvorhaben stellt sich die Frage, inwiefern der kurz skizzierten konzeptionellen Kritik sowie den damit verknüpften methodischen Problemen in der Forschungspraxis Rechnung getragen wird. Die grundsätzliche methodische Schwierigkeit besteht darin, direkte oder indirekte kausale Beziehungen zwischen Veränderungen von Umwelt- und/oder Klimafaktoren sowie Migrationsdynamiken und -entscheidungen nachvollziehbar zu erfassen und dafür ein Forschungsdesign zu entwickeln, welches der Vielschichtigkeit von Migration gerecht wird und die Reifikation des Konstrukts Umweltmigration vermeidet.

Betrachtet man die internationale Forschungslandschaft zu ›Umweltmigration‹, so finden sich immer häufiger Projekte, die auf Extremereignisse und Naturkatastrophen fokussieren und daher auch nicht mit den gerade umrissenen methodischen Problemen konfrontiert sind. Ein aktuelles Beispiel ist DEVAST¹¹ (Disaster Evacuation and Risk Perception in Democracies), ein japanisch-französisches Forschungsprojekt, das sich vor allem mit der Evakuierung der Bevölkerung infolge der drei aufeinanderfolgenden Katastrophen (Erdbeben, Tsunami und Fukushima) in Japan vom März 2011 beschäftigt. Auch das Forschungsprogramm EXCLIM¹² (Exil Climatique – Gérer les déplacements des populations dus aux phénomènes climatiques extrêmes) kann genannt werden. Hier konzentrieren sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Zwangsmigrationen nach meteorologischen Extremereignissen. Fallstudien behandeln unter anderem Überschwemmungen in Burkina Faso oder den Hurrikan Katrina in den USA. Es ist schwerlich zu bestreiten, dass bei diesen Evakuierungen und Fluchtbewegungen der Tsunami, der Hurrikan oder das Hochwasser als direkte und unmittelbare Auslöser von Bevölkerungsbewegungen angesehen werden können. Dieser spezielle und auf internationalen Konferenzen zu der Debatte immer häufiger vorgestellte Fokus lässt sich dadurch verstehen, dass so scheinbar direkte und sichtbare Folgen eines globalen Klimawandels erfahr- und vermittelbar gemacht werden kön-

11 <http://www.devast-project.org/> (17.10.2013)

12 <http://www.reseau-terra.eu/spip.php?rubrique180> (17.10.2013)

nen. Außerdem kann, anders als bei langsam ablaufenden Umweltdegradationen, den methodischen Herausforderungen der Erfassung kumulativer Verursachung von Migration ausgewichen werden.

Grundsätzlich sollten die verschiedenen Formen von Bevölkerungsbewegungen im Kontext von Klima- und Umwelteinflüssen wie Evakuierung, Umsiedlung und Flucht vor den Folgen von Extremereignissen sowohl voneinander, als auch von Migration als bereits etablierter Form des Lebenshaltungssystems, konzeptionell immer klar unterschieden werden. Untersuchungen von erzwungenen Wanderungen nach Extremereignissen sind notwendig, berücksichtigen aber eben nur die eindeutigste und empirisch relativ einfach zu fassende Dimension sogenannter Umweltmigration. Daher tragen diese Studien nur relativ wenig zu der eigentlichen Debatte bei und es ist zu bezweifeln, dass gerade diese Bevölkerungsbewegungen vor dem Hintergrund eines globalen Klimawandels Einfluss auf das Ausmaß und die Muster großmaßstäblicher Wanderungsmuster haben werden. Nachfolgend wird daher der Blick auf jene aktuelle Forschung erweitert, die sich stärker der Komplexität von Klima, Umwelt und Migration widmet und mit den skizzierten methodischen Herausforderungen umgehen muss.

Das Spektrum der angewandten Methoden lässt sich grob mit der Unterscheidung von quantitativen, qualitativen und modellbasierten Herangehensweisen umreißen, deren jeweilige Stärken und Schwächen nachfolgend kurz diskutiert werden. Der Ansatz der ökologischen Inferenz zielt darauf ab, eine spezifische Region auf Korrelationen zwischen Umweltparametern und Migrationscharakteristika zu testen. Mithilfe von multivariaten Methoden werden dabei Klima- und Umweltvariablen (z.B. Regenfälle, Dürren, Überflutungen, tropische Stürme) von anderen Parametern isoliert. Meist können in solchen Studien zwar messbare Einflüsse der Umwelt auf die Emigrationsraten abgeleitet werden, doch die Erklärungskraft dieser Korrelationen variiert je nach Fallstudie zum Teil erheblich.¹³ Zwei wichtige Kritikpunkte sind hier zu nennen: Die bislang berücksichtigten Klima- und Umweltvariablen beschränken sich auf wenig detaillierte Indikatoren wie beispielsweise Naturkatastrophen und kumulierte Trends von Niederschlag oder Vegetationsbedeckung. Darüber hinaus lassen auch räumlich kumulierte demographische Daten keine Rückschlüsse auf die Migrationsentscheidung von Individuen zu. »In other words, nothing guarantees that the very people who emigrated and contributed to a negative migration balance in an

13 Sabine Henry/Paul Boyle/Eric F. Lambin, Modelling Inter-Provincial Migration in Burkina Faso, West Africa: The Role of Socio-Demographic and Environmental Factors, in: *Applied Geography*, 23. 2003, S. 115-136; Rafael Reuveny/Will H. Moore, Does Environmental Degradation Influence Migration? Emigration to Developed Countries in the Late 1980s and 1990s, in: *Social Science Quarterly*, 90. 2009, S. 461-479; van der Geest/Vrieling/Dietz, Migration and Environment in Ghana.

area under environmental stress, for example, are the same individuals who experienced that environmental stress and took a decision to migrate accordingly.«¹⁴ Kurzum, Koinzidenzen dieser Art lassen sich für die Herstellung von Kausalzusammenhängen nicht heranziehen.

Ein geläufiger Ansatz, um Informationen zu sozialen und ökonomischen Bedingungen sowie Migrations- und Umweltdaten zu erhalten, ist der Einsatz standardisierter Fragebögen im Rahmen sogenannter *large-n surveys*, also umfassender vollstrukturierter Erhebungen.¹⁵ Zwar lassen sich so zu einem gewissen Maße fallspezifische Korrelationen zwischen Umweltfaktoren und Bevölkerungsbewegungen identifizieren, doch offenbart ein solches Vorgehen gleichzeitig auch die Schwierigkeiten einer gemeinsamen und deutenden Betrachtung von Umwelt- und Migrationsvariablen. Ein Problem besteht darin, dass Umweltindikatoren über einen längeren Zeitraum nur unzureichend erfasst werden können und damit deren isolierte Deutung für Migrationsprozesse angesichts weiterer kontextueller Effekte einschränkt ist.¹⁶ Wie immer bei vollstrukturierten Befragungen, hängt die Qualität der Forschungsergebnisse auch entscheidend vom Aufbau des Fragebogens und der Qualität der Fragen ab. Oft werden die Befragten hinsichtlich ihrer Migrationsmotive, ihrer wirtschaftlichen Situation und bezüglich potentieller Umweltveränderungen einem regelrechten *problem-scanning* unterzogen. Entweder aktiviert ein solches Vorgehen im Antwortverhalten bereits ins Alltagswissen eingesickerte Narrative zu Klima, Umweltveränderungen und Migrationsentscheidungen, wie beispielsweise die saisonale Arbeitsmigration aufgrund von Ernteausfällen, oder es lässt den Befragten gar keine andere Möglichkeit, als Wanderungen entsprechend zu rahmen. Dies gilt insbesondere für Fragen, die direkt auf eine Verbindung zwischen Umweltveränderungen und Migrationsverhalten abzielen, damit bereits im Forschungsdesign kausale Zusammenhänge voraussetzen und so weniger zu neuen Erkenntnissen als zur Perpetuierung bekannter Erzählungen führen.

Ethnographien, die mit (teilnehmender) Beobachtung, narrativen und biographischen Interviews mit einzelnen Migranten und Nicht-(mehr)-

14 Etienne Piguet, Linking Climate Change, Environmental Degradation, and Migration: A Methodological Overview, in: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, 1. 2010, S. 517–524, hier S. 518.

15 Findley, Does Drought Increase Migration?; Sabine Henry u.a., Descriptive Analysis of the Individual Migratory Pathways According to Environmental Typologies, in: Population and Environment, 25. 2004, S. 397–422; Douglas S. Massey/William G. Axinn/Dirgha J. Ghimire, Environmental Change and Out-Migration: Evidence from Nepal. Population Studies Center Research Report 07-615, Ann Arbor 2007; Sundar S. Shresta/Prem Bhandari, Environmental Security and Labor Migration in Nepal, in: Population and Environment, 29. 2007, S. 25–38.

16 Piguet, Linking Climate Change, Environmental Degradation, and Migration, S. 519.

Migranten dichte Beschreibungen erarbeiten, können einige Mängel quantitativer, standardisierter Methoden umgehen.¹⁷ Ein solcher orts- und kontextsensitiver Ansatz liefert einen besseren Einblick in die sozialen Konstruktionen vermeintlicher Fakten wie Umweltdegradation und Dürren und kann Wahrnehmungen und Erfahrungen stärker mit einbeziehen. Eine grundsätzliche Schwäche besteht hier in der begrenzten Vergleichbarkeit dieser oft detaillierten und sehr kontextspezifischen Fallstudien untereinander. Genau wie bei der Erhebung mit Fragebögen ist es auch hier problematisch, wenn in einer Interviewsituation eine direkte Verbindung zwischen Umweltfaktoren und Migration hergestellt wird. Es muss zu einer Verzerrung von Forschungsergebnissen kommen, wenn der Forscher (und nicht der Befragte selbst) hier auf einen Zusammenhang verweist.¹⁸

Die Methodik zweier prominenter Forschungsprojekte soll im Folgenden genauer betrachtet werden. EACH-FOR (Environmental Change and Forced Migration Scenarios) ist ein 2009 ausgelaufenes Forschungsprogramm der Europäischen Union, das Zwangsmigration durch den Einfluss von Umweltdegradation und Umweltwandel in Verbindung mit weiteren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Phänomenen auf mehreren Kontinenten untersucht hat.¹⁹ Die empirischen Ergebnisse basieren vorwiegend auf der Auswertung von Fragebögen und Experteninterviews. Das laufende »Where the Rain falls«-Projekt der United Nations University – Institute for Environment and Human Security und Care International führt Fallstudien in acht verschiedenen Ländern durch und vereint Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen und Institutionen. Ziel des Vorhabens ist es, herauszufinden, inwiefern Migration für Haushalte eine Reaktion auf Regenvariabilität und Nahrungsmittelunsicherheit ist, um aus diesen Erkenntnissen Szenarien abzuleiten. Das für dieses Projekt entwickelte Forschungsdesign ist eine Weiterentwicklung aus den konzeptionell-methodischen Erfahrungen von EACH-FOR.

Eine der offensichtlichen Schwächen des EACH-FOR-Projekts bezieht sich auf den inhaltlichen Aufbau des angewandten Fragebogens. Die bereits

-
- 17 Elizabeth Meze-Hausken, Migration Caused by Climate Change: How Vulnerable are People in Dryland Areas? A Case Study in Northern Ethiopia, in: *Mitigation and Adaptation Strategies for Global Change*, 5. 2000, S. 379–406; Robert McLeman/Barry Smit, Migration as an Adaptation to Climate Change, in: *Climatic Change*, 76. 2006, S. 31–53; Colette Mortreux/Jon Barnett, Climate Change, Migration and Adaptation in Funafuti, Tuvalu, in: *Global Environmental Change*, 19. 2009, S. 105–112.
 - 18 Vgl. Ole Mertz u.a., Farmers' Perceptions of Climate Change and Agricultural Adaptation Strategies in Rural Sahel, in: *Environmental Management*, 43. 2009, S. 804–816, hier S. 810.
 - 19 Koko Warner u.a., Climate Change, Environmental Degradation and Migration, in: *Natural Hazards*, 55. 2010, S. 689–715.

beschriebene Kritik am suggestiven Abfragen von Migrationsentscheidungen lässt sich hier verdeutlichen. Bereits die Einstiegsfrage der Erhebung impliziert einfache kausale Zusammenhänge, kann zu einem *Bias* im Antwortverhalten führen und kann auch durch den Fokus auf Extremereignisse dem konzeptionellen Anspruch des Projekts eigentlich nicht gerecht werden: »At any time in your own life, did any environmental problem (like floods or pollution) affect your decision to move?«²⁰ Die methodischen Instrumente des RAINFALLS-Projekts²¹ umfassen neben Haushaltserhebungen mit über 1.300 Fragebögen eine Vielzahl qualitativer Methoden (PRA-tools) und Experteninterviews. Diese Kombination quantitativer und qualitativer Ansätze erlaubt eine differenziertere Interpretation der Forschungsergebnisse. Dennoch wird bei der Betrachtung der im Fragebogen und in den partizipativen Interviewmethoden thematisierten Punkte deutlich, dass nach wie vor Umwelteinflüsse wie z.B. klimatische Extremereignisse in Verbindung mit der Migrationsentscheidung abgefragt werden. Abgesehen von der Fragwürdigkeit, eine solche Forschung in Kooperation mit einer Entwicklungshilfeorganisation durchzuführen, bleibt darüber hinaus auch unverständlich, warum im Fragebogen zuerst die Bewertung von Niederschlägen und deren Auswirkungen auf die Ernährungssicherung und daran anschließend die Migrationserfahrungen und -entscheidungen abgefragt und Migration damit direkt entsprechend gerahmt wurden.

2 Multilokal und mobil: ein alternativer methodischer Ansatz

Im Folgenden wird ein Ansatz vorgestellt, der im Rahmen eines laufenden Forschungsprojektes verfolgt wird und eine lokale Perspektive auf Migration, Klima und Umwelt in zwei Untersuchungsregionen in Mali und im Senegal einnimmt. Dabei werden einerseits Klimadaten und lokale Vegetationstrends mit deren Bewertungen durch die lokale Bevölkerung kontrastiert²² und andererseits Muster, Dynamiken und Motive von sowie Ansichten über Migration identifiziert. Klimatische Trends in den Untersuchungsgebieten werden nicht in erster Linie als Folgen globalen Klimawandels bewertet und thematisiert. Mit einer Fokussierung auf Wahrnehmungen, Repräsentationen und Interpretationen an ganz konkreten Orten richtet sich das Erkenntnisinteresse vielmehr auf die kulturellen, sozialen und politi-

20 http://www.each-for.eu/documents/Each-For_Questionnaire_Migrants.pdf (17.10.2013)

21 <http://www.ehs.unu.edu/file/get/9921.pdf> (17.10.2013)

22 Colin T. West/Carla Roncoli/Frederic Ouattara, Local Perceptions and Regional Climate Trends on the Central Plateau of Burkina Faso, in: Land Degradation and Development, 19. 2008, S. 289-304.

schen Dimensionen von Klimavariabilität und Umweltveränderungen. Das Vorgehen lässt sich darüber hinaus als Multimethoden- und Mehrebenen-Ansatz beschreiben. Die Identifizierung der Untersuchungsregionen in Afrika folgte mit den zwei wichtigsten Kriterien »hohe negative Wanderungssalden« und »auffällige Entwicklung der Vegetations- und Klimabedingungen« dem Prinzip der ökologischen Inferenz. In den Jahren 2011 und 2012 wurden insgesamt elf Monate Feldforschung durchgeführt. Für das Erfassen von Migrationsmustern und -dynamiken sowie für die Bewertung von Klima- und Umweltveränderungen auf lokaler Ebene wurden meist narrative, aber auch halbstrukturierte Einzel- und Gruppeninterviews durchgeführt und Migrantenbiographien erstellt. Geforscht wurde und wird an mehreren Orten im Herkunftsgebiet sowie an den Aufenthaltsorten der Migranten in Mali, Senegal und Europa (s. Karte). Zusätzlich wurde eine rund 900 Personen umfassende standardisierte Erhebung mit Fragebögen in den Untersuchungsgebieten und den Hauptstädten Bamako und Dakar durchgeführt, um flankierende analytische Statistiken vor allem zu Migrationsmustern und Destinationen zu erhalten.²³

Das Forschungsdesign sah vor, in einem ersten Schritt Zusammenhänge von Klima- oder Umweltveränderungen und Migrationsverhalten direkt und gezielt abzufragen, um potentielle lokale Narrative von Umweltmigration zu erfassen. Im Anschluss daran wurde darauf verzichtet, den Interviewpartnern explizite Fragen über die Verbindung zwischen Klima, Umwelt und Migration zu stellen, um die bereits erwähnten standardisierten Erzählweisen über Umweltmigration zu vermeiden und differenziertere Ausführungen über Migrationsmuster zu ermöglichen.²⁴ Dafür wurden die Themenbereiche Klima/Umwelt und Migration während der Feldforschung räumlich und zeitlich getrennt voneinander untersucht. Auch während der Gespräche wurde vermieden, direkte kausale Zusammenhänge zwischen Klima- oder Umweltfaktoren und Migrationsmotiven herzustellen. Vielmehr wurden die Gespräche so gestaltet, dass nur die Gesprächspartner selbst potentielle Zusammenhänge thematisieren konnten, um so lokale Deutungen von Migration einerseits und Klima und Umwelt andererseits zu erhalten.

Sedentaristischen Repräsentationen von Migration, die Afrikanerinnen und Afrikaner als natürlicherweise immer fest mit ihrer Heimat verwurzelt denken und Wanderungen daher als ein Problem an sich und als Reaktion auf ein Problem bzw. auf eine konkrete Bedrohung wie etwa Umwelt- oder Klimastress repräsentieren²⁵, wurde methodisch durch eine mobile, multilo-

23 Auf die mit dieser Erhebung gewonnenen Daten kann aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Auswertung in diesem Beitrag nicht rekurriert werden.

24 Für diesen zweiten Forschungsschritt wurden andere Untersuchungsdörfer ausgewählt.

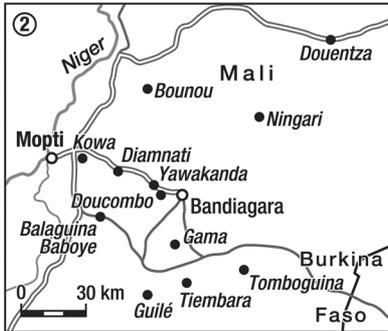
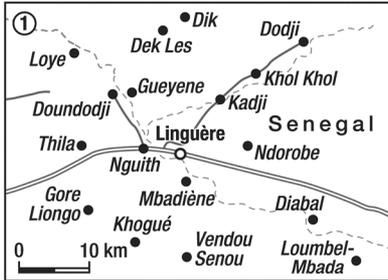
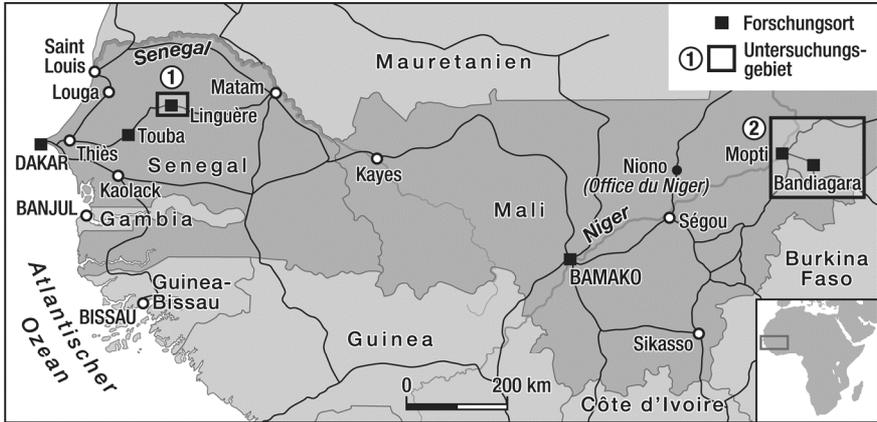
25 Verne/Doevenspeck, Bitte dableiben!

kale Ethnographie²⁶ begegnet. Ausgehend von den Untersuchungsgebieten wurde den Migrationsnetzwerken gefolgt, um Ethnographien vor, während und nach der Migration und an unterschiedlichen Wanderungsstationen zu sammeln.²⁷ Diese Methodik wird gerahmt durch ein konzeptionelles Ausgangsverständnis, in welchem wir Mobilität als den Normalfall betrachten, als routinierte Praxis und integralen Bestandteil des alltäglichen Lebens und als grundlegend für sämtliche wirtschaftlichen, sozialen und politischen Beziehungen²⁸ und nicht als Problem *per se*.

Aus der Arbeit in den Dörfern der Untersuchungsregionen resultierten nicht nur dichte Beschreibungen der Migrationsgeschichte von Familien und Orten, sondern auch über die von dort ausgehenden Migrationsnetzwerke. Mit dem Verweis auf Bekannte und Verwandte in den Dörfern konnten über Telefon oder Internet Kontakte mit migrierten Dorfbewohnern an den unterschiedlichsten Orten im In- und Ausland hergestellt werden. Neben den in beiden Ländern meist in die Hauptstädte Bamako und Dakar führenden Verbindungen wurde eine Reihe von aus den Untersuchungsgebieten stammenden Personen in westafrikanischen Nachbarländern und in Europa kontaktiert. Mobile Feldforschung im engeren Sinne konnte mit jenen Migranten durchgeführt werden, die beispielsweise zwischen der Hauptstadt und ihrem Herkunftsort in der jeweiligen Untersuchungsregion reisten. An den unterschiedlichen Stationen, insbesondere aber in Dakar und Bamako, konnten daher Migrantennetzwerke und deren soziale Organisation erfasst und besser verstanden werden. Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist das Dorf Nguith im Senegal, das eine auffällig hohe Zahl von internationalen Migranten in verschiedenen europäischen Ländern aufweist. Die von diesem Dorf aus etablierten familiären Kontakte führten zu einer umfassenderen Feldforschung zunächst innerhalb von Dakar, später innerhalb der in Nizza (Frankreich) und Fuengirola (Spanien) lebenden Migrantengemeinschaften. Der multilokale, von den Untersuchungsgebieten ausgehende Forschungsansatz zur aktuellen Mobilität offenbarte Perspektiven und Erkenntnisse, die sich bei einem alleinigen Fokus auf die Herkunftsregion der Migranten nicht ergeben hätten. Die empirischen Ergebnisse – und welchen Mehrwert die erläuterte Vorgehensweise erbrachte – sollen im folgenden Kapitel kurz umrissen werden.

-
- 26 George E. Marcus, Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography, in: Annual Review of Anthropology, 24. 1995, S. 95-117, hier S. 106.
- 27 Mimi Sheller/John Urry, The New Mobilities Paradigm, in: Environment and Planning A, 38. 2006, S. 207-226.
- 28 John Urry, Mobilities, Cambridge 2007, S. 43.

Karte: Untersuchungsgebiet und Forschungsorte



3 Eine empirische Skizze

Erste Forschungsergebnisse zur Migration in den beiden Untersuchungsgebieten in Mali und Senegal zeigen, dass es sich vor allem um Binnenwanderungen handelt. Ein seit der Unabhängigkeit Anfang der 1960er Jahre bestehendes Migrationsmerkmal beider Länder sind Wanderungen in die Städte und hier vor allem nach Bamako und Dakar.²⁹ Die Muster internationaler Migration unterscheiden sich dagegen deutlich. Während für Linguère (Senegal) Europa als Ziel von großer Bedeutung ist, bleibt die Elfenbeinküste die wichtigste internationale Destination für Migranten aus Bandiagara (Mali).³⁰ Insgesamt ist das rezente Wanderungsgeschehen durch persistente, wenn auch durch die vielfältigen bewaffneten Konflikte in Westafrika gestört, historisch gewachsene Migrationsmuster charakterisiert, die durch lang etablierte Netzwerke perpetuiert werden. Die in den beiden ländlichen Untersuchungsregionen verbreitete saisonale, zirkuläre Migration zeigt zeitlich differenziertere Muster, denn in Abhängigkeit von der individuellen Situation kehren viele der befragten Migranten nur noch für weniger als drei Monate im Jahr in ihr Heimatdorf zurück oder kommen sogar erst nach mehreren Jahren für kurze Besuche zu Familienfesten oder wichtigen gemeinschaftlichen Angelegenheiten in ihre Dörfer zurück.³¹ Die Motive für die individuellen Migrationsentscheidungen sind sehr komplex. Die am häufigsten genannten Motive für Land-Stadt-Wanderungen sind Bildung und Arbeitssuche.³² Viele junge Migrantinnen und Migranten erfüllen sich mit ihrer Migration Konsumwünsche und kehren mit einem Mobiltelefon oder einem Motorrad zurück. Arbeitsmigration führt zu einer ungleichen innerdörflichen Verteilung von Kaufkraft und Ausstattung mit Konsum- und Bedarfsgütern. Die Schwierigkeiten, einen vergleichbaren Wohlstand unter den Bedingungen vor Ort zu erreichen, scheinen bei Nicht-Migranten ein Gefühl relativer

29 Papa Demba Fall/María Hernández Carretero/Mame Yassine Sarr, Senegal Country and Research Areas Report. EUMAGINE Project Paper 2, Dakar/Oslo 2010; Moïse Ballo, Migration au Mali. Profil National 2009. Genève. Organisation internationale pour les migrations (OIM), Genf 2009.

30 ANSD (Agence Nationale de la Statistique et de la Démographie), Situation Economique et Sociale de la Région de Louga - Année 2006. Dakar 2007; WFP (World Food Programme), Mali. Analyse de la Sécurité Alimentaire et de la Vulnérabilité, Bamako 2006.

31 Interviews in Bamako, Tiembara, Kowa, Bandiagara (Mali), Dakar, Nguith, Khogué (Senegal) 2011 und 2012. Siehe auch Nadine Sieveking/Margit Fauser, Migrationsdynamiken und Entwicklung in Westafrika: Untersuchungen zur entwicklungspolitischen Bedeutung von Migration in und aus Ghana und Mali. Bericht für das BMZ UNDP: Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung (Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, hg.v. UNDP), Berlin 2009.

32 Interviews in Nizza (Frankreich), Khogué, Kadji, Dakar (Senegal), Tiembara, Doucombo, Bamako (Mali) 2011 und 2012.

Deprivation auszulösen und die eigene Migrationsentscheidung zu beeinflussen.³³ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass eine temporäre Migration auch als Abenteuer und Bestandteil des Erwachsenwerdens gilt.³⁴

Hinsichtlich der Umwelt- und Klimaaspekte lässt sich zunächst festhalten, dass für den westafrikanischen Sahel seit den 1960er Jahren ein messbarer Anstieg der mittleren Jahrestemperaturen zu beobachten ist.³⁵ Dagegen haben die Befragten ein sehr heterogenes Bild von Temperaturtrends, und nur wenige Personen nahmen einen Anstieg wahr. Deutungen von Temperaturschwankungen bezogen sich allesamt direkt oder indirekt auf den Einfluss von Niederschlägen während der vorangegangenen Regenzeit.³⁶ Wie Temperaturveränderungen bewertet werden, scheint stark von persönlichen Erfahrungen saisonaler Hitze- oder Kältewellen gelenkt zu sein, und auch die Verfügbarkeit von z.B. warmer Kleidung beeinflusst die individuelle Sichtweise.³⁷ Für die jährlichen Niederschläge der vergangenen Jahrzehnte in den beiden Untersuchungsregionen lässt sich sagen, dass hier wie im gesamten Sahel die großen Dürreperioden der 1970er und 80er Jahre zu verzeichnen waren.³⁸ Erst seit den letzten zehn Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Durchschnittswerte zu verzeichnen, wobei die Jahre 2009 und 2010 besonders ergiebige Regenfälle brachten. Diese Beobachtungen werden von der lokalen Bevölkerung weitgehend bestätigt. Die jeweiligen Bewertungen aktueller Trends ließen allerdings kein einheitliches Bild erkennen. Während manche Dörfer 2010 von sehr guten Ernten profitierten, klagten andere über fehlende Pausen zwischen den Regenfällen, über Überschwemmungen nach Starkniederschlägen und Ernteeinbußen durch zu hohe Feuchtigkeit in den

33 Interviews in Fuengirola (Spanien), Bamako (Mali), Linguère (Senegal) 2012.

34 Martin Doevenspeck, *Migration im ländlichen Benin - Sozialgeographische Untersuchungen an einer afrikanischen Frontier*, Saarbrücken 2005; Isaïe Dougnon, *Travail de Blanc, travail de Noir - La migration des paysans dogon vers l'Office du Niger et au Ghana (1910-1980)*, Paris 2007; Georg Klute/Hans Peter Hahn, *Cultures of Migration: Introduction*, in: Hans Peter Hahn/Georg Klute (Hg.), *Cultures of Migration. African Perspectives*, Berlin 2007, S. 9-27.

35 Climate Research Unit 2011, Timothy D. Mitchell/Philip D. Jones, *An Improved Method of Constructing a Database of Monthly Climate Observations and Associated High Resolution Grids*, in: *International Journal of Climatology*, 25. 2005, S. 693-712.

36 Siehe auch Carla Roncoli u.a., *Meteorological Meanings: Understandings of Seasonal Rainfall Forecasts by Farmers of Burkina Faso*, in: Sarah Strauss/Benjamin S. Orlove (Hg.), *Weather, Climate and Culture*, New York 2003, S. 181-202.

37 Interviews in Khogué, Loumbel Mbada (Senegal), Yawakanda, Kowa (Mali) 2011 und 2012.

38 Global Precipitation Climatology Centre 2012; Bruno Rudolf, *The Global Precipitation Climatology Centre*, in: *WMO Bulletin*, 44. 1995, S. 77f.

Feldern.³⁹ In beiden Ländern wurde die Bedeutung der zeitlichen Verteilung der Niederschläge betont: »unlike scientists, these farmers think about rainfall as a process rather than as a quantity.«⁴⁰ Zudem wurde herausgestellt, dass weitere Faktoren wie z.B. der Zugang zu Saatgut, Pestiziden und Düngern, abnehmende Bodenfruchtbarkeit sowie der Mangel an Anbauflächen oder Arbeitskräften den Ernteerfolg entscheidend mitbestimmen. Durch diese Darstellungen wird klar, dass klimatische Bedingungen, und insbesondere Trends gemittelter Jahreswerte, nur begrenzt für Bewertungen landwirtschaftlicher Erträge oder Verwundbarkeit herangezogen werden können.

Der Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren und Migration, den die Menschen selbst herstellten, war die Praxis, geringe Ernteerträge infolge »schlechten Regens«⁴¹ durch eine Erhöhung der Zahl der saisonalen Arbeitsmigranten innerhalb des Haushaltes zu kompensieren.⁴² Saisonalität von Wanderungen ist eine altbewährte und bekannte Strategie der Anpassung an die klimatischen Bedingungen der Region.⁴³ Dabei ist diese temporäre Migration aber nur eine von mehreren erwähnten Anpassungsstrategien, die auch Aktivitäten wie den Gemüseanbau oder den Verkauf von Tieren beinhalten. Es zeigte sich auch, dass Ernteerträge nicht nur von Niederschlägen abhängen, sondern unter anderem auch entscheidend durch die spezifische Lage der Felder, die Diversifizierung der Anbaufrüchte, den Grad der Mechanisierung und die Anbaumethoden bestimmt werden. Die Option Migration als Antwort auf klimatische Bedingungen ist sozial differenziert und in vielschichtiger Weise von unterschiedlichen verfügbaren Aktiva abhängig. Menschen selbst innerhalb eines Dorfes bewerten ein und denselben aktuellen klimatischen Trend sehr unterschiedlich. Insofern ist es zumindest fraglich, ob aktuelle Klimatrends einen entscheidenden Einfluss auf die Größenordnung oder räumliche Muster aktueller Mobilität aus den Untersuchungsgebieten haben oder haben werden.

Der im Rahmen der Studie verfolgte Ansatz einer konzeptionellen und methodischen Trennung der Themenbereiche Umwelt/Klima und Migration

39 Interviews in Kadji, Loumbel Mbada, Khogué (Senegal) und Nianangali, Tiembara, Diamnati (Mali) 2011 und 2012.

40 Carla Roncoli, *Ethnographic and Participatory Approaches to Research on Farmers' Responses to Climate Predictions*, in: *Climate Research*, 33, 2006, S. 81–99, hier S. 84.

41 Wie bereits beschrieben, ist nicht die Regenmenge allein, sondern insbesondere auch die zeitliche Verteilung ausschlaggebend. Dass die Ernteerträge aber nicht nur entscheidend vom Niederschlag abhängen, sondern, wie oben erläutert, unter anderem auch von einer ganzen Reihe nicht-klimatischer Faktoren beeinflusst wird, wurde in zahlreichen Interviews von den Befragten herausgestellt.

42 Interviews in Linguère, Khogué (Senegal) und Balaguina Baboye, Bandiagara (Mali) 2011.

43 Findley, *Does Drought Increase Migration?*

ermöglicht vertiefte kultur- und ortssensitive Einblicke und empirische Zugriffe auf emische Bewertungen von Umweltveränderungen und Migration. Entscheidend dafür ist die Berücksichtigung lokaler Erzählungen über Klima und Umwelt und ein Verständnis von den Bedeutungen, die Menschen dem Wandel ihrer natürlichen Umwelt und den damit verbundenen Auswirkungen auf ihre Lebenshaltung zuschreiben. Überdies hilft die separierte Analyse lokaler Wanderungsmuster, -dynamiken und -motive, Migration als einen sozial differenzierten Prozess im Kontext multipler wirtschaftlicher, sozialer und politischer Veränderungen zu verstehen. Die multilokale Organisation der Forschung ermöglichte empirische Zugriffe an verschiedenen Stationen der Wanderungen, wodurch eine gewisse zeitliche Spanne bei den Bewertungen berücksichtigt und es Migranten ermöglicht wurde, ohne die soziale Kontrolle des familiären Umfeldes im Heimatdorf zu antworten.

4 Fazit und Ausblick

Ausgehend von dem Befund eines empirisch-methodischen Vakuums in der Debatte zu ›Umwelt-/Klimamigration‹ wurde in diesem Beitrag ein Überblick über bestehende methodische Ausrichtungen in diesem Forschungsfeld gegeben. Nach der Vorstellung des eigenen Ansatzes wurden erste Ergebnisse aus einem eigenen Forschungsprojekt zu der Frage nach Migration im Rahmen sogenannter *slow-onset changes*, also langsam ablaufender Veränderungen ökologischer und klimatischer Bedingungen, skizziert. Es wurde festgehalten, dass die zahlreichen Forschungen zu Fluchtbewegungen nach plötzlichen Extremereignissen wie dem Hurrikan Katrina die konzeptionellen, theoretischen und methodischen Fallstricke der Debatte vermeiden können.

Angesichts der konzeptionell-methodischen Schwierigkeiten ist das Ziel des vorgestellten eigenen triangulierenden Ansatzes, mit der Identifikation der Untersuchungsregionen nach dem Prinzip der ökologischen Inferenz, mit multivariater Statistik sowie ortssensitiver und mobiler Ethnographie, die Validität der empirischen Ergebnisse zu maximieren. Trotz des empirischen Gewinns durch ein multimethodisches Vorgehen sind die eingesetzten Arbeitsweisen vor allem hinsichtlich des großen Zeit- und Kostenaufwands⁴⁴ jedoch nicht beliebig auf Forschungssituationen übertragbar.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren sowie die Einbindung von Migranten in Netzwerke, die auch hinsichtlich der Destinationen mobilitätserhaltend und -reproduzierend wirken, großen Einfluss auf die untersuchten Wanderungsprozesse haben.

44 Die Forschung wird im Rahmen des Projektes MICLE (www.micle-project.net) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Mit einer Fokussierung auf einen Push-Faktor ›Umwelt/Klima‹ lassen sich weder freiwillige Immobilität noch die Ausdifferenzierung von Migrationsmustern verstehen. Wanderungsmotive ändern sich im Zeitverlauf, können aber auch reproduziert werden. Massey griff zur Verdeutlichung dieser Aspekte auf das Konzept einer »zirkulären und kumulativen Verursachung« der Migration von Myrdal zurück.⁴⁵ Demnach verursacht bzw. verstärkt Migration den Wandel sozialer und ökonomischer Strukturen und bewirkt damit Folgemigrationen. Migration kann durch strukturelle Einflussfaktoren in den Herkunfts- und Zielgebieten verursacht werden, aber in der Folge unabhängig davon erhalten bleiben. Durch die Ausbildung sozialer Infrastrukturen verlieren diese Einflüsse an Bedeutung oder werden durch neue, auch zielraumspezifische Faktoren abgelöst.

Daher lässt sich für diese Fallstudie zusammenfassen, dass unterschiedlichste strukturelle Bedingungen in den Herkunftskontexten Migrationen begünstigen können, die im Rahmen klassisch-theoretischer Ansätze verstehbar sind. Diese Bedingungen, zu denen auch ökologische und klimatische gehören, werden von den Menschen jedoch sehr unterschiedlich bewertet und bewältigt, womit Migration zum selektiven Prozess wird. Hat der Migrationsprozess einmal begonnen, führen Mechanismen sozialer Strukturbildung zu einer Selbstverstärkung, während die Kumulierung von Migrationsursachen und ihre zeit- und raumabhängige Variation zur Selbsterhaltung beitragen. Im Vergleich zu den in der Debatte zum Klimawandel weit verbreiteten alarmistischen Behauptungen bezüglich globaler ›Umwelt-/Klimamigration‹ ist dies ein eher unaufgeregter Befund. Überträgt man die Ergebnisse einer solchen orts- und kultursensitiven Studie auf einen anderen Maßstab und nimmt die bekannten globalen Migrationssysteme in den Blick, dann muss eine bei aller politischer und akademischer Aufgeregtheit in den Hintergrund gedrängte Frage weiterhin erlaubt sein: Können Umwelt(-) und Klima (-wandel) überhaupt einen bedeutsamen Einfluss auf das Ausmaß und die Muster großmaßstäblicher Wanderungsmuster haben? Dieser angesichts der Wirkmächtigkeit des Konstrukts Umweltmigration beinahe schon heikle Zweifel zieht letztlich einen zweiten, noch grundlegenden mit sich: Brauchen wir überhaupt Antworten auf die auch in dem hier vorgestellten Ansatz zwangsläufig offengebliebene Frage nach dem genauen Anteil von langsam voranschreitenden Umwelt (-veränderungen) und Klima (-wandel) an Migrationsbewegungen?

45 Vgl. Douglas S. Massey, *Social Structure, Household Strategies, and the Cumulative Causation of Migration*, in: *Population Index*, 56. 1990, S. 3–26; Gunnar Myrdal, *Rich Lands and Poor*, New York 1957.

Jeanette Schade

Klimabedingte Migration: auch Klimapolitik verursacht Entwurzelung und Vertreibung

Die Klimamigrationsdebatte kreist in der Regel um erzwungene – lang- wie kurzfristige und saisonale – Migrationsbewegungen, die durch extreme Wetterereignisse und allmähliche Umweltdegradierung aufgrund der globalen Erwärmung verursacht werden. Dieser Beitrag befasst sich hingegen mit der Frage, ob wir nicht der potenziellen Entwurzelung und Vertreibung durch Klimapolitik zu wenig Beachtung schenken, das heißt Vertreibung durch politisch gewollte und eingeführte Strategien, Programme und Anreize zur Emissionsminderung, nachhaltigen Energiegewinnung und Anpassung an den Klimawandel. Diese Frage ist auch deshalb relevant, weil Klimawandel und Klimapolitik in ein und derselben Welt stattfinden, das heißt, dass Menschen von beidem gleichzeitig betroffen sein können. Ein solcher Fall ist das Tana-Delta im südöstlichen Kenia, das sowohl unter zunehmenden Wetterextremen leidet als auch Ziel von Investitionen in Energiepflanzen ist. Hierzu gehören insbesondere der Anbau von Jatropha und Zuckerrohr zur Gewinnung von sogenanntem Biodiesel bzw. Bioethanol.

Der Beitrag veranschaulicht im Folgenden, wie eng Klimawandel und Klimapolitik vor Ort miteinander verbunden sein und Marginalisierung, Migration und Vertreibung befördern können. Vertreibungen durch Klimapolitik können dabei sowohl die Folge des Handelns staatlicher Akteure als auch privater Akteure sein, die auf staatlich bzw. international gesteckte Vorgaben und Anreize reagieren. Der Beitrag wendet sich dann der Frage zu, ob geplante Umsiedlungen – als genuine Anpassungsmaßnahme, aber auch als Begleiterscheinung anderer Anpassungs- sowie Klimaschutzmaßnahmen – eine geeignete Antwort auf das Problem der Entwurzelung und Vertreibung sein können. Abschließend werden dann Vorschläge formuliert, wie das Instrument der Umsiedlung so in die Klimapolitik eingebaut werden könnte, dass die zu Schützenden nicht zu Leidtragenden einer Umsiedlungspolitik innerhalb des Klimaregimes werden.

1 Der ›Klimaflüchtling‹ anderer Art

Es gibt inzwischen zahlreiche Schätzungen zur Anzahl derer, die durch den Klimawandel und die durch ihn verursachten Naturkatastrophen und Umweltveränderungen ihre Heimat verlieren werden. Die in der grauen Literatur und Zeitungsartikeln am häufigsten zitierte Quelle ist hierbei Norman Myers und seine Projektion von 200 bzw. 250 Millionen Flüchtlingen bis zum Jahr 2050, die durch die klimabedingte Zerstörung und Veränderung von Ökosystemen bedingt seien.¹ Eine weitere vielfach zitierte Zahl sind eine Milliarde Umweltflüchtlinge bis 2050, genannt von Christian Aid in der Studie ›The Human Tide‹ von 2007.² Die Zuverlässigkeit und Stichhaltigkeit solcher Schätzungen ist umstritten, weshalb diese mitunter als Strategie von Umweltlobbyisten betrachtet werden, um Entscheidungsträger in Klimaverhandlungen und anderen Umweltschutzabkommen unter Druck zu setzen.³

Die Zahlen von Myers und Christian Aid sind aber auch noch aus einem anderen Grund interessant. Sie basieren auf unterschiedlichen Definitionen des ›Umweltflüchtlings‹ und gelangen daher auch zu sehr unterschiedlichen Zahlen. Während Myers bemüht ist, die Zahl derer zu schätzen, die durch klimabedingte Phänomene wie den Anstieg des Meeresspiegels, extreme Dürren, Niederschläge und Überschwemmungen betroffen sein werden, geht Christian Aid in ihren Schätzungen von einem Verständnis aus, das vielmehr dem von Jacobson und Lonergan entspricht. Jacobson summiert unter ›Umweltflüchtlingen‹ nicht nur jene, die durch Naturkatastrophen und Umweltdegradierung ihren Lebensraum verlieren, sondern auch jene, die durch Entwicklungsprojekte und Industrieunfälle entwurzelt werden.⁴

1 Die Zahl von 200 Millionen geht zurück auf Norman Myers, *Environmental Refugees. A Growing Phenomenon of the 21st Century*, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society B: Biological Sciences*, 357. 2002, H. 1420, S. 609–613. Die Zahl von 250 Millionen findet sich in einem Interview mit Myers in Christian Aid, *The Human Tide. The Real Migration Crisis*, London 2007, S. 48. In wissenschaftlichen Fachzeitschriften wurde Norman Myers diesbezüglich 152-mal zitiert, und zwar vor allem in den Jahren 2010 und 2011 (Social Science Citation Index, Stand 2012).

2 Christian Aid, *Human Tide*, S. 5.

3 Zu den verschiedenen Schätzungen und ihren Grundlagen siehe François Gemenne, *Why the Numbers Don't Add Up. A Review of Estimates and Predictions of People Displaced by Environmental Change*, in: *Global Environmental Change*, 21. 2011, Beiheft 1, S. 41–49. Den Vorwurf der Lobbystrategie äußerte unter anderem JoAnn McGregor; siehe JoAnn McGregor, *Climate Change and Involuntary Migration. Implications for Food Security*, in: *Food Policy*, 19. 1994, H. 2, S. 120–132, hier S. 127. Sie bezieht sich unter anderem auf die von Myers 1993 veröffentlichte Prognose von 150 Millionen Klimaflüchtlingen in Norman Myers, *Environmental Refugees in a Globally Warmed World*, in: *BioScience*, 43. 1993, S. 752–761, hier S. 759.

4 Jodi L. Jacobson, *Environmental Refugees. A Yardstick of Habitability*, *Worldwatch Paper* Nr. 86, Washington, DC 1988.

Lonergan erweitert diese Definition um Personen, die durch Konflikte mit einer Umweltkomponente – also Degradation entweder als Ursache oder als Folge von Konflikten – vertrieben werden.⁵ Die von Christian Aid prognostizierte eine Milliarde überwiegend Binnenflüchtlinge bis 2050 beinhalten daher sowohl die 250 Millionen Menschen, die gemäß Myers durch klimabedingte Phänomene entwurzelt werden, als auch 645 Millionen Menschen, die durch Entwicklungsprojekte ihre Heimat verlieren. Hinzu kommen noch jeweils 50 Millionen Flüchtlinge, die anderen Umweltkatastrophen bzw. Konflikten weichen werden, sowie etwa fünf Millionen grenzüberschreitende Flüchtlinge.⁶

Das Interessante hierbei ist, dass die Zahl der Binnenvertriebenen durch Entwicklungsprojekte jene der ›Klimaflüchtlinge‹ fast um das 2,6-fache übersteigt. Dies sollte Entscheidungsträgern, Think Tanks und Aktivisten, die sich mit Klimawandel auseinandersetzen, zu Bewusstsein bringen, dass noch andere menschlich verursachte Missstände ebenso viele und noch viel mehr Vertreibungen produzieren können. Dabei geht es überhaupt nicht darum, die Folgen des Klimawandels und den durch ihn verstärkten Migrationsdruck zu relativieren. Vielmehr sollte es das Augenmerk darauf lenken, dass auch die Klimapolitik seit ihrer Entstehung eine Reihe von Strategien und Instrumenten geschaffen hat, die letztlich eine Art Unterkategorie von Entwicklungs- bzw. Investitionsprogrammen darstellen. Sowohl Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels als auch Anpassungsmaßnahmen enthalten häufig Komponenten, die letztlich die Vertreibung von Menschen implizieren oder sogar voraussetzen. Je bedeutender der Aspekt der Landnutzungsänderung dabei ist, desto wahrscheinlicher haben sie solche Entwurzelungen zur Folge. Zu denken ist hierbei beispielsweise an den Anbau von Biotreibstoffen, um den Verbrauch fossiler Energieträger und damit den CO₂-Ausstoß zu senken, aber auch an andere Formen erneuerbarer Energien. Wasserkraftwerke und ihre Stauseen, Geothermie, Solar- und Windenergie stellen ebenfalls Flächenansprüche, wodurch es zu Konflikten mit bereits bestehenden anderen Nutzungen oder menschlichen Siedlungen kommt. Ebenso wird die Neu- und Wiederaufforstung von Wäldern als sogenannte CO₂-Senken⁷ häufig zulasten der heimischen Bevölkerung betrieben.

In der Diskussion um den Klimawandel wird häufig zwischen den Effekten erster (Atmosphäre), zweiter (Klima), dritter (Fauna und Flora) und vierter (Gesellschaft) Ordnung unterschieden. Klimamigration ist demnach

5 Steve Lonergan, *Population Movements and the Environment*, in: *Refugee Participation Network 18*, Oxford 1995, S. 4–7.

6 Christian Aid, *Human Tide*, S. 6.

7 Senken sind CO₂-Speicher, z.B. in der Form von Wäldern, die das Kohlendioxid binden, sodass es nicht in der Atmosphäre zirkuliert.

eine Auswirkung vierter Ordnung.⁸ Zu den ›Klimamigranten‹, die durch degradierte und zerstörte Existenzgrundlagen der menschlichen Gesellschaft (›human systems‹) entstehen, kommen also jene hinzu, die durch die Lösungsansätze der Klimapolitik ihre Heimat verlieren, das heißt durch die geforderte Energiewende, die Rolle von Senken im Emissionshandel und den Flächenbedarf von Anpassungsmaßnahmen. Die durch Klimapolitik verursachten Formen der Migration und/oder Vertreibung müsste man folglich Klimamigration durch Effekte fünfter Ordnung nennen, die aus dem Umgang mit den Auswirkungen anderer Ordnungen entstehen. Üblicher ist hier allerdings, ebenfalls ›Effekt zweiter Ordnung‹ zu sagen, um die politischen Antworten von den unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels, die dann alle als ›Effekte erster Ordnung‹ verstanden werden, abzugrenzen.

Eine spezielle Kategorie von Anpassungsstrategien, die ganz unmittelbar die Klimamigrationsdebatte berührt, ist die geplante Umsiedlung als vorbeugende Maßnahme bzw. Alternative zu unkontrollierter klimabedingter Migration. Bevor Menschen durch den Klimawandel getrieben ihre Lebensräume auf eigene Faust verlassen, so könnte man zugespitzt sagen, sollten sie besser koordiniert umgesiedelt werden. In diesem Sinne forderte bereits 2006 Nicholas Stern in seinem Bericht an die Britische Regierung, dass die Vereinten Nationen (UN) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) »expanded roles for resettlement« übernehmen sollten, »given the permanent nature of such migration in response to climate change«.⁹ Präventive Umsiedlung kann auf Freiwilligkeit beruhen, kann in vielen Fällen aber auch erzwungen sein. Mitunter mag sie tatsächlich die einzig sinnvolle Option sein, in anderen Fällen gibt es Alternativen. Gescheiterte Umsiedlung – sei es präventive oder als sekundäre Folge von Anpassungs- und CO₂-Reduktionsmaßnahmen – kann außerdem ihrerseits zu Migration führen.

8 Effekte erster Ordnung sind die Folgen für die Zusammensetzung der Atmosphäre (z.B. Konzentration von Treibhausgasen); Effekte zweiter Ordnung verweisen auf die Veränderung des Klimas (z.B. Temperaturerhöhung, Regenfallregime); Effekte dritter Ordnung bilden die Auswirkungen auf natürliche Systeme (z.B. Auswirkung auf Fauna und Flora sowie auf Mikroorganismen) und Effekte vierter Ordnung sind Auswirkungen auf die Menschheit (z.B. Verbreitung von Krankheiten, Ernteausfälle, Knappheit von Trinkwasser) (Climate Systems Analysis Group (CSAG), University of Cape Town, FAQ, http://media.csag.uct.ac.za/faq/qa_3impacts.html [9.7.2013]).

9 Nicholas Stern, *The Economics of Climate Change*. The Stern Review, Cambridge 2006, S. 566. Mehr hierzu in Unterkapitel 3. Siehe auch Thomas Faist/Jeanette Schade, *The Climate-Migration Nexus: A Reorientation*, in: dies. (Hg.), *Disentangling Migration and Climate Change: Toward an Analysis of Methodologies, Political Discourses and Human Rights*, London 2013, S. 3–25, sowie Jeanette Schade, *Climate Change and Planned Relocation: Risks and a Proposal for Safeguards*, in: ebd., S. 183–206.

Wie real die Gefahr der Entwurzelung durch Klimapolitik ist, verdeutlicht die Durchsicht von nationalen Anpassungsprogrammen (National Adaptation Programmes of Action, NAPAs) von Entwicklungsländern und nationalen Klimaschutzstrategien (Nationally Appropriate Mitigation Actions, NAMAs) von Schwellenländern, die McDowell vorgenommen hat.¹⁰ Aus dieser geht hervor, dass mindestens 22 Länder Maßnahmen planen, die sehr wahrscheinlich Umsiedlungen oder Vertreibungen zur Folge haben werden. Verlässliche Schätzungen sind hierbei nicht möglich, da diese Strategiepläne keine Umsetzungsdetails über die geographische Lage etc. beinhalten. Aber am deutlichsten wird dieses Risiko womöglich an den Aufforstungsplänen der Schwellenländer. So strebt China danach, seine Waldfläche zur forstwirtschaftlichen Nutzung bis 2020 um 40 Millionen Hektar auszuweiten. Brasilien versucht seine diesbezüglichen Flächen auf 11 Millionen Hektar zu verdoppeln, während Indiens Waldfläche um ein Drittel zunehmen soll.¹¹ Allein das Ausmaß der zur Rede stehenden Flächen lässt erahnen, dass dies nicht ohne Folgen für die dort lebenden Menschen bleibt.

Einen Eindruck, um welche Größenordnungen es sich handeln kann, vermittelt ein Blick auf die verfügbaren Zahlen zu Vertreibungen durch klassische Infrastrukturprojekte wie Staudämme. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in China über 45 Millionen Menschen umgesiedelt, allein in den Jahren von 1959 bis 1989 nur im Kontext von Staudammprojekten 10 Millionen.¹² In Indien verloren etwa 50 Millionen Menschen durch Entwicklungsprojekte ihre Heimat; fast die Hälfte von ihnen (21 Millionen) wegen Staudammprojekten.¹³ Gemäß einer Schätzung von Experten der Weltbank wurden weltweit allein während der 1990er Jahre 90 bis 100 Millionen Menschen durch den Bau von Kraftwerken, Verkehrswegen und Ur-

10 Christopher McDowell, *Climate Change Adaptation and Mitigation. Implications for Land Acquisition and Population Relocation*, Delivery of UK Government's Foresight Project on Migration and Global Environmental Change, Working Paper 3, London 2011, www.bis.gov.uk/assets/foresight/docs/migration/working-papers/11-1155-wp3-climate-change-adaptation-and-mitigation-land-acquisition.pdf (9.7.2013).

11 McDowell, *Climate Change Adaptation and Mitigation*, S. 8f.

12 Michael M. Cernea, *Internal Refugee Flows and Development-Induced Population Displacement*, in: *Journal of Refugee Studies*, 3. 1990, H. 4, S. 320-339, hier S. 332, mit Verweis auf Liang Chao, *State Plans New Rules for Dam Resettlement*, in: *China Daily*, 2632. 1990; R. Frugge/W.T. Smith, *Large Dams in Water and Energy Resource Development in the People's Republic of China (PRC)* (country review paper prepared as an input into the World Commission on Dams), Kapstadt 2000.

13 Nalin Singh Negi/Sujata Ganguly, *Development Projects vs. Internally Displaced Populations in India. A Literature Based Appraisal* (COMCAD Working Paper 103), Center on Migration, Citizenship and Development, Bielefeld 2011, S. 6, www.unibielefeld.de/tdrc/ag_comcad/downloads/workingpaper_103_negi_ganguly.pdf (9.7.2013).

banisierung entwurzelt.¹⁴ Demnach wären bereits innerhalb nur eines Jahrzehnts global schon die Hälfte all jener Menschen vertrieben worden, die gemäß der Prognose von Myers (2002) bis zum Jahr 2050 durch den Klimawandel ihre Heimat verlieren würden. Bliebe man bei diesem Spiel mit Zahlen, so könnte man hieraus ableiten, dass das Vertreibungspotenzial von Entwicklungsprojekten 2,5-mal so hoch einzuschätzen ist wie das des Klimawandels.

Die zur Eindämmung des Klimawandels diskutierten und geplanten Maßnahmen zum Management von Treibhausgasen erfordern weitreichende Umstrukturierungen und Investitionen. Je flächenintensiver eine solche Politik ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch zu Vertreibungen führt. Neben Forstprogrammen und Stauseen wird daher vor allem auch der Anbau von Energiepflanzen zu Vertreibung und Entrechtung führen bzw. führt bereits jetzt dazu. Weithin bekannt sind beispielsweise die Auswirkungen der Expansion der Palmölplantagen in Indonesien auf die Lebensbedingungen indigener Bewohner, die bereits 2007 vom Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Committee on the Elimination of Racial Discrimination, CERD) der UN mit großer Besorgnis in seinem Länderbericht festgestellt und im ersten Bericht zu Klimawandel und Menschenrechten des UN Hochkommissariats für Menschenrechte (Office of the High Commissioner on Human Rights, OHCHR) genannt wurden.¹⁵ Die Regierung Äthiopiens, die inzwischen dafür bekannt ist, ohne Rücksicht auf die lokale ländliche Bevölkerung große Flächen an landwirtschaftliche Investoren langfristig zu verpachten, hat bereits mindestens 187.400 Hektar für den Anbau von Energiepflanzen zur Verfügung gestellt.¹⁶ Ein kürzlich erschienener Bericht zum Anbau von Energiepflanzen in Subsahara-Afrika besagt, dass allein Unternehmen aus der Europäischen Union drei bis fünf Millionen Hektar Land – direkt oder indirekt – für diesen Zweck erworben haben.¹⁷

14 Michael M. Cernea, *The Risks and Reconstruction Model for Resettling Displaced Populations*, in: *World Development*, 25. 1997, H. 10, S. 1569–1587, hier S. 1570.

15 Siehe CERD, *Concluding Observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination. Indonesia*, UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination, CERD/C/IDN/CO/3, August 2007, S. 3f.

16 Cecilie Friies/Anette Reenberg, *Land Grab in Africa. Emerging Land System Drivers in a Teleconnected World*, GLP Report No. 1, Global Landgrab Project – A Joint Research Agenda of the International Geosphere-Biosphere Programme (IGBP) and the International Dimensions Programme (IHDP), University of Copenhagen, Kopenhagen 2010, S. 24, http://www.globallandproject.org/arquivos/GLP_report_01.pdf (9.7.2013).

17 Sylvain Aubry/Philip Seufert/Sofia Monsalve Suárez, *(Bio)fueling Injustice. Europe's Responsibility to Counter Climate Change without Provoking Land Grabbing and Compounding Food Insecurity in Africa* (The Europafrica 2011 Monitoring Re-

Potenziell können solche Investitionen in die Landwirtschaft Vorteile mit sich bringen. Hierzu könnten beispielsweise neue Arbeitsplätze oder Investitionen in die soziale Infrastruktur durch den Investor gehören. Häufig ist es aber gerade nicht die Bevölkerung vor Ort, der es ermöglicht wird, am vermeintlichen Fortschritt – an ›Entwicklung‹ – zu partizipieren. Außerdem finden Klimawandel und Klimapolitik im gleichen gesamtstrukturellen Kontext statt, das heißt, sie koinzidieren räumlich und zeitlich miteinander. So zählt Äthiopien nicht nur zu den Ländern, die großflächige Investitionen in Energiepflanzen-Plantagen fördern, sondern ist auch extrem häufig von Dürren betroffen. Während der extremen Dürre vom Sommer 2011 wurden erst jüngst wieder 4,6 Millionen Äthiopier und 276.512 Flüchtlinge abhängig von Nothilfe.¹⁸ Es ist in der Tat sogar wahrscheinlich, dass gerade in den sogenannten Entwicklungsländern das Betroffensein von Klimawandel und Klimapolitik Hand in Hand gehen wird. Diese Länder sind nicht nur überproportional vom Klimawandel betroffen und müssen daher tendenziell mehr in Anpassungsmaßnahmen investieren, sondern Projekte unter dem Clean Development Mechanism (CDM), der sowohl Maßnahmen zur Emissionsminderung als auch Aufforstung zur Schaffung von Senken umfasst, werden ebenfalls in diesen Ländern implementiert – einige davon recht flächenintensiv. Wie komplex die Sachlage vor Ort ist und wie sich das auf die Lebensverhältnisse, Lebenschancen und Migrationsdynamiken auswirken kann, wird am Beispiel des Tana-Deltas in Kenia veranschaulicht.

2 Migration zwischen Klimawandel und Klimapolitik – das Problem der Gleichzeitigkeit am Beispiel Kenias

Das folgende Beispiel des lokalen Ineinandergreifens von Klimawandel und Klimapolitik basiert auf einer Forschung, die zu den menschenrechtlichen Aspekten der Auswirkungen dritter, vierter und fünfter Ordnung des Klimawandels im Tana-Delta in Kenia durchgeführt wurde.¹⁹ Sie basiert sowohl auf intensiver Sekundärforschung als auch auf einer im Sommer 2011 durchgeführten Primärforschung.²⁰ Die Feldforschung umfasste unter anderem

port on EU Policy Coherence for Food Security), Rom 2011, http://www.europafrika.info/file_download/13/europafrika_2011_report.pdf (9.7.2013).

18 OCHA, Horn of Africa: Humanitarian Snapshot, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, December 2011, <http://ochaonline.un.org/OchaLinkClick.aspx?link=ocha&docId=1305377> (2.5.2012).

19 Vgl. Anm. 8.

20 Jeanette Schade, Human Rights, Climate Change, and Climate Policies in Kenya. How Climate Variability and Agrofuel Expansion Impact on the Enjoyment of Human Rights in the Tana Delta, Research Mission Report of a joint effort by COMCAD (Bielefeld University), FIAN Germany, KYF, and CEMIRIDE, Bielefeld 2011,

sechs Fokusgruppen mit Dorfgemeinschaften unterschiedlicher ethnischer Zusammensetzung und Formen der Existenzsicherung, die in unmittelbarer Nähe geplanter Agrospritprojekte leben. Im Folgenden werden zunächst Klima, Klimawandel und andere zentrale Umweltveränderungen sowie die Klimapolitik Kenias beschrieben. Daran schließt sich eine Darstellung der Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen im Tana-Delta an, um schließlich daraus resultierende Formen der Migration – Arbeitsmigration, erzwungene Migration und Vertreibungen sowie saisonale Wanderungen der Nomaden mit ihren Tierherden – zu erläutern. Abschließend werden die institutionellen Rahmenbedingungen erörtert, die die Menschen in Kenia gegenüber der Klimapolitik der Regierung relativ verwundbar machen.

2.1 Klimawandel und Klimapolitik in Kenia

Der Äquator quert Kenia etwa in der Landesmitte. Bedingt durch die Lage am Äquator wird das Klima durch die innertropische Konvergenzzone bestimmt, die für jährlich zwei Regenperioden sorgt: die sogenannte lange Regenzeit während der Monate März bis Mai (mit etwa 70 Prozent der jährlichen Niederschläge) sowie die kurze Regenzeit von Oktober bis Dezember (etwa 20 Prozent).²¹ Kenia ist außerdem durch starke Höhenunterschiede zwischen Meereshöhe an der Küste bis über 5.000 m am Gipfel des Mount Kenya geprägt, die unter anderem auch die starken regionalen Unterschiede in der Niederschlagsmenge und in den Vegetationszonen bewirken. Je höher eine Region liegt, desto mehr Regen wird ihr in der Regel zuteil. Die humiden bis semi-humiden Regionen im Südwesten des Landes machen hierbei etwa 16 Prozent der Landfläche aus und werden ob ihres hohen landwirtschaftlichen Potenzials intensiv genutzt. Hier leben etwa 80 Prozent der kenianischen Bevölkerung. Die restlichen 20 Prozent finden sich in den auf etwa 200 m gelegenen ariden bis semi-ariden Regionen mit Niederschlagsmengen von unter 300 bis 700 mm im Jahr.²² Die Hälfte Kenias nördlich des

http://www.uni-bielefeld.de/ttrc/ag_comcad/downloads/final_study_ifa.pdf (9.7.2013). Teil des Teams waren neben dem Center on Migration, Citizenship and Development (COMCAD, Projektleitung) die auf das Recht auf Nahrung spezialisierte Nichtregierungsorganisation FoodFirst Information and Action Network (FIAN) sowie die kenianischen Organisationen Kenya Youth Foundation (KYF) und Centre for Minority Rights Development (CEMIRIDE).

- 21 Tahia Devisscher, Review of the Economic Impacts of Climate Change in Kenya, Rwanda and Burundi. Ecosystems Chapter, Regional, Department for International Development (DFID), London 2009, S. 25.
- 22 NEMA, Report on Kenya's Capacity Needs to Implement Article 6 of the UNFCCC, National Environmental and Management Authority/Ministry of Environment and Mineral Resources, Nairobi 2005, S. 4-7.

Äquators, wo der Großteil dieser Gebiete liegt, ist durch Trockenheit gekennzeichnet. Sie wird überwiegend von nomadischen Viehhaltern bewohnt.

Durch seine geographische Lage ist Kenia periodisch extremen Wetterbedingungen ausgesetzt, die durch die El Niño Southern Oscillation (ENSO), durch den Indian Ocean Dipole (IOD) oder durch beide Phänomene gleichzeitig ausgelöst werden können.²³ Die beiden genannten Prozesse können je nach Ausprägung entweder extreme Dürre oder extreme Regenfälle zur Folge haben. Es sind diese Wetterphänomene, an denen sich der Klimawandel in Kenia bisher am deutlichsten ablesen lässt: Zwischen 1980 und 2011 verzeichnete Kenia zehn Dürreereignisse, 34 Überschwemmungen und in deren Folge 30 Epidemien. Insgesamt sind etwa 80 Prozent aller von Naturkatastrophen betroffenen Menschen in Kenia dabei von Dürre betroffen. Frappierend ist: 53 von insgesamt 74 Katastrophen ereigneten sich im 21. Jahrhundert, 18 in den 1990er Jahren und nur zwei während der 1980er Jahre.²⁴ Dieser Anstieg bleibt eklatant, auch wenn eventuell eine ausgeweitete und verbesserte Datenerhebung berücksichtigt werden müsste. So kam es 2011 in Kenia zu einem vierten schweren Dürreereignis in Jahresfolge, bei dem die Ernährung von über vier Millionen Menschen (3,8 Millionen Kenianer, der Rest überwiegend somalische Flüchtlinge) nicht mehr gesichert war. Nur etwa 45 Prozent dieser Betroffenen konnten durch das World Food Programme versorgt werden.²⁵ Die vier Dürren in den Jahren 2008 bis 2011 haben im Land einen wirtschaftlichen Schaden von insgesamt etwa zwölf Milliarden US-Dollar angerichtet.²⁶ Die letzte Dürre zählte hierbei zu den schwersten in Ostafrika seit 60 Jahren und machte insgesamt 13,3 Millionen Menschen abhängig von Nothilfe.²⁷

Die erhöhte Häufigkeit von Wetterextremen ist nur eines der Indizien der Folgen einer globalen Erwärmung. In der Tat ist über ganz Ostafrika die

23 Jennifer Rourke, *Seasonal Prediction of African Rainfall. With a Focus on Kenya*, Ph.D. Thesis, Mullard Space Science Laboratory, Dept. of Space and Climate Physics, University College London, London 2011.

24 Zahlen gemäß EM-DAT Datenbank, Juni 2011, www.emdat.be

25 MEMR, *National Climate Change Response Strategy. Executive Brief*, Ministry of Environment and Mineral Resources, Kenya, April 2010, S. 10; OCHA, *Horn of Africa Snapshot*, December 2011; OCHA, *Kenya: Humanitarian Snapshot*, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, October 2011, <http://ochaonline.un.org/OchaLinkClick.aspx?link=ocha&docId=1274797> (2.5.2012)

26 OCHA, *Humanitarian Bulletin: Eastern Africa*, Issue 03, 24 March to 13 April 2012, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, S. 5, http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_3791.pdf (9.7.2013).

27 OCHA, *Horn of Africa Snapshot*, December 2011. *Warnung vor Hungerkatastrophe. Schwere Dürre bedroht Millionen Menschen in Ostafrika*, in: Spiegel Online, 28.6.2011, www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/warnung-vor-hungerkatastrophe-schwere-duerre-bedroht-millionen-menschen-in-ostafrika-a-771061.html (9.7.2013).

durchschnittliche Oberflächentemperatur zwischen dem Ende der 1970er Jahre und dem Ende der 1990er Jahre um etwa 1,6 °C gestiegen.²⁸ Dies ist fast ein Grad mehr als die durchschnittliche Erwärmung über dem afrikanischen Kontinent im Laufe des 20. Jahrhunderts, die mit 0,7 °C beziffert wird.²⁹ Bereits in den 1880er Jahren begannen die Gletscher Kenias abzuschmelzen, und dieser Prozess hat sich offenbar seit den 1970er Jahren noch weiter verstärkt.³⁰ Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UN Environmental Programme, UNEP) hat sich die Schneedecke des Gipfels von Mount Kenya insgesamt um zwei Drittel und die Zahl seiner Gletscher von 18 auf 11 reduziert.³¹ Neben dem globalen Klimawandel hat auch die drastische Abholzung, insbesondere während der 1970er und 1980er Jahre, schwerwiegende Umweltschäden hinterlassen, auch mit Rückwirkungen auf das lokale Klima.³² Während der Primärwald in den 1960er Jahren noch 12 Prozent der kenianischen Landfläche bedeckte, sind es heute noch nicht einmal mehr 2 Prozent.³³ Insgesamt verfügt das Land heute nur mehr über 6 Prozent Waldfläche. Gletscherschmelze und Waldschwund wirken sich auf die Hydrologie Kenias negativ aus, denn die bewaldeten Berggipfel sind die Wasserspeicher des Landes und Quelle aller wichtigen Flüsse.

Es ist also offensichtlich, dass Kenia bereits seit Längerem unter den Folgen des Klimawandels leidet. Doch obwohl 1990 in Kenia die Nairobi Conference of Global Warming and Climate Change stattfand, ist die Klimapolitik Kenias erst jüngerer Datums. Erstmals 2003 hatte das für die Entwicklung Nordkenias und anderer arider Regionen zuständige Ministerium ein Projekt zur Anpassung an den Klimawandel gestartet – das Kenya Adaptation to Climate Change in Arid and Semi-Arid Lands Project –, welches in ein Programm zum Ressourcenmanagement in den Trockengebieten eingebettet ist. Im Mittelpunkt dieses Projektes stehen die Schaffung von

-
- 28 Carl Schreck/Frederick Semazzi, *Variability of the Recent Climate of Eastern Africa*, in: *International Journal of Climatology*, 24. 2004, S. 681-701, hier S. 683.
 - 29 Stephen M. King'uyu/Laban A. Ogallo/Ebby K. Anyamba, *Recent Trends of Minimum and Maximum Surface Temperature over Eastern Africa*, in: *Journal of Climate*, 16. 2002, S. 2876-2886.
 - 30 Mihai Vodă u.a., *Climate Change Effects on Mount Kenya's Glaciers*, in: Daniel Popescu u.a. (Hg.), *Environmental Problems and Development. Proceedings of WSEAS International Conference in Romania, 7-9 Nov 2008; Energy and Environmental Engineering Series, A Series of Reference Books and Textbooks*, S. 75-78, hier S. 76.
 - 31 UNEP, Kenya. *Atlas of Our Changing Environment*, United Nations Environment Programme, Nairobi 2009, S. 16, www.unep.org/dewa/africa/kenyaatlas/PDF/Kenya_Atlas_Full_EN_72dpi.pdf (9.7.2013).
 - 32 FAO, *Global Forest Resources Assessment 2010 (GFRA). Main Report, Food and Agriculture Organization (Forestry Paper 163)*, Rom 2010, S. 229.
 - 33 FAO, GFRA, 2010, S. 224, 250; MEMR, *Climate Change Response Strategy*, 2010, S. 10.

Einkommensmöglichkeiten durch Handel mit lokalen Produkten und Konfliktmanagement.³⁴ Erst 2010 hat Kenia sein erstes nationales Klimastrategiepapier entwickelt. Dieses befasst sich sowohl mit Klimaschutz- als auch mit Anpassungsmaßnahmen auf nationaler Ebene und bemüht sich um ein sektorübergreifendes Konzept, das insbesondere Agrar-, Forst- und Energiewirtschaft einbezieht. Zu den Anpassungsmaßnahmen gehören unter anderem:

- Einführung stressresistenter Sorten, auch unter Einsatz von Biotechnologie, um die landwirtschaftlichen Ernteerträge zu erhöhen;
- Verstärkter Dammbau, nicht zuletzt um die Bewässerungslandwirtschaft auszubauen;
- Integriertes Wassermanagement und der Schutz der natürlichen Wasserspeicher in den Bergen, beispielsweise durch Aufforstung;
- Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten der stark von Dürren betroffenen Viehhalter – auch mit dem Ziel, den Viehbestand zu ›balancieren‹, das heißt abzubauen, um Überweidung und Bodendegradation zu vermeiden.

Zu den Maßnahmen zur Verbesserung der CO₂-Bilanz und damit zur Verlangsamung des Klimawandels gehören:

- bis 2030 etwa 7,6 Milliarden Bäume zu pflanzen und hierfür die kommerzielle (und auch bewässerte) Forstwirtschaft auszubauen;
- ein ›Green Energy‹-Programm für erneuerbare Energie umzusetzen, bestehend aus der Förderung von Geothermie, Sonnen- und Windenergie, dem Anbau von Energiepflanzen und der Verwertung von Agrarabfällen;
- die klimabezogenen Investitionen in die Landwirtschaft so zu nutzen, dass Kenia vom CDM unter dem Kyoto-Protokoll profitieren und am Emissionshandel teilnehmen kann.³⁵

Von den genannten Maßnahmen zur Emissionsminderung unterstützt die kenianische Regierung den Ausbau von sogenanntem Biosprit schon seit Längerem. So war bereits 2006 innerhalb des Energieministeriums ein Ausschuss für Biosprit eingerichtet worden, der eine Biodieselstrategie entwickelte, woraufhin 2008 die Kenya Biodiesel Association gegründet wurde. Eine Bioethanolstrategie wurde 2009 fertiggestellt.³⁶ Mithilfe der Produktion und Einführung von vermeintlich nachhaltigem Sprit versucht Kenia mehrere Ziele zugleich zu erreichen: 1. soll die jährliche CO₂-Bilanz des Landes, die sich seit Mitte der 1990er Jahre um mehr als das Doppelte erhöht hat, gesenkt werden; 2. sollen mit ihrer Hilfe bis 2030 möglichst 25 Prozent der Erdöl-

34 Office of the President, Environmental Assessment and Management Framework. Arid Lands Resource Management Project (ALRMP) Phase II, Government of Kenya, Nairobi 2003, Addendum.

35 MEMR, Climate Change Response Strategy, 2010, S. 13–16, 22.

36 Sue Canney Davison (Pipal Ltd.), Biofuels Policy Development in Kenya. Präsentation für die Conference on World Biofuels Markets, Amsterdam 17.3.2010.

porte substituiert werden; und 3. somit auch die Leistungsbilanz Kenias verbessert werden.³⁷ Insbesondere der Anbau des als Baumbestand zählenden und als trockenresistent geltenden *Jatropha* soll neue Einkommen unter dem CDM erwirtschaften.³⁸ Durch Agrosprit sollen des Weiteren der nationale Verbrauch von Feuerholz gesenkt und so Abholzung vorgebeugt, CO₂-Emissionen zusätzlich gemindert und Tausende neuer Jobs geschaffen werden.³⁹ Ein weiteres Ziel besteht schließlich darin, durch den Ausbau der Bioethanolproduktion der in der Krise steckenden Zuckerindustrie des Landes einen neuen Markt zu erschließen. Die Expansion von Zuckerrohrplantagen soll zugleich helfen, die enorm gestiegenen Zuckerimporte zu senken und abermals Kosten zu sparen, das heißt die Leistungsbilanz noch weiter zu verbessern.⁴⁰

Bei der Entwicklung seines Agrospritprogramms hat Kenia von vielen Seiten Unterstützung erfahren, unter anderem von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ, heute: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ), dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, dem Department for International Development (DFID) der britischen Regierung, der Europäischen Union und auch UNEP.⁴¹ Einige dieser Vorreiter der Biospritpolitik in Kenia relativierten inzwischen allerdings ihr Urteil über die ›Wunderpflanze‹ *Jatropha*. Insbesondere der von DFID geförderte Think Tank Policy Innovation Systems for Clean Energy Security (PISCES) warnt regelrecht vor der Nutzung dieser Pflanze, weil weltweit gesammelte Erfahrungen inzwischen zeigen, dass *Jatropha* in aller Regel einer kontinuierlichen Bewässerung und großer Mengen Dünger, Insektizide und Pestizide bedarf, um profitabel zu sein. Insbesondere in Kenia wurde *Jatropha* darüber

37 GAIN, Kenya's Draft National Biofuel Policy. GAIN Report, Global Agricultural Information Network (GAIN) of the United States Department of Agriculture's (USDA) Foreign Agricultural Service, Washington, DC 2011, S. 2f.

38 William Omondi Oloo, Climate Change Mitigation Measures and Options. Land Use, Land Use Change and Forestry, Second National Communication to UNFCCC (not submitted), Kenya Forestry Research Institute (KFRI), Nairobi 2010, S. 5, www.fornis.net/system/files/land%20use%20change%20and%20climate.pdf (9.7.2013); Endelevu Energy/ESD, A Roadmap for Biofuels in Kenya: Opportunities and Obstacles (Executive Summary); Study commissioned by GTZ Kenya, Ministry of Agriculture (GOK), PSDA (Promotion of Private Sector Development in Agriculture Programme) and REAP EA (GTZ Regional Energy Advisory Platform East Africa, GTZ Sector Project on Bioenergy in Eschborn), Nairobi 2008, S. 8.

39 Omondi Oloo, Climate Change Mitigation Measures, S. 5; Endelevu Energy/ESD, Biofuel Roadmap Kenya, S. 8, 11.

40 SUCAM, Sugar Industry Study, The Sugar Campaign for Change Kenya, Kisumu 2008, S. 6, 44; Ministry of Agriculture, Draft National Emerging Crops Policy, Government of Kenya, Nairobi 2010, S. 25.

41 Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 26f.

hinaus bislang vor allem auf den knapp bemessenen fruchtbaren Böden angebaut.⁴² Jatrofapflanzungen treten daher sowohl hinsichtlich der Anbaufläche als auch hinsichtlich des Wasserbedarfs in direkte Konkurrenz mit dem Nahrungsmittelanbau. Selbst auf ariden Böden treten die Pflanzen außerdem potenziell in Konkurrenz zur Viehwirtschaft, welche die Bevölkerung mit Milch und Fleisch versorgt. Die Viehwirtschaft ist dabei für Kenias landwirtschaftliche Produktion weitaus bedeutsamer als gemeinhin – auch von der kenianischen Regierung – angenommen.⁴³

Großflächiger Anbau von Jatropha hat mit den anderen Formen dieses Booms der ›green economy‹ gemein, dass er die Vertreibung von Bevölkerungsgruppen fördert. Unter dem geltenden Landrecht sind die große Mehrheit der Kleinbauern und nomadische Viehhalter bisher allerdings kaum geschützt. Der Anbau von Energiepflanzen zählt dabei zu den Entwicklungsprojekten, die die Ressourcenverfügbarkeit für die betroffenen Bewohner negativ beeinflussen können. Zugleich verschärft auch der Klimawandel den Druck auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen, sodass die steigende Häufigkeit extremer Wetterbedingungen die Lebensbedingungen erschwert und zu Migration und Entwurzelung und, im ersten Schritt, vor allem auch zu weiterer Marginalisierung führt. Das Tana-Delta, eine der Pilotprojektregionen der kenianischen Regierung für den Anbau von Energiepflanzen, ist hierfür ein aktuelles Beispiel.

2.2 Die Auswirkungen im Tana-Delta auf die natürliche Ressourcengrundlage der Menschen

Die Agrarwirtschaft im Tana-Delta ist traditionell eng an das Überschwemmungsregime des Flusses Tana gebunden. Es handelt sich um eine sogenannte Überschwemmungslandwirtschaft, deren Voraussetzungen aber zuneh-

-
- 42 PISCES, *Liquid Biofuel Strategies and Policies in Selected African Countries. A Review of Some of the Challenges, Activities and Policy Options for Liquid Biofuels*, Working Paper Prepared by Practical Action Consulting, Nairobi 2011, S. 16–18; PISCES, *Bioenergy and Land. A Review of Linkages and Impacts with a Focus on Africa*. Working Paper Prepared by ACTS and Practical Action Consulting, Nairobi 2011, S. 13; Endelevu Energy, *Jatropha Reality Check. A Field Assessment of the Agronomic Viability of Jatropha and Other Oilseed Crops in Kenya*, Commissioned by GTZ, December 2009. Zum Wasserverbrauch von Jatropha siehe auch: Kesava Rao u.a., *Water Requirement and Use by Jatropha Curcas in a Semi-arid Tropical Location*, in: *Biomass & Bioenergy*, 39. 2012, S. 175–181.
- 43 Ein IGAD Bericht schätzt den Beitrag der Viehwirtschaft zur landwirtschaftlichen Produktion 2009 auf 318.971 Milliarden KES statt auf die offiziell geschätzten 127.723 Milliarden KES; siehe Roy Behnke/David Muthami, *The Contribution of Livestock to the Kenyan Economy* (IGAD LPI Working Paper 03), Inter-Governmental Authority on Development's Livestock Policy Initiative (IGAD LPI), Addis Abeba 2011, S. 6; www.igad-lpi.org/publication/docs/IGADLPI_WP03_11.pdf (9.7.2013).

mend ge- bzw. zerstört werden.⁴⁴ Die Kleinbauern, in der Regel Pokomo, bauten traditionell überwiegend Reis und Mangos in Flussnähe an. Der Reis wurde inzwischen weitgehend durch Mais abgelöst. Die Ormas, seminomadische Viehhalter, nutzen vor allem das Grasland im Hinterland des Deltas, kommen aber während der Trockenzeit zu den Weidegründen in den Feuchtgebieten. Neben den Pokomo und den Orma, die etwa zu gleichen Teilen, je 44 Prozent, die Mehrheit der Bevölkerung im Tana-Delta Distrikt bilden, gibt es noch zahlreiche ethnische Minderheiten, die unter anderem vom Fischfang leben.⁴⁵ Neben Land-, Vieh- und Fischwirtschaft gibt es kaum andere bedeutende Wirtschaftszweige, sodass von etwa 90.000 Menschen (inklusive Kinder) 70.000 im Agrarsektor arbeiten (50 Prozent Landwirtschaft, 40 Prozent Viehwirtschaft, 10 Prozent Fischwirtschaft) und dieser über 82 Prozent des Einkommens dieser Menschen ausmacht.⁴⁶ Insgesamt ist die Gegend sehr schwach entwickelt und selbst im Landesvergleich sehr arm. Nur etwa zwei Prozent der Haushalte (246 von 12.457) besitzen Elektrizität und 90 Prozent hängen ausschließlich von Feuerholz und Holzkohle für ihre Energieversorgung ab.⁴⁷ Die absolute Armutsrate liegt laut den lokalen Behörden bei 76,9 Prozent und damit deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 46 Prozent.⁴⁸ Die Bevölkerung ist regelmäßiger Empfänger von Nahrungsmittelhilfe und muss, vor allem in den Trockenzeiten, auch mit Wasser beliefert werden, obwohl sie eigentlich an der (aquatischen) Lebensader der Nordhälfte Kenias lebt.

Um zu verstehen, weshalb die Bevölkerung in ihrer Nahrungsmittel- und Wasserversorgung bedrängt ist, muss man die Hydrologie des Tana-Deltas näher betrachten. Die Quellen des Flusses Tana entspringen an den östlichen Flanken der Aberdare-Gebirgskette und den südwestlichen Flanken des Mount Kenya. Der Tana legt eine Strecke von etwa 1.000 km zurück, bevor er auf der Höhe von Garsen in das Tana-Delta (und damit in den Indischen Ozean) mündet. Vom Beginn des Deltas bis zur Küste sind es ca. 50 km. Insgesamt hat das Delta eine Ausdehnung von etwa 1.300 qkm, die

44 Devisscher, *Economic Impacts Climate Change*, S. 39f.

45 HVA International, *Environmental Impact Assessment Study Report for the Proposed Tana Integrated Sugar Project in Tana River and Lamu Districts, Coast Province, Kenya*, EIA for Mumias Sugar Ltd. and Tana and Athi Rivers Development Authority (TARDA), November 2007, S. 44.

46 Tana Delta District Commission (TDDC), *Tana Delta District Development Plan 2008-2012*, TDDC, Garsen (Kenya) 2008, S. 16, 54.

47 Ebd., S. 21; *Drought Monitoring Bulletin (DMB) Tana River* (later renamed in *Drought Early Warning Bulletin*), Office of the Prime Minister and Ministry of State for the Development of Northern Kenya and Other Arid Lands (*Arid Lands Resource Management Project II*), 2011; UNEP, *Kenya Atlas*, Nairobi 2009, S. 18.

48 TDDC, *Development Plan*, 2008, S. 16; *Kenya Integrated Household Budget Survey 2006*, Nairobi 2006.

für zahlreiche seltene Pflanzen-, Fisch-, Vogel- und Affenarten Lebensraum bieten. Das Delta ist außerdem die Heimat von Krokodilen, Büffeln, Löwen und Elefanten oder wird von diesen Tierarten zumindest frequentiert. Die Feuchtgebiete des Deltas werden vor allem durch die saisonalen (kleinen) und zyklischen (großen) Überschwemmungen des Tana gespeist, die fruchtbaren Schlick mit sich bringen und die Altarme und -becken des Flusses mit Frischwasser füllen. Sie stellen deshalb nicht nur die Voraussetzung für die Überschwemmungslandwirtschaft dar, sondern auch eine wesentliche Grundlage der Fischwirtschaft und der Regeneration der während der Trockenzeit genutzten Weideflächen.

Während der schweren zyklischen Überschwemmungen durch die ENSO- und IOD-Phänomene kam es historisch – da das Tana-Delta sehr flach ist – immer wieder zu Veränderungen des Flusslaufes. Abholzung am Oberlauf trägt jedoch zur zunehmenden Versandung des Flusslaufes bei, sodass die Gefahr steigt, dass der Fluss seinen Lauf ändert und sich ein neues Bett sucht. So lag die Stadt Garsen auf Höhe der Garsen Road bis 2008 noch direkt an den Ufern des Tana – und ist jetzt einige hundert Meter entfernt von ihm.⁴⁹ Die Überschwemmungen zerstören mitunter auch Häuser, beschädigen die ohnehin spärliche Infrastruktur, und Menschen müssen evakuiert werden. Wenn sie zur Unzeit – das heißt anders als zur gewohnten Zeit – kommen, können sie auch Ernten auf den Feldern zerstören, doch das weit häufigere Problem ist das Ausbleiben der Überschwemmungen.

Der Tana ist einer von zwei Flüssen in den ariden und semi-ariden Regionen Kenias, die ganzjährig Wasser führen. Er ist daher von großer Bedeutung nicht nur für die Distrikte Tana River und Tana Delta, sondern auch für die extrem ariden Provinzen nördlich davon. Die Hydrologie des Tana und des Deltas ist jedoch äußerst empfindlich: Der Grundwasserspiegel fällt mit größer werdender Entfernung vom Flussufer rasch ab, sodass der von ihm abhängige Urwald entlang des Tana sich nur jeweils 0,5–3 km rechts und links vom Flussufer erstreckt.⁵⁰ Das Grundwasser wird vor allem durch die Überschwemmungen des Tana gespeist sowie in geringerem Maße durch die saisonalen Zuläufe südlich des Tana; nicht jedoch durch den spärlichen Niederschlag in der Region.⁵¹ Dieser beläuft sich im Tana-Delta auf durch-

49 United Nations Information Centre (UNIC), Thousands Affected as a River Runs Through it No More; UNIC Nairobi, 22.9.2008, www.unicnairobi.org/Tana%20river.asp (9.7.2013).

50 John Maingi/Stuart Marsh, Quantifying Hydrological Impacts Following Dam Construction Along the Tana River, Kenya, in: *Journal of Arid Environments*, 50. 2002, H. 1, S. 53–79, hier S. 55–57.

51 Africa Business Foundation (ABF), Environmental and Social Impact Assessment Study Report. The Proposed Establishment of Jatropha Plantations in Garsen Division, Tana Delta District, Kenya, ESIA for Bedford Biofuels, 2010, S. 30.

schnittlich etwa 500 mm im Jahr (am Mittellauf des Tana lediglich 400 mm im Jahr).⁵² Die eigentliche Ursache der Überschwemmungen und damit des genießbaren Grundwassers stellen Regenereignisse am Oberlauf dar (bis zu 2.000 mm jährlich) sowie die Gletscherschmelze.⁵³ Abseits des Flusses fällt im Tana-Delta Distrikt der Grundwasserspiegel aufgrund der Küstennähe rasch ab. Das Wasser ist dort aufgrund zahlreicher Salzwasserlinsen oft salzig. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels fürchtet man für die gesamte Küstenregion weiteres Einsickern von Salzwasser und das Schrumpfen bzw. weiteren Verlust der wenigen Süßwasserlinsen.⁵⁴

Dieses empfindliche System wird vor allem durch drei Faktoren wesentlich beeinträchtigt (werden): riesige Staudämme am Oberlauf zur Stromgewinnung (überwiegend für Nairobi), existierende und geplante Projekte der Bewässerungslandwirtschaft, unter anderem für Plantagen zum Anbau von Energiepflanzen, und durch klimatische Veränderungen.

Die zwei größten der insgesamt fünf Staudämme, beide aus den 1980er Jahren, besitzen zusammen eine Staukapazität von über 2.000 Millionen Kubikmetern, wodurch das Flussregime im Unterlauf stark verändert wurde.⁵⁵ Ein Vergleich einer Reihe von Landeinheiten am mittleren Lauf vor und nach dem Dammbau hat ergeben, dass Flächen von maximal 1,80 m über dem Flusspegel der Trockenzeit öfter überschwemmt werden, während höher gelegene Flächen deutlich seltener überschwemmt werden. Für alle Flächen hat sich die durchschnittliche Dauer der Überschwemmungen jedoch um über 87 Prozent verkürzt. Die Autoren der Studie machen diese Veränderungen daher auch für den Rückgang des Primärwaldes am Flusslauf verantwortlich, da der Grundwasserspiegel sich nicht mehr im gleichen Maße erneuern kann.⁵⁶ Für das Tana-Delta existieren keine vergleichbaren Untersuchungen zu den Auswirkungen der Staudämme, doch legen Beobachtungen der Bewohner nahe, dass es sich dort ähnlich verhält.

52 Tana and Athi River Development Agency (TARDA), Tana Delta Irrigation Project Development Plan Report, Bd. VI, Annex 16: Socio- and Agro-Economy, Nippon Koei Co., Ltd. for TARDA, Annex 16, 1987; Ministry of State for the Development of Northern Kenya and Arid Lands (MDNKAL), Tana River District Vision and Mission 2005–2015, Government of Kenya, Nairobi 2005, S. 3.

53 Jennifer H. Jacobs u.a., Mitigating Economic Damage in Kenya's Upper Tana River Basin: An Application of Arc-View SWAT, in: Journal of Spatial Hydrology, 7. 2007, H. 1, 23–46, hier S. 24f.

54 Maingi/Marsh, Impacts Dam Construction, S. 55–57; NEMA, Kenya: Enabling Activities for the Preparation of Initial National Communication Related to the UNFCCC, Chapter: National Circumstances; National Environmental Management Authority of Kenya (NEMA), Nairobi 2009, S. 55, 65.

55 Maingi/Marsh, Impacts Dam Construction, S. 56, 70.

56 Ebd., S. 57, 73f.

Hinzu kommt, dass viel Wasser bereits am Oberlauf für die Agrarindustrie sowie am mittleren Lauf für ein großes Bewässerungsprojekt in Bura abgezweigt wird. Die Lizenzvergabe der Behörden für den Verbrauch von Flusswasser orientiert sich offenbar nicht an Nachhaltigkeitskriterien, was zu einer Übernutzung des Flusses führt und zu dessen Verschmutzung und Belastung durch Chemikalien beiträgt.⁵⁷ Im Tana-Delta selbst gibt es mitten im Feuchtgebiet ebenfalls künstlich bewässerten Reisanbau, das Tana Delta Irrigation Project, das von der Tana and Athi River Development Agency (TARDA) betrieben wird und augenblicklich eine Fläche von 800 Hektar einnimmt. Die staatliche Entwicklungsbehörde TARDA erhebt Anspruch auf eine Fläche von 28.500 Hektar, der auf – zum Teil fragwürdigen – Landallokationen aus den 1970er Jahren und später beruht. Jüngst konzentrieren sich ihre Entwicklungsplanungen hierbei auf den *Anbau von Energiepflanzen*. Letztere bestehen darin, die Reisproduktion auf 4.000 Hektar auszudehnen und auf der übrigen Fläche in Kooperation mit der kenianischen Mumias Sugar Company eine Zuckerrohrplantage für die Ethanolproduktion zu errichten.⁵⁸ Der Wasserbedarf des sogenannten Tana River Integrated Sugar Project (TISP) wurde im Rahmen der gesetzlich geforderten Umweltverträglichkeitsprüfung so eingeschätzt, dass während der Trockenzeit etwa die Hälfte des vorhandenen Flusswassers benötigt werde.⁵⁹

Auf der gegenüberliegenden Flussseite plant der kanadische Investor Bedford Biofuels außerdem etwa 60.000 Hektar Jatropha anzubauen, wovon 10.000 Hektar inzwischen in den Probetrieb genommen wurden. Diese Flächen liegen zwar außerhalb des Feuchtgebietes, doch ein Abgleich mit den Karten des staatlichen Drought Monitoring Bulletin zeigt, dass diese immer noch in der für Land- und Viehwirtschaft geeigneten Zone liegen.⁶⁰ Obwohl der Investor sich überzeugt gibt, dass kein Anzapfen des Grund- oder Flusswassers für Bewässerung nötig ist, schließt er dies auch nicht gänzlich aus und baut sogar Brunnen – vorgeblich für die zukünftigen Plantagenarbeiter und geduldeten Viehbestände.⁶¹

Zu diesen knapp 85.000 Hektar für Energiepflanzen, die in der Planung vorangeschritten sind, kommt außerdem ein Projekt von MAT International,

57 ABF, Jatropha-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 30.

58 Petition No. 14, Petition to the High Court of Kenya in the Matter of Section 84(1) of the Constitution and in the Matter of Alleged Contravention of Fundamental Rights and Freedoms under Section 70(a) and 71(1) of the Constitution, Nairobi 2010, S. 5.

59 HVA International, TISP Environmental Impact Assessment, S. 19.

60 Vergleiche die Standardkarte ›Livelihood Zones of Tana Delta District‹ des DMB Tana River mit der Karte der geplanten Anbauflächen in der zugehörigen Umweltverträglichkeitsstudie ABF, Jatropha-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 142.

61 ABF, Jatropha-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 16, 18, 97.

ein Tochterunternehmen der kenianischen TAL Group, das insgesamt 120.000 Hektar Zuckerrohr- und Jatropha-Plantagen umfassen soll, wovon 30.000 Hektar im Tana-Delta und die übrigen in den angrenzenden nördlich Distrikten Lamu (30.000 Hektar) und Ijara (60.000 Hektar) liegen.⁶² Eine Umweltverträglichkeitsstudie zu dieser Investition existiert bislang allerdings noch nicht. Ein weiteres Ölsaatenprojekt für Biodiesel von G4 wurde zwischenzeitlich aufgegeben oder zumindest zurückgestellt.

Schließlich kommt der *Klimawandel* hinzu. Insbesondere an der Küste nördlich des Delta (Messstation Lamu Stadt) weist die Region seit den 1980er Jahren eine Erhöhung der Maximaltemperatur auf, sowohl im Jahresmittel als auch während der langen Regen. Landeinwärts am Mittellauf des Tana (Messstation Garissa) hat sich die Minimaltemperatur im Jahresmittel ebenfalls leicht erhöht. Seit den 1980er Jahren ist außerdem die Niederschlagsmenge während der langen Regen (vor allem in Lamu) zurückgegangen, während der kurzen Regen hat sie hingegen etwas zugenommen. Da es aber vor allem die langen Regen sind, die den entscheidenden Niederschlag bringen, handelt es sich in der Summe effektiv um einen Rückgang in Lamu von ca. 150 mm im Jahr.⁶³

Möchte man eine Prognose für die Hydrologie des Deltas machen, kann man insgesamt zu folgenden Schlussfolgerungen kommen: Aufgrund der wirtschaftlichen Aktivitäten am Oberlauf ist die Wassermenge des Tana reduziert und durch das veränderte Überschwemmungsregime des Flusses die Regeneration des Grundwasserspiegels gestört. Das Abschmelzen der Gletscher mindert diese negativen Auswirkungen, doch nur solange noch Gletscher vorhanden sind. Die groß angelegten Bewässerungsprojekte entziehen dem Land und der dort lebenden Bevölkerung zusätzlich Wasser. Die erhöhte Temperatur über Kenia, dem Fluss und seinem Einzugsgebiet sowie dem Delta führt außerdem zu erhöhten Verdunstungsraten, das heißt zu weiterem Wasserentzug. Insbesondere die schweren Dürren in den letzten Jahren haben die Regeneration des Grundwassers stark belastet.

Für die *Lebensbedingungen* im Tana-Delta bedeutet das, dass insbesondere während der Trockenperioden die Bewohner, die bereits jetzt von außen mit Wasser beliefert werden müssen, noch mehr unter Wasserknappheit leiden werden. Angesichts der hohen Frequenz der Dürren ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch traditionelle Methoden, wie im leeren Flussbett der saisonalen Zuflüsse nach Wasser zu graben, nicht mehr zuverlässig funktionieren. Viele, vor allem die kleineren der einst fischreichen Brackwasserarme des Tana im Delta, sind ausgetrocknet und der Fischbestand ist dezimiert. Da die

62 HVA International, TISP Environmental Impact Assessment, S. 322.

63 Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 40ff.; basierend auf Daten des Kenianischen Wetteramtes.

Überschwemmungen zu gering ausfallen oder gar ausbleiben, sind die Bauern auf die ohnehin niedrigen und zunehmend unzuverlässiger werdenden Regenfälle angewiesen. Ohne Bewässerung kann die Landwirtschaft daher nicht mehr funktionieren, und Ernteauffälle sind die Folge. Das für Bewässerungslandwirtschaft zur Verfügung stehende Wasser ist jedoch begrenzt, und es ist allein wegen der lokalen Machtkonstellationen wahrscheinlich, dass ein Großteil des Wassers für die geplanten großflächigen Zuckerrohrplantagen und womöglich auch für die Jatropha-Plantagen aufgewendet wird, statt für den kleinbäuerlichen Lebensmittelanbau. Außerdem geben auch Kühe weniger Milch, wenn sie nicht genug Wasser haben, wodurch die Verfügbarkeit eines weiteren Grundnahrungsmittels reduziert wird.

2.3 Migration und Vertreibung im Tana-Delta

Im Kontext zunehmender Trockenheit und den damit einhergehenden Schwierigkeiten von Land-, Vieh- und Fischwirtschaft ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, den man als *einkommensabhängige Klimamigration* bezeichnen könnte. So wandern Fischer und vor allem auch Fischhändler aus dem Tana-Delta zunehmend zu den großen Seen Kenias ab, um dort ihrem Gewerbe nachzugehen. Ihr Problem ist hierbei nicht der Fischpreis, sondern die knappe Ware. Minderheiten im Tana-Delta, die traditionell Jäger und Sammler waren, aber seit dem Jagdverbot unter dem Wildlife Conservation Act von 1976 dieser Lebensform nicht mehr nachgehen können, haben generell Schwierigkeiten, in der Mehrheitsgesellschaft von Bauern und Viehhaltern ihren Platz zu finden. Sie haben inzwischen sehr diversifizierte Formen der Lebenssicherung, zu denen unter anderem der – ebenfalls verbotene – Holzeinschlag zur Holzkohleproduktion gehört. Diese extrem klimaschädliche und wenig nachhaltige Einkommensquelle wird von den lokalen Behörden allerdings oft geduldet, weil die betreffenden Bevölkerungsgruppen letztlich eine Existenzgrundlage benötigen, außerdem kann so auch der lokale Energiebedarf gedeckt werden. Alternativ hierzu wandern diese Minderheiten in die am nächsten gelegene Küstenstadt Malindi ab, um sich dort nach eigener Aussage unter anderem als Wachmänner oder Kleinkriminelle zu verdingen. Auch die Pokomo aus Wema berichten über zunehmende Abwanderung in die Küstenstädte.

Zugleich wandern Menschen aus dem noch stärker von Dürre betroffenen mittleren Lauf des Tanas (vor allem aus dem nächstgelegenen Bura) zu, weil dort die Wasserknappheit noch größer ist. Auch die zukünftigen Plantagen werden voraussichtlich Zuwanderung zur Folge haben. Zwar versprechen die Investoren, vor allem der lokalen Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen, doch ist ebenso denkbar, dass sie erfahrene Arbeiter von bereits existierenden Zuckerrohrplantagen rekrutieren, zumal wenn die lokale Bevölkerung auf die geplanten Ausbildungsprogramme (aus wel-

chen Gründen auch immer) nicht reagieren sollte. Diese Form der *Arbeitsmigration* wird das Bevölkerungswachstum von 3,62 Prozent⁶⁴ verschärfen und den Druck auf die natürlichen Ressourcen entsprechend erhöhen.

Dieses Problem der zuziehenden Arbeitskräfte liegt augenblicklich jedoch noch in der Zukunft. Das sich tatsächlich aktuell stellende Problem besteht darin, dass beide Projekte – TISP und die Bedford-Jatrophaplantage – die *Vertreibung von Menschen* von dem beanspruchten Land voraussetzen und zur Folge haben. Für das TISP variieren die Angaben zwischen 18 und 30 Dörfern, die im Projektgebiet liegen und deren insgesamt 25.000 Bewohner ihre Häuser womöglich vollständig räumen müssen.⁶⁵ Die betroffene Bevölkerung bekommt hierfür nur minimale Entschädigungen, wie im Falle des Dorfes Hewani, dessen Bewohner pro Kopf lediglich 30.000 KES (im August 2011 ca. 218 Euro) als Abfindung erhielten.⁶⁶ Das entspricht dem Arbeitslohn von knapp 190 Tagen auf der Grundlage des kenianischen Mindestlohnes von 160 KES pro Tag – oder dem Preis von drei Kühen (beides Stand 2011).⁶⁷ Kühe sind aber nur dann eine sinnvolle Entschädigung, wenn man noch sicheren Zugang zu Land hat, auf dem man sie weiden kann. Das ist aber immer weniger der Fall. Häufig werden diese geringfügigen Entschädigungen auch nur deshalb akzeptiert, weil man weder glaubt, eine Chance auf mehr zu haben, noch eine Alternative besitzt, auf dem Land zu verbleiben. Das Dorf Wema, das gegen die Übertragung ihres sogenannten customary bzw. community land an TARDA bereits 1994 klagte, hat bis heute weder eine Entschädigung noch ihr beanspruchtes Land zurückerhalten. Vielmehr ist ihre Klage ›HCC No. 660‹ in den Gerichtsakten nicht mehr auffindbar, und ein Urteil wurde nie gefällt. Insgesamt war und ist der Prozess der Landallokation an TARDA und die Bewilligung des TDIP sowie des TISP von einigen Ungereimtheiten begleitet.⁶⁸

In einer noch prekäreren Lage befinden sich jene, die auf Land leben, ohne irgendeine Form einer offiziellen Berechtigung hierzu zu haben, selbst wenn sie bereits mehrere Jahre auf dem Land geduldet wurden. Dies war der

64 TDDC, Development Plan, S. 6.

65 Petition No. 14, 2010; Nunow, Land Deals in Tana Delta, S. 16.

66 Statement von TARDA zum Pressefrühstück zur Studie von Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya.

67 Ministry of Labour, Kenya Gazette Supplement No. 48, The Regulation of Wages Amendment Order 2011, Government of Kenya, Nairobi 2011, www.labour.go.ke/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=15 (7.11.2013) DMB/EWS Tana River, siehe Ausgaben 2011, Cattle Prices.

68 Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 52f.; Rafik Hirji/Leonard Ortolano, Strategies for Managing Uncertainties Imposed by Environmental Impact Assessment. Analysis of a Kenyan River Development Authority, in: Environmental Impact Assessment Review, 11. 1991, H. 3, S. 203–230, hier S. 225.

Fall der Bewohner von Gamba, die der Ethnie der Wardei angehören. Diese sind ebenfalls halbnomadische Viehhalter, die ursprünglich aus Somalia ins Tana-Delta kamen und inzwischen 8 Prozent der Delta-Bewohner stellen. Etwa 85 Prozent von ihnen besitzen keinerlei Schulausbildung (bei den Pokomos sind dies beispielsweise nur 21 Prozent) und sprechen auch nicht die Nationalsprache Kiswaheli – Faktoren, die zweifelsohne zu ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung beitragen.⁶⁹ Sie gründeten die Siedlung Gamba bereits Ende der 1980er Jahre, hatten aber keine offizielle Berechtigung hierzu und wurden von dort wegen des TDIP 1993 ohne Entschädigung vertrieben.⁷⁰ Nachdem das Reisprojekt 1998 gescheitert war und das Gelände brach lag, kehrten sie circa 2003 nach Gamba zurück, weil der Standort für sie aufgrund des Weidelandes und der Flussnähe weiterhin attraktiv war. Ende 2009, mehr als sechs Jahre nach ihrer Rückkehr, wurden sie von TARDA aufgefordert, das Gelände erneut zu verlassen. Ohne weiteres Follow-up kam ein halbes Jahr später ein Räumungskommando und versuchte, das Dorf unter Einsatz von Tränengas zu räumen. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei welchen einem der Dorfbewohner ins Bein geschossen wurde sowie ein Polizist und ein Vertreter von TARDA verletzt wurden. Beim zweiten Versuch rückte ein entsprechend verstärktes Räumkommando an, und sowohl Hütten als auch zahlreiche Haushaltsgegenstände, Werkzeuge und Materialien wurden zerstört oder mussten zurückgelassen werden.⁷¹

Ein Teil der Dorfbewohner siedelte sich nach diesen Ereignissen in der Gegend von Kipini an und gründete dort die kleine Siedlung Mkoko. Kipini ist eine der wenigen Landkreise des Distrikts Tana Delta, in dem aufgrund jüngerer Entwicklungen private Eigentumstitel vorherrschend sind. Auch in Kipini gelten die Wardei von Gamba bzw. Mkoko daher als Landbesetzer und sind bestenfalls geduldet. Wegen ihrer Rinder sind sie mit den ansässigen Bauern häufig in Konflikt, der durchaus auch gewaltsam ausgetragen wird. Sie dokumentieren mit Fotos, dass ihre Tiere verletzt werden und berichten, dass Tiere verschwinden – in einem Fall sogar eine ganze Herde. Einmal wurde in einem Akt der Selbstjustiz außerdem ein Hirte an einen Baum gebunden und der zweite im Haus eines Bauern festgehalten und für ihn Lösegeld gefordert. Dies sind Racheakte dafür, dass die Rinder auf Privatland weiden und häufig auch bewirtschaftete Äcker nicht verschonen. Eine langfristige Lösung setzt daher die offizielle Ausweisung von Weideland voraus – Land, das die Bewohner von Mkoko offiziell nutzen können. Eine

69 ABE, Jatropha-Bedford Environment and Social Impact Report, S. 49; Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 46.

70 Laut der Umweltverträglichkeitsprüfung für TISP wurde die Räumung des TDIP Geländes 1993 durchgeführt; HVA International, TISP Environmental Impact Assessment, 2007, S. 259f. Die ehemaligen Bewohner sprechen von Anfang 1990.

71 Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 60.

andere Möglichkeit bestünde darin, ihnen den Erwerb von eigenem Landbesitz zu ermöglichen.

Zusätzlich zum Konflikt um Land haben sich allerdings noch weitere Bedingungen verschlechtert. Die Distanzen zur nächsten Wasserquelle haben sich deutlich vergrößert, und das Wasser ist nicht mehr unentgeltlich. Zuvor lebten sie wenige Hundert Meter vom Fluss entfernt. Die Frauen berichten, jetzt mindestens zehn Kilometer zum nächsten Brunnen zurückzulegen (sechs Kilometer mehr als der lokale Durchschnitt) und für den Tagesbedarf einer zehnköpfigen Familie, 200 Liter, zwischen 200 und 600 KES zu zahlen – also deutlich mehr als den gesetzlichen Mindesttageslohn. Ebenso deutlich ist die Distanz zur nächsten Schule gewachsen. Während extremer Wetterbedingungen stellen die langen Wege ein großes Problem dar, da sie wegen Überschwemmungen oder wegen wilder Tiere, die das Delta während der Dürrezeiten auf der Suche nach Wasser durchstreifen, nicht passierbar oder gefährlich sind. So wurde beispielsweise eine Mutter mit ihrem Kind beim Wasserholen von einem Büffel angegriffen. Auf die ohnehin geringe Schulquote dürfte sich die erhöhte Zahl gefährlicher Wildtiere in der Nähe von Siedlungen und Straßen ebenfalls negativ auswirken, da auch die Schulwege – je nach Distanz – unsicherer werden.

Im Falle der Jatrophaplantage von Bedford ist die Sachlage etwas anders.⁷² Als internationaler Konzern, der nicht zu eigenem Landbesitz berechtigt ist, pachtet Bedford das Land von Ranchern. Laut der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung des Projektes wird Bedford die Plantagen so anlegen, dass keine Räumungen von offiziell registrierten Dörfern oder von Dorfgemeinschaften, die eine Erlaubnis des jeweiligen Ranch-Managements haben, durchgeführt werden. Anders sieht es hingegen mit jenen aus, die ohne jede formale Berechtigung Land ›besetzen‹. Dabei kann es sich durchaus um Dörfer mit Infrastruktur handeln, die zum Beispiel bereits eine eigene Moschee haben. Insgesamt soll es sich um 375 Personen handeln.⁷³ Deren Vertreibung nimmt gegebenenfalls aber nicht Bedford vor, sondern die pri-

72 Im Sommer 2013 hat Bedford Biofuels seine Aktivitäten im Tana-Delta allerdings offenbar gestoppt und gab als Grund hierfür den Widerstand bzw. die Konflikte zwischen lokalen Gruppen wegen des Projektes an (BiofuelsDigest: Bedford Biofuels pulls out of Kenyan biofuels project, 24.6.2013; <http://www.biofuelsdigest.com/bdigest/2013/06/24/bedford-biofuels-pulls-out-of-kenyan-biofuels-project/> (22.10.2013). Ein halbes Jahr zuvor hatte es bereits ebenfalls mit dem Ausstieg gedroht, allerdings weil die kenianische Regierung eine Gewinnbeteiligung von 35% gefordert haben soll (BiofuelsDigest: Bedford Biofuels may abort Kenyan jatropa project, 3.12.2012; <http://www.biofuelsdigest.com/bdigest/2012/12/03/bedford-bio-fuels-may-abort-kenyan-jatropa-project/> (22.10.2013).

73 ABF, Jatropa-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 73.

mären Eigentümer, das heißt die Ranchbesitzer bzw. das Ranchmanagement, von denen Bedford das Land pachtet.⁷⁴

Bedford hat bei der Projektplanung außerdem den Viehbestand der Ranches auf den Flächen berücksichtigt, der weiterhin zwischen den Jatropha-Plantagen grasen kann und so zugleich zur Minderung der Feuergefahr beitragen soll. Der gegenwärtige lokale Bestand von 160 Rindern und 830 kleineren Weidetieren unterschreitet dabei deutlich die Kapazitäten der Ranches, die bis zu 18.500 Rinder unterhalten könnten. Nicht berücksichtigt wurden in der Planung hingegen die über 12.200 Rinder der Dörfer in der unmittelbaren Nachbarschaft, die das Land vor allem während der Trockenzeit ebenfalls nutzen.⁷⁵ Offenbar nicht einmal erhoben wurde die saisonale Nutzung der Weideflächen durch die nomadischen Viehhalter der Provinzen nördlich des Deltas.

Die dominanteste Form der Migration im Delta ist nämlich die *saisonale Wanderung* der Rinderherden. Neben den kleinräumigen Wanderungen der lokalen Bestände zwischen den Weideflächen der Trocken- und der Regenzeit gibt es auch großräumigere Wanderung aus den Nachbarprovinzen und zurück. Während der Trockenzeit kommen die Nomaden aus den Provinzen nördlich und nordöstlich des Tana in das Delta, um Wasser und Weideland für ihre Tiere zu finden. Insbesondere während schwerer Dürren ist das Delta für sie ein zentrales Rückzugsgebiet, um das Überleben ihrer Bestände zu sichern. Während der Dürre 2009 kamen laut Nunow drei Millionen Rinder zusätzlich in das Tana-Delta; das waren etwa 14-mal so viele wie der lokale Bestand von ca. 212.000 Rindern.⁷⁶ Im Juli 2011, also noch vor dem Höhepunkt der extremen Dürre im August 2011, waren laut dem amtierenden Distriktverwalter eine halbe Million Rinder ins Tana-Delta gekommen, und eine der Fokusgruppen berichtete bei unserer Befragung, dass innerhalb einer einzigen Woche etwa 7.000 Tiere in ihre unmittelbare Nachbarschaft »eingedrungen« seien.

Die saisonale Zuwanderung ins Tana-Delta dürfte sich, was den Viehbestand angeht, mittlerweile noch weiter intensiviert haben: zum einen wegen der wachsenden Zahl der Rinder und zum anderen, weil die reicheren Nomaden mit großen Herden diese inzwischen per LKW transportieren, das heißt immer mehr Tiere die langen Strecken in immer kürzerer Zeit zurücklegen können. Diese Wanderungsbewegungen sind zirkulär bzw. saisonal

74 Schade, Human Rights and Climate Change in Kenya, S. 56; ABF, Jatropha-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 72.

75 ABF, Jatropha-Bedford Environmental and Social Impact Report, S. 42f.

76 Abdirizak Aral Nunow, The Dynamics of Land Deals in the Tana Delta, Kenya. Paper presented at the International Conference on Global Land Grabbing, 6–8 Apr 2011, University of Sussex, Brighton, S. 7; KNBS, Census Kenya 2009, Population and Housing Census Highlights, Kenya National Bureau of Statistics (KNBS), Tabelle 11.

und bleiben aufgrund der klimatischen Bedingungen im extrem ariden Norden Kenias unerlässlich. Gerade in Phasen aufeinander folgender Dürren innerhalb weniger Jahre kommt es allerdings auch vor, dass Nomaden aus dem Norden und Nordosten mit ihren gesamten Familien kommen und dann unter Umständen bleiben. Dies geschah beispielsweise während der anhaltenden Dürren in den 1960er Jahren. Die Siedlungen der damals zugewanderten halbnomadischen Viehhalter liegen heute teilweise auf dem von Bedford beanspruchten Land.⁷⁷

Die Expansion von Zuckerrohr- und Jatropha-Plantagen wird also nicht nur die Wasserverfügbarkeit beeinträchtigen und dezimieren, sondern auch die für das Gras der Weidetiere zur Verfügung stehenden Flächen für die lokale Bevölkerung sowie für die saisonal anwesenden nomadischen Viehhalter. Es ist abzusehen, dass sich die bereits bestehenden Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und den Nomaden weiter verschärfen bzw. neue Konflikte zwischen den Investoren und den Nomaden sowie den lokalen Viehhaltern um das Land entstehen. Denn während die lokalen Bauern eventuell noch durch entsprechende Verträge mit den Plantagenbetreibern als Subunternehmer am Agrospritboom teilhaben könnten, wird dies für die Mehrzahl der Viehhalter nicht der Fall sein. Zugleich ist es aber auch für Kleinbauern riskant, angesichts der steigenden Ernährungsunsicherheit in der Region auf den Anbau von Energiepflanzen zu setzen, statt Lebensmittel anzubauen.

2.4 Gesellschaftliche Ursachen von Vertreibung und Landlosigkeit

Die Verknappung der lebenswichtigen Ressourcen Land und Wasser durch den Klimawandel und die Klimapolitik sind allerdings nur ein Teil des Problems. Insbesondere die Verwundbarkeit gegenüber der Klimapolitik hat ihre gesellschaftlichen Ursachen in der lokalen Landpolitik und das sie rahmende Landrecht. Das hohe Vertreibungspotenzial durch den Druck der Biospritexpansion liegt vor allem in diesem begründet. Dabei ist es in Subsahara-Afrika in der Regel so, dass die postkolonialen Gesetze der Mehrheit der Bevölkerung nur schwach ausgeprägte oder überhaupt keine Landrechte zugestehen. Gerade in den letzten Jahren hat es allerdings in einigen Ländern Verfassungsreformen gegeben. Kenia besitzt seit August 2010 eine neue Verfassung, die unter anderem eine Landreform vorsieht. Deren Umsetzung dauert allerdings an. Die Landverhältnisse – insbesondere in den abseits gelegenen ländlichen Gebieten – sind daher nach wie vor stark von der alten Gesetzgebung und den etablierten Machtverhältnissen geprägt. Dies gilt erst recht für Landungerechtigkeiten, die vor der Verfassungsreform liegen, wie dies mit dem Land für TARDA der Fall ist, das nun in eine Zuckerrohrplantage konvertiert werden soll.

77 HVA International, TISP Environmental Impact Assessment, S. 45f.

Das kenianische Landrecht vor August 2010 – oder besser die Landrechte, da es sich um eine Vielzahl von Gesetzen und Regularien handelte – ist typisch für das postkoloniale Ostafrika. Es wurde zum größten Teil wortwörtlich aus der kolonialen Gesetzgebung übernommen, die das Territorium in (a) Land der britischen Krone, (b) verwaltete Reservate und (c) Privatland aufgeteilt hatte.⁷⁸ Das Privatland oder die sogenannten ›scheduled areas‹ wurden an weiße Siedler vergeben, die darauf großflächige kommerzielle Landwirtschaft betrieben.⁷⁹ Den verschiedenen einheimischen Ethnien war kommerzielle Landwirtschaft in den ihnen zugewiesenen Reservaten hingegen untersagt und nur Subsistenzwirtschaft gestattet.⁸⁰ Dieses Land wurde im Zuge der Dekolonialisierung in sogenanntes ›trust land‹ umgewidmet, das der Krone in ›government land‹. Das ›trust land‹ wurde von Bezirksräten verwaltet, deren Mitglieder mindestens zur Hälfte vom Landministerium ernannt wurden, ebenso wie der Vorsitzende. Die Beamten der Distriktverwaltung wurden wiederum durch die öffentliche Verwaltung eingesetzt, und die den Distrikten übergeordneten Provinzverwalter unterstanden dem Präsidentenbüro.⁸¹

Die Bezirksräte, Provinzverwalter und die Zentralregierung bzw. das Landministerium genossen folglich sehr viel – nicht demokratisch kontrollierte – Verfügungsgewalt über das ihnen anvertraute Land, das von der lokalen Bevölkerung als Land unter ›customary law‹ und damit meist als ›community land‹ betrachtet wurde und wird. Die Räte hatten das Recht, über das ›trust land‹ und dessen Nutzung zu bestimmen, ohne dass es bei ihrer Landvergabe eine effektive Kontrolle durch die Öffentlichkeit gegeben hätte. Die Spielräume waren hierbei weit gesteckt. Sie konnten Land vergeben für »use and occupation by a public body or authority; [...] extraction of minerals and mineral oils; or [...] a purpose which in the opinion of that county council is likely to benefit the persons ordinarily resident in that area or any other area of Trust land vested in that county council, either by reason of the use [...] or by reason of the revenue to be derived from«. ⁸² Für

78 Bondi D. Ogolla/John Mugabe, Land Tenure Systems and Natural Resource Management, in: Calestous Juma/J.B. Ojwang (Hg.), In Land We Trust. Environment, Private Property and Constitutional Change, Nairobi 1996, S. 85–116, hier S. 104.

79 Simeon H. Ominde, Land and Population Movements in Kenya, Reprint 1970, London 1968, S. 27f.

80 Marcel Rutten/Sam Owuor, Weapons of Mass Destruction. Land, Ethnicity and the 2007 Elections in Kenya, in: Journal of Contemporary African Studies, 27. 2009, H. 3, S. 305–324, hier S. 308.

81 Marjolein Benschop, Rights and Reality. Are Women's Equal Rights to Land, Housing and Property Implemented in East Africa?, United Nations Human Settlement Programme, UN-HABITAT Land and Tenure Section, Nairobi 2002, S. 144.

82 The Trust Land Act (Cap. 288), Revised Edition 2010 (1970) Published by the National Council for Law Reporting with the Authority of the Attorney General Sec. 117(1).

die auf dem Land lebende Bevölkerung schrieb das Gesetz darüber hinaus fest, dass »any rights, interests or other benefits in respect of that land that were previously vested in a tribe, group, family or individual under African customary law shall be extinguished.«⁸³ Dies galt selbst dann, wenn das Land anschließend gar nicht für den vorgegebenen, sondern für einen anderen Zweck genutzt wurde oder gar brach lag. Der Bezirksrat konnte solch ergrattertes Land sogar verkaufen, wenn es für den vorgesehenen Zweck nicht mehr gebraucht wurde.⁸⁴ Ebenso konnte die Zentralregierung für vermeintliche Zwecke im öffentlichen Interesse jederzeit ›trust land‹ sowie ›government land‹ in Anspruch nehmen.⁸⁵

Aufgrund der mangelnden demokratischen Kontrollmechanismen eröffnete eine solche Gesetzgebung dem Missbrauch Tür und Tor. Wenn es überhaupt Entschädigungen gab, dann beschränkten sich diese – da es kein Privatland war – auf die Besitztümer *auf* dem Land, zum Beispiel Mangobäume.⁸⁶ Landlose Kenianer gehen mit diesem Problem meist so um, dass sie ein paar Kilometer weiter ziehen und sich anderweitig auf ›freiem‹ Land niederlassen. Dies macht sie formal zu illegalen Landbesetzern, die erst wenn sie zwölf Jahre unangefochten auf dem Land gelebt haben, einen legalen Anspruch auf dieses Land erwerben können.⁸⁷ Zuvor sind sie rechtlich jederzeit vertreibbar, außer sie sollten offiziell eine Duldung erhalten haben. Dies macht die große Mehrheit der Kenianer extrem verwundbar gegenüber Politiken und Investitionsstrategien, die flächenintensiv sind.

Die Landreformen, die die Regierung in den 1970er Jahren durchführte, um die kenianische Landwirtschaft zu modernisieren, brachten für einige eine selektive Verbesserung der Situation. Zum einen wurde Anfang der 1970er Jahre Land konsolidiert, das heißt die Nutzer von Land – auch Einzelpersonen – konnten unter Berufung auf das Gewohnheitsrecht Ansprüche auf genutztes Land geltend machen. Da dieses Land oft fragmentiert und auf viele Parzellen verteilt war, bekamen sie Land von gleicher Größe in einem Stück zugewiesen, auf das sie dann Eigentumstitel anmelden konnten. Dies bedeutete aber nicht zwangsläufig, dass dieses akkumulierte Land den glei-

83 (Repealed) Constitution of Kenya, rev. ed. 2008 (2001), Published by the National Council for Law Reporting with the Authority of the Attorney General Sec. 13(2).

84 The Local Government Act (Cap. 265), rev. ed. 2010 (1998), Published by the National Council for Law Reporting with the Authority of the Attorney General, Sec. 144(1) and 144(6).

85 Repealed Constitution, 2008, Sec. 118.

86 Government Lands Act, rev. ed. 2010 (1984), Published by the National Council for Law Reporting with the Authority of the Attorney General, Sec. 87.

87 Ministry of Lands, Eviction and Resettlement Guidelines. Towards Fair and Justifiable Management of Evictions and Resettlement, Ministry of Lands, Secretariat of the Land Reform Transformation Unit (LRTU), Government of Kenya, Nairobi 2011, S. 21.

chen Ressourcenreichtum aufwies. Darüber hinaus wurde ›customary land‹ und die auf ihm befindlichen Ressourcen häufig von mehreren Communities zugleich genutzt (secondary rights/Nießbrauch).⁸⁸ Jene, die nicht offiziell registriert waren – häufig ethnische Minderheiten – verloren den Zugang oder wurden gegen marginale Entschädigungen landlos. Insgesamt begünstigte dieser Konsolidierungsprozess überwiegend Bauern, vor allem solche, die größere Landflächen beanspruchten.⁸⁹

Die nomadischen und halb-nomadischen Viehhalter konnten Ende der 1970er Jahre unter dem eingeführten Land (Group Representatives) Act Landtitel anmelden. Diese ›group ranches‹ lagen auf den von ihnen hauptsächlich genutzten ariden und semi-ariden Gebieten und sollten gemeinschaftlich von den jeweiligen Gruppen gemanagt werden.⁹⁰ Dahinter stand die Idee, die Viehwirtschaft zu professionalisieren und effektiver in den Markt zu integrieren, die Nomaden sesshaft zu machen und einen gewissen Ausgleich zur Landkonsolidierung zugunsten der Landwirte zu schaffen.⁹¹ Dies funktionierte nicht in allen Fällen, und mitunter agiert das Management weitgehend unkontrolliert vom Rest der registrierten Gruppe, das heißt verpachtet dieses Land beispielsweise an Dritte, ohne dies abzustimmen oder daraus resultierende Einkünfte aufzuteilen. Für Bauern wie Viehzüchter gilt, dass es auch innerhalb ihrer jeweiligen ethnischen Gemeinschaften mitunter deutliche Machtgefälle gibt und eine community-interne Elite, die es versteht, politische und rechtliche Strukturen für sich zu nutzen, ohne dabei zwangsläufig zum Wohle ihrer Gemeinschaft zu agieren.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund erklärt sich, weshalb in Kenia Landunsicherheit und Landlosigkeit weit verbreitete Phänomene sind. Selbst wenn die oben genannten Gesetze wegen der neuen Verfassung nicht mehr anzuwenden sind oder gerade reformiert werden, entfalten sie nach wie vor ihre Wirkung. Im Falle des Tana-Deltas fanden alle Landübertragungen für die genannten Agrospritprojekte vor der Verfassungsreform statt. Es begründet außerdem die Selbstverständlichkeit, mit der TARDA die auf ›ihrem‹ Land lebenden ›Landbesetzer‹ mit großer Rücksichtslosigkeit vertreibt oder nur äußerst niedrige Entschädigungen zahlt. Es begründet auch,

88 Judi Wakhungu/Chris Huggins/Elvin Nyukuri, *Land Tenure and Violent Conflict in Kenya*, African Centre for Technology Studies (ACT), Nairobi 2008, S. 3, www.acts.or.ke/reports/RelatedResource/Land_Tenure_Brochure.pdf (9.7.2013).

89 Ogolla/Mugabe, *Land Tenure Systems*, S. 99.

90 Benschop, *Land Rights and Reality in East Africa*, S. 147.

91 J.C. Ng'ethe, *Group Ranch Concept and Practice in Kenya with Special Emphasis on Kajiado District*, in: J.A. Kategile/S. Mubi (Hg.), *Future of Livestock Industries in East and Southern Africa. Proceedings of the Workshop Held at Kadoma Ranch Hotel, 20–23 July 1992, Simbabwe 1993*, S. 187–190, www.fao.org/Wairdocs/ILRI/x5485E/x5485e0t.htm (9.7.2013).

weshalb die Ranchmanager, die über mehrere Jahrzehnte kaum etwas aus den ihnen anvertrauten ›group ranches‹ gemacht haben, jetzt jene, die sich dort vor Jahren niedergelassen haben, einfach vertreiben können, weil ihnen durch Verpachtung an ausländische Agrospritinvestoren attraktive Einnahmen ohne weiteres Zutun winken.

Hinzu kommt die mangelnde Verfügungsgewalt über die Ressource Wasser. Da alle offenen Gewässer dem Staat gehören, liegt die Kontrolle der Nutzung des Flusswassers weder bei den lokalen Behörden noch bei der Bevölkerung, sondern beim Staat und den verantwortlichen nationalen Behörden. Das Interesse der Zentralregierung beschränkt sich jedoch hauptsächlich auf den wirtschaftlich bedeutsamen Oberlauf des Tana, das heißt auf die Staudämme und die dortige Bewässerungslandwirtschaft. Mit anderen Worten, die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen setzen die lokale Bevölkerung nicht nur den Risiken der Vertreibung und des Entzugs von Land aus, sondern schließen sie auch von Entscheidungen über die lebenswichtige Ressource Wasser weitgehend aus. Sie sind weder in das Management der Staudämme noch in die Vergabe von Lizenzen zur Flusswassernutzung eingebunden, obwohl sie unmittelbar Leidtragende der getroffenen Entscheidungen sind. Diese gesellschaftliche Marginalisierung macht sie verwundbarer gegenüber den Folgen des Klimawandels und seiner Wirkungen auf die Hydrologie des Deltas.

Das Beispiel des Tana-Deltas zeigt, welche Auswirkungen nicht nur der globale Klimawandel, sondern auch die internationale Klimapolitik auf die lokalen Gegebenheiten haben und welche Dynamiken sie im Zusammenspiel mit existierendem Ressourcenverbrauch und Praktiken sozialer Ungleichheit entfalten können. Im Folgenden wird daher erörtert, inwiefern Umsiedlungen eine geeignete Lösung sein könnten, um – im Tana-Delta und anderswo – mit Migration durch Klimawandel sowie der Vertreibung durch Klimapolitik umzugehen.

3 Umsiedlungen im Rahmen der Klimapolitik: eine Lösung für wen?

Der Blick auf die jüngeren Entwicklungen in der Debatte um Klimamigration zeigt, dass die Option geplanter Umsiedlung als ein Instrument der Klimapolitik zunehmend an Akzeptanz gewinnt. Immerhin 13 Entwicklungsländer erwähnen explizit Umsiedlungen als Teil ihrer nationalen Anpassungsstrategien, sowohl als primäre wie auch als sekundäre Maßnahme.⁹² Dabei ist es letztlich gleichgültig, ob es sich um Umsiedlung als Anpassungsmaßnahme oder um Umsiedlungen als Begleiterscheinung von Anpassungs- und Minde-

92 McDowell, *Climate Change Adaptation and Mitigation*, S. 7.

rungsmaßnahmen handelt, denn die Schwierigkeiten, die Umsiedlungen mit sich bringen, sind in allen drei Fällen gleich. Von allen Optionen, so möchte man annehmen, dürften vorbeugende Umsiedlungen als Anpassungsmaßnahme noch jene sein, die mit der größten Umsicht geplant werden, da hier die Umsiedlung nicht nur Nebensache, sondern das Hauptziel ist. Sie ist auch jene Lösungsstrategie, die in der Klimamigrationsdebatte bislang breiten Raum einnimmt.

Die Klimamigrationsdebatte war zu Beginn vor allem von den Flüchtlings-, Krisen- und Konfliktszenarien getragen, die der Öffentlichkeit das Schicksal der Menschen vergegenwärtigten: Inseln, die durch den Anstieg des Meeresspiegels dauerhaft überschwemmt wurden bzw. werden; Menschen, die durch die gestiegene Zahl von verheerenden Stürmen, Dürren oder Springfluten ihr Leben und ihre Lebensgrundlagen verlieren; oder Menschen, die Opfer von Konflikten um lebensnotwendige Ressourcen werden, die – wie Wasser und fruchtbares Land – durch den Klimawandel zusätzlich verknappt werden. Die Horrorszenarien wurden bald um die Forderung und Suche nach einem geeigneten Regime für sogenannte ›Klimaflüchtlinge‹ ergänzt, und die Tauglichkeit existierender Instrumente wurde diskutiert.⁹³ Diese Bemühungen liefen jedoch weitgehend ins Leere, da das Interesse der Mehrheit der Entscheidungsträger an einer Erweiterung nationaler Asylrechte in Zeiten der Terrorismusbekämpfung und verbreiteter Arbeitslosigkeit letztlich gering ist. Auch relevante Akteure wie das UN-Flüchtlingswerk sperrten sich gegen ein Aufschnüren der Genfer Flüchtlingskonvention, um diese nicht zu schwächen. Zudem bestätigte bald die Mehrheit der Experten,

93 Für eine Analyse der Rechtsinstrumente siehe Margit Ammer, *Climate Change and Human Rights. The Status of Climate Refugees in Europe*, Ludwig Boltzmann Institute of Human Rights, Wien 2009; dies. u.a., *Rechtsstellung und rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingsen*, Umweltbundesamt, Texte 54/2010, Dessau-Roßlau 2010. Für Vorschläge neuartiger Regime siehe Frank Biermann/Ingrid Boas, *Preparing for a Warmer World. Towards a Global Governance System to Protect Climate Refugees* (Global Governance Working Paper 33), November 2007; und Bonnie Docherty/Tyler Giannini, *Confronting a Rising Tide. A Proposal for a Convention on Climate Change Refugees*, in: *Harvard Environmental Law Review*, 33. 2009, H. 2, S. 349–403. Für versinkende Staaten siehe beispielsweise Jane McAdam, *Disappearing States. Statelessness and the Boundaries of International Law*, in: dies. (Hg.), *Climate Change and Displacement: Multidisciplinary Perspectives*, Oxford 2010, S. 105–130; im selben Sammelband siehe Roger Zetter, *Protecting People Displaced by Climate Change. Some Conceptual Challenges*, S. 131–150 zu IDPs sowie Peter Penz, *International Ethical Responsibilities to Climate Change Refugees*, S. 151–174 zu Kompensation und anderen Gerechtigkeitsfragen; siehe auch die Beiträge von Christel Cournil, *The Protection of ›Environmental Refugees‹ in International Law*, in: Etienne Piguet/Antoine Pécoud/Paul de Guchteneire (Hg.), *Migration and Climate Change*, Paris 2011, S. 359–387, und von Astrid Epiney, *Environmental Refugees. Aspects of International State Responsibility*, in: ebd., S. 388–414.

dass es sich bei Klimamigration überwiegend um interne und bestenfalls regionale Migrationsbewegungen in angrenzende Länder handeln werde. Es bot sich daher an, solche ›Klimaflüchtlinge‹ unter dem Mandat der Katastrophenhilfe und Versorgung von Binnenflüchtlingen zu berücksichtigen und unter dem Clusteransatz der UN zu diskutieren.⁹⁴

Alternativ zur Integration von Klimaflüchtlingen in bestehende Mechanismen und Regime wurden bereits 2007 Vorschläge für ein ›Klimaflüchtlingsregime‹ entwickelt, das sich vor allem für geplante Umsiedlungen, in der Regel innerhalb nationaler Grenzen, stark machte.⁹⁵ Dieser Ansatz propagiert Umsiedlungen als eine Art geordnete Form von Migration, um unkontrollierten Migrations- und Fluchtbewegungen vorzubeugen. Es war möglicherweise diese Ausdifferenzierung der ›Klimamigration‹ von einem ›Problem‹ in eine ›Lösung‹, die sie verdaulicher für Entscheidungsträger und die Debatte politisch erfolgreicher machte.⁹⁶ Zumindest ist es ein Faktum, dass auf dem Klimagipfel in Cancún im Dezember 2010 das Thema klimainduzierte Migration und Umsiedlungen erstmals Berücksichtigung im offiziellen Abschlussdokument der Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action (AWG-LCA) der Klimarahmenkonvention fand. Darin vereinbarten die Staaten »measures to enhance understanding, coordination and cooperation with regard to climate change induced displacement, migration and planned relocation, where appropriate, at national, regional and international levels«.⁹⁷

Der Wortlaut des Paragraphen 14(f) scheint sich hierbei relativ eindeutig auf erzwungene Migration durch den Klimawandel allein zu beziehen. Doch unter der Klimarahmenkonvention werden jetzt und in Zukunft noch eine Reihe anderer Maßnahmen durchgeführt, die geplante Umsiedlung als Komponente beinhalten oder auch Vertreibungen ohne das Angebot eines alternativen Wohnortes in Kauf nehmen. Gewaltsame Vertreibung, aber auch halbherzig durchgeführte und selbst wohlmeinende Umsiedlungen können Entwurzelungen zur Folge haben, die die Betroffenen schlechterstellen und

94 UNHCR, Climate Change, Natural Disaster and Human Displacement. A UNHCR Perspective, United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Genf 2008; <http://www.unhcr.org/refworld/pdfid/492bb6b92.pdf> (9.7.2013).

95 Biermann/Boas, Warmer World and Climate Refugee Protection.

96 Siehe Chloé Vlassopoulos, Defining Environmental Migration in the Climate Change Era. Problem, Consequence or Solution?, in: Thomas Faist/Jeanette Schade (Hg.), Disentangling Migration and Climate Change. Methodologies, Political Discourses and Human Rights, London 2013, S. 145–163.

97 UNFCCC, The Cancun Agreements: Outcome of the Work of the Ad Hoc Working Group on Long-Term Cooperative Action under the Convention. Decision 1/CP.16, Report of the Conference of the Parties on Its Sixteenth Session, Held from 29 November to 10 December, Cancun 2010, Addendum, FCCC/CP/2010/7/Add.1, March 2011, Para 14(f).

ihrerseits zu Binnenflüchtlingen und -migration führen. Aus Perspektive der Umzusiedelnden stellt sich wie bei allen Umsiedlungsmaßnahmen daher die Frage, inwiefern dies tatsächlich zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führen wird, oder ob sich diese nicht gar verschlechtert.

3.1 Bisherige Erfahrungen mit Umsiedlungen

Die Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit mit Umsiedlungen zeigen, dass sich diese in der Bilanz für die Betroffenen häufig nachteilig auswirken. Michael Cernea, ein führender Umsiedlungsexperte, fasst die Gefahren von Umsiedlungen in Kürze so zusammen: Landlosigkeit, Arbeits- bzw. Einkommenslosigkeit, Obdachlosigkeit, erhöhte Sterblichkeit und Krankheitsraten, Verlust des Zugangs zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen und die Zerstörung sozialer Netzwerke – mit jeweils unterschiedlicher Ausprägung je nach sozialer Gruppe und ihrer spezifischen Verwundbarkeit (z.B. Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten, Kinder, Alte, etc.).⁹⁸ Daran lässt sich erkennen, dass es bei Umsiedlungsprogrammen keineswegs nur darum geht, einen Landtitel zu erhalten oder in ein anderes, womöglich besseres Haus zu ziehen, oder darum, eine – meist zu kleine – Entschädigung zu erhalten. Vielmehr werden ganze Lebenszusammenhänge auseinandergerissen und müssen an anderer Stelle wieder aufgebaut werden. Es geht darüber hinaus um den Zugang zu zentralen Ressourcen wie Wasser, fruchtbarem Land, sozialer Infrastruktur wie Schulen, medizinischer Versorgung und Märkten etc. Es geht auch um die Frage, wie sich Umsiedlungen auf soziale Beziehungen und Netzwerke auswirken, beispielsweise ob Kinder der Verpflichtung, ihre alternden Eltern zu pflegen, weiterhin nachkommen können, ob die spirituell zentrale Verehrung der Toten oder heiliger Orte weiter gepflegt werden kann, ob man den Kontakt zu Mittelpersonen und -institutionen für die Abwicklung bestimmter Geschäfte, den Zugang zu Krediten oder die Vermittlung von Jobs aufrechterhalten kann. Und schließlich geht es auch darum, falls sich die Veränderung der geographischen Lage potenziell nachteilig auf die Lebensverhältnisse auswirkt, ob die Distanzen und zur Verfügung stehenden Verkehrswege zu den alten Lebensmittelpunkten oder zu attraktiven neuen Zielen zumutbar sind, um solche Nachteile ggf. durch erhöhte Mobilität ausgleichen zu können.

98 Cernea, *Resettling Displaced Populations*, S. 1572-1576. Für weitere Literatur zu den Herausforderungen und Fallstricken von Umsiedlungsmaßnahmen siehe beispielsweise Michael Cernea/Christopher McDowell (Hg.) *Risks and Reconstruction. Experiences of Resettlers and Refugees*, Washington, DC 2000; Michael Cernea/Ravi Kanbur, *An Exchange on the Compensation Principle in Resettlement* (Department of Applied Economics, Working Paper 202-33), Cornell University, Ithaca 2002; Christopher McDowell/Gareth Morell, *Displacement Beyond Conflict. Challenges for the 21st Century*, Oxford 2010.

Es ist wohl selten der Fall, dass all diese Komponenten bei Umsiedlungen berücksichtigt werden (können), weshalb sie häufig kein Erfolg sind – und dies, obwohl große Entwicklungsprojekte durchaus begleitende Umsiedlungsprojekte beinhalten. Deren wahre Kosten – wenn sie gewissenhaft und erfolgreich durchgeführt werden sollen – werden jedoch häufig zugunsten einer vorteilhaften Kosten-Nutzen-Planung viel zu niedrig angesetzt und/oder sind in ihrer Planung zu unterkomplex. So ließen beispielsweise die Umsiedlungen im Rahmen des Dreischluchten-Staudamms in China und des Atatürk-Staudamms in der Türkei jeweils Bauern ohne Farmland und Familien ohne alternative Einkommensquellen zurück.⁹⁹ Im Falle des Tana-Deltas wäre es ebenfalls fraglich, ob das Mittel der geplanten Umsiedlung die Probleme der Zwangsvertreibung und Ressourcenknappheit tatsächlich mildern könnte. Denn die Menge des lokal zur Verfügung stehenden fruchtbaren Landes ist schlichtweg begrenzt und würde zu einem Großteil von den neuen Plantagen eingenommen werden. An der Höhe des Wasserbedarfs der Plantagen würden geplante Umsiedlungen ebenfalls nichts ändern; und dem Anzapfen von Grundwasser durch das Bohren von Brunnen sind wegen der oben beschriebenen klima- und nutzungsbedingten Veränderungen (gestörte Hydrologie, hoher Salzgehalt) ebenfalls enge Grenzen gesetzt. Eine Umsiedlung in größerer Distanz zum Delta würde entweder eine Umsiedlung in arides Gebiet bedeuten, oder – wie im Falle der Region Kipini – wegen der dort bestehenden Eigentumstitel kaum möglich sein.

3.2 Umsiedlungen als primäre Anpassungsmaßnahme

Es stellt sich die Frage, ob Umsiedlungen, die primär aus Fürsorge für jene, deren natürliche Lebensgrundlagen durch die Folgen des Klimawandels absehbar zerstört werden, tatsächlich im Sinne der Betroffenen geplant werden. Ein Blick auf solche Maßnahmen lässt diesen Schluss nicht zu. So ordnete die chinesische Regierung die Umsiedlung von traditionellen Viehhaltern aus der Inneren Mongolei in städtische Zentren an, damit das Land sich von der Überweidung erholen könne und der Lebensstandard der betroffenen Familien in den urbanen Zentren (z.B. Zugang zu Schulen und medizinischer Versorgung) gesteigert werde. Aufgrund fehlender Einkommensalternativen zur Viehhaltung kehrten etliche allerdings bald zurück oder blieben in den Städten, ohne aber die Viehwirtschaft am Herkunftsort aufzugeben.¹⁰⁰

99 Siehe die Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) Studien zu China und der Türkei: François Gemenne, Three-Gorges Dam Case Study Report, EACH-FOR Deliverable, 2008; Zeynep Kadirbeyoglu, Turkey Case Study Report, EACH-FOR Deliverable, 2008.

100 Quian Zhang, Inner Mongolia Case Study Report, EACH-FOR Deliverable, 2009, S. 22–24. Siehe auch Sarah Roger/Mark Wang, Environmental Resettlement and So-

Auch in Mosambik führte die zum Teil erzwungene Umsiedlung der Bewohner des fruchtbaren Überschwemmungslandes des Sambesi-Flusses in höher gelegene Regionen zu eher zweifelhaften Ergebnissen. Trotz des gehäuftem Auftretens von schweren Überschwemmungen in den Jahren 2000 bis 2010 kehrten viele Bewohner zu ihren sogenannten ›Machambas‹, ihren Feldern, zurück, da die Bodenqualität und der Zugang zu Wasser bei den neu zugewiesenen Siedlungen zu schlecht war, um dort Landwirtschaft betreiben zu können.¹⁰¹ Angelegte Brunnen versickerten rasch, alternative Einkommensmöglichkeiten gab es nicht und die in Aussicht gestellte soziale Infrastruktur wurde häufig nicht bereitgestellt. Zudem waren diese Siedlungen vielfach zu weit von anderen urbanen Zentren entfernt, um dort Arbeit zu finden und soziale Dienstleistungen wahrzunehmen. Mitunter wurden Gemeinschaften sogar abhängig von Nothilfe, um in den Siedlungen überhaupt überleben zu können.¹⁰²

Umsiedlungen als Anpassungsstrategie, selbst wenn sie mit Umsicht geplant und umgesetzt werden, können schon deshalb scheitern, weil nicht hinreichend geeignetes Land zur Verfügung steht oder erworben werden kann. Dies zeigt das Beispiel des zivilgesellschaftlich organisierten Carterets Integrated Relocation Programme, bei dem die Inselbewohner der Carterets auf die größere Insel Bougainville (beide Inseln gehören zum Staat Papua-Neuguinea) umgesiedelt werden sollten. Obwohl der Rat der Inselbewohner in seinen Plänen viele zentrale Komponenten einer Umsiedlung berücksichtigte, darunter ausreichende Einkommensmöglichkeiten, spirituelle Dimensionen, kultureller Austausch und Beziehungspflege mit den bereits Ansässigen usw., kehrten die Pioniere dieser Initiative bald wieder auf ihr sinkendes Eiland zurück. Das Land, das die Kirche bereitgestellt hatte, war nicht ausreichend gewesen und die staatlicherseits in Aussicht gestellten Mittel zum Landerwerb wurden nie zugänglich gemacht und versickerten wohl stattdes-

cial Dis/Re-articulation in Inner Mongolia, China, in: *Population and Environment*, 28. 2006, H. 1, S. 41–68.

- 101 Mark Stal, Mozambique Case Study Report, EACH-FOR Deliverable, 2008, S. 23–27; Eine Evaluierung der Umsiedlungsmaßnahmen im Distrikt Mutarara ergab, dass in 62,3% der Fälle das eigene Feld (Machamba) der Hauptgrund war, die neuen Siedlungen zu verlassen; in 10,4% der Fälle war der Grund, dass die neu gebohrten Brunnen austrockneten; und in 9,1% der Fälle war es die emotionale Bindung der Menschen an ihr Land (siehe Oxfam, Reassentamento pela Metada no Vale do Zambeze. Um Estudo Independente sobre a Abordagem de Reassentamento Pós-Cheias em Moçambique, durchgeführt von Raúl M. Chambote/Boaventura S. Veja, Mai 2008, S. 33). ECHON, Estudo Sobre Abordagem de Intervenção da Intermon Oxfam no Processo de Reassentamento e Reconstrução Pós Cheias, Maputo 2008, S. 13.
- 102 Es gab Fälle, in denen die neuen Siedlungen und die alten Heimstätten mehr als 30 km voneinander entfernt lagen. Der durchschnittliche Abstand betrug 10–15 km (siehe Oxfam, Reassentamento, 2008, S. 60).

sen in unbekanntem Kanälen, sodass es bald zu Engpässen und Konflikten mit den ansässigen Bewohnern kam.¹⁰³

Der Mangel an Finanzmitteln und Einkommenssicherheit war Interviews zufolge auch das Hauptproblem eines staatlich organisierten Umsiedlungsprogramms in Vietnam, das Menschen von den erodierten und durch Erdbeben gefährdeten Flussufern des Mekong weiter landeinwärts anzusiedeln plante. Der Staat stellte Grundbesitz bereit, den die Zielgruppen zu günstigen Konditionen erwerben und bebauen konnten. Die in der Regel marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die bisher wenig Alternativen zu den prekären Wohnverhältnissen am Flussufer hatten, hätten sich jedoch verschulden und zugleich den Verlust ihrer sozialen Netzwerke sowie ihrer Einkommensmöglichkeiten in ihrer derzeitigen Umgebung in Kauf nehmen müssen. Trotz der Gefahr der Erdbeben entschieden sich daher viele zu bleiben.¹⁰⁴

Im Hinblick auf Umsiedlungsmaßnahmen gilt es außerdem allgemein zu hinterfragen, zu welchem Zeitpunkt welcher Akteur darüber entscheidet, für welche Gemeinschaften oder Gruppen eine Umsiedlung das beste Anpassungsinstrument ist und welchen hingegen *in situ*-Maßnahmen zuteilwerden. Letztere müssen ihren angestammten Wohn-, Arbeits- und Lebensraum nicht verlassen und andernorts wieder aufbauen, während Erstere hohe soziale Kosten tragen. Es ist offensichtlich, dass insbesondere schwache soziale Gruppen eher das Opfer vorschneller – selbst wenn gut gemeinter – Umsiedlungsentscheidungen werden, da deren Bedürfnissen ob ihrer schwachen Stimme weniger politisches Gewicht zukommt. Gerade in jenen sogenannten Entwicklungsländern, in denen marginalisierte soziale Gruppen gesellschaftlich (oft sogar per Gesetz) diskriminiert werden, ist mit solchen Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu rechnen. Die Gefahr einer ›Zweiklassenpolitik‹ bei der Entscheidung zwischen Umsiedlung und *in situ*-Lösungen zur Anpassung an Klimaveränderungen ist aber keineswegs ein Problem, das auf Entwicklungsländer beschränkt wäre. Dies machte der Wiederaufbau in New Orleans nach Wirbelsturm Katrina deutlich. Während die Armenviertel am städtischen Mississippiufer aus Sicherheitsgründen nicht mehr aufgebaut wurden, wurden die politisch präsenten und sich vehement für ihre Interessen einsetzenden, und hierfür auch die entsprechenden Ressourcen besitzenden, Bewohner der Mittelschichtssiedlungen in der Nachbarschaft mit verbessertem Überschwemmungsschutz bedacht.¹⁰⁵ Im

103 Volker Boege, Challenges and Pitfalls of Resettlement Measures. Experiences in the Pacific Region, Center on Migration Citizenship and Development (COMCAD Working Paper 102), Bielefeld 2011, S. 32ff.

104 Olivia Dun, Vietnam Case Study Report, EACH-FOR Deliverable, 2008, S. 15f.

105 James R. Elliot/Jeremy Pais, Race, Class, and Hurricane Katrina. Social Differences in Human Responses to Disasters, in: Social Science Research, 35. 2006, H. 2, S. 295–321.

Ergebnis führte dies zu einer Gentrifizierung der Stadtviertel in Flussnähe. Die marginalisierten Bevölkerungsschichten, die die Stadt wegen ihrer geringen Mobilität häufig erst nach der Katastrophe verlassen konnten, kehren aus den gleichen Gründen zu großen Teilen auch erst gar nicht zurück.

3.3 Umsiedlungen als Folgemaßnahme von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien

Doch wenn selbst Programme, deren primäres Ziel eine erfolgreiche Umsiedlung ist, scheitern oder diskriminieren, was kann man dann von Umsiedlungen erwarten, die nur eine Begleiterscheinung von Investitionen in die globale Energiewende, den Emissionshandel oder übergeordnete Anpassungsmaßnahmen (wie beispielsweise Küstenschutz gegen den steigenden Meeresspiegel für die in Hafennähe liegende Großindustrie) sind? Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass Klimawandel, Umsiedlung als Anpassungsstrategie sowie Umsiedlung als Nebenwirkung anderer Klimapolitik im gleichen gesamtstrukturellen Zusammenhang stattfinden, das heißt, es zu Überlappungen kommen kann. So hielt sich im Falle des Sambesi in Mosambik unter den Zielgruppen das hartnäckige Gerücht, dass der Klimawandel und die Überschwemmungen nur ein Vorwand seien, um sie aus den fruchtbaren Niederungen des Sambesi zu vertreiben und dort Zuckerrohrplantagen für die Ethanolproduktion zu errichten. Dies schien den Bewohnern umso plausibler, als diese Region bereits zu Kolonialzeiten für Zuckerrohrplantagen genutzt worden war.¹⁰⁶ Doch ebenso könnten Umsiedlungen im Namen der Anpassung auch für andere ›hidden agendas‹, politisch-wirtschaftlich motivierte Kalküle und Klientelpolitik genutzt werden, wie dies auch im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten vielfach geschehen ist. So nutzte beispielsweise Siad Barre seine Siedlungspolitik in Somalia, um die ethnischen Mehrheitsverhältnisse in bestimmten (gegen ihn eingestellten) Regionen zugunsten seines Klans und damit seiner eigenen Interessen zu ändern.¹⁰⁷

So praktisch, pragmatisch und vermeintlich unvermeidbar Umsiedlungen als Strategie im Rahmen von Klimapolitik aus Perspektive von Entscheidungsträgern auf den ersten Blick scheinen mögen, stellt sich angesichts dieser Beispiele und Probleme die Frage, wem solche Umsiedlungen in der Praxis nutzen. Im Falle von Umsiedlung als Anpassungsmaßnahme stellt sie in einigen Fällen womöglich die finanziell günstigere und – je nach Betroffenen – politisch am leichtesten durchsetzbare Alternative zu technisch aufwändi-

106 Oxfam, Reassentamento, 2008, S. 11.

107 Vance J. Nannini, Decisions in Operations Other Than War. The United States Intervention in Somalia, Storming Media (Pentagon Reports, No A966482), Washington, DC 1994.

geren und daher teureren Maßnahmen dar und entlastet vor allem die öffentlichen Kassen. Oder es kann durch Umsiedlung vermieden werden, dass eine Änderung des Verhaltens einer Mehrheit eingefordert werden müsste (wie beispielsweise ein verändertes Wassermanagement zugunsten des Tana-Deltas, das heißt reduzierter Wasserverbrauch der Oberlieger). Umsiedlung als Folge anderer Anpassungsmaßnahmen ist primär jenen von Nutzen, die von diesen Anpassungsmaßnahmen unmittelbar profitieren. Das ist häufig die Wirtschaft, deren Produktionsstätten geschützt werden sollen, urbane Zentren und ihre Infrastruktur, oder eben ausgewählte Bevölkerungsschichten, die genug politisches Gewicht besitzen, auf besserem Schutz zu beharren, statt ihren Lebensraum räumen zu müssen. Die im Zuge der Anpassungsmaßnahme Umgesiedelten profitieren davon im günstigsten Fall sekundär. In vielen Fällen zahlen sie einfach die sozialen Kosten von Maßnahmen zugunsten anderer. Ebenso verhält es sich bei Maßnahmen zur Emissionsreduktion. Hier profitieren zum einen Investoren und Staaten, die durch diese Maßnahmen Einkommen bzw. Steuern erwirtschaften können. Zum anderen profitieren aber vor allem die Bevölkerung und die Unternehmen in den industrialisierten Ländern des Annex I der Klimarahmenkonvention, die aufgrund der Mechanismen unter dem Kyoto-Protokoll die ihnen abverlangten Emissionsreduktionen ergänzend über Kooperationen mit Akteuren in Entwicklungs- und Schwellenländern (die Nicht-Annex-1-Länder) erzielen können.¹⁰⁸ Letztere sind aber nicht die Menschen, die gegebenenfalls umgesiedelt werden und unter Umständen ihre Lebensgrundlage verlieren.

Es wäre jedoch in höchstem Maße ungerecht, jenen Bevölkerungsgruppen und Menschen, die ohnehin wahrscheinlich am heftigsten von Klimawandel und gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen sind, die sozialen Kosten einer Klimapolitik aufzubürden, nur weil dies im Interesse politisch oder wirtschaftlich mächtigerer Akteure liegt. Sicherzustellen, dass das Instrument der Umsiedlung ausschließlich im Interesse der Betroffenen angewandt wird, muss daher das oberste Ziel einer Ausformulierung einer solchen Politik unter dem Dach der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) sein, um zu verhindern, dass es als Anpassungsstrategie zweiter Klasse oder zu anderen Zwecken missbraucht wird. Ein menschenrechtsbasierter Ansatz wäre hierbei hilfreich.

108 Es sei angemerkt, dass es sich bei den Annex-1-Ländern der Klimarahmenkonvention meist auch um die sogenannten Annex-B-Länder des Kyoto Protokoll zur Klimarahmenkonvention handelt. Ausnahmen sind jene Industrieländer, die zwar die Rahmenkonvention, aber nicht das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben.

4 Wie kann Vertreibung und Entwurzelung durch Klimapolitik vorgebeugt werden?

Es sind im Wesentlichen zwei Umstände, die dafür sprechen, Mechanismen zum Schutze vor Vertreibung und Entwurzelung durch Klimapolitik innerhalb der UNFCCC zu verankern. Zum einen hat die Problematik klimainduzierter Migration und Umsiedlung als Anpassungsstrategie im Rahmen der AWG-LCA der Klimarahmenkonvention bereits Eingang in die Verhandlungen gefunden, nachdem Bestrebungen, ›Klimaflüchtlinge‹ in Flüchtlings- und Asylgesetzgebungen zu verankern, gescheitert sind. Zum anderen sollten sogenannte ›safeguards‹ bei der Umsetzung klimapolitischer Instrumente im dafür zuständigen Regime verankert sein. Auch hier wurden im Rahmen der AWG-LCA während des 16. Klimagipfels der Mitgliedsstaaten in Cancún erste Schritte eingeleitet, insbesondere in Bezug auf die Waldschutzprogramme im Rahmen der Reducing Emissions from Deforestation and Degradation (REDD+) Initiative zum Schutz von CO₂-Senken. Der Prozess stockt allerdings. Auch für Umsiedlungen unter dem Dach der UNFCCC – als genuine Anpassungsmaßnahme oder als Begleiterscheinung anderer klimapolitischer Instrumente – bedürfte es geeigneter ›safeguards‹. In beiden Fällen sollte die Ausrichtung sein, 1. alternative Lösungen zu finden und 2. unvermeidbare Umsiedlungen human und nach dem Prinzip ›do no harm‹ zu gestalten.

In der Debatte um ›Klimamigration‹ wurde das Instrument der Umsiedlung bisher – abgesehen von wenigen Ausnahmen – ausschließlich als Anpassungsstrategie diskutiert. Erst im Oktober 2011 mischte sich eine neue Gruppe von Wissenschaftlern in die Debatte ein und thematisierte auch Umsiedlungen im Zuge von Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen unter dem UNFCCC.¹⁰⁹ Dabei handelt es sich um jene, die sich bisher mit Umsiedlungsmaßnahmen im Rahmen der Planung von Entwicklungsprojekten und ihren Folgen beschäftigt hatten – sozusagen Umsiedlungsexperten. Der fehlenden Schutzmechanismen bei solchen Maßnahmen gewahr, richten sie ihr Augenmerk vor allem auf Standards, die die soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung bei der Planung und Durchführung solcher Maßnahmen sicherstellen sollen. Sie empfehlen unter anderem:

1. dass Zielgruppen und Gastgemeinden an den Entscheidungsprozessen über das wie und wo von Umsiedlungen teilhaben müssen;
2. dass Entschädigungen und begleitende Entwicklungsprogramme gewährleistet werden müssen und/oder die Betroffenen an den umgesetzten Maßnahmen wirtschaftlich beteiligt werden (z.B. an Küstenschutz-,

109 Alex de Sherbinin/Marcia Castro/François Gemenne u.a., Preparing for Resettlement Associated with Climate Change, in: *Science*, 334, 2011, H. 6055, S. 456f.

- Aufforstungs- und Bewässerungsprogrammen oder an CDM-Projekten), um zu gewährleisten, dass die Umsiedlungen tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen;
3. dass zuvor Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen (ESIA) durchgeführt werden, um Erfolgsindikatoren für die Evaluierung individueller Umsiedlungsmaßnahmen verbindlich festzulegen; und
 4. dass die für die Durchführung einer Umsiedlung zuständigen Akteure – häufig Behörden – ein entsprechendes interdisziplinäres Training erhalten, um dieser in ihren komplexen Dimensionen gewachsen zu sein;
 5. ergänzend die menschenrechtsbasierten Guiding Principles on Internal Displacement (GPID) heranzuziehen, insbesondere wenn es um die Betreuung jener geht, die durch eine Naturkatastrophe oder eine Zwangsräumung entwurzelt wurden.

Nach Ansicht der Autorin sollte auf der Suche nach geeigneten Richtlinien außerdem noch ein sehr viel systematischerer Bezug auf die innerhalb der UN vereinbarten Menschenrechte genommen werden. Die sogenannten Kothari Guidelines, das sind die ›Basic Principles and Guidelines on Development-Based Evictions‹, entwickelt von dem früheren UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Wohnen, Miloon Kothari (2000–2008), bieten hier wertvolle Orientierung.¹¹⁰ Menschenrechte konsequent als Bezugsrahmen für Umsiedlungen zu nutzen, würde unter anderem folgende Vorteile bringen:

Erstens, anstatt den Erhalt des Status quo als Mindeststandard für Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen zu nehmen, würden auf Menschenrechten (oder ggf. höheren nationalen Standards) basierende Richtlinien helfen, die Lebensbedingungen auch in jenen Fällen auf ein annehmbares Niveau zu heben, in welchen die gegenwärtigen Lebensumstände der Betroffenen unterhalb des Menschenwürdigen liegen. Ein menschenrechtlicher Bezugsrahmen würde darüber hinaus das Prinzip unterstreichen, dass es keine Rückschritte in der Gewährleistung von Menschenrechten geben darf, und helfen, eindeutige Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten selbst in Umfeldern festzulegen, in denen noch keine eindeutigen Verantwortungsstrukturen existieren.¹¹¹ Vor allem ist die Gewährleistung und Erfüllung von Menschenrechten keine Frage gesellschaftlicher Almosen und Großzügigkeit von Investoren und Behörden, sondern eine Pflicht gegenüber den Rechtsträgern, das heißt auch und gerade gegenüber jenen, die gesellschaftlich

110 Miloon Kothari, Implementation of General Assembly, Resolution 60/251 of 15 March 2006, Report of the Special Rapporteur on Adequate Housing as a Component of the Right to an Adequate Standard of Living, A/HRC/4/18, Human Rights Council, Genf, 5.2.2007.

111 Simon Walker, The Future of Human Rights Impact Assessments of Trade Agreements (School of Human Rights Research Series 35), Utrecht 2009, S. 45–47.

verwundbar sind. Die Einhaltung und Wahrung dieser Rechte ist für die Staatengemeinschaft verbindlich. Die Rechtsträger haben die juristische Möglichkeit, bei eigens eingerichteten Beschwerdestellen sowie vor nationalen und internationalen Gerichten Verletzungen ihrer Menschenrechte bzw. unterlassenen Schutz vor deren Verletzung anzuzeigen und Wiedergutmachung einzufordern.

Zweitens sollten Umsiedlungen wenn möglich vermieden und Mechanismen, die sicherstellen, dass keine unnötigen oder nachteiligen Umsiedlungen erfolgen, unterstützt werden. Die Kothari Guidelines sind hierbei hilfreich. Sie unterstreichen, dass Behörden in der Beweispflicht stehen zu zeigen, dass eine Umsiedlung unvermeidbar ist, und hebt das Recht der Betroffenen hervor, alternative Vorschläge zu unterbreiten. Das heißt, die Betroffenen partizipieren nicht erst in und an der Umsetzung von Umsiedlungsmaßnahmen, dem ›Wie‹ und eventuell dem ›Wo‹, sondern sind bereits in die Entscheidung einbezogen, ob überhaupt umgesiedelt werden soll. In der Tat bieten die Kothari Guidelines sehr detaillierte Standards hinsichtlich der Anforderungen an angemessene Partizipation (Art, Sprache und Inhalte zugegebener Informationen, Art der Einbindung in Entscheidungsprozesse, Timing, Grundsatz der freiwilligen, vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebenen Zustimmung).¹¹²

Drittens unterstreichen die Kothari Guidelines das Recht auf gesicherte Landnutzung. Das ist ein wichtiger Punkt, da die Landfrage der Kern aller dieser Maßnahmen und ihrer Probleme ist. Der Grund, weshalb Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen ein hohes Risiko der Vertreibung bergen, ist, dass sie oft erhebliche Nutzungsänderungen von Land beinhalten, das entweder bewohnt oder bereits anderweitig genutzt wird und somit die Lebensgrundlage der von ihm abhängigen Menschen darstellt. Die verbreitete und tolerierte Ignoranz gegenüber Landnutzungsrechten und Landrechten, die nicht in Grundbüchern eingetragen sind, ist oft der Hintergrund, vor dem Vertreibung und Umsiedlung als einfache ›Lösung‹ erscheinen. Aufgrund der schwachen rechtlich abgesicherten Ansprüche auf Land der einfachen Bevölkerung (z.B. in Afrika) ist es darüber hinaus mehr als fraglich, ob Einnahmen, die durch die Teilnahme an Kyoto-Mechanismen entstehen, dieser Bevölkerung zugute kommen, oder ob es nur Regierungen und Investoren sind, die davon profitieren werden.¹¹³

Viertens, in jenen Fällen, in denen Umsiedlung sich als die beste aller Möglichkeiten und akzeptierte Vorgehensweise erweisen sollte, bieten die Kothari Guidelines detaillierte Standards für die Vorbereitung und Durch-

112 Kothari, Implementation of Resolution 60/251, 2007, Annex I, S. 13–27.

113 Liz Alden Willy, Custom and Commonage in Africa: Rethinking the Orthodoxies, in: Land Use Policy, 25. 2008, H. 1, S. 43–52, hier S. 33.

führung von Umsiedlungen (zum Teil auf den GPID basierend) und Kriterien für adäquates Wohnen. Bei der Durchführung einer Umsiedlung sind zum Beispiel wichtige Termine wie Ernte- und Aussaatzeiten, Schulexamen, Wahlen oder bedeutende Festtage zu berücksichtigen. Zur Realisierung des Rechts auf Wohnen am neuen Wohnort gehört selbstredend die Gewährleistung der Rechte auf Wasser, Nahrung und Unterbringung, aber auch eine intakte, unverseuchte natürliche Umgebung, Zugang zu sozialen Dienstleistungen, möglichst kurze Distanzen zu den früheren Einkommensgrundlagen, Einkommensalternativen, ausreichende Mobilitätsmöglichkeiten, um anderweitig Zugang zu Jobs und Dienstleistungen erreichen zu können sowie andere Gesichtspunkte, die die Selbstbestimmtheit des menschlichen Lebens verbessern.

Viele dieser Punkte werden von den Umsiedlungsexperten und ihren hauptsächlich in den 1990er Jahren entwickelten Konzepten berücksichtigt und gehören zum Standard progressiver Entwicklungsplanung (vor allem Partizipation).¹¹⁴ Allerdings beinhalten diese Überlegungen in der Regel nicht, dass Betroffene die Entscheidung des ›Ob‹ fällen, sondern meist nur, dass sie in das ›Wo‹ und vor allem in das ›Wie‹ einbezogen werden sollten. Darüber hinaus werden diese Punkte nicht als ein Recht, sondern als ein Standard formuliert. Solche Standards sind nützlich, zum Beispiel für die Bewilligung und Bewertung von Projekten durch die Geber. Sie sind – ebenso wie die Kothari Guidelines – jedoch nicht einklagbar, schon gar nicht außerhalb des Projektkontextes. Dies gilt allerdings nicht für die Menschenrechte selbst, auf denen sie basieren. Die meisten Staaten haben den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie den Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte ratifiziert und haben eine Rechtspflicht, sich an diese zu halten. Es ist der menschenrechtliche Bezugsrahmen, der aus menschenrechtsbasierten Standards eine Verpflichtung macht. Wenn Klagen auf nationaler Ebene zurückgewiesen oder negativ beurteilt werden, haben die Menschen das Recht, regionale Menschenrechtsgerichte bzw. -kommissionen anzurufen, zumindest auf europäischer, inter-amerikanischer und afrikanischer Ebene. Zwar hatte die inter-amerikanische Menschenrechtskommission die Klage der Inuit gegen die USA, nicht genug für den Klimaschutz zu tun und damit ihre Lebensgrundlage zu zerstören, unter anderem deshalb zurückgewiesen, weil es nicht möglich sei, eine bestimmte Nation für die lokalen Effekte der globalen Erwärmung verantwort-

114 Zu bekannten Umsiedlungskonzepten siehe: Cernea, Risk and Reconstruction Model, S. 1569–1587; Michael M. Cernea, Risks, Safeguards, and Reconstruction: A Model for Population Displacement and Resettlement, in: Cernea/McDowell (Hg.), Risks and Reconstruction, S. 11–55; Christoph McDowell (Hg.), Understanding Impoverishment – The Consequences of Development-Induced Displacement, New York 1996.

lich zu machen.¹¹⁵ Doch dieses Problem der Zuweisung von Verantwortlichkeiten existiert im Falle von Umsiedlungen, Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen nicht, und sowohl nationale als auch regionale richterliche Instanzen können und entscheiden bereits effektiv.¹¹⁶

Menschenrechte bieten auch auf internationaler Ebene Orientierung. Einerseits haben Biermann und Boas recht, darauf zu verweisen, dass Vertreibungen in Entwicklungsländern eine Folge schwacher nationaler Regularien, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und Korruption usw. ist. Mit diesem Hinweis begründen sie, weshalb Vertreibungen und Migration als eine Folge von Klimapolitik aus ihrem Klimaflüchtlingsregime ausgeschlossen werden soll. Andererseits können sich Annex-1-Länder ihrer Verantwortung für solche Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen aus mindestens drei Gründen nicht so einfach entziehen:

1. Von Anstrengungen zur Emissionsminderungen profitiert der gesamte Globus, also auch die entwickelten Länder. Insbesondere der Emissionshandel und die Teilnahme an Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern nützt vor allem den Industrien der Annex-1-Länder und hilft diesen Staaten, ihre zugesicherten Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Es sind vor allem wir, die wir von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern profitieren, weil die Volkswirtschaften der Annex-1-Länder und deren Bevölkerung in Bezug auf ihr Konsumverhalten entsprechend weniger Anpassungsleistungen erbringen müssen. Die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern durch Annex-1-Länder im Rahmen des Emissionshandels sollte daher an menschenrechtliche Konditionalitäten gebunden werden.

2. Gemäß dem Prinzip der ›gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung‹ des UNFCCC haben Annex-1-Länder außerdem die Pflicht, Entwicklungsländer in ihren Anpassungsbemühungen zu unterstützen. Gemäß dem internationalen Menschenrechtsregime haben sie darüber hinaus die Pflicht, die schrittweise Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern.

115 David Hunter, *Human Rights Implications for Climate Change Negotiations*, in: *Oregon Review of International Law*, 11. 2009, H. 2, S. 331-364, hier S. 336, 343.

116 Hunter, *Human Rights and Climate Change Negotiations*, S. 331. Ein weiteres Beispiel ist der Fall der Endorois Community gegen die Regierung von Kenia, der vor der African Human Rights Commission verhandelt wurde. Die Regierung hatte die Endorois von ihrem angestammten Land vertrieben, um dort ein Naturschutzreservat zu errichten. Das Gericht entschied, dass die Endorois erstens wieder auf ihr Land zurück dürfen und zweitens eine Entschädigung für die unrechtmäßige Vertreibung erhalten; siehe: Human Rights Watch, *Kenya: Landmark Ruling on Indigenous Land Rights*. African Human Rights Commission Condemns Expulsion of Endorois People for Tourism, 4.2.2010, www.hrw.org/news/2010/02/04/kenya-landmark-ruling-indigenous-land-rights (9.7.2013).

Auch durch Annex-1-Länder finanzierte Anpassungsmaßnahmen sollten also Menschenrechtskonditionalitäten unterliegen.

3. Im Herbst 2011 veröffentlichte die International Commission of Jurists (ICJ) Prinzipien zur Erfüllung extraterritorialer Staatenpflichten (Extraterritorial State Obligations, ETOs) im Menschenrechtskontext.¹¹⁷ ETOs bedürfen zwar noch weiterer internationaler Anerkennung, doch werden diese sowie ihre Kommentierung durch die ICJ helfen, transnationale Staatenverpflichtungen in einer globalisierten Welt zu klären. So erfordert die Einhaltung von ETOs unter anderem, dass Staaten Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern durch Dritte unterbinden, sofern diese ihrer Gerichtsbarkeit unterstehen (z.B. multinationale Konzerne mit dortigem Hauptsitz) sowie sicherzustellen, dass internationale Abkommen die Einhaltung der Menschenrechte berücksichtigen und sich auf diese nicht negativ auswirken.

Zusammengenommen heißt das, dass es für Annex-1-Länder keine Entschuldigung dafür gibt, ausgerechnet jenen, die gesellschaftlich und klimatisch am meisten verwundbar sind, die gesellschaftlichen Kosten von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen aufzubürden. Sie müssen – auch gegen den vorhandenen Widerstand von Entwicklungsländern – darauf hinwirken, die Klimarahmenkonvention und ihre Mechanismen menschenrechtskompatibel zu gestalten.¹¹⁸

5 Schlussfolgerung

Es ist entscheidend, dass alle Ansätze in der Klimapolitik, die diskutiert oder angestrebt werden, die Frage erörtern und berücksichtigen, wie diese sich auf die Lebensbedingungen und bestehenden Anrechte besonders verwundbarer Gruppen auswirken. Ein auf Menschenrechte gestütztes ›do no harm‹-Prinzip sollte alle politischen Lösungen leiten, um sicherzustellen, dass Menschen durch diese Maßnahmen nicht ihrer Anrechte und Lebensgrundlagen beraubt werden, ohne angemessen entschädigt zu werden. Es ist eine Frage der Politikkohärenz und des Respekts vor den Menschenrechten, dass die Auswirkungen von Klimapolitik auf erzwungene Migration und Vertreibung sowie auf den Erhalt der lokalen Strukturen von Anrechten und Ressourcenzugängen der besonders verwundbaren Gruppen berücksichtigt werden. Die strenge Einhaltung des ›do no harm‹-Prinzips muss insbesondere auch in der Debatte um Klimamigration selbst berücksichtigt werden, die mit der Um-

117 ICJ, Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic, Social and Cultural Rights; International Commission of Jurists, September 2011; <http://www.etoconsortium.org/en/library/maastricht-principles/> (22.10.2013)

118 Jeanette Schade/Wolfgang Sterk, Human Rights and Climate Policies: Scope for Mitigating the Social Impacts of CDM Projects. COMCAD Working Paper, Universität Bielefeld [2013].

siedlungsoption ein Instrument ins Spiel gebracht hat, das für viele Betroffene verheerende Konsequenzen haben kann. Ungeachtet guter Absichten muss das Risiko abgewogen werden, ob eine solche Politik sich nicht gegen jene richten wird, die man damit unterstützen wollte und letztlich nur zu höherer statt verminderter Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel und anderen gesellschaftlichen Herausforderungen führen wird. Umsiedlung als Teil von Klimapolitik muss strengen, menschenrechtsbasierten Auflagen, prozeduralen Richtlinien und einem institutionellen Setting unterliegen, die die Interessen der Betroffenen schützen.

ANHANG

Jens Gründler

Bericht zur Tagung ›Migrationsregime vor Ort – lokale Migrationsregime‹

am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück, 1./2. Oktober 2013

Veranstalter: Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM) in Kooperation mit dem IMIS; Organisation: Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer, IMIS

Seit einigen Jahren hat sich in den historischen Wissenschaften die Erkenntnis durchgesetzt, dass in Untersuchungen lokaler und kommunaler alltäglicher Handlungen und Praktiken die Grenzen der Gestaltungsmacht von Gesetzen und Normen besonders gut sichtbar werden, dass durch den Blick auf den Alltag vor Ort die Funktionsweisen von Gesellschaften tiefenscharf analysiert werden können. Diese Betrachtungen haben ergeben, dass selbst scheinbar ›ohnmächtige‹ Akteure Spielräume in lokalen Handlungszusammenhängen nutzten, indem sie vor Ort ihre Ressourcen und Praktiken in die Aushandlungsprozesse erfolgreich einbrachten. Aus einer ähnlichen Überlegung heraus hat die Historische Migrationsforschung begonnen, ›Migrationsregime‹ und die Praxis der Migration auf regionaler und lokaler Ebene zu betrachten, um die Komplexität von Strukturen und Handlungen zu reduzieren und die Genese von Migration sowie deren Be- und Verarbeitung ›von unten‹ zu erklären.

Vor diesem Hintergrund diskutierten auf Einladung der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM) und des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Osnabrück über ›Migrationsregime‹. Jochen Oltmer als Organisator plädierte dafür, den Begriff in einem möglichst breiten Sinn zu verstehen. In diesem Verständnis ist ein ›Migrationsregime‹ ein ›integriertes Handlungs- und Gestaltungsfeld‹, welches geprägt ist durch eine »spezifische Konstellation individueller, kollektiver und institutioneller Akteure«, die an der Herstellung von Migration beteiligt sind. Diese Interpretation des

Regimebegriffs, aus der anglo-amerikanischen Politik- und Sozialwissenschaft entlehnt, zielt darauf, Migration als einen Aushandlungsprozess unter Beteiligung zahlreicher Akteure zu verstehen. Die Analyse der Akteursgeflechte sowie der je spezifischen Interessen, Techniken, Beziehungen und Interaktionen im Prozess des Aushandelns von Migration erschließt dabei die Bedingungen der Produktion und Reproduktion von gesellschaftlichem Wissen über Migration, das die Zulassung oder Abweisung, Inklusion und Exklusion in unterschiedlichen Graden beeinflusst. Damit wird auch der Flüchtling in der Asylunterkunft eines Flughafens zu einem Teil eines solchen Regimes, der als handelnder Akteur wahrgenommen werden muss. Dieses weite Verständnis des Regimebegriffs führte während der Tagung immer wieder zu Diskussionen. Einige anwesende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisierten die Weite des Begriffs. Deren Argument beruhte im Wesentlichen darauf, dass eine Bezugnahme auf alle Akteurinnen und Akteure die inhärenten Machtverhältnisse dieser Regime verdecke. Damit, so die Kritik, könne der Eindruck von Waffengleichheit oder Aushandlung auf Augenhöhe entstehen. Der Gegenvorschlag lautete, den Regimebegriff auf die politischen und administrativen Strukturen und Handlungen zu beschränken. Ohne zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen, strukturierte diese produktive Diskussion weite Teile der Tagung.

In der ersten Sektion mit dem Titel ›Migrationsregime vor Ort‹ wurden Beiträge zu drei Kontinenten in der Zeit zwischen dem späten 19. Jahrhundert und dem Jahr 2000 vorgestellt. **Anne Friedrichs** (Lüneburg), **Rolf Wörsdörfer** (Frankfurt a.M.), **Wladimir Fischer** (Wien) und **Michael G. Esch** (Berlin/Düsseldorf) untersuchten zunächst mit Bezug auf ost- und südosteuropäische Migranten verschiedene lokale und regionale Ausprägungen solcher Regime. Friedrichs und Wörsdörfers Untersuchungsraum ist das Ruhrgebiet. Anhand der ›Polenseelsorge‹ in Dortmund und Bochum konnte Anne Friedrichs aufzeigen, dass das Bild der ›Ruhrpolen‹ als homogener Gruppe einer Revision bedarf. Rolf Wörsdörfer legte dar, dass der politische und administrative Umgang mit slowenischen Migranten im Ruhrgebiet situativ entschieden wurde sowie wandelbar blieb und nicht zuletzt die Migranten diesen selbst mitbestimmten. Beitragsthema von Wladimir Fischer war das Identitätsmanagement südslawischer Migranten in den USA um 1900. Im Anschluss präsentierte Michael G. Esch das eigensinnige und widerständige Handeln osteuropäisch-jüdischer Einwanderer im Paris des frühen 20. Jahrhunderts. In einem weiteren Vortrag der Sektion stellte **Frank Wolff** (Osnabrück) die Migrationspraktiken jüdischer Argentinieinwanderer vor, die mit Hilfe einer jüdischen Auswanderungsorganisation (ICA) ins Land kamen. Besonders betonte Wolff die differierenden Vorstellungen und Praktiken der einzelnen Akteure im Migrationsprozess. **Anna Lipphardt** (Freiburg i.Br.) nahm das Beispiel Zirkus zum Anlass, das Element des Aufenthaltsre-

gimes (Aufenthaltsbestimmungen und -praktiken) in Migrationsregimen zu betonen. Schließlich betrachtete **Thomas Bohn** (Gießen) die Steuerung von Binnenmigration in der Sowjetunion anhand des lokalen Migrationsregimes in der Stadt Minsk in den 1950er und 1960er Jahren. Wie in allen Vorträgen der Sektion wurde auch bei Bohn deutlich, wie gesamtstaatliche Steuerungsambitionen in der lokalen Praxis verformt wurden. Probleme erzeugte bereits die langsame Umsetzung von Vorgaben durch lokale Verwaltungen. Häufig wurden die aus den Problemen resultierenden Konflikte durch das Handeln von Migrantinnen und Migranten, Ordnungsbehörden, Ärzten und Priestern vor Ort verschärft, seltener entschärft.

Die zweite Sektion eröffnete **Bettina Severin-Barboutie** (München), die für den Fall Stuttgart die politischen Einflussmöglichkeiten von Migranten skizzierte. Sie konnte feststellen, dass bis in die 1980er Jahre das Wissen der lokalen Verwaltungen über ausländische Mitbürger äußerst gering war und die ›Ausländerausschüsse‹ (weiterhin) nur beratende Funktion hatten. **Olga Sparschuh** (Berlin) zeigte anhand der Binnenwanderung nach Turin und der transnationalen Migration nach München, dass auf den verschiedenen Ebenen – lokal, national, transnational – differierende und zum Teil sich widersprechende Gesetze und Verordnungen Gültigkeit besaßen, die dazu führten, dass sich die Rahmenbedingungen von Migration und Integration in München für Südtaliener vorteilhafter gestalteten als in Turin, dass die Binnenmigration innerhalb Italiens staatlicherseits restriktiver gehandhabt wurde als die innerhalb Europas. Zum Abschluss dieser Sektion stellte **Jenny Pleinen** (Augsburg) in ihrem Referat den behördlichen Umgang mit Einwanderern in Belgien und Deutschland vor. Sie betonte dabei, dass trotz nationalstaatlicher Regelungen die lokalen Praktiken maßgeblichen Einfluss auf die Migrationsregime hatten, weil z.B. vor Ort Aufenthaltstitel vergeben werden konnten und wurden.

In der dritten Sektion wurden Regime betrachtet, die auf erzwungene Migrationen verweisen. Im ersten Vortrag der Sektion stellte **Isabella Löhr** (Basel) vor, wie akademische Selbsthilfeorganisationen in der Zeit des Nationalsozialismus die Ausreise und Vermittlung von Kolleginnen und Kollegen in sichere Länder und dortige Arbeitsstellen organisierten und welchen Eigenlogiken sie dabei folgten. Im Vortrag und in der Diskussion wurde deutlich, dass nicht nur die wissenschaftliche Produktivität, sondern gerade auch die sozialen Kompetenzen der Betroffenen eine erfolgreiche Vermittlung entscheidend beeinflussten. **Jannis Panagiotidis** (Jena) arbeitete in seinem Vortrag den Einfluss lokaler Verwaltungen beim Umgang mit deutschen Aussiedlern seit den frühen 1950er Jahren heraus. Ähnlich wie im Vortrag von Pleinen zeigte sich hier, wie breit der Spielraum der verschiedenen lokalen Akteure war. Im letzten Beitrag der Tagung präsentierte **Julia Kleinschmidt** (Göttingen) ein Projekt zu den sich verändernden Grenzregimen am Flughafen

fen Schiphol. Die Flüchtlinge selbst, und auch die Unterstützerguppen, hatten hier auf die Ausgestaltung der jeweils aktuellen Unterbringungsmöglichkeiten und Verfahrensweisen einen nur marginalen Einfluss.

In der Abschlussdiskussion wurden die zentralen Ergebnisse und Streitfragen der Tagung noch einmal aufgegriffen und eingehend diskutiert. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung einer mikrohistorischen und lokalen Betrachtung von Migration. Vor Ort können normative Vorgaben und administrative Regelungen auf Probleme und Hindernisse stoßen, die zentral nicht bedacht wurden und lokal geregelt werden müssen. Einzelne Akteure oder Akteursgruppen verfolgen eigene Interessen, die erst in den Praktiken vor Ort sichtbar werden. Und erst in Mikrostudien werden die unterschiedlichen Auffassungen, Praktiken und Handlungen der einzelnen Akteure in den jeweiligen ›Migrationsregimen‹ fassbar.

Auch die vorgestellte Diskussion um den Regimebegriff wurde noch einmal aufgegriffen. Von den Befürwortern wurde auf der Basis der vorgestellten Ergebnisse noch einmal für ein weites Verständnis plädiert. Erst die Inklusion aller Akteure ermögliche das Verstehen der Genese und Struktur eines spezifischen ›Migrationsregimes‹. Beziehungen, Machtstrukturen und Hierarchien bei der Entstehung und Ausformung dieser Regime müssten in den Mittelpunkt der Analyse gerückt werden. Ohne den Blick auf die Grenzen der Partizipation und die begrenzten Einflussmöglichkeiten Einzelner sei eine kritische Auseinandersetzung mit ›Migrationsregimen‹ gar nicht möglich. Dieses Verständnis des Begriffs und der damit einhergehende ›Arbeitsauftrag‹ wurde prinzipiell von allen Anwesenden begrüßt.

Die Tagung hat über den Einblick in einzelne ›Migrationsregime‹ hinaus einen wichtigen Beitrag zur Begriffs- und Standortbestimmung der Historischen Migrationsforschung geleistet. Die Beiträge und Diskussionen ließen deutlich werden, dass lokale und regionale Analysen für das Verständnis des Migrationsgeschehens unabdingbar sind und Regime zukünftig eine hilfreiche und produktive Beobachtungsperspektive der Migrationsforschung bilden können.

Programm der Tagung

Jochen Oltmer, Osnabrück: Begrüßung und Einführung

1. Migrationsregime vor Ort (Leitung: Jochen Oltmer, Osnabrück)

Anne Friedrichs, Lüneburg: Migration und Vergesellschaftung. Eine Mikrogeschichte der Ruhrpolen 1870–1950

Rolf Wörsdörfer, Frankfurt a.M.: Situative Reaktion oder einheitliches Migrationsregime? NS-System und Slowenenkolonien an Rhein und Ruhr 1932–1941

Wladimir Fischer, Wien: Identitätsmanagement und Infrastrukturen von Migrantinnen und Migranten aus Österreich-Ungarn in den USA um 1900

Frank Wolff, Osnabrück: Zwischen jüdischem Gaucho und Arbeiterbewegung: Raumkonzepte und Migrationspraktiken im jüdischen Argentinien 1889–1939

Michael G. Esch, Berlin/Düsseldorf: Regime, Struktur, Eigensinn: Milieus und Strategien osteuropäischer Einwanderer in Paris 1890–1940

Thomas Bohn, Gießen: Sowjetische Regimeorte und sozialistische Migrationsregime. ›Eigenmächtige Bautätigkeit‹ und ›Kontingentarbeiter‹ in Minsk im Poststalinismus

Anna Lipphardt, Freiburg i.Br.: ›Moving targets‹ im Kontext lokaler, nationaler und europäischer Aufenthaltsregime. Das Fallbeispiel Zirkus

Diskussionsimpuls von Jochen Oltmer und Diskussion

2. Migration im kommunalen Handlungsfeld

(Leitung: Boris Nieswand, Tübingen)

Bettina Severin-Barboutie, München: Herausforderungen für die lokale Demokratie. Die Teilnahme ausländischer Migranten am kommunalen Geschehen

Olga Sparschuh, Berlin: Stadt, Land, EWG. Migrationsregime in Turin und München in den 1950er bis 1970er Jahren

Jenny Pleinen, Augsburg: Zwischen Zentralisierung und bürokratischem Widerstand. Lokale Behörden in den Migrationsregimen Belgiens und der Bundesrepublik seit 1945

Diskussionsimpuls von Boris Nieswand und Diskussion

3. Die Aushandlung von Zwangsmigration

(Leitung: J. Olaf Kleist, Berlin)

Isabella Löhr, Basel: Wissenschaft und Zwangsmigration: Handlungslogiken akademischer Fluchthilfeorganisationen in der Zwischenkriegszeit

Jannis Panagiotidis, Jena: Migrantenscreening vor Ort: Lokale Flüchtlingsverwaltungen als Akteure der Aussiedlermigration

Julia Kleinschmidt, Göttingen: Aktionsraum Grenze. Handlungsstrategien von Flüchtlingen und Unterstützerguppen am Flughafen Schiphol/Amsterdam

Diskussionsimpuls von J. Olaf Kleist und Diskussion

Die Autorinnen und Autoren

Philipp Aufenvenne, Dipl. Geogr., ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Klagenfurt. Die überarbeitete Fassung seiner Diplomarbeit ist 2011 erschienen: Klimadeterminismus und Geographie. Über Wahrnehmungen und Interpretationen des Klimawandels heute (Sozialgeographische Manuskripte, Bd. 11), Jena. E-Mail: philipp.aufenvenne@aau.at

Martin Doevenspeck hat am Geographischen Institut der Universität Bayreuth eine Professur für Raumbezogene Konfliktforschung inne. Mit einem regionalen Schwerpunkt in West- und Zentralafrika befasst er sich mit bewaffneten Konflikten, dem Umgang mit Risiken, politischen Dimensionen des Klimawandels und der politischen Geographie von Mobilität und Immobilität. E-Mail: doevenspeck@uni-bayreuth.de

Carsten Felgentreff, Dr. rer. nat., Völkerkundler und Geograph, ist Wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Geographie und seit 2010 Mitglied des IMIS. Jüngere Veröffentlichungen: (zus. mit Christian Kuhlicke und Frank Westholt), Naturereignisse und Sozialkatastrophen (Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit 8), Berlin 2012, das zus. mit Achim Daschkeit herausgegebene Themenheft Klimawandel aus Hazardperspektive(n) (Berichte zur Deutschen Landeskunde, 85. 2011, H. 3) sowie das mit Gérard Hutter, Christian Kuhlicke und Thomas Glade herausgegebene Themenheft Social Resilience in Hazard Research and Planning (Natural Hazards, 67. 2013). E-Mail: carsten.felgentreff@uni-osnabrueck.de

Martin Geiger, Dr., ist Geograph und interdisziplinärer Migrationsforscher. Als Banting Fellow der kanadischen Regierung arbeitet er derzeit am Department of Political Science und dem Institute of European, Russian and Eurasian Studies an der Carleton University in Ottawa. Seine Forschungs- und Lehrtätigkeiten konzentrieren sich auf internationale Migration und Migrationspolitik. Martin Geiger ist Verfasser und Mitherausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zum sogenannten ›Management‹ von Migration, darunter u.a. The Politics of International Migration Management, Basingstoke 2010 (Paperback 2012); Europäische Migrationspolitik und Raumproduktion, Baden-Baden 2011; Disciplining the Transnational Mobility of People, Basingstoke 2013. E-Mail: martin_geiger@carleton.ca

Jens Gründler, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialgeschichte der Psychiatrie und Armut/Armenfürsorge in Großbritannien. In seinem aktuellen Forschungsprojekt bearbeitet er die Thematik ›Migration und Gesundheit‹ anhand von Selbstzeugnissen deutscher Amerikaauswanderer/innen. Publikationen zuletzt u.a.: Armut und Wahnsinn. ›Arme Irre‹ und ihre Familien im Spannungsfeld von Psychiatrie und Armenfürsorge in Glasgow, 1875–1921 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 72), München 2013. E-Mail: jens.gruendler@igm-bosch.de

Clemens Romankiewicz, M.A. in African Development Studies in Geography, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Raumbezogene Konfliktforschung am Geographischen Institut der Universität Bayreuth. Sein Promotionsprojekt befasst sich mit Klimawandel, Umweltveränderungen und Bevölkerungsbewegungen am Beispiel der Sahelländer Mali und Senegal. E-Mail: Clemens.Romankiewicz@uni-bayreuth.de

Jeanette Schade, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Bielefeld in der Forschungseinheit zu Transnationalisierung, Entwicklung und Migration (früher Center on Migration, Citizenship and Development – COMCAD). Dort ist sie für die Konferenzreihe der European Science Foundation zu Umweltveränderung und Migration zuständig. Seit 2011 ist sie außerdem stellvertretende Vorsitzende der COST Action IS1101 zu Klimawandel und Migration. Neue Publikationen: (Hg. zus. mit Thomas Faist), Disentangling Migration and Climate Change. Methodologies, Political Discourses and Human Rights, London 2013; Les Migrants des Politiques Climatiques: Nouveaux Défis Face aux Déplacements Générés par le Changement Climatique, in: Revue de Cultures et Conflicts, 88. 2012, H. 4, S. 85–110; Human Rights, Climate Change, and Climate Policies in Kenya. How Climate Variability and Agrofuel Expansion Impact on the Enjoyment of Human Rights in the Tana Delta, Bielefeld 2011. E-Mail: jeanette.schade@uni-bielefeld.de

Kerstin Schmidt-Verkerk ist seit Oktober 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. 2012 promovierte sie zum Thema Klimawandel und Migration in Mexiko am Sussex Centre for Migration Research der Universität Sussex in Großbritannien, wo sie auch als Lehrbeauftragte beschäftigt war. Ihr Forschungsinteresse gilt den Themen Migration, Umwelt, internationale Entwicklung und soziale Sicherung. Außerdem war sie für verschiedene Programme des Internationalen Wissenschaftsrats (ICSU) tätig, zuletzt für das Regionalbüro Lateinamerika und Karibik in Mexiko-Stadt. E-Mail: kerstin.schmidt-verkerk@uni-bielefeld.de